

Fluchtpunkt im Meer; Auf Lampedusa kommen viele Geflüchtete aus Nordafrika an, es ist der kürzeste Weg übers Meer nach Europa. Berichtet wird von Chaos und Überforderung. Doch dieses Bild ist einseitig

taz, die tageszeitung

Mittwoch 27. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 3077 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Auf Lampedusa kommen viele Geflüchtete aus Nordafrika an, es ist der kürzeste Weg übers Meer nach Europa. Berichtet wird von Chaos und Überforderung. Doch dieses Bild ist einseitig

Body

Aus Lampedusa und Caltanissetta (Sizilien) Christian Jakob

Tagelang haben sie ihre Madonna beweihraucht, sind fein gekleidet mit ihr durch die strahlend illuminierten Straßen gezogen, haben nimmermüde Evviva (Sie lebe hoch) gerufen und stundenlang Feuerwerk abgebrannt. Es war das Fest der Schutzheiligen von Lampedusa und aller Menschen auf dem Meer, doch bevor die Prozessionen und Gottesdienste richtig losgingen, kamen wieder sehr viele Menschen, die den Schutz der Madonna auf dem Meer ganz gut brauchen können, auf der Insel an. Die ganze Welt schaute Mitte September plötzlich nach Lampedusa, und der Bürgermeister der Insel durfte Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni vergangene Woche gar zu den UN nach New York begleiten.

Jetzt, am Sonntag, enden die Feierlichkeiten für die Madonna auf dem Meer, es ist Abend geworden, dunkel und noch warm, zum Abschluss soll es einen Film über die Madonnina auf einer Leinwand auf dem Kirchplatz geben. Doch zuvor will Bürgermeister Filippo Mannino den Menschen noch etwas sagen, über die letzten Tage und wie nun alles weitergeht. Er ist jung, seine Schneidigkeit kommt ohne Härte daher, er hat ein sportliches Jackett angezogen, auf seinen blauen Leinenslippern steht Hey Dude . Ansonsten wirkt er recht seriös, obwohl er früher mal bei der Populistenpartei Cinque Stelle war, und die Slipper sieht im Dunkeln sowieso keiner. Er steht nun also nach dem Abendgottesdienst auf einer lauschigen Piazza, das Mikro in der Hand, an die 1.000 Menschen sind gekommen und einige Kamerateams.

Mannino sagt, dass die Insel mit ihrer steten Hilfsbereitschaft ein Vorbild für die Menschheit sei, aber nun eben auch endlich die 45 Millionen Euro Hilfsgelder von der Regierung in Rom wolle. Er rechnet vor, was er mit dem Geld genau machen will, damit es nicht wieder verfällt, wie die 26 Millionen, die Ex-Präsident Silvio Berlusconi der Insel einst wegen der vielen Migranten bewilligte, die Manninos Vorgänger aber nicht abzurufen imstande gewesen

Fluchtpunkt im Meer Auf Lampedusa kommen viele Geflüchtete aus Nordafrika an, es ist der kürzeste Weg übers Meer nach Europa. Berichtet wird von Chaos und Überf....

seien. Es helfe keine Ideologie, keine scharfen Reden, sondern Pragmatismus und Zusammenhalt. Das ist Manninos Botschaft.

Neun Kilometer lang, bis zu 3 Kilometer breit insgesamt 20 Quadratkilometer klein ist Lampedusa, ein karger sandfarbener Felsen im tiefblauen Meer, und fährt man dieser Tage hierher, dann sagen einem die Leute zum Abschied: Oh, bestimmt krass da. 8.000 Ankünfte von Geflüchteten innerhalb von einer Woche, Bilder von Chaos und Notstand in den Medien, so schlimm, dass die rechte polnische PiS-Partei Wahlwerbung mit den Videos aus Lampedusa machte und insinuierte, bald werde es überall in Europa so aussehen. Vielleicht trugen zum entstandenen Eindruck auch Medien wie das neue Nachrichtenportal eines geschassten deutschen Boulevard-Chefredakteurs bei: Dessen Reporterin klagte, die auf Lampedusa angekommenen Migranten seien so gefährlich, dass Recherche für sie dort unbewaffnet unmöglich sei, denn: Wer weiß. Aber je näher man der Insel kommt, desto mehr verschiebt sich das Bild, manchmal gar so weit, dass man meinen könnte, vieles sei vielleicht ganz anders.

Am Flughafen in Mailand etwa heben auch jetzt, lange nach Ende der Feriensaison, vollbesetzte Flugzeuge in Richtung Lampedusa ab, auf den Sitzen Hunderte voreudiger Urlauber:innen, die sich schon am Gate die ersten Aperols gönnen, Selfies vor der Abflugtafel machen und klatschen, wenn der Pilot das Flugzeug auf die Landebahn aufsetzt, hart natürlich, denn die Bahn ist inseltypisch kurz. Wer dann die Viertelstunde vom Flugfeld zur Hauptstraße marschiert, muss sich anstrengen, um irgendwo den nächsten Aperol herzubekommen, denn an den Abenden ist in den Bars kaum ein freier Platz. Ohne Reservierung hat man in den Restaurants kaum eine Chance.

Die Lampedusianer insistieren, beim schönsten Strand der Welt handele es sich um die Spiaggia dei Conigli herrlichstes Pooltürkis inmitten sichelförmiger sandfarbener Felsen an der Südküste der Insel. Aber wer dahin will, muss warten: Je 550 Plätze gibt es vormittags und nachmittags, vorab zu reservieren im Internet, auf Tage ausgebucht. Und viele andere Strände gibt es nicht. Knapp zehn Flugzeuge und zwei Fähren mit Tou-ri-st:in-nen kommen pro Tag an, und am Montag waren beide Fähren ausgebucht, und die meisten Flüge und Hotels auch.

Die Tou-ri-st:in-nen kommen also, trotz der 62.000 Flüchtlinge, die seit dem 1. Juni, als die Regierung den Notstand ausrief, Lampedusa erreichten. Zu sehen ist nun allerdings kein einziger mehr von ihnen: Fast alle wurden auf das italienische Festland gebracht.

Das war nicht immer so. Als 2011, nach dem Arabischen Frühling, Tausende Tu-ne-sie-r:in-nen ihre neue Freiheit nutzten, um in Booten die nur rund 180 Kilometer nach Lampedusa überzusetzen, wollte der damalige Innenminister Roberto Maroni von der rechtsextremen Lega Nord sie von der Insel wieder nach Tunesien abschieben. Daraus wurde nichts und so campierten von Februar bis April zeitweise Tausende Tu-ne-se-r:in-nen wild auf der Insel.

Die Regierung in Rom ist heute wieder eine rechtsextreme, aber auf Lampedusa herrscht heute eher Pragmatismus: Die Menschen werden meist auf See von der Küstenwache aufgenommen, auf die Insel gebracht und zügig weitertransportiert. Pushbacks wie in der Ägäis gibt es in Richtung Tunesien, soweit bekannt, nicht. 40.000 Menschen hat Tunesiens Küstenwache selbst in diesem Jahr auf dem Meer gestoppt. Deutlich mehr aber kamen durch. Meloni sähe es am liebsten, dass Tunesien alle Boote aufhält. Doch damit ist vorerst wohl nicht zu rechnen, auch wenn dieser Tage die ersten Millionen des neuen Deals mit der EU fließen: Geld für das nordafrikanische Land im Gegenzug dafür, dass Tunis die Menschen davon abhält, in die Boote nach Europa zu steigen.

Es gibt eine Art Monument auf Lampedusa, es heißt Porta d Europa, das Tor Europas, es sieht aus wie die Wand eines Hauses, die stehen geblieben ist, nachdem der Rest eingestürzt ist. Die ästhetische Qualität ist etwas zweifelhaft, aber es gibt sonst nicht viel zu fotografieren auf Lampedusa, also kommen die Touristen auf ihren Mietvespas um die Landebahn herumgezockelt und machen Selfies vor dem Tor.

Flüchtlingshel-fe-r:in-nen auf der Insel sagen gern, dass die fehlende Tür in der Wand eigentlich geschlossen sein müsste, weil Europa seine Türen für die Geflüchteten hier ja zumacht. Aber das ist so nicht wahr. Lampedusa ist dieser Tage genau das: Das Tor zu Europa für Menschen, die sich das Recht nehmen, hier ihr Glück zu suchen. Es muss nicht so bleiben, aber heute ist die Insel vor allem ein Ort des Zugangs. Zehntausende werden hier versorgt,

Fluchtpunkt im Meer Auf Lampedusa kommen viele Geflüchtete aus Nordafrika an, es ist der kürzeste Weg übers Meer nach Europa. Berichtet wird von Chaos und Überf....

viele In-sel-be-woh-ne-r:in-nen helfen, bevor die Menschen auf das Festland gebracht werden. Und viele haben keine schlechten Aussichten, in Europa zu bleiben. Das ist ein Teil der Realität.

Ein anderer Teil der Realität ist das unfassbare Risiko, das die Menschen eingehen, um hier anzukommen. Etwa ein Jahr ist es her, dass die Hilfsorganisationen einen neuen Typ von Booten bemerkten, auf denen die Menschen bis heute kommen: Hastig zusammengeschweißte Kähne aus Stahlplatten mit einem viel zu kleinen Außenbordmotor. Solche Wracks liegen heute an den Küsten Lampedusas, und in der Brühe aus Rost, Diesel und Salzwasser schwimmen leere Kekstüten, kleine Reifenschläuche und Kleidung, die offenkundig aus Europa als Altkleider nach Afrika gelangte und nun wieder hierher zurückgespült wurde.

Mit bis zu 50 Menschen an Bord stechen die wenige Meter langen Kähne völlig überfüllt in See, die Bordkante liegt dann schon nahe an der Wasseroberfläche, die Wellen lassen sie schnell volllaufen. Ist eine Schweißnaht undicht, ist das Wasser kaum noch schnell genug herauszuschöpfen. An den Holzbooten oder den Gummischläuchen, die Schlepper den Menschen in Libyen meist mit auf den Weg geben, können diese sich im Notfall festhalten. Die Metallboote aber sinken sofort in die Tiefe, und wer nicht schwimmen kann, sinkt mit und ertrinkt.

Dass es diese Metallboote gibt, ist offenkundig eine Folge der Versuche der EU, Tunesien mit viel Geld zum Grenzschutzpartner zu machen. Auch wenn die entsprechenden Verhandlungen schleppend voranzugehen scheinen, hat die Regierung in Tunis begonnen, die Holzboote der Fischer zu registrieren und jenen Strafe angedroht, die sie an Schlepper verkaufen. Und so zeigt sich erneut, was auch für so viele andere Orte an den Transitrouten gilt: Versuche, die Migration abzuwehren, machen ihre Wege gefährlicher. 2.093 Menschen sind in diesem Jahr im zentralen Mittelmeer ertrunken auch weil schon kleine Wellen die neuen Metallboote kentern lassen können.

Das ist auch der Grund, weshalb dieser Tage keine neuen Flüchtlinge ankommen. Es weht ein Wind, der auf den Cafétischen an Land nur die Coladosen und Pizzakartons wegbläst, das Meer aber so aufpeitscht, dass es an der Steilküste hohe Gischtfontänen schlägt. Wer am Hafen auf ein kleines Motorboot steigt, spürt schon auf den ersten Metern die Kraft der Wellen, die hier noch keinen halben Meter hoch sind, weiter draußen auf See aber sind es zur selben Zeit ganze 2,40 Meter, wie auf Nautikportalen zu lesen ist. Und so bleiben die Menschen an Tagen wie diesen an der Küste Tunesiens, und warten auf Windstille, um die Überfahrt zu wagen so war es schon das ganze letzte Jahr.

Die Menschen haben nicht verstanden, dass es in Zukunft noch mehr werden , sagt Giusi Nicolini. Im Café Royal, direkt neben dem Rathaus, ihrem alten Rathaus, sitzt sie bei Espresso und Zigaretten und schaut zufrieden auf ihr Handy. Am Morgen ist ihr Gastkommentar im englischen Guardian online gegangen, das gibt s auch nicht alle Tage, auch nicht bei ihr, die von 2012 bis 2017 sozialdemokratische Bürgermeisterin der Insel war. Es ist eine humanitäre Krise keine Migranteninvasion , hat sie in ihrem Kommentar geschrieben.

Im ersten Jahr ihrer Amtszeit starben direkt vor der Küste bei zwei Unglücken fast 500 Menschen, und Nicolini reiste durch die Welt, um eine andere Migrationspolitik zu fordern. Sie bekam dafür eine Auszeichnung von der UN. Jetzt ist die Umweltschützerin Ende 50 und wieder für den lokalen Nationalpark tätig. Sie hält Vorträge, vor allem vor Schü-le-r:in-nen. Kriege und der Klimawandel, die Dürren und Verwüstungen werden immer mehr Menschen vertreiben. Darauf muss man sich vorbereiten , sagt sie. Der Westen antwortet darauf aber mit Mauern. Das macht das gesellschaftliche Klima immer hysterischer und ist gefährlich für die Demokratie, bei Trump hat man das ja schon gesehen.

Im Jahr 2011 schloss die Regierung in Rom das Aufnahmелager auf der Insel und erklärte Lampedusa zum nicht sicheren Hafen in der Hoffnung, sie könne so verhindern, dass weiterhin Menschen auf die Insel flüchten. Doch die Ankünfte gingen weiter. Nicolini sorgte mit dafür, dass das Lager wieder eröffnet wurde.

Das heute Hotspot genannte Lager liegt eine halbe Stunde zu Fuß außerhalb der Stadt, gestapelte Container hinter hohen Stahlgittern, bewacht von Soldaten. 400 Plätze gibt es, 140 Menschen sind heute noch darin untergebracht. Die Leiterin des Lagers heißt Francesa Basile. Die junge Frau hat zuvor in Afghanistan Flüchtlingslager geleitet. Die Lage hier ist für uns händelbar , sagt sie. Die vielen Reporter, die sie vor den Toren

Fluchtpunkt im Meer Auf Lampedusa kommen viele Geflüchtete aus Nordafrika an, es ist der kürzeste Weg übers Meer nach Europa. Berichtet wird von Chaos und Überf....

befragen, wollen von Basile wissen, ob es denn keine Überforderung für die Helfe-r:in-nen gebe, kein Zusammenbruch drohe, wenn wieder so viele Flüchtlinge kommen. Basile sagt dann, dass es beim Roten Kreuz Ex-per-t:in-nen für Notsituationen gebe, die damit umgehen könnten, aber dass es natürlich komplex werden kann, wenn viele Menschen auf einmal versorgt werden müssen .

Die Ministerpräsidentin Meloni hat dem Roten Kreuz das Lager im Juni überantwortet, nachdem sie den Notstand ausgerufen hatte. Dass die rechtsextreme Ministerpräsidentin Bilder des Chaos auf Lampedusa provozieren wollte, um eine härtere Linie zu rechtfertigen, passt nicht zu diesem Schritt. Denn zweifellos ist das Camp beim Roten Kreuz in besseren Händen als bei der kleinen Betreiberfirma, die es zuvor managte, oder gar bei der Polizei. Heraus aus dem Lager dürfen die Insassen aber offenkundig trotzdem nicht. Basile streitet das ab, aber faktisch verlässt kein einziger Flüchtling das Lager, was kaum ganz freiwillig geschehen dürfte.

Von hier geht es für die Menschen per Schiff meist schnell weiter auf das Festland, zum Beispiel in das Flüchtlingslager von Caltanissetta, einer 60.000-Einwohner-Stadt im leicht verödeten Inselinneren Siziliens. Auf dem Gelände einer ehemaligen Pulverfabrik ließ Silvio Berlusconi Ende der 1990er Jahre ein Flüchtlingslager errichten, schon damals ein Zwitter aus offenem Asylheim und Abschiebehaftlager, rund 500 Plätze hat es. Bewacht von Soldaten und umgeben von Stacheldraht und Zäunen steht es weit außerhalb der Stadt.

Einer der Bewohner heißt Mohamed, er sei 28 Jahre alt, sagt er. In Burkina Fasos Hauptstadt Ouagadougou hat er in einem Klamottengeschäft gearbeitet, ein richtiger Job war das nicht, keine 60 Euro habe er im Monat verdient, aber das sei nicht das größte Problem gewesen: Die Terroristen haben uns völlig fertiggemacht , sagt er. Dschihadistische Gruppen haben den Wüstenstaat mit Gewalt überzogen: Das bis vor einigen Jahren friedliche Land steht heute an Platz zwei des Global Terrorism Index, als schlimmer gilt nur Afghanistan. Mohamed ist ein typisches Beispiel für gemischte Fluchtursachen . Er ist, wenn man so will, wie so viele andere wohl Migrant und Flüchtling gleichzeitig.

Ende April habe er sich aufgemacht, berichtet er. Er habe niemanden persönlich gekannt, der nach Europa gereist ist. Eine Million westafrikanische Francs, rund 1.500 Euro, habe er für die Reise durch die Wüste und über das Meer insgesamt zahlen müssen, Familie und Freunde hätten ihm die Summe geliehen. Weit vor der Grenze von Niger und Algerien sowie später dann der Grenze von Algerien und Tunesien hätten die Schlepper sie aus Angst vor der Polizei abgesetzt und ihnen lediglich eine kleine Ration Wasser mit auf den Weg gegeben.

Tagelang mussten wir marschieren , sagt Mohamed. Am Ende habe er mit 38 anderen Männern aus Mali, Burkina Faso und Sudan in einem der Metallboote gesessen. Schwimmwesten hatten sie nicht, er lacht bei der Frage. Warum hat er die Überfahrt gewagt? Er zuckt die Schultern: Es ging eben nicht anders.

Zehn Wochen lang war Mohamed über Land unterwegs, 30 Stunden auf dem Meer, dann kam ein Boot der italienischen Küstenwache. Ihr eigener Motor lief noch, aber die überfüllten Metallboote aus Tunesien sind automatisch ein Notfall, das sieht auch Italiens Küstenwache heute meist so. Sie nahm die Menschen auf, alle an Bord überlebten. Sie haben uns gut behandelt , sagt Mohamed, auch die Menschen vom Roten Kreuz seien freundlich gewesen.

Zwei Tage war er im Hotspot von Lampedusa, dann kam er nach Caltanissetta. Auch hier werde er gut behandelt . Morgens gebe es nur Kaffee , mittags und abends Essen. Es ist nicht das, was wir gewohnt sind , sagt er. Ihm wäre etwas anderes lieber, Reis mit Erdnusssoße statt Nudeln vielleicht. Aber Kochen ist im Lager verboten. 2,50 Euro Taschengeld pro Tag steht Asylsuchenden in Italien zu, die Auszahlung werde aber oft verschleppt, berichten Helfer:innen. Mohamed sagt, er bekomme gar nichts.

Er hat einen Asylantrag gestellt, erklärt worden dazu sei ihm nichts. Er weiß, dass er dazu wohl befragt werden soll, aber nicht wann. Zwei Jahre kann das Verfahren dauern. Arbeiten ist Menschen wie ihm in dieser Zeit nicht gestattet. Wer das Lager länger verlässt, dessen Asylantrag wird annulliert. Doch wer von hier in ein anderes Land geht, wird daran nicht gehindert. Als er seinen Asylantrag gestellt hat, habe man ihn gefragt, ob er in ein anderes Land gehen wolle: Ich habe nein gesagt. Er will Arbeit in Italien.

Fluchtpunkt im Meer Auf Lampedusa kommen viele Geflüchtete aus Nordafrika an, es ist der kürzeste Weg übers Meer nach Europa. Berichtet wird von Chaos und Überf....

Am Donnerstag wollen sich die EU-Innenminister mal wieder treffen, der Druck in der Migrationsfrage ist groß wie lange nicht. Der mühsam errungene Asylkompromiss, der im Wesentlichen Auffanglager und Abschiebungen direkt an den EU-Außengrenzen vorsieht, hängt im europäischen Parlament fest, es gibt noch immer Streitigkeiten über Details.

Wie geht es weiter für Lampedusa? Die größte Sorge dort ist, dass die Regierung hier ein neues, größeres Internierungslager bauen könnte. Meloni hat dies dementiert. Aber das Misstrauen ist groß, die Inselbewohner fürchten sich, dass Lampedusa zur Gefängnisinsel wird und die Touristen dann am Ende doch wegbleiben. Vergangene Woche haben sie dagegen demonstriert und sogar die Anlieferung von Zelten mit einer Sitzblockade verhindert.

Der Vizebürgermeister Attilio Lucia von der Lega hat die Demo angeführt und die Regierung an der seine Partei beteiligt ist dabei kriminell genannt. An Lucia zeigt sich, wie die harte Linie der rechtsextremen Parteien an der Realität scheitert. Am Freitag zeigte Propaganda Live, eine der beliebtesten italienischen TV-Sendungen, wie die lokalen Lega-Politiker 2017, als Giuisi Nicolini noch im Amt war, geifernd forderten, alle Boote mit einer Seeblockade zu stoppen. Heute spricht Lucia davon, dass seine Familie schon immer den Ankommenden mit Essen und Duschen aushalf und dass Lampedusa auch weiterhin helfen werde.

Die Spektakularisierung von Krisen und Notfällen hat oft zu einem Mangel an Verständnis für die lokalen Kämpfe der Menschen geführt, die auf der Insel leben und sie durchqueren, schreibt die Solidaritätsinitiative Maldusa, die das Geschehen auf der Insel dokumentiert. Und das trifft es sehr gut. Keine Flüchtlinge wären den Insulanern zweifellos lieber. Aber seit weit über einem Jahrzehnt versucht Italien, die Migration einzudämmen mit Druck auf oder Geld für die Staaten jenseits des Meeres, mit Schikanen gegen Retter:innen, mit Kriminalisierung und immer wieder auch mit verweigerter Nothilfe. Doch selbst unter Meloni sind die Zahlen weiter gestiegen. Letztlich will keiner auf der Insel mehr Tote im Meer sehen.

Und so fordern Lucia und viele andere Insulaner heute ein neues Mare Nostrum eine Neuauflage der Militär-Seenotrettungsmission ab 2013, die die Menschen vorübergehend auf dem Meer aufnahm und direkt auf das Festland brachte. Die Mission wurde 2014 eingestellt, weil Italien fand, dass es zu wenig Hilfe von der EU bekam. Die Lega und Meloni lehnen eine neue Mission nach diesem Muster strikt ab. Aber das ist es, was wir heute wieder brauchen, sagt Lucia.

Der Bürgermeister sagt, dass die Insel mit ihrer steten Hilfsbereitschaft ein Vorbild für die Menschheit sei, aber endlich die 45 Millionen Euro aus Rom wolle

Load-Date: September 26, 2023

Die gute alte Ware Humanität; Jetzt neu: Ähnlich der Idee der Emissionszertifikate sollen nun Migrationszertifikate die Zuwanderung in die EU steuern. Der Markt wird es, so will es die FDP, schon richten

taz, die tageszeitung

Samstag 30. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: DIE WAHRHEIT; S. 44

Length: 1088 words

Byline: Volker Surmann

Highlight: Jetzt neu: Ähnlich der Idee der Emissionszertifikate sollen nun Migrationszertifikate die Zuwanderung in die EU steuern. Der Markt wird es, so will es die FDP, schon richten

Body

Von Volker Surmann

Es ist sonnig in der Bundespressekonferenz, FDP-Chef Christian Lindner ist braungebrannt und gut gelaunt. Nicht einmal das Knöllchen, das er nachher an der Windschutzscheibe vorfinden wird, weil er seinen Porsche mal wieder diagonal auf dem Frauen- und Behindertenparkplatz abgestellt hat, kann ihm heute die Stimmung verderben. Denn er hat die Lösung.

Hier wird heute die europäische Migrationspolitik auf völlig neue Füße gestellt, jubelt Lindner, während neben ihm Nicola Beer, Vizepräsidentin des EU-Parlaments, eifrig nickt. Und diese Füße taugen was, fährt Lindner fort, denn diese Füße sind aus Geld.

Dritter auf dem Podium ist Prof. Dr. Jobst von Hankel, Wirtschaftswissenschaftler am FDP-nahen Jürgen W. Möllemann-Institut für Fallzahlen und pfiffige Ideen sowie Leiter des parteieigenen Thinktanks FutureLab Migration.

Wir wollen das unwürdige Schachern unter den EU-Staaten zum Ende bringen, hebt von Hankel an, doch Lindner fällt ihm ins Wort, den markigen Spruch will er selbst abgreifen: Und zwar wollen wir das unwürdige Schachern ersetzen durch ein würdiges Schachern. In Lindners Kunstpause will kein Applaus erklingen, aber das kann dem FDP-Chef an diesem Tag nicht die Laune verderben.

Die Idee ist so einfach wie genial. Wir machen es wie beim Klima. Wir geben Flüchtlingszertifikate, also Migrationszertifikate aus. Den Rest regelt der Markt. Christian Lindner grinst wie ein Honigkuchenpferd, das soeben von der GQ zum Mr Silverdaddy 2023 gewählt wurde. Wie aber soll das denn funktionieren? Wir sind nicht die einzigen Medienvertreter, die etwas skeptisch dreinblicken.

Die gute alte Ware Humanität Jetzt neu: Ähnlich der Idee der Emissionszertifikate sollen nun Migrationszertifikate die Zuwanderung in die EU steuern. Der Markt

Der Professor wird es Ihnen erklären , sagt Nicola Beer, um auch mal etwas zu sagen. Dann erklärt der Professor. Er ist ausgewiesener Fachmann, Ökonom mit zeitweiligem Harvard-Lehrstuhl, 2017 ausgezeichnet mit dem Nobelpreis der Wirtschaftswissenschaften für seine bahnbrechenden Forschungen zum angewandten Zynismus in der Moralwirtschaft.

Wir müssen die Migration mit dem Auge des Marktes betrachten , doziert er höchst professoral. Der Mensch an sich hat ja keinen Marktwert. Es sei denn, er ist Konsument, aber das sind ja zum Glück die meisten ausgenommen die armen Schlucker, die wir an den EU-Außengrenzen aus dem Wald oder dem Meer ziehen. Die sind keine Marktteilnehmer und, seien wir ehrlich, werden es auch nicht so schnell.

Durch die Bundes-presse-konferenz geht ein ungläubiges Zischen, wie es entsteht, wenn rund 60 Jour-na-lis-ten beinahe gleichzeitig die Atemluft zwischen den Zähnen einziehen. Selbst Christian Lindner senkt kurz seinen Blick zur Tischplatte, als überlege er, wann die mal wieder abgeschliffen werden muss und wer das bezahlen soll.

Und da kommt der Zertifikatshandel ins Spiel , beeilt sich von Hankel zu erläutern. Denn wir schreiben jedem Flüchtling einen Wert zu. Das Auditorium atmet kollektiv aus. Der Gedanke, den der freidemokratische Ökonom nun ausbreitet, ist tatsächlich einfach: Für jeden anlandenden Flüchtling gibt die EU ein Zertifikat aus. Dieses Zertifikat hat einen noch zu bestimmenden Wert. Jedes Land, das keine Flüchtlinge aufnehmen möchte, muss dies nicht mehr bei tagelangen EU-Gipfeln aushandeln, sondern kauft sich entsprechende Zertifikate. Kommen immer mehr Flüchtlinge an und wollen zu viele europäische Länder keine oder zu wenige davon, steigt der Preis. Unter Umständen steigt er sogar so hoch, dass es selbst für Ungarn oder Polen lukrativer sein könnte, Menschen aufzunehmen, statt sich freizukaufen! , frohlockt der Ökonom. Der Markt selbst regelt die Willkommenskultur!

Auch Christian -Lindners Augen glänzen: Sie sehen, meine -Damen und Herren, wir berechnen hier Mitmenschlichkeit gerade völlig neu! Humanität wird erst dann möglich, wenn wir Flüchtlinge als Ware betrachten. Der Professor ergänzt: Na, und wenn plötzlich weniger Migranten kommen oder alle EU-Staaten linksliberal regiert werden, sinkt automatisch der Preis der Zertifikate . Lindner unterbricht ihn sofort: Dieses Szenario betrachten wir besser nicht.

Nein nein , widerspricht von Hankel. Das ist schon wichtig. Denn ohne neu eintreffende Migranten sänke natürlich der Preis der Zertifikate, sie würden wertlos. Es ist also im Interesse aller, dass der Zustrom von Flüchtenden nie ganz abreißt.

Die versammelte Journaille schüttelt ungläubig den Kopf. Und das funktioniert? , fragt der Korrespondent der FAZ. Das funktioniert , ist Jobst von Hankel überzeugt. Zumindest solange die Zahl der in der EU unerwünschten Flüchtlinge höher ist als die Zahl der tatsächlich eintreffenden Menschen. Aber da können wir in der EU wohl immer von ausgehen. Er lacht jovial.

Und was geschieht mit den Gewinnen aus dem Handel? Ein sehr guter Punkt , ergreift die Vizepräsidentin des EU-Parlaments Beer das Wort: Die EU kann damit finanzieren, was die geflüchteten Menschen am dringendsten brauchen: Unterbringung, Qualifizierung, Abschiebung, so was halt.

Eine Kollegin vom Evangelischen Pressedienst fragt, ob es nicht zynisch wäre, auf eine solche Weise mit Menschen zu handeln. Auf die Frage scheint Christian Lindner nur gewartet zu haben. Nein, meine Dame. Zynisch ist, was die Schleuser tun. Wir handeln hier ja gar nicht mit Menschen. Der ganze Zertifikatshandel geht ja um keine Menschen. Also kann er gar nicht menschenfeindlich sein.

Wir sind noch dabei, den Ansatz zu durchdenken. Gäbe es in einem Land beispielsweise öffentliche Naziaufmärsche gegen Geflüchtete, wüsste alle Welt: Besagtes Land muss jetzt dringend Zertifikate kaufen. Der Preis würde steigen, weswegen auch die EU mehr für den Migrations-Etat einnahme. Aber könnte es nicht Missbrauchsmöglichkeiten geben? Kein Finanzderivat, an dem sich nicht Menschen schon unmoralisch bereichert hätten.

Die gute alte Ware Humanität Jetzt neu: Ähnlich der Idee der Emissionszertifikate sollen nun Migrationszertifikate die Zuwanderung in die EU steuern. Der Markt

Ja, der Kollege von der taz bitte? , werden wir aufgerufen. Wenn diese Flüchtlingszertifikate dann frei an den Börsen handelbar sind, dann könnten findige Trader ja auf die Idee kommen, auf steigende oder fallende Kurse zu wetten, mit Termingeschäften und allem Pipapo , geben wir zu bedenken. Oder kriminelle Insidergeschäfte: Ich bin Schleuser und wette auf sinkende Kurse und dann gehen plötzlich ein paar Ihrer Boote unter , denkt der Professor unseren Gedanken zu Ende. Kann ich nicht empfehlen, dafür gibt es ein saftiges Bußgeld von der EZB.

Sie sehen, auch das regelt der Markt , freut sich Christian Lindner stellvertretend für die FDP und schließt die Pressekonferenz so begeistert, wie er sie eröffnet hat: Vielen Dank für Ihr Interesse an einer gänzlich neuen Grenzhumanität.

Load-Date: September 29, 2023

End of Document

Mit solchen Verschärfungen ändert man nichts ; Die Juristin Gisela Seidler kritisiert die Migrationspolitik der Ampel. Ein Gespräch über Grundrechte und überlastete Kommunen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 25. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 950 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Die Juristin Gisela Seidler kritisiert die Migrationspolitik der Ampel. Ein Gespräch über Grundrechte und überlastete Kommunen

Body

Interview Dinah Riese

taz: Frau Seidler, am Mittwoch will das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zur Vereinfachung von Abschiebungen beschließen. Sind Sie damit zufrieden?

Gisela Seidler: Diese Vorhaben greifen tief in die Grundrechte Asylsuchender ein. Wir sind entsetzt, dass das im Schnellverfahren durchgepeitscht werden soll. Es ist unmöglich, in gerade mal zwei Tagen eine qualifizierte juristische Stellungnahme abzugeben. Die wäre aber nötig, denn der Entwurf ist nicht durchdacht. Er wird Abschiebungen nicht beschleunigen, sondern möglicherweise verlangsamen, und das auf Kosten zahlreicher grundlegender Rechte. Aber offensichtlich möchte der Gesetzgeber gar nicht hören, was wir zu sagen haben, sondern auf die Schnelle Handlungsfähigkeit demonstrieren.

In der aktuellen Debatte geht es um die stark belasteten Kommunen. Werden diese Regelungen Entlastungen bringen?

Wohl kaum. Man könnte sagen: Wenn mehr Menschen in Abschiebehafte kommen, werden sie nicht auf die Kommunen verteilt. Aber das wäre als Begründung für Freiheitsentziehung nicht nur absurd, sondern europarechtswidrig. Ansonsten werden die Kommunen überhaupt nicht entlastet, ebenso wenig wie die zuständigen Behörden. Die werden durch unzählige neue und komplizierte Regelungen und durch neue Aufgaben eher noch eine Mehrbelastung erfahren.

Die Sicherungshaft zum Beispiel bei Fluchtgefahr soll von drei auf sechs Monate erweitert werden, der Ausreisegewahrsam von zehn auf achtundzwanzig Tage. Werden dadurch weniger Abschiebungen scheitern?

Mit solchen Verschärfungen ändert man nichts Die Juristin Gisela Seidler kritisiert die Migrationspolitik der Ampel. Ein Gespräch über Grundrechte und überlastete....

Freiheit ist eins unserer höchsten Rechtsgüter, gleich nach der Menschenwürde. Damit darf man nicht spielen. Es darf für drei Monate in Sicherungshaft genommen werden, bei wem die Abschiebung absehbar in diesem Zeitraum vollzogen werden kann. Wenn das jetzt etwa bei ungeklärter Staatsbürgerschaft ausgeweitet wird, hat das eher den Charakter einer Sanktionierung, als dass wahrscheinlicher abgeschoben werden kann. Noch dramatischer ist es beim Ausreisegewahrsam: Da muss nicht mal Fluchtgefahr oder ein anderer Haftgrund vorliegen, man will bloß sichergehen, dass die Person am Tag der Abschiebung greifbar ist. Dabei gibt es gar keine Evaluierungen dazu, wie viele Abschiebungen daran scheitern, dass jemand nicht auffindbar ist.

Sie haben von Mehrbelastung für die Behörden gesprochen. Wo sehen Sie die?

Zum Beispiel bei der Ausweitung der Strafbarkeit. Falsche oder unvollständige Angaben im Asylverfahren zu machen oder das Nichtaushändigen von Urkunden führte bisher dazu, dass ein Asylantrag abgelehnt wurde. Jetzt soll daraus eine Straftat werden, mit Haft bis zu drei Jahren. Das bedeutet einen enormen Aufwand für die Ermittlungsbehörden und Gerichte. Vor allem aber ist es ein weiterer enormer Grundrechtseingriff.

Wieso?

Niemand darf gezwungen werden, sich selbst zu belasten schon gar nicht mit Mitteln des Strafrechts. Dieser Grundsatz ist direkt aus der Menschenwürde abgeleitet. Nehmen wir eine Person, die erst vier Wochen nach ihrer Einreise einen Asylantrag stellt: Die muss dann entscheiden, ob sie zugibt, den Asylantrag nicht unverzüglich innerhalb von zwei Wochen gestellt zu haben, was zu einer Anzeige wegen illegalen Aufenthalts führt oder ob sie unwahre Angaben macht, was wiederum strafbar ist.

Aber ist es nicht sinnvoll, Straftaten aufzudecken?

Aber niemand muss sich selbst belasten. Das gilt auch für jeden Strafprozess. Es geht hier immerhin um eins unserer grundlegenden Rechte. Und nicht alles, was man verbieten will, muss strafbar sein. Unwahre Aussagen im Asylverfahren führen wie gesagt schon jetzt dazu, dass ein Antrag als offensichtlich unbegründet abgelehnt wird, mit schwerwiegenden Folgen: Eine Klage hat keine aufschiebende Wirkung, die Person wird sofort ausreisepflichtig und bekommt keine Arbeitserlaubnis. Insofern ist der Vorschlag auch ein Verstoß gegen das Strafrecht als Ultima Ratio. Es wundert mich sehr, dass dieser Vorschlag ausgerechnet von einer SPD-Innenministerin kommt. Ähnliches hatte 2019 schon ihr Vorgänger Horst Seehofer von der CSU vor die damalige SPD-Justizministerin Katarina Barley war strikt dagegen.

Es gibt rund 280.000 Ausreisepflichtige. In den vergangenen beiden Jahren wurden im Mittel jeweils 12.000 Personen abgeschoben. Da scheint es doch Handlungsbedarf zu geben.

Mit solchen Verschärfungen ändert man daran nichts. Es wirkt eher, als habe man händeringend gesucht, was nach all den Verschärfungen der vergangenen Jahre jetzt noch zum Verschärfen übrig ist. Stattdessen könnte man die Mittel für die Behörden aufstocken, die unter massivem Personalmangel leiden aber das würde mehr kosten. Oder man könnte pragmatisch der sehr großen Gruppe Ausreisepflichtiger eine Aufenthaltserlaubnis erteilen, die sowieso nicht abgeschoben werden können etwa, weil ihre minderjährigen Kinder hier einen Schutzstatus haben. Das würde die Zahl der Ausreisepflichtigen senken und wäre auch endlich im Einklang mit Europarecht.

Im Entwurf werden Grundrechtseingriffe in die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Fernmeldegeheimnis benannt. All das sei gerechtfertigt. Sehen Sie das auch so?

Keineswegs. Künftig sollen beispielsweise die Handys von Asylsuchenden komplett ausgelesen werden, inklusive etwa intimer Fotos oder Nachrichten. Und das alles noch vor der ersten Anhörung. Man muss den Menschen doch erst mal die Chance geben, Angaben zu machen. Im Entwurf steht, man gehe davon aus, die Zahl der Abschiebungen so um 600 jährlich zu erhöhen. Für ein so kleines Ziel so schwerwiegende Eingriffe hinzunehmen, ist wirklich bitter.

Mit solchen Verschärfungen ändert man nichts Die Juristin Gisela Seidler kritisiert die Migrationspolitik der Ampel. Ein Gespräch über Grundrechte und überlastete....

Gisela Seidler, 58, ist Vorsitzende im Ausschuss Migration des Deutschen Anwaltsvereins. Sie praktiziert als Fachanwältin für Migrationsrecht in München.

migration

Load-Date: October 24, 2023

End of Document

Von wegen liberal; Die Niederlande haben im Ausland den Ruf, besonders offen und vorurteilsfrei zu sein. Doch in der Migrationspolitik fährt die Regierung des Landes seit Jahren einen restriktiven Kurs

taz, die tageszeitung

Montag 10. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 642 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Die Niederlande haben im Ausland den Ruf, besonders offen und vorurteilsfrei zu sein. Doch in der **Migrationspolitik** fährt die Regierung des Landes seit Jahren einen restriktiven Kurs

Body

Von Christian Jakob

Der niederländischen Ministerpräsident Mark Rutte verlor im Streit über hohe **Flüchtlingszahlen** sein Amt. Dabei war es keineswegs so, als habe sich das Land nicht seit Jahren darum bemüht, diese zu senken und dabei keine maßgebliche, wenngleich oft übersehene Rolle innerhalb der EU eingenommen. Dass die Niederlande bis heute als liberal gelten, half der Regierung, auch umstrittene Ansätze voranzutreiben.

So war es ein Niederländer, der sich 2016 dafür starkmachte, afrikanischen Staaten bei der Migrationskontrolle und den Abschiebungen die Pistole auf die Brust zu setzen: Er schlage eine Mischung aus positiven und negativen Anreizen vor – so beschrieb der sozialdemokratische EU-Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans damals die Linie der neuen EU-Afrikapolitik. Drittländer, die effektiv mit der EU zusammenarbeiten, seien zu belohnen, für die anderen solle es Konsequenzen geben. Zuckerbrot und Peitsche also.

Eins der von Timmermans angedachten Instrumente: Sogenannte Laissez-passers, Pass-ersatzpapiere für Abschiebungen, die die EU-Staaten selber nach vermuteter Staatsangehörigkeit ausstellen können. Für die afrikanischen Staaten war das Teufelszeug, für die EU-Ausländerbehörden wäre es eine Art Blankoscheck für Abschiebungen gewesen. Ein entsprechendes Pilotprojekt handelte die niederländische Regierung 2017 erstmals im Auftrag der EU mit Mali aus – das die Regierung in Bamako nach wütenden Protesten im Inland allerdings gleich wieder stoppte.

Nur ein Jahr später waren es die Niederlande, die gemeinsam mit Deutschland im westafrikanischen Niger, einem der ärmsten Länder der Welt, eine neue Grenzschutzeinheit bezahlten, ausbildeten und ausrüsteten. Dabei hat Niger eine Nationalpolizei, eine Gendarmerie, eine Nationalgarde und eine Armee, die alle auch mit Grenzschutz

Von wegen liberal Die Niederlande haben im Ausland den Ruf, besonders offen und vorurteilsfrei zu sein. Doch in der Migrationspolitik fährt die Regierung des La....

befasst sind. Doch die neue Truppe sollte vor allem die Grenze zum bevölkerungsreichen Nigeria im Blick behalten dem Staat, aus dem die EU für die Zukunft mit besonders vielen irregulären Mi-gran-t:in-nen rechnet.

Auch bei der jüngsten diplomatischen Offensive, Anfang Juni in Tunis, war es der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte, der EU-Kommis-sions-präsidentin Ursula von der Leyen und Italiens rechts-ex-tre-me -Ministerpräsidentin -Giorgia Meloni begleitete. Gemeinsam wollten sie flankiert durch fast eine Milliarde Euro Hilfgelder Tunesien dazu bringen, beim Grenzschutz wieder der effiziente Außenposten zu werden, der das Land zu Zeiten des 2011 gestürzten Diktators Ben Ali lange war. Bisher allerdings blieben die Anstrengungen ohne Erfolg.

Bei solchen Bemühungen um die Externalisierung des Grenzschutzes waren die Niederlande stets vorn mit dabei. Als jedoch Deutschlands Innenminister Horst Seehofer 2018 eine Koalition der Willigen schmiedete, um Italien und Malta aus Seenot gerettete Flüchtlinge abzunehmen, hielten sich die Niederlande zurück und nahmen niemand auf.

Auch im Inland war die Menschenrechtsbilanz in letzter Zeit düster. Seit 2014 werden Flüchtlinge in einem zentralen Aufnahmезentrum in Ter Apel untergebracht. Das Lager wurde als effizient und vorbildlich gelobt. Die Situation vor Ort verschlechterte sich über die Jahre aber so sehr, dass Ärzte ohne Grenzen (MSF) dort im September 2022 einen Nothilfeinsatz starten mussten. Hunderte Menschen waren gezwungen, unter offenem Himmel zu schlafen, ein Säugling starb. Diese Menschen haben eine schreckliche Flucht hinter sich. Sie so zu behandeln gefährdet auch ihre mentale Gesundheit, sagte die MSF-Geschäftsführerin Judith Sargentini dem Spiegel.

Im vergangenen Jahr regis-trierte das Land schließlich rund 35.000 Asyl-Erstanträge. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl waren dies etwas weniger als in Deutschland. Die Anerkennungsquote stieg indes auf ein Rekordhoch von über 87 Prozent deutlich mehr als hierzulande.

niederlande

Load-Date: July 9, 2023

Ein alter Konflikt flammt in Israel wieder auf; Hunderte von Asylbewerbern aus Eritrea sind bei einem Protest in Tel Aviv mit der Polizei zusammengestoßen. Regierungschef Benjamin Netanjahu droht mit scharfen Maßnahmen

taz, die tageszeitung

Dienstag 05. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 603 words

Byline: Felix Wellisch

Highlight: Hunderte von Asylbewerbern aus Eritrea sind bei einem Protest in Tel Aviv mit der Polizei zusammengestoßen. Regierungschef Benjamin Netanjahu droht mit scharfen Maßnahmen

Body

Aus Jerusalem Felix Wellisch

Die israelische Regierung hat nach den Ausschreitungen zwischen Sicherheitskräften sowie Gegnern und Unterstützern des Regimes in Eritrea mit drastischen Maßnahmen gegen Einwanderer aus afrikanischen Ländern gedroht. Bei einer Sondersitzung des Kabinetts am Sonntag forderte Ministerpräsident Benjamin Netanjahu die sofortige Abschiebung der Beteiligten. Damit flammt ein alter Konflikt über den Umgang des Landes mit Asylbewerbern wieder auf. Auch der Streit um die Justizreform, der das Land seit Monaten spaltet, dürfte angeheizt werden.

Wegen einer Veranstaltung der eritreischen Botschaft anlässlich des eritreischen Unabhängigkeitskrieges waren am Samstag im Süden Tel Avivs Gegner und Unterstützer des Regimes in Asmara aneinandergeraten. Demonstrierende hatten Polizei und Regierung kritisiert, sie würden dem Regime, vor dem sie geflohen seien, eine Bühne bieten. Die Sicherheitskräfte gingen mit Blendgranaten und Schlagstöcken vor. Laut Polizei gaben Beamte aufgrund der unmittelbaren Gefahr für sie selbst auch Schüsse ab. Die Bilanz: Mindestens 150 Verletzte, darunter mehrere Dutzend Polizisten. In dem einkommensschwachen Bezirk nahe dem Zentralen Busbahnhof: zerstörte Fensterscheiben, Autos und Ladeneinrichtungen. 50 Eritreer wurden in Gewahrsam genommen.

Der Streit über afrikanische Einwanderer schwelt seit Jahren. Unterstützer sehen Israel in der Pflicht, als von jüdischen Flüchtlingen errichteter Staat Geflüchteten zu helfen. Viele rechtsgerichtete Israelis erkennen hingegen die Asylgesuche nicht an und sprechen schlicht von Eindringlingen. Israelischen Medien zufolge leben rund 18.000 Asylbewerber aus Eritrea in Israel und stellen die Mehrzahl der afrikanischen Asylsuchenden. Nur rund 50 Personen haben seit 2000, als die ersten Schutzsuchenden eintrafen, einen Flüchtlingsstatus erhalten. Die meisten

Ein alter Konflikt flammt in Israel wieder auf Hunderte von Asylbewerbern aus Eritrea sind bei einem Protest in Tel Aviv mit der Polizei zusammengestoßen. Regie....

leben geduldet: Sie können arbeiten, bekommen eine medizinische Grundversorgung und können ihre Kinder zur Schule schicken. Eine langfristige Perspektive ohne mögliche Abschiebung haben sie jedoch nicht.

Wir wollen harte Maßnahmen gegen die Randalierer , sagte Netanjahu bei der Sondersitzung am Sonntag. Sein Kabinett solle zudem einen Plan zur Ausweisung aller anderen illegalen Eindringlinge ausarbeiten. Israels rechtsextremer Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, besuchte den Ort der Ausschreitungen am Sonntag selbst und ging noch weiter: Verantwortliche der Ausschreitungen sollten bis zu ihrer Abschiebung in Gewahrsam genommen werden. Dem Sender Kanal 12 zufolge schlug er auch Zwangsumsiedlungen vor.

Völkerrechtlich kann Israel Menschen, deren Leben oder Freiheit in ihrem Herkunftsland bedroht sind, nicht gewaltsam abschieben. In Eritrea herrscht seit 1993 Präsident Isayas Afwerki. Das Land hat eine der schlimmsten Menschenrechtsbilanzen der Welt keine freien Medien, keine freien Wahlen.

Netanjahu nutzte die Ausschreitungen zudem für Kritik am Obersten Gerichtshof, dessen Kompetenzen seine Koalition massiv einschränken will. Das Gericht habe in der Vergangenheit wiederholt Vorschläge der Regierung, Migranten zur Ausreise zu bewegen, blockiert. Der Gerichtshof verhinderte beispielsweise, dass Menschen ohne Aufenthaltsstatus für längere Zeit ohne Gerichtsverfahren inhaftiert werden können oder dass ein Teil ihres Lohns eingezogen wird. Der Plan von Netanjahus Regierung, den Obersten Gerichtshof einzuschränken, spaltet die israelische Bevölkerung seit Monaten. Am Samstag protestierten Zehntausenden gegen die Justizreform die 35. Woche in Folge.

Netanjahu nutzte die Ausschreitungen für Kritik am Obersten Gerichtshof

Load-Date: September 4, 2023

Gestrandet in Assamaka; Ein kleines nigrisches Dorf ist Anlaufstelle für tausende Geflüchtete, die aus Algerien abgeschoben wurden.

taz, die tageszeitung

Donnerstag 08. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: LE MONDE DIPLOMATIQUE; S. 16

Length: 1770 words

Byline: Shaï Pauset

Highlight: Ein kleines nigrisches Dorf ist Anlaufstelle für tausende Geflüchtete, die aus Algerien abgeschoben wurden

Body

von Shaï Pauset

Die Warteschlange vor der Polizeistation von Assamaka ist über einhundert Meter lang. Seit ungefähr zehn Jahren ist das Dorf in der nigrischen Wüste unweit der algerischen Grenze Auffangort für Migranten aus Subsahara-Afrika, die aus Algerien ausgewiesen wurden. Manche der Geflüchteten sehen keine andere Lösung, als einfach hier auszuharren ohne Ziel und Plan, wie es weitergehen könnte.

Die NGO Alarme Phone Sahara (APS), die sich für Migranten in der Sahelzone einsetzt, zählte zwischen dem 1. Januar und dem 1. April dieses Jahres 11 336 Menschen, die von Algerien nach Niger abgeschoben wurden. Nach Angaben der nigrischen Behörden saßen Anfang Mai mehr als 5000 von ihnen in Assamaka fest.

Seit 2014 hat Algerien die Abschiebungen massiv ausgeweitet.¹ Der größte Staat Afrikas ist ein Einwanderungsland für viele Menschen aus den Staaten südlich der Sahara. Lange Zeit hat man sich nicht groß dafür interessiert; wohl auch weil der Umstand vielen gelegen kam: Die Zugewanderten verrichteten die Arbeiten, die die jungen Algerier nicht mehr machen wollten.

Das änderte sich nach einem dramatischen Ereignis: Am 2. Oktober 2013 wurden wenige Kilometer von der algerisch-nigrischen Grenze entfernt 92 Leichen aufgefunden. Sie gehörten zu einem Konvoi mit 112 Menschen, hauptsächlich Frauen und Kinder aus der Region Zinder.²

Nach diesem grauenhaften Fund haben beide Staaten ihre Straßenkontrollen ausgeweitet. Im Dezember 2014 trafen Algier und Niamey schließlich ein Abkommen, das es Algerien ermöglicht, illegal ins Land eingereiste nigrische Frauen und Kinder auszuweisen.

Gestrandet in Assamaka Ein kleines nigrisches Dorf ist Anlaufstelle für tausende Geflüchtete, die aus Algerien abgeschoben wurden.

Doch die Wirklichkeit sieht mittlerweile anders aus. Während in den ersten Jahren nach der Unterzeichnung des Abkommens vor allem Frauen und Kinder darunter viele aus der Region Zinder abgeschoben wurden, nahm die algerische Polizei im Laufe der Zeit immer mehr nigrische Männer ins Visier.

Ab 2017 wurden dann auch nichtnigrische Migranten ausgewiesen. Sie kamen hauptsächlich aus Westafrika, aber auch aus Syrien, Palästina und Bangladesch. Viele von ihnen sind jung oder sogar minderjährig³, und einige hätten nicht abgeschoben werden dürfen entweder weil sie sich legal in Algerien aufhielten oder weil sie vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) als Geflüchtete anerkannt waren.

Seit 2018 findet in algerischen Städten eine wahre Jagd auf schwarze Menschen statt, so ein Verantwortlicher der Internationalen Organisation für Migration (IOM), der damals in Niamey arbeitete. Auch der UN-Sonderberichterstatter zu den Menschenrechten von Migranten, Felipe González Morales, äußerte sich sehr besorgt.

Nach Abschluss einer Mission in Niger im Oktober 2018 verurteilte er die Vorgehensweise der algerischen Behörden und stellte fest: Die kollektiven Abschiebungen nach Niger stellen eine offensichtliche Verletzung des internationalen Rechts dar, insbesondere des Grundsatzes der Nichtzurückweisung und des Rechts auf ein ordnungsgemäßes rechtsstaatliches Verfahren. Sie müssen sofort eingestellt werden.

An der Situation selbst hat sich danach nichts geändert. Die nigrischen Behörden kritisierten Algeriens Abschiebep Praxis vergeblich. Im Februar 2017 forderte der nigrische Innenminister Mohamed Bazoum die algerische Regierung auf, die Abschiebungen auszusetzen. Ebenfalls ohne Erfolg.

Am 12. Februar 2023 erreichte ein weiterer Abschiebekonvoi den Point Zero, das Niemandsland im Grenzgebiet zwischen Algerien und Niger, wo die algerischen Behörden die Menschen in der Wüste aussetzen. 899 Personen dokumentierte Alarme Phone Sahara an diesem Tag, die meisten von ihnen stammten aus Guinea oder Mali aus Niger kam nur eine einzige Person.

Unter den Abgeschobenen waren zahlreiche Männer, aber auch Frauen, darunter mehrere Schwangere, Kinder und alte Menschen. Einigen war bei ihrer Verhaftung ihr Besitz abgenommen worden.

Und jedes Mal werden die Menschen mitten in der Wüste allein gelassen, manchmal auch nachts. Ohne Wasser und Nahrung müssen sie die 15 Kilometer bis ins Dorf Assamaka zu Fuß zurücklegen. Doch auf dem Weg dahin kann man sich leicht in der Wüste verlaufen. So nimmt die algerische Regierung bewusst in Kauf, dass hier Menschen in Lebensgefahr geraten.

Wie kann es aber sein, dass die algerischen Behörden das mit der nigrischen Regierung getroffene Rückführungsabkommen ungehindert missbrauchen können, um Menschen aus allen Staaten südlich der Sahara abzuschieben? Selbst in der Afrikanischen Union findet sich niemand, der dagegen etwas tut, sagt Moctar Dan Yaye von Alarme Phone Sahara: Algerien macht weiterhin, was es will.

Yaye verurteilt die rassistische Politik der algerischen Regierung, die die schwarzen Menschen im Land loswerden wolle.⁴ Die Zahl der Abschiebungen nehme laufend zu. Nach den Daten von Alarme Phone Sahara, die sich auf die Anrufe von Hinweisgebern stützen, wurden 2022 mindestens 24 250 Menschen in offiziellen und inoffiziellen Konvois von Algerien nach Niger abgeschoben, berichtet die NGO.

Das Aufnahmезentrum nimmt niemanden mehr auf

Nach Angaben des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten in Niger sind die Hilfsanfragen 2022 um 35 Prozent gestiegen. Die Organisationen sind heillos überfordert und die IOM ist wie gelähmt. Moctar Dan Yaye berichtet, dass die IOM alle Neuankömmlinge abweist, weil sie immer noch damit beschäftigt ist, die Anträge von Migranten zu bearbeiten, die bereits vor Ort sind.

Gestrandet in Assamaka Ein kleines nigrisches Dorf ist Anlaufstelle für tausende Geflüchtete, die aus Algerien abgeschoben wurden.

Dabei sind alle aus Algerien Abgeschobenen dazu verpflichtet, sich nach ihrer Ankunft in Assamaka zuerst bei der IOM zu melden. Die Menschen können dann erneut versuchen, nach Algerien (oder Libyen) einzureisen, in Niger Asyl beantragen oder in ihr Herkunftsland zurückkehren.

Wenn sie sich für die zweite Op-tion entscheiden, müssen sie im IOM-Aufnahmezentrum in Assamaka einen Asylantrag stellen. Das Zentrum ist aber wegen Überlastung für neue Antragsteller derzeit geschlossen. Seit Anfang des Jahres bemerken wir, dass es auch bei der Organisation der Konvois, mit denen die Menschen in ihre Heimatländer zurückgebracht werden, zu Verzögerungen kommt, berichtet Boulama Elhadji Gori, der stellvertretende Leiter des Niger-Programms von Ärzten ohne Grenzen (Médecins Sans Frontières, MSF).

Dadurch seien die Menschen länger vor Ort geblieben, während gleichzeitig immer mehr Menschen dazukamen, die aus Algerien abgeschoben worden waren. Das habe zu Überfüllung geführt. Über einen längeren Zeitraum hatten weder die IOM noch die nigrische Regierung Transportmittel zur Verfügung gestellt, mit denen die Menschen Assamaka hätten verlassen können. Eine Anfrage zu diesem Problem blieb unbeantwortet.

Viele Migranten sind also dazu verdammt, in Assamaka auszuharren. Boulama Elhadji Gori schätzt die Einwohnerzahl des Dorfs heute auf 6000, vor einigen Jahren waren es noch 1000. Das Dorf platzt aus allen Nähten, sagt Gori und bezeichnet die Situation als humanitäre Krise: Die Migranten werden meist im Gesundheitszentrum untergebracht oder in dessen unmittelbarer Umgebung. Die hygienischen Bedingungen dort sind unzumutbar. Das Zentrum ist nicht für einen solchen Ansturm ausgelegt.

Die öffentliche Gesundheitsversorgung im Norden Nigers war schon vorher unzureichend. Die Menschen -seien verzweifelt, berichtet Gori: Sie sind verschiedenen Risiken ausgesetzt, werden zum Beispiel erpresst oder müssen sich prostituieren. Außerdem leben sie unter hygienischen Bedingungen, die geradezu gesundheitsgefährdend sind.

Moctar Dan Yaye steht mit vielen Leuten vor Ort in Kontakt. Ihnen zufolge ist die Lage unhaltbar geworden. Um zu überleben, haben die in Assamaka festsitzenden Migranten keine andere Wahl, als den ganzen Tag betteln zu gehen und auf der Straße zu übernachten. Sie stehlen auch und schlachten Tiere, um sich zu ernähren. Das erzeugt natürlich noch zusätzliche Spannungen und Konflikte.

Die nigrischen Behörden sind ebenfalls gut informiert. Der Gouverneur der Region Agadez, Elhadj Magagi Maman Dada, sprach im April von einer humanitären und sozialen Krise, als er Behördenleiter und Repräsentanten der Zivilgesellschaft zu einer Versammlung einberief.

Danach gründeten sie eine Arbeitsgruppe, die sich mit den katastrophalen Lebensbedingungen der Migranten vor Ort beschäftigen soll. Auch der nigrische Innenminister Hamadou Ademou Souley hat das IOM-Aufnahmezentrum in Agadez, der größten Stadt im Norden des Landes, besucht. Er fuhr sogar noch weiter bis nach Assamaka, das etwa 350 Kilometer nördlich von Agadez liegt.

Trotz dieser Initiativen konnte -Alarme Phone Sahara bisher keine Veränderungen bei der Flüchtlingsaufnahme feststellen. Vielmehr kritisiert die NGO das Verhalten der IOM, die immer noch keine Neuankömmlinge aufnehmen würde.

Man sehe bewusst weg, sagt Moctar Dan Yaye. Am 20. März veröffentlichte Ärzte ohne Grenzen eine Pressemitteilung, in der die Organisation die dramatische Lage schildert und die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (Ecowas) dazu aufruft, die in der Wüste ausgesetzten Migranten endlich wirksam zu schützen.

Die Situation ist beispiellos. Die Temperaturen in Assamaka können bis zu 48 Grad Celsius erreichen, so dass die Menschen Zuflucht vor der Hitze suchen, wo immer sie sie finden können. Dies hat dazu geführt, dass die Menschen auch in sehr unhygienischen Bereichen wie etwa auf Müllplätzen schlafen. 5

Gestrandet in Assamaka Ein kleines nigrisches Dorf ist Anlaufstelle für tausende Geflüchtete, die aus Algerien abgeschoben wurden.

Algerien sollte mit internationalen Sanktionen belegt werden, damit es aufhört, sich wie ein Schurkenstaat zu verhalten, meint Moctar Dan Yaye, der allerdings nicht wirklich daran glaubt, wenn man sich die Politik auf der anderen Seite des Mittelmeers anschaut: Der Westen wird mehr und mehr zu einer Festung und vergisst dabei, dass seine eigene Geschichte eine Geschichte der Migration ist.

1 Siehe Raouf Farrah, Algeria's migration dilemma. Migration and human smuggling in southern Algeria, Global Initiative Against Transnational Organized Crime, 10. Dezember 2020.

2 Zu diesem Thema siehe den Bericht: Des femmes et des enfants de Kantché sur la route de l'Algérie. Analyse socio-anthropologique d'un phénomène mal connu, OIM, Juli 2016.

3 Siehe den Bericht: Algérie: Des migrants et demandeurs d'asile forcés à quitter le pays, Human Rights Watch, 9. Oktober 2020.

4 Auch in Tunesien nehmen die rassistisch motivierten Angriffe auf Geflüchtete aus Subsahara-Afrika zu, siehe Thierry Brésillon, Unerwünscht in Tunesien, LMd, Mai 2023.

5 Siehe die Pressemitteilung von Ärzten ohne Grenzen vom 20. März 2023: Niger: Ärzte ohne Grenzen fordert Schutz für tausende Geflüchtete in Assamaka.

Aus dem Französischen von Heike Maillard

Shaï Pauset ist Journalistin.

Afrique XXI; für die deutsche Übersetzung LMd, Berlin

Load-Date: June 8, 2023

Was vom Asylrecht bleibt; Abschiebungen in Drittstaaten, Lager an der Grenze, keine Ausnahmen für Minderjährige: Für Geflüchtete soll es schwieriger werden, Asyl in Europa zu bekommen. Worauf sich die Innenminister Europas geeinigt haben

taz, die tageszeitung

Samstag 10. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 11

Length: 1362 words

Byline: Eric Bonse, Christian Jakob

Highlight: Abschiebungen in Drittstaaten, Lager an der Grenze, keine Ausnahmen für Minderjährige: Für Geflüchtete soll es schwieriger werden, Asyl in Europa zu bekommen. Worauf sich die Innenminister Europas geeinigt haben

Body

Von Eric Bonse und Christian Jakob

Zwölf Stunden haben sie gerungen, Italien und Griechenland drohten bis zuletzt mit Abbruch. Doch nun steht er der Kompromiss zur Asylreform. Die 27 Innenminister der EU haben sich in Luxemburg geeinigt. Bundesinnenministerin Nancy Faeser sprach von einem historischen Ergebnis.

Nun sei gelungen, woran die EU seit der Flüchtlingskrise 2015 scheiterte: einen gerechten Ausgleich zwischen den Ankunftsändern rund um das Mittelmeer und den Aufnahmелändern im Norden zu finden. Der Deal soll die Krise an den Außengrenzen entschärfen und die Verteilung der Flüchtlinge fairer machen.

Er könnte aber krachend scheitern. Denn im Zuge der Verhandlungen mussten die EU-Staaten so viele Kröten schlucken, dass das Reformpaket wieder auseinanderfallen könnte. Auch die anstehenden Verhandlungen mit dem EU-Parlament werden schwierig; im beginnenden Europawahlkampf zeichnen sich Turbulenzen ab.

Dabei sind sich die EU-Politiker mit Ausnahme der Grünen und Linken über das Grundprinzip einig: Die Asylverfahren sollen wegen der zunehmenden irregulären Migration verschärft werden. Die Festung Europa wird ausgebaut. Die Innenminister begründen das damit, die Reisefreiheit im Schengenraum sichern zu wollen.

Neu ist vor allem der härtere Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive. Für sie soll es Schnellverfahren geben, in denen ein Asylantrag inhaltlich geprüft wird. Das betrifft Menschen aus Ländern, bei denen die durchschnittliche Anerkennungsrate der Asylanträge in der EU unter 20 Prozent liegt oder die aus sogenannten

Was vom Asylrecht bleibt Abschiebungen in Drittstaaten, Lager an der Grenze, keine Ausnahmen für Minderjährige: Für Geflüchtete soll es schwieriger werden, Asyl....

sicheren Herkunftsländern stammen. Die 20-Prozent-Quote greift etwa bei Ägypten, Bang-la-desch oder Nigeria. Als sichere Herkunftsländer dürften etwa Marokko, Tunesien oder Algerien eingestuft werden.

Menschen aus diesen Ländern sollen nach Ihrer Einreise in die Europäische Union dann für die gesamte Dauer Ihres Asylverfahrens in den streng kontrollierten Aufnahmeeinrichtungen an der Außengrenze bleiben. Sie gelten dann als offiziell nicht in die EU eingereist.

Allerdings und das erwähnt die offizielle Ratsmitteilung nicht soll dem Ganzen eine sogenannte Zulässigkeitsprüfung vorgeschaltet sein: Als unzulässig gelten dabei Anträge, wenn der Antragsteller über einen sicheren Drittstaat eingereist ist. Dann gibt es keine Asylprüfung, und eine direkte Abschiebung in den -Drittstaat ist möglich. Die Schutzsuchenden sollen dann dort Asyl beantragen.

Viele der potenziellen sicheren Drittstaaten bieten jedoch keinen Schutz. Die Türkei etwa schiebt Af-gha-n:in-nen in den Iran und nach Afghanistan ab. Und die EU dürfte versuchen, viele Nachbarstaaten als sichere Drittstaaten einzustufen neben der Türkei etwa Bosnien, Marokko, Tunesien oder Serbien. Von dem Grenzverfahren können dann auch Menschen aus Ländern mit hohen Anerkennungsquoten etwa Syrien, Afghanistan, Somalia, Iran oder Eritrea betroffen sein.

Die geplante Internierung in den Lagern an den EU-Grenzen kann dauern. Inklusive Abschiebung soll sie nicht mehr als 6 Monate betragen, heißt es im Ratsbeschluss. Am vergangenen Wochenende hatte die grüne -Außenministerin Annalena Baer-bock noch gesagt, sie wolle sicherstellen, dass niemand länger als einige Wochen im Grenzverfahren stecken bleibt.

Die Staaten an den Außengrenzen sind künftig verpflichtet, Internierungslager für die neuen Grenzverfahren zu schaffen. Wie viele Plätze diese pro Land umfassen müssen, wird nach einem bestimmten Schlüssel gemäß der Ankünfte festgelegt. Insgesamt sollen EU-weit zunächst 30.000 Plätze entstehen. Allein in Griechenland wurden bereits Lager mit etwa 5.000 Plätzen geschaffen.

Die neue Verordnung über Asyl- und Migrationsmanagement soll die bisherige Dublin-Verordnung ersetzen. Die legt fest, dass in der Regel der EU-Staat für ein Asylverfahren zuständig ist, in den ein Schutzsuchender einreist. Allerdings sind die Bedingungen innerhalb der EU sehr unterschiedlich. Viele Flüchtlinge reisen deshalb in andere EU-Staaten weiter. Die Möglichkeiten dieser Länder, Menschen ins Land der ersten Einreise zurückzuschicken, sollen nun erleichtert werden. Damit wird die bisher bestehende Möglichkeit, hierzulande mit einem Kirchenasyl Zugang zu einem Asylverfahren in Deutschland zu erlangen, stark erschwert oder entfällt womöglich ganz.

Überraschend ist, dass die sogenannten -Grenzverfahren auch für Familien mit Kindern gelten sollen. Nancy Faeser wollte dies eigentlich verhindern. Doch sie hat ihre eigene rote Linie überschritten, um den Widerstand besonders restriktiver Länder wie Malta, Slowakei oder Bulgarien zu überwinden. Auch Italien und Österreich forderten eine harte Linie bei den Grenzverfahren.

Faeser lenkte ein. Sie unterzeichnete aber eine Zusatzerklärung, die Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn auf den Weg brachte. Deutschland, Irland, Luxemburg und Portugal weisen darauf hin, dass uns Ausnahmen vom Grenzverfahren für Minderjährige und ihre Familienangehörigen sehr wichtig bleiben, heißt es darin.

Doch die Hardliner ließen nicht locker. Sie wollen abgelehnte Asylbewerber künftig auch in Nicht-EU-Länder abschieben. Einzige Voraussetzung soll sein, dass sie eine Verbindung zu diesem Land haben. Auch diese Forderung war umstritten. Reicht ein einfacher Transit, oder muss der Asylbewerber Verwandte in dem Drittland haben?

Am Ende einigte man sich darauf, dass die Entscheidung bei jenem EU-Land liegen soll, das für das Asylverfahren zuständig ist. Italien feiert dies als Erfolg. Nun kann die rechtsradikale Regierung abgelehnte Asylbewerber auch nach Tunesien zurückschicken. Um den Weg frei zu machen, ist ein eigenes Rückführungsabkommen geplant.

Was vom Asylrecht bleibt Abschiebungen in Drittstaaten, Lager an der Grenze, keine Ausnahmen für Minderjährige: Für Geflüchtete soll es schwieriger werden, Asyl....

Als Ausgleich für die harten Regeln an den Außengrenzen soll es in der EU solidarischer zugehen. Die Aufnahme von Asylbewerbern soll künftig nicht mehr freiwillig, sondern verpflichtend sein. Zunächst sollen 30.000 Ankommende pro Jahr aus den Außengrenzstaaten nach einem Schlüssel umverteilt werden.

Allerdings müssen die Staaten die ihnen zugewiesenen Menschen nicht wirklich aufnehmen. Länder, die keine Mi-gran-ten aufnehmen wollen, würden zu Ausgleichszahlungen gezwungen. Im Gespräch ist eine Kopfprämie von 20.000 Euro. Das kann auch in Form von Beiträgen für Grenzschutzausgaben oder durch die Entsendung eigener Grenzschrützer geschehen. Die Mitgliedstaaten können nach eigenem Ermessen entscheiden, welche Art von Solidaritätsbeitrag sie leisten , heißt es im Ratsbeschluss.

Tschechien hat bereits angekündigt, sich nicht am Solidaritätsmechanismus zu beteiligen. Polen und Ungarn sind ohnehin nicht mit im Boot sie lehnten den Deal ab. Auch Malta und die Slowakei haben Vorbehalte. Deshalb bleibt unklar, ob es tatsächlich zu einer faireren Verteilung kommen wird.

Am Ende könnten vor allem die härteren Regeln umgesetzt werden, während die Soli-darität wieder einmal auf der Strecke bleibt. Zunächst muss das neue Asylregime aber durch das -Europaparlament. Dort -geben die Anhänger einer fairen -europäischen Lösung den Ton an; aber auch die Hardliner -haben ein Wörtchen mitzureden.

So sprach sich Manfred Weber (CSU), Chef der größten Parlamentsfraktion, für eine harte Linie aus. Wenn es uns gelingt, eine europäische Rechtslage zu schaffen, die wirklich funktioniert, dann werden die Zahlen (der Flüchtlinge) deutlich zurückgehen , sagte er im Bayerischen Rundfunk. Für jeden, der versuche, illegal nach Europa zu kommen, sei künftig an der Außengrenze Schluss .

Der Co-Vorsitzende der Europäischen Linksfraktion und Parteivorsitzende der Linken, Martin Schirdewan, sprach dagegen von einer Bankrotterklärung . Er sei fassungslos , dass die Grünen in Berlin für den Deal würben. Sie würden sich vor der versammelten Rechten Europas in den Staub werfen.

Allerdings gingen auch die Grünen im EU-Parlament auf Distanz. Die Position des Rats widerspricht europäischen Werten wie den Grundrechten und der Achtung der Rechtsstaatlichkeit , erklärte Terry Reintke, Co-Chefin der Grünen-Fraktion. Es kann keine Einigung um jeden Preis geben , warnte sie.

Das Verfahren soll im Februar 2024 abgeschlossen sein, drei Monate vor den Wahlen zum Europäischen Parlament.

Innenministerin Nancy Faeser hat ihre eigene rote Linie überschritten

Load-Date: June 9, 2023

Die Rettung kam für sechs Geflüchtete zu spät; Großbritannien ist für viele Geflüchtete attraktiver als Frankreich. Sie versuchen, in überfüllten Booten über den Ärmelkanal zu kommen. Dabei gab es nun wieder sechs Tote

taz, die tageszeitung

Montag 14. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 798 words

Byline: Dominic Johnson

Highlight: Großbritannien ist für viele **Geflüchtete** attraktiver als Frankreich. Sie versuchen, in überfüllten Booten über den Ärmelkanal zu kommen. Dabei gab es nun wieder sechs Tote

Body

Von Dominic Johnson

Beim schwersten Bootsunglück seit 2021 auf der **Flüchtlingsroute** über den Ärmelkanal aus Frankreich nach Großbritannien sind am Samstag vermutlich acht Menschen gestorben. Die französischen und britischen Behörden bestätigten am Wochenende den Tod von sechs jungen Männern aus Afghanistan nach der Rettung. Rund 60 weitere Bootspassagiere aus Afghanistan und Sudan konnten von britischen und französischen Küstenwachen geborgen werden und blieben am Leben. Zwei werden noch vermisst und sind mutmaßlich ertrunken. Das völlig überfüllte Boot wurde am Samstagmorgen kurz vor 4 Uhr von einer französischen Patrouille vor der französischen Küste bei Sangatte nahe Calais entdeckt, wo es in Seenot geraten war.

Erst am Donnerstag hatte die britische Küstenwache die Überquerung von 755 **Flüchtlingen** bestätigt – der höchste je registrierte Tageswert. Damit stieg die Gesamtzahl der von den britischen Behörden registrierten Boat People seit Beginn der Aufzeichnungen am 1. Januar 2018. Berechnungen britischer Medien zufolge auf über 100.000. Dieses Jahr bis 10. August waren es bereits 15.826, etwas weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Wie viele weitere **Flüchtlinge** es unentdeckt an die britische Küste schafften, ist nicht bekannt.

Anders als manche EU-Länder betreibt Großbritannien staatliche Seenotrettung: Die Küstenwache fährt Flüchtlingsbooten entgegen, nimmt die Insassen an Bord oder eskortiert deren Boote an Land. Die Flüchtlinge landen dann im regulären Asylverfahren.

Der britischen Regierung ist es trotz massiver Kritik von Rechtsaußen bisher nicht gelungen, diesen Flüchtlingszustrom einzudämmen, und auch immer wieder neu gestartete Vorhaben, die Seenotrettung zu beenden oder Bootsflüchtlingen ein Asylverfahren zu verwehren, wurden bisher allesamt nicht umgesetzt. Die Küstenwache weigert sich, die Seenotrettung einzustellen, Frankreich nimmt Bootsflüchtlinge nicht zurück und das Vorhaben der

Die Rettung kam für sechs Geflüchtete zu spät Großbritannien ist für viele Geflüchtete attraktiver als Frankreich. Sie versuchen, in überfüllten Booten über den....

britischen Regierung, sie zwangsweise nach Ruanda zu verfrachten, statt ihnen die Möglichkeit eines Asylantrags in Großbritannien zu gewähren, ist weiterhin von der Justiz blockiert.

Ende 2022 warteten knapp 170.000 Flüchtlinge in Großbritannien auf ihren Asylbescheid, dreimal so viele wie drei Jahre zuvor. Solange sie warten und sobald sie das Erstaufnahmezentrum verlassen haben, müssen sie auf Staatskosten von den Kommunen untergebracht werden, meist in umfunktionierten Billighotels. Viele tauchen in dieser Zeit ab und verschwinden aus der Statistik.

Die neueste Idee der britischen Regierung, Asylsuchende auf Schiffen unterzubringen, auf denen man sie besser überwachen kann, erlitt vergangene Woche einen Dämpfer: Das erste dafür vorgesehene Boot, das umgebaute Containerschiff *Bibby Stockholm* im südwestenglischen Hafen Portland, musste geräumt werden, gab die Regierung am Freitag bekannt. Zuvor waren einige der 39 bislang dorthin gebrachten Flüchtlinge erkrankt und daraufhin wurden Legionellen in der Wasserversorgung des Schiffes festgestellt.

Für viele Flüchtlinge ist Großbritannien trotz aller Widrigkeiten ein attraktiverer Zielort als Frankreich. Das liegt an der Sprache, am leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt, an der geringeren Polizeigewalt und am humaneren Umgang der Behörden mit illegal Eingereisten. In Frankreich müssen viele Flüchtlinge monatelang warten, bevor sie überhaupt einen Asylantrag stellen können. So lange haben sie keinen Anspruch auf Versorgung. Sie kampieren irgendwo oder reisen weiter. Wer ihnen Hilfe zukommen lassen möchte, wird oft behindert oder kriminalisiert. Das passiert selbst, wenn es um kranke Obdachlose oder allein reisende Minderjährige geht.

Die französischen Kommunalbehörden im Raum Calais hatten zuletzt laut der britischen Sunday Times gewarnt, die Zahl der Flüchtlinge, die auf eine Überfahrt nach Großbritannien warteten, habe deutlich zugenommen. Durch das zwei Wochen anhaltende schlechte Wetter seien Bootsfahrten unmöglich gewesen und das habe einen Stau an der Küste produziert. Seit Anfang vergangener Woche habe sich das Wetter jedoch gebessert und nun würden sich besonders viele Menschen auf den Weg machen.

Ende 2022 warteten knapp 170.000 auf ihren Asylbescheid, dreimal so viele wie drei Jahre zuvor

Flucht übers Meer

Fast 1.000 Flüchtlinge haben am Wochenende die Überfahrt aus Tunesien nach Italien geschafft. In der Nacht zum Sonntag wurden 277 Menschen in sechs Booten von der Küstenwache auf die Insel Lampedusa gebracht. Am Samstag kamen knapp 718 Menschen in 27 Booten an. Sie stammen aus Kongo, der Elfenbeinküste, Burkina Faso, Kamerun, Guinea, Nigeria, Senegal und Mali.

41 Tote gab es zuvor, als ein am 3. August mit 45 Migranten in Tunesien gestartetes Boot von Wellen überrollt wurde und kenterte. Erst Tage später wurden vier Überlebende auf dem Meer entdeckt. (dpa, ap)

Load-Date: August 13, 2023

**Städte werden aufgerufen, die Seenotrettung zu unterstützen ;
Flüchtlingsforum fordert per Offenem Brief, dass Lübeck für den Titel
Sicherer Hafen auch etwas tut**

taz, die tageszeitung

Montag 28. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 28

Length: 613 words

Byline: Katarina Machmer

Highlight: Flüchtlingsforum fordert per Offenem Brief, dass Lübeck für den Titel Sicherer Hafen auch etwas tut

Body

das wird

Interview Katarina Machmer

taz: Herr Geise, was will das Flüchtlingsforum mit dem Offenen Brief an Lübecks Bürgermeister erreichen?

Torsten Geise: Wir wollen auf den Widerspruch zwischen dem Konzept der Sicheren Häfen und der Asylrechtsreform der EU aufmerksam machen. Die Abschottung Europas hat in unseren Augen mit Menschenrechten nichts mehr zu tun. Von den Städten Sicherer Häfen wurden Forderungen an die Bundesregierung gestellt, und die hießen nicht: Macht die Grenzen dicht, sondern: Gebt uns die Möglichkeit, mehr Menschen aufzunehmen und die Menschen gut zu versorgen. Stattdessen sollen wegen der Asylrechtsreform nicht mehr so viele Geflüchtete in die Kommunen kommen. Dafür sind wir dem Bündnis Sicherer Hafen nicht beigetreten. Aber wir fordern auch mehr Engagement auf kommunaler Ebene in Lübeck.

Inwiefern?

Lübeck ist sehr wenig transparent hinsichtlich der Maßnahmen, die die Stadt zu einem Sicheren Hafen machen sollen. Die zivilgesellschaftliche Bewegung Seebrücke, die die Initiative Städte Sicherer Häfen auf den Weg gebracht hat, kennt nur Daten aus dem Jahr 2019. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Lübeck sich mit Menschen auf der Flucht und den Zielen der Seebrücke solidarisch erklärt und bekundet, sich aktiv für eine menschenrechtskonforme europäische Migrationspolitik einzusetzen. Und die Stadt hat zugestimmt, alle Maßnahmen, die sie als Teil des Bündnisses Städte Sicherer Häfen trifft, öffentlich zu machen. Das ist aber nicht geschehen oder es wurden bisher keine weiteren Maßnahmen umgesetzt.

Welche Maßnahmen fordert denn das Bündnis?

Städte werden aufgerufen, die Seenotrettung zu unterstützen. Flüchtlingsforum fordert per Offenen Brief, dass Lübeck für den Titel Sicherer Hafen auch etwas tut

Neben der Solidaritätserklärung mit Menschen auf der Flucht, dem Engagement für Menschenrechte und der Transparenzforderung sind das vor allem praktische Maßnahmen. Städte und Kommunen werden dazu aufgerufen, die Seenotrettung zu unterstützen, etwa indem sie eine Patenschaft für ein ziviles Seenotrettungsschiff übernehmen oder sich finanziell daran beteiligen. Außerdem sollten sich Städte mit dem Titel Sicherer Hafen bereit erklären, mehr Schutzsuchende aufzunehmen, als es die Quoten erfordern. Und die Seebrücke appelliert an die Mitglieder des Bündnisses, Aufnahmeprogramme zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass Geflüchtete gut in der Kommune ankommen.

Während die EU sich immer mehr abschottet?

All diese Punkte sollen Mitglieder auch auf europäischer Ebene unterstützen. Uns ist aber in den meisten Fällen nicht mal bekannt, ob Lübeck die Forderungen in der eigenen Stadt umgesetzt oder darüber entschieden hat.

Betreiben Städte mit dem Titel Sicherer Hafen im Allgemeinen eher Symbolpolitik, als praktische Maßnahmen umzusetzen?

Ich glaube, das ist sehr unterschiedlich. Einige sind, denke ich, froh darüber, sich diesen Titel geben zu können und zu wissen, dass sie damit gut aussehen. Andere sind deutlich aktiver. Wir werden unseren Offenen Brief auch im Schleswig-Holsteiner Flüchtlingsrat verbreiten und dann werden wir sehen, inwieweit andere Städte zunächst auf Landesebene den Brief unterstützen.

Warum gerade jetzt?

Wir nutzen damit die Öffentlichkeit, die durch die Reform des EU-Asylsystems entstanden ist. So können wir herausfinden, wie unsere Städte und unsere Zivilgesellschaft eigentlich mit der Situation umgehen. Ich finde, jetzt ist ein guter Zeitpunkt, sich als Stadt, die sich Sicherer Hafen nennt und von Solidarität und Menschenrechten spricht, klar zu positionieren.

Demonstration

Asylrecht verteidigen! 31. 8., 15 Uhr, Marktplatz vor dem Lübecker Rathaus; Übergabe des Offenen Briefs an Bürgermeister und Stadtpräsident: Rathaus, Bürgerschaftssaal, 16 Uhr

Torsten Geise

1971 geboren, ist Politikwissenschaftler und vertritt das Lübecker Flüchtlingsforum.

Load-Date: August 27, 2023

Hunderte Flüchtlinge aus Senegal gesucht; Retter finden vor den Kanaren 78 Bootsflüchtlinge, 300 werden vermisst nach zwei Wochen Fahrt

taz, die tageszeitung

Mittwoch 12. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 462 words

Byline: Dominic Johnson

Highlight: Retter finden vor den Kanaren 78 Bootsflüchtlinge, 300 werden vermisst nach zwei Wochen Fahrt

Body

Von Dominic Johnson

Ein weiteres **Flüchtlingsdrama** im Atlantik lenkt erneute Aufmerksamkeit auf eine der längsten maritimen Fluchtrouten der Welt. Am Dienstag wurden immer noch drei Boote aus Senegal auf dem Weg zu den zu Spanien gehörenden Kanaren vermisst, samt ihrer auf etwa 300 geschätzten Passagiere. Spanische Retter hatten am Montag vor den Kanaren zwar ein Boot mit 78 Menschen aufgegriffen, die sie auf die Insel Gran Canaria in die Obhut des Roten Kreuzes brachten, aber entgegen ersten Berichten handelte es sich nicht um eines der drei Boote, deren Verschwinden die spanische Hilfsorganisation Caminando Fronteras zuvor gemeldet hatte.

Nach Angaben der Organisation hatte ein Boot mit 200 Passagieren am 27. Juni im senegalesischen Hafen Kafountine abgelegt. Zwei weitere Boote mit jeweils 50 und 60 Menschen waren kurz zuvor vom gleichen Hafen aufgebrochen. Von allen fehlt jeder Spur.

Die Migrationsroute aus Westafrika über den Atlantik auf die Kanaren wird seit Jahrzehnten genutzt, obwohl Boote zwischen Senegals Hauptstadt Dakar und den Kanaren rund 1.500 Kilometer übers Meer fahren müssen. Die Alternative, der Landweg nach Norden, ist meist unpraktikabel. Weder die Grenze von Senegal nach Mauretanien noch die von Mauretanien in die von Marokko annektierte Westsahara ist problemlos passierbar. Dass Flüchtlinge auf marokkanischem Gebiet landen, wird meist systematisch verhindert und aufgegriffene Schwarzafrikaner werden deportiert. Die neuerdings wieder zunehmende Beliebtheit des Seeweges spiegelt sich in rasant steigenden Todeszahlen wider: Im Jahr 2022 registrierte die UN-Migrationsbehörde IOM auf der Atlantikroute 559 Ertrunkene, in der ersten Hälfte 2023 bereits 778, davon allein im Juni 332; die Dunkelziffer dürfte hoch sein.

Spaniens Polizei hilft Senegal dabei, die illegale Ausreise zu erschweren und das zwingt Migranten auf abseitige Routen. Aus dem Hafen Kafountine im Südtail Senegals, der vom Rest des Landes durch Gambia getrennt ist, beträgt die Entfernung zu den Kanaren sogar 1.700 Kilometer. In der Region Casamance, zwischen Gambia und Guinea-Bissau, sind Rebellengruppen aktiv. Außerdem ist das die Heimat von Senegals Oppositionsführer

Hunderte Flüchtlinge aus Senegal gesucht Retter finden vor den Kanaren 78 Bootsflüchtlinge, 300 werden vermisst nach zwei Wochen Fahrt

Ousmane Sonko, dessen Anhänger Repressalien ausgesetzt sind. Einige sollen sich unter den jetzt vermissten Bootsflüchtlingen befinden. Auch viele Migranten aus Nachbarländern reisen aus Kafountine ab.

Kafountine erlangte im Juni 2022 traurige Berühmtheit, als ein Fischerboot mit 140 Passagieren direkt bei der Abfahrt kenterte und 15 der 140 Passagiere ertranken. Im Dezember explodierte ein Boot voller Migranten, als sich einer direkt neben dem Benzintank eine Zigarette anzündete. Nach solchen Vorfällen werden die Überlebenden meist von Senegals Polizei gejagt, verhaftet und deportiert.

Load-Date: July 11, 2023

End of Document

Die Zellen blieben fest verschlossen; In Mexiko sterben beim Brand in einem Internierungslager nahe der US-Grenze 38 Migranten. Obwohl der Rauch immer dichter wurde, ließ niemand die Männer heraus

taz, die tageszeitung

Donnerstag 30. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 672 words

Byline: Wolf-Dieter Vogel

Highlight: In Mexiko sterben beim Brand in einem Internierungslager nahe der US-Grenze 38 Migranten. Obwohl der Rauch immer dichter wurde, ließ niemand die Männer heraus

Body

Aus Oaxaca Wolf-Dieter Vogel

Am Tag nach dem tödlichen Feuer in einem Internierungslager der nordmexikanischen Stadt Ciudad Juárez müssen sich Beamte der Nationalen Migrationsbehörde (INM) schwerwiegenden Vorwürfen stellen. Aufnahmen von Überwachungskameras zeigen, dass Wächter die Flucht ergriffen, anstatt die gefangenen Männer aus ihren Zellen zu lassen, während sich die Räume in Sekundenschnelle mit Rauch füllten. Bei dem Brand sind in der Unterkunft in der Grenzmetropole in der Nacht zum Dienstag 38 Migranten ums Leben gekommen.

Ich habe den Eindruck, sie fanden es wichtiger, dass die Menschen eingesperrt bleiben, als die Türen zu öffnen, sagte Tonatíuh Guillén López mit Blick auf die Beamten. Guillén López war vor fünf Jahren, zu Beginn der Amtszeit des Präsidenten Andrés Manuel López Obrador, selbst Leiter der INM und hatte sich für ein Konzept der offenen Grenzen eingesetzt. Doch der tödliche Brand in der Einrichtung der Migrationsbehörde, bei dem zudem 29 Menschen verletzt wurden, ist eher das Ergebnis einer zunehmend restriktiven Einwanderungspolitik der USA und Mexikos.

Ein Teil der verstorbenen Migranten war am Montag festgenommen worden, als sie in der Stadt Autofenster geputzt, Süßigkeiten verkauft oder um Geld gebettelt hatten. Andere waren von US-Behörden nach Mexiko gebracht worden, nachdem sie zuvor versucht hatten, die Grenze zu überwinden. Aus Protest gegen die geplante Abschiebung in ihre Herkunftsländer hatten die Migranten ein Feuer gelegt, das außer Kontrolle geriet.

Sie haben an die Tür der Herberge Matratzen gelegt und angezündet, sagte López Obrador am Dienstagmorgen. Sie haben nicht damit gerechnet, dass das ein so furchtbares Unglück hervorrufen würde.

Die Zellen blieben fest verschlossen In Mexiko sterben beim Brand in einem Internierungslager nahe der US - Grenze 38 Migranten. Obwohl der Rauch immer dichter w....

Doch wie Guillén López betonen auch Angehörige der Opfer, dass die Internierten nicht rechtzeitig aus ihren Zellen gelassen worden seien. Als in der Unterkunft immer mehr Rauch zu sehen gewesen sei, habe man die Frauen im Nachbartrakt herausgelassen, die Männer jedoch nicht, zitiert das Onlineportal La Verdad Juárez die Venezolanerin Vianey Infante, die ebenfalls in dem Lager war und auf die Freilassung ihres Mannes gewartet hatte, als das Feuer ausbrach. Nun soll die Generalstaatsanwaltschaft ermitteln, wer für den Tod der Männer verantwortlich ist. Auch die Nationale Menschenrechtskommission wurde eingeschaltet.

Die Menschen, die sich auf der Flucht vor Armut und Verfolgung befanden, stammten aus Süd- und Mittelamerika. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft kamen die insgesamt 68 inhaftierten Migranten aus Guatemala, Honduras, El Salvador und Venezuela.

Erika Guevara, die Sprecherin von Amnesty International Amerika, erklärte, das Feuer und seine Folgen seien das Resultat der US-Migrationspolitik in Komplizenschaft mit den mexikanischen Behörden. Sie verwies auf den so genannten Titel 42, nach dem US-Behörden illegal einreisende Ausländer ausweisen können. Auch Asylsuchende sind davon betroffen. Die Regelung stammt aus der Regierungszeit Donald Trumps und wurde auch von Joe Biden nie abgeschafft.

Neben der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Lage in den Herkunftsländern ist der Titel 42 ein wichtiger Grund dafür, dass sich immer mehr Mi-gran-t*in-nen und Flüchtlinge in den mexikanischen Grenzregionen ansammeln. US-Grenzschutzbehörden zufolge wurden im 2022 über 2,5 Millionen Menschen bei den Versuch festgenommen, illegal in die Vereinigten Staaten einzureisen. Eine Rekordzahl. Nach ihrer Rückführung nach Mexiko müssen sie unter gefährlichen und prekären Bedingungen ums Überleben kämpfen oder werden in ihr Herkunftsland abgeschoben.

Die bischöfliche Einrichtung Pastoral de Movilidad Humana , die unter anderem Herbergen für Mi-gran-t*in-nen betreibt, hat vergangene Woche das Vorgehen von Sicherheitskräften in Ciudad Juárez gegen die Menschen auf der Flucht scharf kritisiert und Schutzmaßnahmen gefordert. Zuvor waren Polizisten in die Kathedrale der Stadt eingedrungen, um Mi-gran-t*in-nen festzunehmen.

Aus Protest hatten Gefangene Matratzen entzündet, sagt Mexikos Präsident

Load-Date: March 29, 2023

Im Chor mit der Union; Dinah Riese über die Flüchtlingspolitik der Ampel

taz, die tageszeitung

Freitag 12. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 327 words

Byline: Dinah Riese

Body

Dinah Riese über die Flüchtlingspolitik der Ampel

Es ist amtlich: Die Bundesregierung will lieber Unsummen in Zäune an den EU-Außengrenzen und Kontrollen an europäischen Binnengrenzen stecken, als Kommunen nachhaltig bei der Versorgung Geflüchteter zu unterstützen.

Eigentlich wollte der Bund keinen Cent mehr drauflegen, nun wurde es doch 1 Milliarde Euro. Worauf Bund und Länder sich aber nicht einigen konnten, ist, wie die Finanzierung über dieses Jahr hinaus aussehen soll.

Noch bevor Scholz in der Pressekonferenz die Milliarde überhaupt erwähnte, erklärte er, wovon es außerdem mehr geben soll: mehr Abschiebungen, mehr Abschiebehaft, mehr sichere Herkunftsstaaten, mehr Verstöße gegen das auch für Geflüchtete geltende Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung.

All das fand sich schon im Gipfel-Entwurfspapier des Bunds, als Tauschangebot: Wir geben euch kein Geld, stattdessen werden wir die Leute los. Jetzt gibt es Geld und die Abschiebedebatte läuft weiter. Ganz ohne Not hat die Ampel die Erzählung der Union weitergetragen, Deutschland breche zusammen unter einer Last von Menschen, die hier nichts verloren haben. Mit der Realität hat das wenig zu tun.

Der allergrößte Teil derer, die 2022 nach Deutschland flüchteten, kommt aus der Ukraine. Von den rund 100.000 Menschen, die dieses Jahr Asyl beantragt haben, kommt fast die Hälfte aus Syrien oder Afghanistan. Die Schutzquote für Asylsuchende war 2022 auf einem Rekordhoch.

An den aktuellen Herausforderungen ändert sich nichts, wenn die Regierung im Chor mit der Union über Abschiebungen fantasiert, die es nicht geben wird. Da ist es fast konsequent, die Menschen bereits an der Einreise in die EU zu hindern. Wem aber als Antwort auf Krieg, Folter und Verfolgung nur Zäune, Haftzentren und Grenzschutzmissionen einfallen – der braucht von einem Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik nicht zu sprechen. Und zu Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde sollte er erst recht schweigen.

das thema

Im Chor mit der Union Dinah Riese über die Flüchtlingspolitik der Ampel

Load-Date: May 11, 2023

End of Document

Ein autofreundliches Land bald ohne Migration?; Die Verschärfung deutscher Migrationspolitik entsetzt LeserInnen der taz, aber Länder und Kommunen brauchen staatliche Unterstützung. Deutschland ist eine Autorepublik.

taz, die tageszeitung

Samstag 04. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 22

Length: 988 words

Highlight: Die Verschärfung deutscher **Migrationspolitik** entsetzt LeserInnen der taz, aber Länder und Kommunen brauchen staatliche Unterstützung. Deutschland ist eine Autorepublik.

Body

wortwechsel

Zivilbevölkerung

Der genaue Blick ,

wochentaz vom 28. 10. 3. 11. 23

Liebe taz, liebe Frau Tricarico,

Ihren Brief an die Leserinnen, in dem Sie die Aufgabe der taz in diesen Krisenzeiten darstellen, kann ich gut nachvollziehen. Ich bin froh, dass die taz so sorgfältig agiert. Nur eines ist mir unverständlich: Warum wird in der Aufzählung der Krisen zum Schluss (und zu Recht) der brutale Angriff der Hamas genannt, nicht aber der nicht weniger brutale Gegenschlag Israels? In beiden Fällen trägt das Leid die Zivilbevölkerung. Und dieses Leid ist nicht abwägbare. Im Grunde wissen wir alle, dass Hass nicht durch Hass besiegt, sondern verstärkt wird. Die israelische Gesellschaft ist hoch entwickelt und gut mit anderen Staaten in der Welt vernetzt. Kann die Regierung auch friedliche Mittel einsetzen, um sowohl der eigenen Bevölkerung als auch der sowieso schon geschundenen Zivilbevölkerung im Gazastreifen Leid zu ersparen und den Friedensprozess am Laufen zu halten und zu verstärken?

Sabine Bartels, Michendorf

Zeitfragen

der check ,

Ein autofreundliches Land bald ohne Migration? Die Verschärfung deutscher Migrationspolitik entsetzt LeserInnen der taz, aber Länder und Kommunen brauchen staat....

wochentaz vom 28. 10. 3. 11. 23

Im Artikel Spart das Zeitumstellen Energie? schreibt die taz, die EU sei sich noch nicht einig, ob die Zeitumstellung zugunsten der Sommer- oder der Winterzeit abgeschafft wird. Der Begriff Winterzeit wird zwar oft gebraucht, ist hier aber falsch. Richtig ist hingegen, dass bisher zwischen der mitteleuropäischen Normalzeit (MEZ) und der mitteleuropäischen Sommerzeit (MESZ) umgestellt wird. Wobei sich die MEZ am Sonnenstand in unserer Zeitzone orientiert, was einige Vorteile hat.

Der fälschlicherweise verwendete Begriff Winterzeit suggeriert hingegen, es ginge dabei ebenfalls um eine von der Normalzeit abweichende Zeiteinstellung. Deshalb plädiere ich immer dafür, die beiden Zeitmodelle korrekt mit Sommerzeit und Normalzeit zu benennen.

Rolf-Dieter Lucius, Bielefeld

Migration

Warmes Herz, kühler Kopf ,

wochentaz vom 28. 10. 3. 11. 23

Nachdem uns nun schon monatelang alle Blätter warnen, vor den Massen , die kommen und unser armes Land überschwemmen , die uns die Wohnungen, Sporthallen, Schulen und Kita-Plätze wegnehmen, sagt es nun also auch ein Grüner in der taz: Es kommen derzeit zu viele Geflüchtete . Fakt aber ist: Es kommen derzeit viel weniger Schutzsuchende als 2015, 2016 oder 2022.

Weiter sagt er: Es kommen zu viele Menschen zu uns, von denen sehr viele keine Bleibereichtersperspektive haben. Fakt ist: Die Hauptherkunftsländer von Asylsuchenden sind Syrien, Afghanistan und die Türkei. Die Schutzquote insgesamt liegt derzeit bei über 70 Prozent (Quelle: Pro Asyl). Natürlich ist klar, dass etliche Kommunen in Deutschland vor großen Problemen stehen: Preiswerter Wohnraum fehlt, Kita-Plätze fehlen, die Situation an Schulen Sanierungsstau und Personalmangel allerorten. Dafür sind aber nicht diejenigen verantwortlich, die zu uns kommen, um Schutz zu suchen. Ach ja, Personalmangel, hm, was war nochmal gleich die Lösung für Arbeitskräftemangel? Richtig: Migration.

Helga Guthmann, Bobenheim-Roxheim

Geflüchtete

Warmes Herz, kühler Kopf ,

wochentaz vom 28. 10. 3. 11. 23

Ich verstehe diese Positionierung aus den Kommunen. Sie arbeiten wirklich direkt mit den Menschen. Ich persönlich arbeite, wie viele andere Kol-le-gIn-nen auch, in der Migrationsarbeit. Nicht aus Idealismus, sondern weil mich diese Arbeit interessiert. Ich schreibe das, um klar zu machen, dass es bei der Kritik an den gegenwärtigen Maßnahmen nicht um Traumtänzerei geht, wie der Artikel nahelegt.

Es gibt gute Gründe, mit kühlem Kopf gegen staatliche Repressionen gegenüber Geflüchteten zu streiten, gegen Einschränkungen beim Asylrecht und gegen Verfahren an den EU-Außengrenzen (Prozeduren, die Sebastian Kurz vorgeschlagen hat). Stavros auf taz.de

Verpasste Chance

Neue deutsche Härte ,

wochentaz vom 28. 10. 3. 11. 23

Ein autofreundliches Land bald ohne Migration? Die Verschärfung deutscher Migrationspolitik entsetzt LeserInnen der taz, aber Länder und Kommunen brauchen staat....

Meines Erachtens hätte sich die Aufregung über angeblich zu viele Migranten schnell einhegen lassen, wenn die Bundesregierung der Forderung von Ländern und Kommunen nach finanzieller Unterstützung für die Aufnahme von Migranten nachgekommen wäre. Dann wäre das Thema erst gar nicht hochgekocht. Stattdessen lässt sich die Koalition von CDU/CSU vor sich hertreiben und CDU/CSU von der AfD.

Aber wenn die Schuldenbremse wichtiger ist als ein menschenwürdiger Umgang mit Migranten, muss niemand erstaunt sein, dass der einzige Profiteur die AfD ist.

Bernd Willenberg, Bergisch Gladbach

Autorepublik

Das Auto ist ein Objekt der Unterdrückung und Bedrohung. Es ist ein Fetisch, der Gerechtigkeit aussticht ,

wochentaz vom 28. 10. 3. 11. 23

Der im Artikel geschilderte Fall des durch einen rücksichtslosen Autofahrer getöteten 11-jährigen Mädchens ist ein schlimmer Mosaikstein unserer autofahrerfreundlichen Rechtsprechung. Dieser Fall unterstreicht einmal mehr, dass Deutschland keine Bananenrepublik sondern, noch schlimmer, eine Autorepublik ist. Unsere skrupellose und betrügerische Automobilbranche hat mit dem Dieselbetrug unsere Justiz einfach durch die gigantische Größe des Betrugs regelrecht überflutet und heillos überfordert.

Gunter Kalinka, Jüchen

Autoverkehr

Fetisch, der Gerechtigkeit sticht ,

wochentaz vom 28. 10. 3. 11. 23

Ja, dann aber auch den ÖPNV auf dem Land so ausbauen, dass der Bus nicht nur zweimal am Tag kommt. Vom Bahnanschluss ganz zu schweigen. Oder soll die Landbevölkerung mit Anstand verhungern oder von dem Leben, was die Anbaufläche hinterm Haus hergibt? Es gibt auf der Welt nicht nur Berlin-Mitte.

Radelnde auf taz.de

@Radelnde

Was hat der ÖPNV auf dem Land damit zu tun, dass sich ein Autofahrer im dichten Stadtverkehr offensichtlich nicht bewusst darüber ist, welche Gefahr sein Gefährt für andere Menschen bedeutet? Dass er nicht in der Lage ist, sich an die elementaren Verkehrsvorschriften wie angepasste Geschwindigkeit, so dass man niemanden behindert oder gefährdet, Geschwindigkeitsbegrenzungen und rote Ampeln zu halten? Um den Preis eines jungen Lebens? Life is Life auf taz.de

Load-Date: November 3, 2023

**Boykottieren Behörden den Chancenaufenthalt?; Theorie und Wirklichkeit:
Der Chancenaufenthalt soll Migranten neue Perspektiven geben. In Bayern
ist die Sache jedoch nicht so einfach**

taz, die tageszeitung

Freitag 28. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 512 words

Byline: Dominik Baur

Highlight: Theorie und Wirklichkeit: Der Chancenaufenthalt soll Migranten neue Perspektiven geben. In Bayern ist die Sache jedoch nicht so einfach

Body

Von Dominik Baur

Gassimou Mbaye ist so ein Fall: Eigentlich wäre der gut integrierte Senegalese ein typischer Kandidat für das Chancenaufenthaltsrecht, doch er hat die Rechnung ohne die bayerischen Behörden gemacht. Vor zehn Jahren kam Mbaye, der in Wirklichkeit anders heißt, nach Deutschland. Asyl erhielt er nicht, aber er wurde nach einem erfolglosen Klageverfahren geduldet.

Welches Glück, dachte er sich, als der Bundestag das Chancenaufenthaltsrecht verabschiedete – endlich eine Perspektive, legal hier zu bleiben, zu arbeiten. Eine Chance. Denn darum ging es ja in der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Gesetzesänderung, und Mbaye erfüllte alle Voraussetzungen. Noch im Januar beantragte er bei der Zentralen Ausländerbehörde Oberbayern einen Aufenthaltstitel nach Paragraph 104c des Aufenthaltsgesetzes.

Es folgten Monate der Stille. Statt einer Nachricht der Ausländerbehörde erhielt er im Mai einen Brief der Polizei: Wegen Passlosigkeit werde ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eröffnet. Zwei Wochen später traf dann die Antwort der Ausländerbehörde ein: Wegen des Ermittlungsverfahrens werde sein Antrag ausgesetzt.

Die Geschichte von Mbaye ist exemplarisch für das, was der Bayerische Flüchtlingsrat und der Republikanische Anwälten- und Anwälteverein bei einer Befragung von Betroffenen, Helferinnen und Anwälten erfahren haben. Die Organisationen haben bilanziert, wie es nach sechs Monaten Chancenaufenthalt mit der Umsetzung in Bayern aussieht: keineswegs zufriedenstellend.

Dabei klingt das reine Zahlenverhältnis nicht so schlecht: Zum Stichtag 18. April standen 2.347 positiv beschiedenen Anträgen nur 658 abgelehnte gegenüber. Nur: Bei insgesamt 9.800 Anträgen bleiben viele Fälle wie der von Mbaye. Man habe den Eindruck, so Antonella Giamattei vom Anwältenverein, dass die Behörden

Boykottieren Behörden den Chancenaufenthalt? Theorie und Wirklichkeit: Der Chancenaufenthalt soll Migranten neue Perspektiven geben. In Bayern ist die Sache jed....

bewusst versuchten, die Schwachstellen des Gesetzes auszunutzen, um das Ziel des Chancenaufenthalts zu unterwandern. So würde häufig nach der Antragstellung Anzeige erstattet. Werde ein Flüchtling zu 90 oder mehr Tagessätzen verurteilt, erfülle er dann nicht mehr die Voraussetzungen für einen Chancenaufenthalt.

Wer seinen Pass abgegeben habe, erhalte keine Duldung mehr und somit auch keinen Chancenaufenthalt. Es gebe weitere abstruse Versuche, Antragstellern den Chancenaufenthalt zu verwehren. So wollte man einer Person den Chancenaufenthalt verwehren, weil sie bei einer Busreise eingeschlafen und im Ausland wieder aufgewacht war. Nach ein paar Stunden war sie wieder in Deutschland. Aber: Der Voraufenthalt sei daher unzulässigerweise unterbrochen worden.

In anderen Fällen würden Antragsteller abgeschreckt, indem sie aufgefordert würden, den Pass oder Sprachzertifikate mit zur Behörde zu bringen, obwohl beides keine Voraussetzungen für den Antrag seien. Oder ihnen werde fälschlicherweise zu verstehen gegeben, dass ihr Antrag keine Chance habe und sie ihn zurückziehen sollten.

Die Organisationen fordern Nachbesserungen: So sollten nicht nur Geduldete , sondern alle vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer das Chancenaufenthaltsrecht bekommen können.

Load-Date: July 27, 2023

Bilder des alltäglichen Leids; Eine Fotoausstellung im Flughafen Tempelhof zeigt die Lebensumstände im Geflüchteten-camp Diavata nahe Thessaloniki. Aufgenommen wurden die Bilder von Bewohnerinnen des Camps

taz, die tageszeitung

Dienstag 05. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 24

Length: 856 words

Byline: Tim Kemmerling

Highlight: Eine Fotoausstellung im Flughafen Tempelhof zeigt die Lebens-umstände im Geflüchteten-camp Diavata nahe Thessaloniki. Aufgenommen wurden die Bilder von Bewohnerinnen des Camps

Body

Von Tim Kemmerling

In der aktuellen Asylpolitik und in der öffentlichen Debatte wird immer wieder von einer Eingrenzung der Zuwanderungen nach Deutschland gesprochen. Entsprechende Maßnahmen, welche die Rückführungen erleichtern und die Einwanderung erschweren sollen, stehen hoch im Kurs oder sind beschlossen. Während einige Konservative von Obergrenzen sprechen, positionierte sich auch die Bundesregierung mit einer klaren Linie für Abschiebungen und strengere Einwanderungskontrollen. Es sind zu viele, erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) letzten Monat beim Migrationsgipfel von Bund und Ländern. Die Zahlen derjenigen, die heute als Flüchtlinge kommen, sind zu hoch, so Scholz in der ARD im November.

Solche Aussagen und der öffentliche Diskurs versäumen es, über die Menschen zu sprechen die diese Zahlen ausmachen, nämlich die Geflüchteten selbst. Diese haben nur sehr begrenzte Möglichkeiten ihre Perspektive und ihre Geschichten zu erzählen. Besonders Frauen sind in diesem Kontext mittellos. Häufig stammen sie aus Herkunftsländern mit veralteten Frauenbildern. Diese und weitere Gründe sind für Frauen die Ursachen zur Migration nach Europa. Mit der Hoffnung auf Freiheit, Frieden und Gleichheit machen sie sich auf den Weg nach Europa, stehen an den EU-Außengrenzen jedoch der harten Realität der europäischen Asylpolitik gegenüber. Oft warten Menschen in Flüchtlingscamps jahrelang auf Dokumente, um weiter in die EU einzureisen. So auch im Camp Diavata nahe Thessaloniki. In diesem Jail, Gefängnis also, wie es die Bewohnerinnen nennen, sind die Zustände besonders schlimm. Meterhohe Mauern halten die Geflüchteten in Grenzen und verhindern so jede Art der Integration.

Was innerhalb dieser Mauern vor sich geht und unter welchen Umständen vor allem Frauen dort leiden, wissen nur eben jene die davon betroffen oder dafür verantwortlich sind, Jour-na-lis-t*in-nen bekommen keinen oder nur begrenzten Zugang. Am härtesten trifft es dabei Frauen und Mädchen. Die Menschen hier werden von den

Bilder des alltäglichen Leids Eine Fotoausstellung im Flughafen Tempelhof zeigt die Lebensumstände im Geflüchtetenlager Diavata nahe Thessaloniki . Aufgenommen w....

Autoritäten, der Polizei und der Security nicht ernst genommen, vor allem wir Frauen wurden behandelt wie Gefängnis-Insassen. Selbst die Psycho-log*in-nen und Ärzt*in-nen behandeln uns nicht ausreichend, weil sie unsere Sorgen nicht ernst nehmen, so die ehemalige Diavata-Bewohnerin Masoumeh Tajik im Gespräch mit der taz. Vier Jahre verbrachte die 30-Jährige in Diavata bevor sie letztes Jahr nach Deutschland weiterreisen konnte. Gemeinsam mit anderen Frauen und Mädchen aus diesem Camp und dem italienischen Fotografen Mattia Bidoli porträtiert sie die frauenfeindliche Lebensrealität in dem Camp aber auch in ihren Heimatländern.

2020 gründete Bidoli einen Fotografie-Workshop in Diavata mit dem Ziel, Frauen und Mädchen einen Safe Space zu bieten, in dem sie frei über ihre Bedürfnisse und Sorgen sprechen können, um diese dann mit Fotos zum Ausdruck zu bringen. Für viele der Teilnehmerinnen ist es das erste Mal in ihrem Leben, dass ihnen eine solche Möglichkeit gegeben wird. 2021 gewann die Ausstellung mit Fotos, die von Bewohnerinnen gemacht wurden, den Global Peace Photo Award. Nicht alle der Beteiligten konnten damals zur Verleihung erscheinen, einige saßen noch in Diavata fest. Auch in diesem Jahr stellt die Organisation Circolo Fotografico Palmarino alte, aber auch neue Fotos des Workshops aus.

Das Titelbild der Ausstellung zeigt die 28-jährige Farzana Naeemi, deren Gesicht von fremden Händen bedeckt ist, nur ihre Augen bleiben frei. Zeigen will Naeemi damit, wie es sich für junge Frauen anfühlt, alltägliches Leid in Diavata zu sehen, ohne etwas dagegen tun zu können, da patriarchale Strukturen und Diskriminierung ihnen die Möglichkeit zur Mitsprache nehmen.

Die Ausstellung, die im Hangar 4 des Flughafengebäudes Berlin Tempelhof zu sehen ist, wird von dem gemeinnützigen Verein Project Elpida betreut, der auch vor Ort in Griechenland aktiv ist. Sie vermittelt einen Einblick aus der Innenperspektive der Frauen in Diavata, zeigt, wozu Medien nicht in der Lage sind, They took away our voice so we will tell our story through photos instead lautet ihr Titel. Die Bilder erzählen Geschichten von Vergewaltigungen, Gewalt, fehlender Selbstbestimmung aber auch von Hoffnung auf ein freies, friedliches Leben, die sonst nicht an die Öffentlichkeit gelangen. So porträtiert ein Foto von Yehganeh Esmailyan die Geschichte einer Vergewaltigung und der anschließenden Machtlosigkeit der Betroffenen in Diavata.

Die Ausstellung zeigt die Frustration, die Wut und die Verzweiflung die geflüchtete Frauen empfinden, nachdem sie den schweren Weg aus ihrer Heimat nach Europa angetreten sind, nur um in einem Jail -ähnlichem Camp anzukommen in dem sie immer noch mit Frauenfeindlichkeit und Diskriminierung leben müssen. Die dargestellten Eindrücke und die Geschichten von Flucht und dem Leben als junge Frau in einer frauenfeindlichen Umgebung im Heimatland, auf dem Weg nach, aber auch in Europa, gehen über die herkömmliche Berichterstattung hinaus. Sie sind essenziell, um zu verstehen, was eigentlich im Mittelpunkt der Asylpolitik stehen sollte.

Flughafen Tempelhof, Hangar 4, bis 16. Dezember

Load-Date: December 4, 2023

Der Fall Altun; Vor 40 Jahren starb Cemal Kemal Altun in Berlin, weil die Bundesrepublik Deutschland ihn an das Regime ausliefern wollte, das ihn verfolgte. Sein Schicksal politisierte damals viele und trug zur Entstehung eines Solidaritätsnetzwerks bei, das bis heute existiert

taz, die tageszeitung

Samstag 26. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: STADTLAND; S. 48-49

Length: 2942 words

Byline: Tanita Jill Pöggel

Highlight: Vor 40 Jahren starb Cemal Kemal Altun in Berlin, weil die Bundesrepublik Deutschland ihn an das Regime ausliefern wollte, das ihn verfolgte. Sein Schicksal politisierte damals viele und trug zur Entstehung eines Solidaritätsnetzwerks bei, das bis heute existiert

Body

Aus Berlin Tanita Jill Pöggel

Der Umgang mit **Geflüchteten** treibt die deutsche Gesellschaft schon länger um. In den letzten zehn Jahren kam es dabei zu einem Rechtsruck, der sich im Erfolg rassistischer Or-ga-ni-sa-tio-nen wie Pegida sowie im Aufstieg der AfD manifestierte; andererseits fanden gleichzeitig bundesweite Gegenmobilisierungen und solidarische Ak-tio-nen mit **Geflüchteten** statt.

In der öffentlichen Debatte wird diese breite gesellschaftliche Unterstützung vor allem für **Geflüchtete** aus Syrien 2015 und aus der Ukraine ab 2022 häufig als neuartiges Phänomen betrachtet. Das ist in Bezug auf das Ausmaß der Solidaritätsarbeit sicherlich richtig, vergisst jedoch deren Vorgeschichte. Denn die Mobilisierungen der letzten Jahre waren auch deshalb möglich, weil **Geflüchteten-** und (post)**migrantische** Selbstorganisationen, linke Gruppen, Kirchen- und Menschenrechtsorganisationen schon lange an der Etablierung solidarischer Netzwerke gearbeitet hatten.

Angesichts zahlreicher Verschärfungen der westdeutschen **Asyl-** und **Migrationspolitik** kam es bereits in den 1980er Jahren zu wichtigen Versuchen, **Geflüchtete** zu unterstützen und vor Abschiebung zu schützen. Im Zentrum dieser Entwicklung steht das Schicksal von -Cemal Kemal Altun, der 1983 im Westberliner Verwaltungsgericht Sui-zid beging. Wie kein anderes Ereignis motivierte sein Tod, der sich diesen Monat zum 40. Mal jährt, die junge **Geflüchteten-solidaritätsbewegung** in der Bundesrepublik.

Die deutsche Gesellschaft war zu dieser Zeit im Umbruch. 1978 hatte sich in Berlin die Alternative Liste gegründet, 1980 kamen die Grünen, die in den Folgejahren in die Parlamente einzogen. 1980 war das Jahr, in dem die Anti-

Der Fall Altun Vor 40 Jahren starb Cemal Kemal Altun in Berlin, weil die Bundesrepublik Deutschland ihn an das Regime ausliefern wollte, das ihn verfolgte. Sein....

Atomkraft-Bewegung die Republik Freies Wendland errichtete, ein improvisierte Hüttendorf auf dem Gelände bei Gorleben, das für ein atomares Endlager vorgesehen war.

Gleichzeitig war 1980 auch das Jahr, in dem in Westdeutschland erstmals mehr als 100.000 Asylgesuche gezählt wurden. Die Zahl gingen danach zurück, bis sie infolge des Bosnienkriegs mit über 400.000 Geflüchteten 1992 einen neuen vorläufigen Höhepunkt erreichte.

1980 kamen die meisten Asylanträge von Menschen, die aus der Türkei geflohen waren, wo sich das Militär an die Macht geputscht hatte. So auch Cemal Kemal Altun. Er war als Schüler und Student in linken Gruppen in der Türkei aktiv gewesen und kam 1981 nach Westberlin. Konkreter Anlass für sein Asylgesuch waren Vorwürfe in der türkischen Presse, er sei an der Ermordung des rechtsextremen Politikers Gün Sazak beteiligt gewesen. Die deutschen Behörden informierten die türkische Militärregierung über Altuns Asylantrag, woraufhin Letztere einen Haftbefehl gegen ihn erließ und seine Auslieferung forderte. Trotz des laufenden Asylverfahrens wurde er im Juli 1982 in Berlin--Moabit in Auslieferungshaft genommen. Statt Altun Schutz zu bieten, bot die BRD ihn, ohne zu zögern, dem Staat an, vor dem er geflohen war. Damit war Altun gleich zwei zermürbenden juristisch-politischen Prozeduren ausgesetzt: einem Asylverfahren auf der einen und einem Auslieferungsverfahren auf der anderen Seite.

Im März 1983 war es dann so weit: Altun sollte nach Frankfurt am Main gebracht werden, um an die Türkei ausgeliefert zu werden. Altuns Rechtsanwalt Wolfgang Wieland, ein Mitgründer der Alternativen Liste, der später für die Grünen Justizsenator in Berlin wurde, versuchte gegen die drohende Auslieferung das Bundesverfassungsgericht anzurufen, welches aufgrund des Sonderstatus von Westberlin jedoch nicht entscheiden wollte.

Die Europäische Kommission für Menschenrechte in Straßburg nahm seine Beschwerde an, kam aber zu dem Schluss, dass die Auslieferung rechtens sei, solange die Türkei garantiere, dass Altun nach Abbüßung seiner Haftstrafe wieder in die BRD zurückkehren dürfe.

Erst in letzter Minute wurde die Auslieferung ausgesetzt. Nachdem es zu zahlreichen Protesten und Erklärungen bundesweiter Initiativen, Abgeordneter verschiedener europäischer Länder, des UNHCR und Menschenrechtsorganisationen gekommen war, hatte das Europäische Parlament beim Bundesaußenministerium interveniert.

Nach langem Verfahren entschied das damalige Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im Juni 1983 schließlich positiv über Altuns Asylantrag. An dem parallel laufenden Auslieferungsverfahren änderte dies jedoch wenig. Ein Versuch von Wieland, gegen Altuns drohende Auslieferung vor dem Berliner Kammergericht zu klagen, scheiterte. Das Gericht ignorierte dabei Altuns Anerkennung als politischer Flüchtling durch das Bundesamt. Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU), der sich ähnlich zur heutigen AfD-Linie grundsätzlich gegen eine angebliche Gefährdung deutscher Homogenität durch Immigration einsetzte, unterstrich derweil die Intention der Bundesregierung, Altun an die Türkei auszuliefern.

Um die Auslieferung rechtlich zu unterstützen, klagte der damalige Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten eine heute nicht mehr existierende Stelle, die durch das Bundesministerium des Innern besetzt wurde gegen die positive Entscheidung des Bundesamts. Altun befand sich somit in einer verzweiferten Situation: Trotz offizieller Anerkennung als politischer Flüchtling musste er darum bangen, diesen Status zu behalten, und fürchten, an das türkische Militärregime ausgeliefert zu werden.

Wieland fasste 20 Jahre später beim Gedenken an Altun die Absurdität der Lage so zusammen: Du wirst in der Türkei politisch verfolgt und erhältst deswegen Schutz bei uns. Dies gilt allerdings erst, nachdem wir dich deinen Verfolgern wieder zwangsweise zugeführt haben. Nicht weniger als die Frage, wie viel das deutsche Asylrecht tatsächlich wert ist, stand somit im Fall Altun auf dem Spiel.

Mitten in diesem Hin und Her begann dann der Prozess am Berliner Verwaltungsgericht, der über die Klage gegen Altuns Flüchtlingsstatus entscheiden sollte. Altun hatte zu diesem Zeitpunkt bereits mehr als 13 Monate in

Der Fall Altun Vor 40 Jahren starb Cemal Kemal Altun in Berlin, weil die Bundesrepublik Deutschland ihn an das Regime ausliefern wollte, das ihn verfolgte. Sein....

Einzelhaft auf seine Auslieferung gewartet. Eine Zusicherung, dass eine Auslieferung im Zeitraum des Gerichtsverfahrens ausgesetzt würde, wurde von der Bundesregierung verweigert. Zu Beginn des zweiten Verhandlungstags, am 30. August 1983, beendete -Altun sein Leben, indem er aus einem Fenster im sechsten Stock des Verwaltungsgerichts sprang. Er starb im Alter von 23 Jahren.

Der Fall Altun katapultierte wie kein anderes Ereignis das Thema Asyl ins öffentliche Bewusstsein. Das politisch-rechtliche Ringen um Altuns Schicksal war 1983 dauerhaft von öffentlichem Protest begleitet. Bemerkenswert war dabei die Bandbreite an Ak-teur*in-nen, die sich an den Mobilisierungen beteiligten. An vorderster Stelle standen dabei Geflüchtete selbst, vor allem türkische und kurdische Linke, die über Ak-tio-nen wie Protestmärsche, Besetzungen und Hungerstreiks gegen die Auslieferungs- und Abschiebepaxis der BRD protestierten. Unterstützt wurden diese von verschiedenen bewegungslinken Gruppen, der Alternativen Liste beziehungsweise den Grünen, kirchlichen Gruppen sowie Bürger- und Menschenrechtsorganisationen.

Von Beginn an mobilisierte der Fall Altun weit über Westberlin hinaus. Kemal ist überall, denn Abschiebeknäste sind überall , sagt der Hamburger Journalist Adil Yi it, ein damaliger Freund und Genosse von Altun. In verschiedenen westdeutschen Städten gründeten sich Initiativen für die Unterstützung Altuns wie etwa die Ini-tia-ti-ve für die Freiheit von C. K. Altun in Lübeck oder das Komitee für die Freilassung von Cemal Kemal Altun in Hamburg und Westberlin.

Sie versuchten gegenüber Politik und Behörden Druck aufzubauen. Im März 1983 protestierten Abgeordnete der Alternativen Liste und der Grünen in Frankfurt am Main unter der Aufschrift Diese Abschiebung ist Mord gegen die anstehende Auslieferung Altuns. Mitte August 1983 erstattete die deutsche Sektion von Amnesty In-ter-na-tio-nal zusammen mit der Humanistischen Union sowie der Liga für Menschenrechte eine letztlich erfolglose Strafanzeige gegen Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) wegen Vorbereitung der Verschleppung .

Die wohl aufsehenerregendste Aktion fand allerdings in Bonn statt, wo sich verschiedene Grünen-Politiker*innen wie Petra Kelly zusammen mit dem Liedermacher und Lyriker Wolf Biermann, einem Mitglied des Komitees und anderen in einen Metallkäfig sperrten, der am Zaun des Bundeskanzleramts befestigt war. Die Aktion war nicht zuletzt aufgrund der prominenten Teilnahme öffentlichkeitswirksam und schaffte es sogar in die Tagesschau .

Einen Höhepunkt erreichten die Protestaktivitäten nach Altuns Suizid. Solibewegungen sprangen wie Pilze aus dem Boden , erinnert sich Yi it. In Hamburg demonstrierten über 3.000 Personen und auch in Frankfurt am Main, Hannover und Dortmund kamen Hunderte für spontane Demonstrationen zusammen. Wenig überraschend fand die größte Mobilisierung in Westberlin statt, wo am 31. August 1983, am Tag nach Altuns Tod, etwa 10.000 Menschen auf die Straße gingen. Auch beim Trauermarsch anlässlich seiner Beerdigung in Berlin-Mariendorf wenige Tage später nahmen etwa 6.000 Menschen teil.

Die Titelseite der taz war am Tag nach seinem Tod ganz in Schwarz gehalten. Zu sehen war nur ein schwarz-weißes Porträt von Altun, das wenige Minuten vor seinem Sprung in den Tod aufgenommen worden war, mitsamt der schlichten Überschrift Cemal Kemal Altun ist tot . Darunter wurde ein Gedicht von Bertolt Brecht abgedruckt, dass in den darauffolgenden Wochen und Monaten noch unzählige Male zitiert werden sollte:

Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten.

Diese Demonstrationen und Interventionen rückten die Problematik der Auslieferung vor allem an die Türkei in den Mittelpunkt der öffentlichen Kritik. Altuns Schicksal wurde als Sinnbild der potenziell tödlichen Folgen des deutschen Asyl- und Abschiebesystems verstanden. An der Praxis änderte sich jedoch wenig. Allein in den zwei Monaten nach Altuns Tod wurden circa 60 Personen an das türkische Militärregime ausgeliefert.

Über die unmittelbare Mobilisierung hinaus stellte der Fall Altun einen zentralen -Meilenstein in der Geschichte der Geflüchteten-solidaritätsbewegung in der BRD dar. Zwar waren schon in den Jahren zuvor erste Initiativen und Kampagnen entstanden, etwa der 1981 gegründete erste Flüchtlingsrat in Westberlin.

Der Fall Altun Vor 40 Jahren starb Cemal Kemal Altun in Berlin, weil die Bundesrepublik Deutschland ihn an das Regime ausliefern wollte, das ihn verfolgte. Sein....

Doch ließen sich insgesamt nur wenige Menschen für die Belange Geflüchteter mobilisieren. Diese hatten seit den späten 1970er Jahren mit immer größeren rechtlichen Hürden vor dem Zugang zum Asylverfahren, mit der wachsenden Gefahr von Abschiebungen sowie mit zahlreichen behördlichen Schikanen von der Einführung der Residenzpflicht bis zur Auszahlung von Sozialhilfe in Sachleistungen und Essensgutscheinen zu kämpfen.

Durch die Solidaritätsarbeit für Altun entstanden erstmals Bündnisse und Kampagnen, denen es gelang, auch eine breitere Öffentlichkeit anzusprechen. So nahmen zahlreiche Menschen Mitte der 1980er Jahre an der Aktion Wertgutscheine teil, die von der Alternativen Liste, linken und kirchlichen Gruppen initiiert worden war. Hier wurden die Einkaufsmarken, mit denen der Alltagskonsum von Asyl-be-wer-be-r*in-nen -re-gle-men-tiert wurde, gegen Bargeld eingetauscht.

Darüber hinaus blieben viele Netzwerke, die sich im Rahmen der Altun-Solidarität gebildet hatten, weiter aktiv. So löste Altuns plötzlicher Suizid zum Beispiel unter den Gemeindemitgliedern der Berliner Heilig-Kreuz-Kirche, die sich seit Monaten solidarisch gezeigt hatten, Entsetzen aus und motivierte sie dazu, sich der bundesdeutschen Abschiebepolitik aktiver zu widersetzen. Nachdem 1983 das Abschiebeverbot in den Libanon zeitweise ausgesetzt worden war, gewährte die Gemeinde unter ihrem damaligen Pfarrer Jürgen Quandt einer von Abschiebung bedrohten palästinensischen Familie im Gemeindehaus Kirchenasyl.

Es war der Startschuss für die bald bundesweit aktive Kirchen-asylbewegung, die in den folgenden Jahren und Jahrzehnten zu einem wichtigen zivilgesellschaftlichen Korrektiv der bundesdeutschen Asylpolitik wurde. Das Kirchenasyl ersetzt keinen rechtlichen Flüchtlingsschutz, kann aber Abschiebungen in der Regel verzögern oder verhindern. Seit den Anfängen in den 1980er Jahren konnten bereits Tausende Geflüchtete auf diese Weise Schutz vor drohenden Abschiebungen finden. Seit 2014 ist die Zahl der dokumentierten Kirchenasyle in Deutschland stark gestiegen, wobei sogenannte Dublin-Fälle also die jener Personen, die in andere EU-Staaten rückgeführt werden sollen einen großen Anteil ausmachen. Aktuell werden über 650 Personen in ganz Deutschland vor Abschiebung geschützt.

Neben der Kirchenasylbewegung entstanden auch weitere Versuche, Geflüchteten direkten Schutz vor Abschiebung zu bieten. In Zusammenarbeit mit Kirchen- und Menschenrechtsorganisationen etablierten vor allem linke Gruppen freie Flüchtlingsstädte und Fluchtburgen. Unter dem Motto: Wo Abschiebungen zu Recht werden, wird Widerstand zur Pflicht, wurde hier in Städten wie Westberlin, Bremen und Oldenburg praktische Unterstützung zum Beispiel über Unterbringungsmöglichkeiten für abschiebungsgefährdete Geflüchtete organisiert. Sie waren somit wichtige Vorläufer heutiger Ini-tia-ti-ven wie der Solidarity Cities oder Sicheren Häfen, zu denen sich aktuell 321 Städte in Deutschland erklärt haben.

Auch für die Gründung der bis heute bundesweit tätigen Organisation Pro Asyl im Jahr 1986 stellte der Fall Altun einen zentralen Referenzpunkt dar. Im Jahr 2002 erklärte die Organisation den 30. August Altuns Todestag zum bundesweiten Gedenktag für die Todesopfer in Abschiebungshaft, an dem seither regelmäßig gegen die deutsche und europäische Migrations- und Abschiebepolitik demonstriert wird. Das Gedenken stellt Altuns Schicksal explizit in den Kontext einer umfangreichen Gewaltgeschichte des bis heute ungebrochenen deutschen Abschiebungsregimes.

Die Dokumentationsstelle der Antirassistischen Initiative Berlin listet für die Jahre 1993 bis 2021 415 Fälle auf, in denen Menschen sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung das Leben nahmen oder beim Versuch starben, vor ihrer Abschiebung zu fliehen. Zusätzlich starben fünf Geflüchtete während ihrer Abschiebung. Die meisten von ihnen bleiben bis heute unbekannt.

In den letzten Jahrzehnten gab es verschiedene Versuche, das Erinnern an Altun wachzuhalten. Kurz nach seinem Tod sprühte eine unbekannte Person im Hamburger Stadtteil Ottensen den Namen Kemal-Altun-Platz an eine Plakatwand. Auch in Kassel wurde 1988 in Anwesenheit von Altuns Bruder ein Platz in der Nordstadt von Ak-ti-vis-t*in-nen als Kemal-Altun-Platz eingeweiht.

Doch vergleichbar mit zahlreichen anderen Gedenkinitiativen hat sich die offizielle Anerkennung in beiden Städten als zäh erwiesen. Auch wenn sich der Hamburger Kemal-Altun-Platz über die Jahrzehnte eingebürgert hat und

Der Fall Altun Vor 40 Jahren starb Cemal Kemal Altun in Berlin, weil die Bundesrepublik Deutschland ihn an das Regime ausliefern wollte, das ihn verfolgte. Sein....

mittlerweile entsprechend ausgeschrieben wird, erkennt die Stadtverwaltung die Namensgebung bis heute nicht offiziell an. In Kassel trägt der Kemal-Altun-Platz seinen Namen erst seit Januar 2021 offiziell.

Ähnlich sieht es in Berlin aus: Auf Anregung der Internationalen Liga für Menschenrechte hatte die Bezirksverordnetenversammlung in Berlin-Charlottenburg bereits 1988 beschlossen, eine Gedenktafel vor dem Gerichtsgebäude, wo Altun gestorben war, anzubringen. Nach zähen Abstimmungen wurde erst 1996 ein vom Bildhauer -Akbar Behkalam erstelltes Denkmal von der damaligen Bezirksbürgermeisterin Monika Wissel (SPD) enthüllt.

Das Gedenken an Cemal Kemal Altun hat nichts von seiner Bedeutsamkeit verloren. Angesichts des weltweiten Einflussgewinns autoritärer Regime ist der Schutz vor Abschiebung und Auslieferung dringender denn je. Gleichzeitig herrscht in Deutschland ein rassistisches Klima, in dem die meisten politischen Parteien sich mit Vorschlägen zur Einschränkung asylrechtlicher Mindeststandards überbieten. Allein im ersten Halbjahr 2023 wurden 7.861 Personen abgeschoben. Es ist unverschämt, dass die Abschiebeknäste wieder voll sind. Es ist unverschämt für die deutsche Geschichte, sagt Yi it.

Der Fall Altun mahnt an die ungebrochene Gewaltgeschichte deutscher Abschiebepolitik. Gleichzeitig erinnert er daran, wie wichtig es ist, dauerhafte Solidaritätsnetzwerke zu etablieren. Denn, so Yi it, wäre die Solibewegung vor seinem Tod so groß gewesen wie danach, hätte seine Abschiebung verhindert werden können.

Tanita Jill Pöggel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung in Berlin. Sie promovierte über die Geflüchteten-solidaritätsbewegung in der BRD von den 1980er Jahren bis zum Asylkompromiss von 1992/93.

Statt Altun Schutz zu bieten, bot die BRD ihn, ohne zu zögern, dem Staat an, vor dem er geflohen war

Der Fall Altun katapultierte wie kein anderes Ereignis das Thema Asyl ins öffentliche Bewusstsein

Altuns 40. Todestag

Veranstaltungen

Am 30. August gibt es in Berlin zwei Gedenkveranstaltungen. Um 10 Uhr findet im Rahmen der Tagung 40 Jahre Kirchenasyl eine Gedenkfeier mit Kranzniederlegung am Denkmal in Berlin, Hardenbergstraße 20, statt. Ab 18.30 Uhr veranstalten verschiedene Kunst-le-r*in-nen in Kooperation mit Pro Asyl eine weitere Gedenkfeier.

Ebenfalls am 30. August rufen der niedersächsische Flüchtlingsrat und linke Gruppen zu einer Demo gegen Abschiebungen auf. Neben Altun gilt das Gedenken drei weiteren Todesopfern der deutschen Abschiebepolitik, die ebenfalls am 30. August starben: im Flugzeug, im Polizeigewahrsam und bei einem Fluchtversuch.

Load-Date: August 25, 2023

Aufnahmestopp bleibt bestehen; Deutschland will weiter keine Geflüchteten aus Italien aufnehmen. Grund ist, dass Italien seinerseits Verpflichtungen bei der Rücknahme Geflüchteter aus Deutschland nicht nachkommt

taz, die tageszeitung

Montag 18. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 579 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Deutschland will weiter keine Geflüchteten aus Italien aufnehmen. Grund ist, dass Italien seinerseits Verpflichtungen bei der Rücknahme Geflüchteter aus Deutschland nicht nachkommt

Body

Die gestiegene Zahl der Ankünfte auf der Mittelmeerinsel Lampedusa hat den Streit über die Verteilung Geflüchteter innerhalb der EU neu angefacht. Unter anderem geht es dabei um den Freiwilligen Solidaritätsmechanismus (VSM). Am vergangenen Mittwoch hatte Deutschland zum Ärger der Regierung in Rom dessen vorübergehende Aussetzung angekündigt, weil Italien seinerseits Verpflichtungen bei der Rücknahme Geflüchteter aus Deutschland nicht nachkommt. Dabei soll es nun erst mal bleiben. Am Freitag hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) in der ARD gesagt, das freiwillige Aufnahmeverfahren sei ausgesetzt worden, weil Italien keinerlei Bereitschaft gezeigt hat, im Wege des Dublin-Verfahrens Leute zurückzunehmen. Faeser fügte unmittelbar danach hinzu: Jetzt ist natürlich klar, dass wir unserer solidarischen Verpflichtung auch nachkommen. Die Äußerung war zunächst so interpretiert worden, dass Deutschland angesichts der Lage auf Lampedusa die freiwillige Aufnahme von Migranten aus Italien doch fortsetzen wolle. Die Unionsfraktion warf Faeser daraufhin am Samstag vor, sie richte in der europäischen Migrationspolitik Chaos an und zerstöre Vertrauen.

Tatsächlich aber blieb das BMI bei seiner Linie. Am Samstag sagte ein Sprecher Faesers, der freiwillige Solidaritätsmechanismus wurde nicht ausgesetzt. Es finden lediglich aktuell keine Interviews zur Vorbereitung von weiteren Übernahmen aus Italien statt, diese können aber jederzeit wieder aufgenommen werden. In Rom wird dies zweifellos als Aufnahmestopp gewertet. In einer Telefonkonferenz hatte Faeser am Samstag mit den Innenministern Italiens, Spaniens und Frankreichs sowie EU-Innenkommissarin Ylva Johansson gesprochen und versichert, dass Deutschland sich weiterhin solidarisch zeigen werde. Faeser habe in dem Telefonat humanitäre Unterstützung Deutschlands auf Lampedusa angeboten. Der Solidaritätsmechanismus fällt zahlenmäßig kaum ins Gewicht. Symbolisch ist er aber umso bedeutsamer. Im Sommer 2022 hatten sich 18 der 27 EU-Staaten auf das Verfahren geeinigt. Es sieht vor, bis Ende dieses Jahres zunächst 13.000 Flüchtlinge aus den Außengrenzen-Staaten Zypern, Griechenland, Malta und Spanien in andere Teile der EU umzuverteilen. Die Außengrenzen-Staaten hatten eine solche Umverteilung seit Langem gefordert. Eine Reihe der osteuropäischen Länder lehnen sie

Aufnahmestopp bleibt bestehen Deutschland will weiter keine Geflüchteten aus Italien aufnehmen. Grund ist, dass Italien seinerseits Verpflichtungen bei der Rück....

aber strikt ab. 13 EU-Staaten machten seither freiwillig konkrete Zusagen für die Aufnahme von insgesamt 8.000 Menschen. Deutschland, das sich sehr für den Mechanismus starkgemacht hatte, sagte 3.000 Plätze zu. Es ist eins der zentralen Zugeständnisse an die Außengrenzen-Staaten, um in der EU eine Mehrheit für das derzeit verhandelte Gemeinsame Europäische Asylsystem zu schaffen. Doch die Umsetzung des Mechanismus verlief sehr schleppend. Bis heute kamen rund 1.800 Menschen auf diesem Weg nach Deutschland, davon rund 1.000 aus Italien.

Tatsächlich ziehen die meisten in Italien Ankommenden ohne Asylverfahren auf eigene Faust weiter und das häufig nach Deutschland. Italien ist eigentlich verpflichtet, diese Menschen über die sogenannte Dublin-Regelung zurückzunehmen. Doch Meloni hat diese im vergangenen Dezember faktisch gestoppt. Von mehr als 12.400 Übernahmeersuchen an Italien durch die Bundesregierung in diesem Jahr bis Ende August seien bislang nur zehn von Italien akzeptiert worden, so das Innenministerium in Berlin. Unter der Vorgängerregierung Melonis war das allerdings kaum anders.

Christian Jakob

lampedusa

Load-Date: September 17, 2023

meinungsstark; Prekäre Lage der Flüchtlinge Du

taz, die tageszeitung

Samstag 21. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 22

Length: 352 words

Body

meinungsstark

Prekäre Lage der **Flüchtlinge**

Dumm und grausam , taz vom 13. 10. 23

Lieber Casper Shaller, Sie haben mir mit Ihrem Artikel aus der Seele geschrieben. Schon lange frage ich mich, wo das sich überbieten in Härte gegen **Asylsuchende** und **Migranten** noch hinführen soll. Wir scheinen zu vergessen, worauf unser Wohlstand beruht und dass wir hier extrem privilegiert sind. Dafür dankbar sein und etwas von unserem eigentlichen Zuviel abzugeben kommt anscheinend niemandem mehr in den Sinn. Klar, es gibt hier viele Menschen, die Sorgen und berechnete existenzielle Ängste haben, die gilt es ernst zu nehmen. Ich frage mich nur, warum diese Gruppen gegeneinander ausgespielt werden, während es weiter einigen extrem gut geht. Sandra Sparke, Oldenburg

Verteidigung freier Lehre

Todesanzeige Uwe Wesel , taz vom 14. 10. 23

Liebe taz, ich danke den Inserenten der Todesanzeige für Uwe Wesel Tilman Fichter, Ulrich K. Preuß, Niels Kadritzke und Jürgen Treulieb für ihre Erinnerung an Wesels Arbeit als Vizepräsident der FU Berlin (1969 1973), an seine Verteidigung freier Lehre und Forschung gegen staatliche Eingriffe. Aufmüpfiger Studierender und ungeduldiger Lehrender gegen eine reaktionäre Presse- und Parteienfront. Wäre doch, 50 Jahre nach seinem Rücktritt aus dem FU-Präsidium, auch eine gute Gelegenheit für einen redaktionellen Artikel der taz!? Hansjürgen Otto, Oldenburg

Wolke der Leichtigkeit

wochentaz allgemein

meinungsstark Prekäre Lage der Flüchtlinge Du

Die wochentaz in Papierform gehört zu meinem Samstagsfrühstücksritual. In den langen Jahren meiner Abonentinnenschaft gab es immer wieder Darstellungen von Themen, die mich zur Verärgerung gebracht haben. Linke Selbstgefälligkeiten, Lifestyle-Journalismus, verkürzte Sichtweisen.

Oft habe ich mich dann über Le-se-r*in-nen-brie-fe gefreut, die diesen Darstellungen ein scharfes Korrektiv entgegengesetzt haben. Heute aber möchte ich euch loben und danke sagen, für etwas, das ich nur in der taz finde, den Humor. Für Momente auf einer Wolke der Leichtigkeit, gebildet aus Ironie, Überzeichnung, Komik und feinsinniger Beobachtungsgabe davongetragen zu werden. Danke!

Solveig Liebig, Fürth

Load-Date: October 20, 2023

End of Document

Hamburgs Behörden gefährden das Kindeswohl; Geflüchtete warten in Hamburg durchschnittlich zwei Monate auf ihr Geld, seit das Amt für Migration für die Auszahlungen zuständig ist. Nun sorgt sich ein Jugendamtsmitarbeiter, weil auch Familien mit Babys betroffen seien. Die Sozialbehörde versichert, bei Kenntnis solcher Fälle helfe sie

taz, die tageszeitung

Freitag 22. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 26-27

Length: 1180 words

Byline: Kaija Kutter

Highlight: Geflüchtete warten in Hamburg durchschnittlich zwei Monate auf ihr Geld, seit das Amt für Migration für die Auszahlungen zuständig ist. Nun sorgt sich ein Jugendamtsmitarbeiter, weil auch Familien mit Babys betroffen seien. Die Sozialbehörde versichert, bei Kenntnis solcher Fälle helfe sie

Body

Von Kaija Kutter

Er mache sich ernsthaft Sorgen, sagte jüngst ein Mitarbeiter des Jugendamts. In Hamburgs Folgeunterkünften für Geflüchtete gebe es Familien mit kleinen Kindern, die kein Geld haben und deshalb keine Babynahrung kaufen können. Das sei eine Kindeswohlgefährdung. Da müsste man eigentlich handeln und die Kinder in Obhut nehmen, nur sei das Blödsinn, weil die Eltern ja nicht schuld daran sind.

Wie die taz erst Ende August berichtet hatte, warten in Hamburg Geflüchtete monatelang auf Zahlungen, die ihnen laut Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zustehen. Denn seit zum 1. Januar dieses Jahres die Zuständigkeit dafür von den sieben Bezirksämtern der Stadt auf das zentrale Amt für Migration der Innenbehörde übergang, läuft es sehr schlecht. Allein die Zahl der Verfahren vor dem Sozialgericht hat sich seither verdoppelt.

Bis ein Neuantrag bewilligt ist, dauert es nach Auskunft des Senats auf eine CDU-Anfrage von Anfang August im Durchschnitt 41 Arbeitstage, das sind zwei Monate. Im Schnitt heißt, bei vielen Menschen dauert es deutlich länger. Bei jenen, die in Erstunterkünften leben und dort mit Essen und versorgt werden, geht es um 180 Euro, die ihnen als Soziokulturelles Existenzminimum zustehen, damit sie zum Beispiel Handyguthaben, persönliche Hygieneartikel oder auch Essen kaufen können, falls sie es mal nicht schaffen, zu den Mahlzeiten in der Unterkunft zu sein.

Die Frage ist, ob es dadurch zu kindeswohlgefährdenden Situationen kommt. Und ob Familien mit Kindern priorisiert werden müssten. Die Gruppe ist nicht gerade klein. Hamburgweit erhielten Stand Juli 3.621 Kinder von

Hamburgs Behörden gefährden das Kindeswohl Geflüchtete warten in Hamburg durchschnittlich zwei Monate auf ihr Geld, seit das Amt für Migration für die Auszahlung....

null bis 17 Jahren Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, wovon etwa ein Drittel in Erstaufnahmen leben.

Dass es überhaupt zu Verzögerungen kommt, liegt laut Innenbehörde an Personalmangel im nun um diese wichtige Aufgabe bereicherten Amt für Migration. Am 1. August waren 32,4 Prozent der Stellen unbesetzt.

Beschlossen wurde die Zentralisierung mit dem letzten Haushalt. Dann wurde die Aufgabe an den am Stadtrand gelegenen Bargkoppelstieg in Rahlstedt verlagert, wo es erst mal wochenlang gar nicht möglich war, ohne Termin vorzusprechen und ein drei Meter hoher Stahlzaun die Menschen fernhielt. Terminanfragen per Email seien nicht oder nur mit großer Verzögerung beantwortet worden, monierte die Linken-Abgeordnete Carola Ensslen schon im Februar in einer kleinen Anfrage zum Chaos bei Asylleistungen. Zwei Monate ohne Reaktion der Behörde seien keine Seltenheit.

Seit Sommer gab es dann eine offene Sprechstunde für Notfälle an der im zentraleren Wandsbek gelegenen Hammer Straße, zunächst an zwei Tagen, dann nur noch am Freitag jeder Woche. Ein Grund könnte sein, dass mit dem Wechsel der Zuständigkeit zwar 27 Stellen von den Bezirken an das Migrationsamt wechselten, aber nur ein Bruchteil der Mitarbeiter. Ohnehin hat der Senat den Personalbedarf recht knapp kalkuliert: für 11.000 Fälle im Jahr, obwohl es schon 2022 über 14.000 waren, also ein Viertel mehr.

Die Sozialbehörde erklärt, sie stehe nach erfolgter Zentralisierung mit der Innenbehörde fast im täglichen Austausch, es gebe für sie mehrere Bezugspunkte, wozu auch der Kinderschutz gehöre. Sobald die Sozialbehörde über problematische Einzelfälle Kenntnis erhält, geht sie auf das Amt für Migration zu und bittet zum Beispiel um eine prioritäre Bearbeitung, sagt Sprecher Wolfgang Arnhold. In Notfällen könne der Unterkunftsbetreiber Fördern & Wohnen zudem Kriseninterventionsmittel auszahlen.

Die Innen- und Sozialbehörde antworteten gemeinsam, Verzögerungen gebe es derzeit nur bei Neuanträgen, nicht jedoch bei den 12.880 Leistungsbeziehern. Und die Wartezeit auf einen Termin betrage maximal vier Wochen. Beide halten es aber für grundsätzlich möglich, dass Familien mit kleinen Kindern zwei oder drei Monate auf ihr Geld warten.

Erfüllt eine mangelnde Versorgung mit Essen das Kriterium einer Kindeswohlgefährdung? Wenn dieser Zustand über mehrere Tage andauere, sei das ein Hinweis für eine Vernachlässigung, erklärt die Sozialbehörde. Da hier die Mittellosigkeit den Eltern nicht vorzuwerfen ist, muss von einer von äußeren Einflüssen verursachten Kindeswohlgefährdung ausgegangen werden.

In der Erstaufnahme, wo aktuell 1.127 Minderjährige leben, erhielten diese Vollverpflegung, wozu bei Babys auch Milchpulver, Gläschen, Baby-brei, Flaschen, Sauger, Sterilisator sowie Windeln, Feuchttücher und Creme gehörten. Die taz erfuhr jedoch von einer Untergebrachten, dass es begrenzte Ausgabezeiten für solche Utensilien gibt.

Anträge von Familien in Erstunterkünften mit Kindern würden, so die beiden Behörden weiter, zudem prioritär bearbeitet, sofern diese schulpflichtig sind. Auch Menschen in Folgeunterkünften, die sich selbst versorgen, würden prioritär bearbeitet und könnten sich in einer Notlage immer an ein Funktionspostfach wenden.

Nur berichten Betroffene der Abgeordneten Ensslen, dass sie auch auf Meldungen an dieses Mailfach des Amtes für Migration monatelang auf Antwort warten. Auch jenen Mitarbeiter des Jugendamtes, der ungenannt bleiben möchte, überzeugen die Antworten nicht. Allein vier Wochen auf einen Termin zu warten, sei eine lange Zeit, und erst recht mit einem Kind, sagt er. Zudem gebe es zwar Austausch über die Lage auf der Leitungsebene der Behörden. Der führt aber nicht zu konkreten Maßnahmen, die uns an der Basis handlungsfähig machen und zum Beispiel dafür sorgen, dass der Familie mit dem Baby geholfen wird.

Dass nur Familien mit Schulkindern priorisiert werden, nicht aber jene mit kleineren Kindern, erklärt das Amt für Migration so: Die Regel habe ausschließlich den Zweck, einen schnelleren Schulbesuch der Kinder zu ermöglichen. So könnten die Eltern Schulmaterialien kaufen und die Schulkinder Bus und Bahn nutzen.

Hamburgs Behörden gefährden das Kindeswohl Geflüchtete warten in Hamburg durchschnittlich zwei Monate auf ihr Geld, seit das Amt für Migration für die Auszahlun....

Die Tatsache, dass beim Existenzminimum schon Schulkinder höher priorisiert werden als Kleinkinder, damit ein Schulbesuch überhaupt möglich ist, zeigt, wie ernst die Lage ist , sagt Carola Ensslen. Die Menschen warteten schon am Vorabend vor der Hammer Straße, damit sie am Freitag noch drankommen. Sie verweist darauf, dass auch die Gesundheitsversorgung an die Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz geknüpft ist und nicht warten kann . Und auch Erwachsene bräuchten zügig das Existenzminimum und könnten nicht von Luft leben .

Ziel verfehlt , kommentiert auch der grüne Migrationspolitiker Michael Gwosdz die Lage, der die Zentralisierung eigentlich befürwortet hatte. Denn die Bescheide aus den Bezirken seien früher oft fehlerhaft gewesen. Aber so wie es jetzt läuft ist es das Gegenteil von dem, was wir erhofft haben. Er höre von den Problemen, überhaupt einen Antrag zu stellen und den langen Wartezeiten auf die Bewilligung auch im Eingabenausschuss. Ich vermisse Kreativität, wie man mit weniger Leuten mehr schaffen kann , sagt der Grüne. Arbeit könnte zum Beispiel sparen, einen Bescheid für länger als die üblichen vier Wochen zu bewilligen.

Die Tatsache, dass beim Existenzminimum schon Schulkinder höher priorisiert werden als Kleinkinder, zeigt, wie ernst die Lage ist

Load-Date: September 21, 2023

End of Document

Flucht im Zeichen des Regenbogens; Queere geflüchtete Personen bekommen in Deutschland heute leichter Asyl als früher. Doch Populismus, Anti-Wokeness und Islamismus fördern Queerfeindlichkeit weltweit, und auch hierzulande könnten die Errungenschaften wieder verloren gehen

taz, die tageszeitung

Samstag 21. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HINTERGRUND; S. 25,26,27

Length: 1660 words

Byline: Christian Jakob, Kennith Rosario

Highlight: Queere geflüchtete Personen bekommen in Deutschland heute leichter Asyl als früher. Doch Populismus, Anti-Wokeness und Islamismus fördern Queerfeindlichkeit weltweit, und auch hierzulande könnten die Errungenschaften wieder verloren gehen

Body

Von Christian Jakob

Bis in die fernen USA verbreitete sich die Nachricht: Libyscher LGBTIQ--Aktivist bekommt in Deutschland Asyl in nur zehn Tagen, schrieb das queere US-amerikanische Portal .Washington Blade. Die Rede war von dem schwulen Journalisten Ayman M., der vor dem Terror des IS in der libyschen Hafenstadt Bengasi geflohen war und im Juli 2017 in Berlin einen Asylantrag stellte. Nur zehn Tage nach seinem -Interview mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge lag die Anerkennung im Briefkasten der -Wohnung in Berlin-Steglitz, die M. mithilfe queerer Un-ter-stüt-ze-r:in-nen angemietet hatte. Selbst bei Pro Asyl, denen in -Sachen Asyl in Deutschland kaum etwas entgeht, war man baff: Zehn Tage, das dürfte Rekord sein, hieß es dort.

Die enorme Kürze zeigt, dass Verfolgung wegen der sexuellen Orientierung in Deutschland wie auch in einer Reihe anderer Länder heute als Fluchtgrund anerkannt ist – eine wichtige Entwicklung im Asylrecht der vergangenen Dekade. Bereits 2007 fand im indonesischen Yogyakarta eine Tagung renommierter Men-schen-recht-le-r*in-nen statt, die die Allgemeinen Menschenrechte auf die Bereiche sexuelle Orientierung und Geschlechts-identität angewendet haben. Seither sind die sogenannten Yogyakarta-Prinzipien ein globaler Standard für die Sicherung von Menschenrechten für queere Personen, sie fanden in den vergangenen Jahren verstärkt auch Niederschlag in der Praxis. Die Behandlung von LGBTIQ sei bei Staaten, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft zunehmend in den Blickpunkt gerückt, stellte das UN-Flüchtlingswerk UNHCR 2021 fest.

Ebenfalls wichtig ist, dass die queere Szene heute vielen Menschen informelle Hilfe und Solidarität bietet. Von Menschen aus der Berliner LGBTIQ-Community habe ich viel Unterstützung bekommen, sie haben mir auch einen

Flucht im Zeichen des Regenbogens Queere geflüchtete Personen bekommen in Deutschland heute leichter Asyl als früher. Doch Populismus, Anti-Wokeness und Islamis....

Anwalt vermittelt , sagt Ayman M. Projekte wie die Rainbow Welcome Map zeigen in vielen Ländern Europas zivilgesellschaftliche Anlaufstellen für LGBTIQ-Geflüchtete.

Mehr offizielle Anerkennung, mehr Unterstützung diese Entwicklungen sind erfreulich, beschränken sich allerdings nach wie vor auf bestimmte Staaten. Global betrachtet ist der Fall Ayman M. eine große Ausnahme. LGBTIQ haben bis heute in vielen Ländern in der Regel große Schwierigkeiten, Schutz zu finden.

Populismus, Anti-Wokeness und Islamismus befeuern Queerfeindlichkeit, auch in den Transit- und Zielländern globaler Fluchtbewegungen. Queeren Menschen droht heute in mehr als 60 Staaten strafrechtliche Verfolgung. 34 dieser Staaten haben diese Gesetze in den vergangenen Jahren aktiv angewandt. In sieben Staaten droht unter bestimmten Umständen die Todesstrafe: Saudi-Arabien, Jemen, Iran, Brunei, Nigeria (extralegale Tötung mit Bezug auf Scharia im Norden), Mauretanien und Uganda.

Fest steht: Die Zahl der Schutzsuchenden in dem Bereich nimmt zu , sagt Eujin Byun, die beim UNHCR für das Thema zuständig ist, der wochentaz. Gleichzeitig trauen sich viele LGBTIQ-Flüchtende nicht, den wahren Grund für ihre Verfolgung zu nennen , sagt Eujin Byun. Sie fürchteten Übergriffe durch andere Flüchtende oder in den Ländern, in die sie kommen.

Diese Sorgen sind nicht unbegründet. 2021 hat der UNHCR eine internationale Konferenz zu dem Thema veranstaltet. Dabei wies die Organisation darauf hin, dass LGBTIQs während der Flucht und auch nach Ankunft in Asyl-unterkünften Stigmatisierung, sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Missbrauch oder mangelndem Schutz durch Sicherheitskräfte ausgesetzt seien, sie litten unter willkürlicher Inhaftierung, Abschiebung und Ausschluss vom Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen . Ihre Flucht könne in Ländern enden, in denen sie einem ähnlichen oder höheren Risiko homophober, bi- oder transphober Gewalt ausgesetzt sind, sowohl von Staatsangehörigen des Aufnahmelandes als auch von anderen Vertriebenen . Betroffene, mit denen die wochentaz gesprochen hat (s. S. 26/27), bestätigen das.

In sechs der Top-10-Flucht-Zielländern ist LGBTIQ-Feindlichkeit heute offen staatliche Politik: in Iran, Äthiopien, Bangladesch, Sudan, Uganda und Pakistan. Wegen der geografischen Nähe zu bewaffneten Konflikten oder aufgrund von Vertreibungen sind viele Millionen Menschen trotz fehlender Menschenrechtsstandards in diese Staaten geflohen.

In drei weiteren Ländern Polen, der Türkei und Russland ist es um die LGBTIQ-Rechte ebenfalls nicht zum Besten bestellt. Und auch in den USA nimmt durch das Erstarken der religiösen Rechten Queerfeindlichkeit zu. Im März 2022 trat in Florida das sogenannte Don't say gay-Gesetz in Kraft sexuelle Orientierung und Geschlechts-identität dürfen bis zur 12. Klasse nicht mehr Teil des Lehrplans sein. Das Portal queer.de schätzt, dass allein im Jahr 2022 in den 51 Bundesstaaten bis zu 400 queerfeindliche Gesetzentwürfe eingebracht wurden.

Dabei begründet Verfolgung als LGBTIQ heute in vielen Ländern einen formalen Schutzanspruch. In der Genfer Konvention ist zwar weder sexuelle Orientierung noch sexuelle Identität explizit erwähnt. Die Rede ist allerdings von einer begründeten Furcht vor Verfolgung wegen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe . Darunter werden heute auch LGBTIQ verstanden, entsprechend haben sie die Möglichkeit, Asylanträge zu stellen. Das ist das Ergebnis jahrzehntelanger internationaler juristischer Auseinandersetzungen, die ab Mitte der 1990er Jahre begannen, Früchte zu tragen.

Vollständige Sicherheit bedeutet dies mitnichten. LGBTIQ-Geflüchtete müssen heute in Asylverfahren einerseits ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität glaubhaft vortragen . Doch dies gelinge vielen aus Angst, Scham und/oder Unwissenheit nicht oder nicht sofort , schreibt der Lesben- und Schwulenverband Deutschland. Sie scheitern immer -wieder an stereotypen Vorstellungen von Ent-schei-de-r*in-nen und Richter*innen.

Tschechien wurde 2010 etwa von der EU gerügt, weil es sogenannte Phallometrie-Tests angewandt hatte: In einigen Fällen wurden homosexuellen Asylsuchenden Pornofilme gezeigt und dabei der Blutfluss im Penis gemessen. So sollte die Erregung festgestellt und überprüft werden, ob die Betroffenen tatsächlich schwul waren. In Großbritannien fragen Beamte nach detaillierten Schilderungen der emotionalen Reise , die die Entdeckung der

Flucht im Zeichen des Regenbogens Queere geflüchtete Personen bekommen in Deutschland heute leichter Asyl als früher. Doch Populismus, Anti-Wokeness und Islamis....

eigenen Homosexualität für die Schutzsuchenden bedeutete eine für viele Betreffende gegenüber Fremden kaum zu leistende Anforderung.

Hinzu kommt, dass queere Personen darlegen müssen, dass ihnen bei Rückkehr in ihr Herkunftsland tatsächlich konkrete Verfolgung droht, die über bloße Beschimpfungen hinausgeht. Viele Asylanträge in der EU wurden lange mit der Begründung abgewiesen, die Menschen könnten mit Geheimhaltung oder diskretem Verhalten einer Verfolgung entgehen.

In Deutschland etwa befand das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge noch 2012, dass zwei homosexuelle Frauen aus Iran kein Asyl bekommen sollten, weil dort zwar auf Homosexualität die Todesstrafe stehe, aber die Veranlagung als solche nicht strafbar sei. Würden Homosexuelle nicht mit ihren Neigungen auf der Straße provozieren, heißt es im Bescheid, dann könnten sie ein unproblematisches Leben im Schatten des Rechts führen.

Der Europäische Gerichtshof entschied indes 2013, dass von Geflüchteten nicht erwartet werden könne, dass sie ihre Homosexualität in ihrem Herkunftsland geheim halten oder Zurückhaltung üben, um eine Verfolgung zu vermeiden. Das Bundesverfassungsgericht bekräftigte 2020, dass die Geheimhaltung der sexuellen Orientierung zur Vermeidung von Verfolgung nicht erwartet werden dürfe.

Humanitäre Visa für gefährdete Personen sind auch im Koalitionsvertrag der Ampel vereinbart die Ausstellung erfolgt aber oft nur sehr schleppend. Im Juli forderte die Queere Nothilfe die Bundesregierung in einem Brief auf, Menschen aus Uganda die Ausreise nach Deutschland zu ermöglichen. In dem ostafrikanischen Land war im Mai der Anti-Homosexuality Act in Kraft getreten. Passiert ist bislang nichts. Humanitäre Visa werden generell recht selten vergeben: Unter 1,27 Millionen im Jahr 2022 von deutschen Konsulaten ausgestellten Visa waren nur rund 26.000 humanitäre Visa.

Das Asylrecht steht heute stark unter Druck, und das nicht nur in Deutschland. Bei einer Rede vor der konservativen Denkfabrik American Enterprise Institute in den USA sagte die britische Innenministerin Suella Braverman im September, Menschen, die wegen ihrer Geschlechtsidentität oder Sexualität diskriminiert würden, sollten kein Asyl erhalten, wenn ihnen nicht wirklich Tod, Folter, Unterdrückung oder Gewalt drohe. Wir werden kein Asylsystem aufrechterhalten können, wenn es ausreicht, einfach nur homosexuell oder eine Frau zu sein oder Angst vor Diskriminierung in seinem Herkunftsland zu haben, um Schutz zu erhalten.

Was Braverman sagte, reiht sich ein in Äußerungen führender konservativer Politiker der vergangenen Monate, die das Asylrecht in Europa abbauen wollen. Es gab in der -letzten Dekade erfreuliche Entwicklungen für queere Menschen. Doch es ist gut möglich, dass die Schutz-mechanismen für LGBTIQ angesichts des Drucks bald wieder -erodieren.

Das Asylrecht steht heute stark unter Druck, und das nicht nur in Deutschland

1871

wurde im Deutschen Kaiserreich der Paragraf 175 eingeführt, der widernatürliche Unzucht zwischen Männern unter Strafe stellte

Quelle: Antidiskriminierungsstelle des Bundes

1994

beschloss der Bundes-tag, den Para-grafen 175 endgültig und ersatzlos zu streichen

Quelle: Antidiskriminierungsstelle des Bundes

2001

Flucht im Zeichen des Regenbogens Queere geflüchtete Personen bekommen in Deutschland heute leichter Asyl als früher. Doch Populismus, Anti-Wokeness und Islamis....

trat das Lebenspartner-schafts-gesetz in Kraft. Zwei Menschen gleichen Geschlechts konnten sich von da an verpartnern

Quelle: taz

2013

sprach sich der Europäische Gerichts--hof für den Schutz von queeren Geflüchteten aus

Quelle: taz

2017

wurde die Ehe für alle eingeführt, Lesben und Schwule können seitdem heiraten

Quelle:- taz

2020

sagt das Bundesverfassungs-gericht: Es darf von queeren Geflüchteten nicht erwartet werden, dass sie ihre sexuelle Orientierung geheim halten

Quelle: taz

Load-Date: October 20, 2023

Die Menschenrechte danken ab; Ralf Sotscheck über verschärftes Asylrecht in Großbritannien

taz, die tageszeitung

Donnerstag 09. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 328 words

Byline: Ralf Sotscheck

Body

Ralf Sotscheck über verschärftes Asylrecht in Großbritannien

Es war der Hauptgrund für den Brexit: Die Mehrheit der Briten hatte für den Austritt aus der Europäischen Union gestimmt, weil sie keine Flüchtlinge auf ihrer Insel haben wollen. Premierminister Rishi Sunak und Innenministerin Suella Braverman haben nun ein Gesetz vorgelegt, das die Europäische Menschenrechtskonvention aushebeln soll.

Braverman gibt zu, dass ihr Gesetz mit einer Wahrscheinlichkeit von mehr als 50 Prozent die Menschenrechtsgesetze brechen würde. Es sieht vor, dass Migranten, die ohne Erlaubnis meistens mit einem Boot über den Ärmelkanal einreisen, zunächst in Gefangenenlagern interniert und dann nach Ruanda abgeschoben werden sollen. Sie sollen keine Gelegenheit bekommen, Asyl zu beantragen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat bereits die Ruanda-Pläne durchkreuzt, dem neuen Asylgesetz blüht dasselbe. Eine Reihe Tory-Hinterbänkler plädiert deshalb für den Austritt aus der Menschenrechtskonvention. Damit befände man sich in schlechter Gesellschaft: Russland und Belarus sind die einzigen europäischen Länder, die nicht Mitglied sind. Sie wurden wegen des Überfalls auf die Ukraine ausgeschlossen.

Was bezweckt Sunak mit dem neuen Asylgesetz? Er weiß, dass er nicht mehr viel Zeit bis zu den nächsten Wahlen hat, und laut Meinungsumfragen werden die Tories eine Niederlage einstecken. Sunak hält es offenbar für publikumswirksam, den Asylbewerbern an den Kragen zu gehen, weil er bei den drängenderen Themen steigende Lebenshaltungskosten, größer werdende Armut, leere Supermarktregele auch wegen fehlender ausländischer Arbeitskräfte nicht vorankommt.

Das Asylgesetz ist aber nicht nur menschenverachtend, es ist auch töricht. Seit 2015 haben diverse britische Regierungen versucht, die Boote über den Ärmelkanal zu stoppen. Das neue Gesetz wird daran nichts ändern, denn bis es in Kraft treten kann, ist diese Tory-Regierung hoffentlich längst Geschichte.

Die Men-schen-rech-te danken ab Ralf Sotscheck über verschärftes Asylrecht in Großbritannien

ausland

Load-Date: March 8, 2023

End of Document

Die Grüne Jugend probt den Aufstand; Vor dem Länderrat setzt die grüne Parteispitze auf verhaltene Kritik an dem EU-Asylkompromiss. Die Grüne Jugend will mehr Baerbock & Co auf ein Nein verpflichten

taz, die tageszeitung

Freitag 16. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 721 words

Byline: Stefan Reinecke

Highlight: Vor dem Länderrat setzt die grüne Parteispitze auf verhaltene Kritik an dem EU-Asylkompromiss. Die Grüne Jugend will mehr Baerbock & Co auf ein Nein verpflichten

Body

Von Stefan Reinecke

Am Samstag treffen sich die Bündnisgrünen im hessischen Bad Vilbel zum Länderrat, einer Art kleinem Parteitag. Der Termin war als friedliches, fünf Stunden kurzes Treffen geplant, bei der sich eine einige Partei präsentieren sollte. Im Leitantrag zu Klimaneutralem Wohlstand, Sicherheit, Gerechtigkeit heißt es gemütlich: Deutschland steht im Juni 2023 gut da. Doch solche Wohlfühlsätze werden keine große Rolle spielen.

Denn beim Thema Asyl hagelt es Kritik. Der Grund: Außenministerin Annalena Baerbock verteidigt den EU-Asylkompromiss, der unter anderem Lager an den EU-Grenzen vorsieht und auch Abschiebungen in sogenannte sichere Drittstaaten möglich machen soll. Besonders arg finden viele Grüne, dass auch Familien mit Kindern in die haft-ähn-lichen Asyllager gesteckt werden sollen. Nicht nur Parteilinke halten das Paket, das SPD-Innenministerin Nancy Faeser als historisch lobte, für unvereinbar mit grünen Grundsätzen.

Die Parteispitze, Omid Nouripour und Ricarda Lang, hat die Kritik in einen neuen Leitantrag zum Thema Asyl eingearbeitet. Der EU-Asylkompromiss sei von den Positionen unserer Partei weit entfernt, heißt es dort. Kritisiert wird vor allem, dass es, anders als Faeser verkündet, keine verpflichtende Verteilung von Flüchtlingen in die EU-Länder gibt. Die grüne Parteispitze hofft, dass der Kompromiss im europäischen Parlament noch entschärft wird. Man will sich dafür einsetzen, dass beim Trilog auf der EU-Ebene ein besserer Schutz von Familien mit Kindern und eine verpflichtende Verteilung erreicht wird. Der Dreh des Leitantrages: Die Grünen gehen auf Distanz zu dem Asylkompromiss, allerdings unverbindlich und ohne politische Konsequenzen.

Das halten Kritiker wie die EU-Abgeordneten Erik Marquardt und Rasmus Andresen für zu wenig. Timon Dzienus, Co-Chef der Grünen Jugend, will mit vier Änderungsanträgen die Partei auf einen schärferen Ablehnungskurs bringen. Die im Innenministerrat beschlossene Einigung hätte eine massive Asylrechtsverschärfung zur Folge,

Die Grüne Jugend probt den Aufstand Vor dem Länderrat setzt die grüne Parteispitze auf verhaltene Kritik an dem EU-Asylkompromiss. Die Grüne Jugend will mehr

heißt es dort. Die Zustimmung der Ampel sei falsch gewesen. Das ist ein direkter Konter gegen Baerbock, die trotz mancher Bedenken für Zustimmung zu dem EU-Asylpaket wirbt. Die Grüne Jugend fordert zudem weitgehende Veränderungen des EU-Gesetzes. So müssten Kinder und Familien grundsätzlich aus den Grenzverfahren ausgenommen werden und es bedürfe einer verpflichtenden Verteilung von Geflüchteten sowie der Verhinderung von Haft und Lager an den Außengrenzen und einer vollumfänglichen inhaltlichen Prüfung eines jeden Asylantrags. Die entscheidende Passage in dem Änderungsantrag der Junggrünen zielt auf politische Konsequenzen. Die grünen MinisterInnen sollen in der Ampel ihre Zustimmung zum Trilogergebnis von diesen Verbesserungen abhängig machen. Im Klartext Baerbock & Co sollen das ganze Projekt verhindern. Genau das will die grüne Parteiführung aber nicht. Denn dann stünde die nächste Ampelkrise ins Haus.

Der Länderrat ist, anders als richtige Parteitage, eher von Abgeordneten, MinisterInnen und Amtsträgern dominiert. Und daher eher ungeeignet für Aufstände. Allerdings, so munkeln manche Grüne, sei die Unzufriedenheit riesig, nicht nur bei Parteilinken. Ein mögliches Szenario für Samstag lautet: Der Länderrat verschärft die kritischen Passagen an dem EU-Asylkompromiss im Leitantrag, so wie die Grüne Jugend und die beiden Europa-Abgeordneten wollen aber ohne Baerbock & Co auf ein Nein im Kabinett zu verpflichten. Denn das wäre eine richtige Revolte.

Baerbock verteidigt den EU-Asyl-kompromiss, der auch Lager an den EU-Grenzen vorsieht

Unglück im Mittelmeer

Nach dem Bootsunglück vor der griechischen Küste mit vermutlich Hunderten Toten zeigte sich Innenministerin Faeser (SPD) erschüttert. Wir dürfen angesichts dieser Not nicht abstumpfen, sondern müssen weiter daran arbeiten, legale Migrationswege zu schaffen. Sie plädierte dafür, einen dauerhaften Solidaritätsmechanismus zwischen den EU-Staaten zu vereinbaren.

Zudem wurde durch den Spiegel bekannt, dass das Auswärtige Amt offenbar mehrere Millionen Euro für das Bündnis für zivile Seenotrettung United4Rescue zurückhält. Auf taz-Anfrage hieß es, man werde die festgelegte Förderung umsetzen. "Zu der konkreten Vergabe der Mittel und der genauen Projektausgestaltung laufen weiterhin Abstimmungen."(taz)

migration

Load-Date: June 15, 2023

Kröte geschluckt: Schwarz-Rot in Hessen kommt; Trotz heftiger Kritik vor allem an Formulierungen zur Asylpolitik winkt SPD die Koalition mit der CDU durch

taz, die tageszeitung

Montag 18. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 486 words

Byline: Christoph Schmidt-Lunau

Highlight: Trotz heftiger Kritik vor allem an Formulierungen zur Asylpolitik winkt SPD die Koalition mit der CDU durch

Body

Aus Groß-Umstadt Christoph Schmidt-Lunau

Nach heftiger Debatte hat der Landesparteitag der hessischen SPD im südhessischen Groß-Umstadt den mit der CDU ausgehandelten Koalitionsvertrag verabschiedet. Mehr als 80 Prozent der Delegierten stimmten am Ende zu. Zeitgleich hatte in Frankfurt am Samstag der Kleine Parteitag der Hessen-CDU den Weg für die erste schwarz-rote Landesregierung in diesem Bundesland frei gemacht.

Die Vorleute der hessischen SPD mussten sich in der mehrstündigen Debatte viel Kritik am Vertragstext anhören. Norbert Schmitt, früherer Generalsekretär der Landespartei, erinnerte die Landesvorsitzende, Bundesinnenministerin Nancy Faeser, an das miserable Resultat bei der Landtagswahl am 8. Oktober mit 15,1 Prozent hatte sie das schlechteste Ergebnis der SPD in Hessen erreicht. Du warst die falsche Kandidatin zum falschen Zeitpunkt! Schmitt warnte seine Partei davor, Leute der Vergangenheit ins Kabinett zu berufen.

Juso-Landeschef Lukas Schneider beklagte den künftigen Kurs in der Migrationspolitik, bei dem nicht länger die Humanität im Zentrum stehe: Die Geflüchteten werden drangsaliert, wem wollen wir damit helfen? Die Hoffnung der gebeutelten Partei auf einen sicheren Hafen in der Koalition mit der CDU werde in dem Sumpf enden, in den wir geraten sind. Mehr Abschiebungen sind doch nicht die Lösung, lasst die Menschen arbeiten, rief eine Juso-Vorstandskollegin.

Viel Kritik gab es in diesem Zusammenhang auch am Bekenntnis des Vertrags zum dreigliedrigen Schulwesen inklusive Noten und Sitzenbleiben. Der scheidende Landtagsabgeordnete Gernot Grumbach rief empört: Ich bekenne mich nicht zu einem Schulsystem, das so viel Leid und Ungerechtigkeit gebracht hat. Er attackierte auch die Abschaffung der Gendersternchen, die die neue Koalition für Behörden, Schulen und öffentlich-rechtliche Institutionen durchsetzen will. Die nichtbinäre Person Amilio Ludwig-Dinkel klagte, mit diesen Sätzen aus dem

Kröte geschluckt: Schwarz-Rot in Hessen kommt Trotz heftiger Kritik vor allem an Formulierungen zur Asylpolitik winkt SPD die Koalition mit der CDU durch

Koalitionsvertrag werde ihre Identität infrage gestellt. Ein Delegierter sprach vom Kulturkampfmüll , den die CDU in den Vertrag hineinverhandelt habe.

Bei der Schlussabstimmung gab es trotzdem eine breite Mehrheit für die schwarz-rote Koalition, Nancy Faeser hatte mit einer kämpferischen Rede für den Koalitionsvertrag geworben. Auch sie beklagte die Formulierungen zu einer härteren Gangart in der Migrationspolitik: Da schüttelt es einen. Als im Kabinett für Migration und Arbeit Zuständige garantierten künftig SozialdemokratInnen eine humane Integrationspolitik, versicherte die Bundesinnenministerin. Die Koalition mit der CDU sei keine Liebesheirat, sondern eine Verantwortungsgemeinschaft in schwerer Zeit .

Die neue CDU-geführte Landesregierung wird mit der konstituierenden Sitzung des Hessischen Landtags am 18. Januar ins Amt kommen. Wer dann neben Ministerpräsident Boris Rhein, CDU, auf der Regierungsbank Platz nimmt, wird nach Weihnachten entschieden.

Load-Date: December 17, 2023

Größter politischer und persönlicher Rückschlag ; Innenministerin Faeser und Außenministerin Baerbock loben die Einigung zur EU-Asylreform. Kritik kommt aus Grünen- und SPD-Fraktion sowie aus der Zivilgesellschaft

taz, die tageszeitung

Donnerstag 21. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 588 words

Byline: Frederik Eikmanns

Highlight: Innenministerin Faeser und Außenministerin Baerbock loben die Einigung zur EU-Asylreform. Kritik kommt aus Grünen- und SPD-Fraktion sowie aus der Zivilgesellschaft

Body

Von Frederik Eikmanns

Bundeschkanzler Olaf Scholz (SPD), Innenministerin Nancy Faeser (SPD) und Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) haben die Einigung bei der Reform der gemeinsamen EU-Asylpolitik begrüßt. Von Grünen und SPD im Bundestag kam dagegen Kritik. Menschenrechtler*innen sind ohnehin entsetzt von der Verschärfung des EU-Asylrechts, auf die sich Parlament, Kommission und Rat geeinigt haben.

Faeser sagte, sie freue sich über das Ergebnis: Jeder muss künftig an den EU-Außengrenzen strikt kontrolliert und registriert werden. Die Einigung sei nötig, denn: Wenn wir das Europa der offenen Grenzen im Inneren bewahren wollen, müssen wir die Außengrenzen schützen und funktionierende Verfahren erreichen. Bundeskanzler Olaf Scholz schrieb auf X, vormals Twitter, von einem ganz wichtigen Beschluss. Außenministerin Baerbock nannte die Einigung dringend notwendig und längst überfällig.

Baerbock verschwieg, dass die Einigung vielen migrationspolitischen Grundüberzeugungen der Grünen zuwider läuft. So ist etwa geplant, dass viele Geflüchtete künftig sogenannte Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen durchlaufen sollen. Dafür sollen die Geflüchteten wohl in großen Lagern unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden. Wer abgelehnt wird, soll direkt von dort abgeschoben werden. Und wer aus einem sogenannten sicheren Drittstaat einreist, soll ohne Asylverfahren zurückgezwungen werden.

Die Außenministerin erwähnte ebenfalls nicht die zahlreichen Punkte, mit denen sich die Grünen in den Verhandlungen auf nationaler und EU-Ebene nicht einmal mit Minimalforderungen durchsetzen konnten. So hatten die Grünen etwa Ausnahmen für minderjährige Geflüchtete gefordert, die Bundesregierung hatte sich dafür in den Verhandlungen starkgemacht. Ohne Erfolg. Baerbock sagte nun lediglich, die Einigung sei ein Kompromiss, der nötig sei.

Größter politischer und persönlicher Rückschlag Innenministerin Faeser und Außenministerin Baerbock loben die Einigung zur EU-Asylreform. Kritik kommt aus Grüne....

Teile der Grünen-Bundestagsfraktion und auch einige SPD-Abgeordnete sehen das ganz anders. Der Grünen-Parlamentarier Julian Pahlke sagte: Die geplante Reform ändere am brutalen Alltag an den Grenzen nichts und schaffe nur weitere Probleme: Weitere Entrechtungen führen nicht zu weniger ankommenden Geflüchteten, sondern zu mehr Leid. Für ihn sei die Reform der größte politische und persönliche Rückschlag. Hakan Demir von der SPD nannte die Einigung gegen-über der taz zwar prinzipiell richtig, sagte aber auch: Mit Sorge sehe ich die Ausweitung von Grenzverfahren auch auf Kinder. Außerdem fehlt mir ein klares Signal für Seenotrettung und gegen Pushbacks und Gewalt an den Außengrenzen. Die Linken-Abgeordnete Clara Büniger sagte, die Beschlüsse seien der massivste Angriff auf das individuelle Recht auf Asyl, den es in der EU je gegeben hat.

Ähnlich scharf klang die Kritik von Menschenrechtsorganisationen. Die rechtspolitische Sprecherin von Pro Asyl, Wiebke Judith, sagte der taz: Diese Einigung ist fast schlimmer als befürchtet. Das Europaparlament habe seine menschenrechtlichen Positionen weitgehend aufgegeben. Damit ist die Einigung ein schwerer Schlag für den Flüchtlingsschutz in Europa. Julia Duchrow, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland, sagte: Die heute erzielte Einigung ist ein menschenrechtlicher Dammbruch. Der Beschluss drohe, die Rechtlosigkeit an den Außengrenzen zur Norm zu machen. Felix Braunsdorf von Ärzte ohne Grenzen sprach am Mittwoch von einem katastrophalen Tag und einem Kompromiss auf Kosten der Menschenrechte.

Annalena Baerbock nennt die Einigung dringend notwendig und längst überfällig

Load-Date: December 20, 2023

Die Rechten werden nicht weniger extrem ; Der Aktivist Tareq Alaows ist mit anderen Geflüchteten bei den Grünen ausgetreten. Sie wollen die Reform des EU-Asylsystems Geas nicht mittragen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 27. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 4

Length: 668 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Der Aktivist Tareq Alaows ist mit anderen Geflüchteten bei den Grünen ausgetreten. Sie wollen die Reform des EU-Asylsystems Geas nicht mittragen

Body

Interview Christian Jakob

taz: Herr Alaows, Sie haben mit einer Gruppe anderer Geflüchteter Ihren Austritt bei den Grünen erklärt. Warum?

Tareq Alaows: Der Grund sind die Entwicklungen der letzten Tage: Die Grünen haben die Reform des EU-Asylsystems Geas und das Rückführungsverbesserungsgesetz der Ampel nicht nur mitgetragen, sondern auch verteidigt und versucht das als menschenrechtliche Entscheidung darzustellen. Dabei wissen alle, dass dies nur zur Aushöhlung des Rechts Schutzsuchender und zu mehr Verletzungen von Grundrechten führen wird.

Wären Sie dringeblichen, wenn die Partei zugestimmt, dies aber kritisch reflektiert hätte?

Dass sie es mitgetragen haben, war für mich schon ein ausreichender Grund, auszutreten. Ich finde es aber noch mal etwas anderes, das so zu verteidigen, wenn es so offensichtlich zu systematischen Menschenrechtsverletzungen führt.

Was hat Sie bewogen, den Grünen beizutreten?

Ich bin der Partei 2020 wegen ihrer Asylpolitik beigetreten. Ich habe mich da zu Hause gefühlt. Und durch die letzten Entscheidungen habe ich mich von diesem Zuhause weggestoßen gefühlt. Die Grünen standen für Menschenrechte, waren auf einer Linie mit zivilgesellschaftlichen Bewegungen und haben entsprechende Forderungen an die damalige Bundesregierung gerichtet. Sie haben sich unter anderem klar für Seenotrettung im Mittelmeer eingesetzt. Das sind alles Positionen, die in der DNA der Grünen stecken. Aber leider lehnt die Führungsspitze der Partei diese DNA ab.

Wen meinen Sie konkret?

Die Rechten werden nicht weniger extrem Der Aktivist Tareq Alaows ist mit anderen Geflüchteten bei den Grünen ausgetreten. Sie wollen die Reform des EU-Asylsyst....

Annalena Baerbock, Omid Nouripour, Robert Habeck und den ganzen Bundesvorstand.

Unter anderem mit der Behauptung verteidigt, so lasse sich ein verbindlicher Verteilmechanismus in der EU durchsetzen, der aber während der Verhandlungen nie vorgesehen war. Die Grünen-Spitze hatte zugesichert, Ausnahmen für Minderjährige durchsetzen zu wollen. Am Ende stimmte Deutschland zu, die Ausnahmen gibt es nicht. Wie empfanden Sie diese Kommunikation? Omid Nouripour hat die Zustimmung zum Geas

Sie war nicht ehrlich. Sie haben versucht, ihre Zustimmung zu verteidigen, und waren dabei nicht faktenbasiert. Diese Art gehört zu den Dingen, die mich abgestoßen haben.

Auch von den Grünen hieß es, wenn es keine Einigung beim Geas gebe, würde die extreme Rechte bei der EU-Wahl 2024 stärker und sie könnte das Asylrecht womöglich beschneiden oder ganz abschaffen.

Ich glaube nicht, dass der Beschluss der Geas-Reform dieses Risiko verringert. Wenn die Rechten die Mehrheit kriegen könnten und das Asylrecht abschaffen wollen, ist es umso wichtiger, für ein faires Asylrecht einzutreten und nicht in diese Diskursverschiebung einzusteigen. Die Rechten werden nicht weniger extrem, wenn man selbst solche Verschärfungen beschließt. Sie fühlen sich, im Gegenteil, nur bestätigt, wenn demokratische Parteien das mittragen.

. Hat das für Sie keine Rolle gespielt? Die Basis und die EU-Fraktion waren gegen die Reformen

Ja, die EU-Fraktion war gegen die Geas-Reform. Wir haben gesehen, dass sich bei den Entscheidungen letztlich die Bundesregierung durchgesetzt hat. Dazu kommt die Rolle der Grünen in der Debatte insgesamt: Die sind voll in die rechtspopulistische Diskursverschiebung eingestiegen, sie reden nur von Abschiebungen und Verschärfungen, statt auch argumentativ dagegenzuhalten und für ihre Grundsätze einzustehen.

Wenn alle Menschen, die so denken wie Sie, aus der Partei austreten, kann niemand mehr Einfluss nehmen.

Mein Austritt soll ein politisches Signal sein: Ich kann das nicht mittragen. Aber es sind ja weiterhin viele andere in der Partei, die für eine menschenrechtszentrierte Politik kämpfen. Denen wünsche ich viel Kraft. Ich hoffe, dass die Partei ihren Kompass wiederfindet.

Treten Sie in die Linke ein?

Für die jetzige Zeit kann ich sagen, dass ich die Stelle ändere, an der ich mich für Menschenrechte einsetze. Ich kehre zur -zivilgesellschaftlichen Arbeit zurück.

Tareq Alaows, 34, ist flüchtlingspolitischer Sprecher bei Pro Asyl und war Grünen-Sprecher für Flucht und Migration. 2015 floh er aus Syrien

Load-Date: December 26, 2023

Die Mauern werden höher; Die Türkei wird zur Falle für aus Afghanistan geflohene Menschen. In direkter Abstimmung mit den Taliban wird nach Afghanistan abgeschoben, wer die stark gesicherte Grenze aus dem Iran überwinden konnte

taz, die tageszeitung

Montag 27. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 1009 words

Byline: Christian Jakob, Valeria Hänsel

Highlight: Die Türkei wird zur Falle für aus Afghanistan geflohene Menschen. In direkter Abstimmung mit den Taliban wird nach Afghanistan abgeschoben, wer die stark gesicherte Grenze aus dem Iran überwinden konnte

Body

Aus Van, Izmir und Berlin Christian Jakob und Valeria Hänsel

Seit die Taliban im August 2021 die Macht in Afghanistan zurückeroberten, ist die Lage in dem Land für viele Menschen gefährlicher denn je. Doch wem die Flucht gelingt, der muss in dem wichtigen Transitstaat Türkei mit einer Auslieferung an die Taliban rechnen. Der Generaldirektor für die Bekämpfung irregulärer **Migration** und Abschiebungsangelegenheiten, Ramazan Seçilmen, erklärte im Dezember 2022, dass in jenem Jahr 61.617 Menschen nach Afghanistan abgeschoben worden seien.

Einer von ihnen ist Mohammad Javad Jafari. Der 24-jährige Afghane war 2020 aus dem Iran in die Türkei geflohen, um sich weiter nach Europa durchzuschlagen. Im Iran hatte er keinen Aufenthaltsstatus, musste ständig mit einer Abschiebung nach Afghanistan rechnen. Jafari ist Angehöriger der ethnischen Minderheit der Hazara. Eine Rückkehr nach Afghanistan wäre für ihn lebensgefährlich gewesen, vor allem nach der Machtübernahme der Taliban.

Seit 2021 baut die Türkei eine Hunderte Kilometer lange Mauer entlang der Grenze zum Iran. Jafari gelang es mit zwei Neffen, diese Mauer zu überwinden. Im November 2022 reiste er alleine weiter nach Istanbul, um von dort aus den Evros-Fluss nach Griechenland zu überqueren. Die türkische Polizei fasste ihn bei dem Versuch und brachte ihn in das Abschiebegefängnis in Bursa am Marmarameer. Auf dem Gebäudekomplex prangt das Wappen der Europäischen Union, denn sie hat den Bau mitfinanziert.

Dort versuchte er, Asyl zu beantragen, verlangte, Zugang zu einem Rechtsbeistand zu bekommen. Doch die Behörden verweigerten ihm dies. Niemand hat mich gefragt, warum ich in die Türkei gekommen bin. Im Gefängnis sagten sie zu mir, die Taliban werden entscheiden, ob ich hierbleiben kann, so berichtet Jafari es später

Die Mauern werden höher Die Türkei wird zur Falle für aus Afghanistan geflohene Menschen. In direkter Abstimmung mit den Taliban wird nach Afghanistan abgeschob....

telefonisch einer Sozialarbeiterin des Sozialen Zentrums Ya amak (Dt.: Leben) in Izmir, die er vor seiner Festnahme in der Türkei kennengelernt hatte.

Die Gefängniswärter in Bursa arrangierten einen Videocall nach Afghanistan. Jafari wurde dabei den Taliban vorgeführt. Innerhalb weniger Minuten hätten diese entschieden, seiner Abschiebung nach Afghanistan zuzustimmen. Jafari vermutet, dies lag an seinem äußeren Erscheinungsbild, das ihn als Hazara erkennbar macht.

Die Taliban sind nicht nur online in der Türkei präsent. An-wäl-t-in-nen berichten, dass afghanische Diplomaten systematisch die Abschiebegefängnisse in der Türkei besuchen. Von denen gibt es offiziell 25 im Land, zusätzlich existieren diverse informelle Haftorte und geschlossene Lager. Die politische Stimmung in der Türkei ist im Vorwahlkampf rassistisch aufgeladen. Die großen Parteien sowohl von der Regierung als auch der Opposition überbieten sich mit Versprechungen, die Abschiebebezahlungen zu erhöhen.

Die türkischen Grenzen werden immer strenger bewacht: Nachdem die Türkei zunächst an der syrischen Grenze auf fast 900 Kilometern eine hochaufgerüstete Grenzanlage mit modernen Überwachungstechnologien, Drohnen, gepanzerten Fahrzeugen und sogar Selbstschussanlagen errichtete, wurde das Projekt auch auf die Grenze zum Iran ausgeweitet der Fluchtroute aus Afghanistan. Die drei Meter hohe Mauer in der Region Van ist inzwischen 297 Kilometer lang.

Finanziert wurde die Anlage nach Angaben des türkischen Migrationsministeriums zum Teil von der Europäischen Union mit Zuschüssen von 108 Millionen Euro. Wer es schafft, die Mauer zur Türkei zu überwinden, lebt häufig illegalisiert im Land: Seitdem das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR 2018 die Registrierung von Schutzsuchenden an die Türkei übergab, sind viele Migrationsbüros geschlossen. Immer weniger Menschen können sich daher in der Türkei als Geflüchtete anmelden.

Im November 2022 hatte die NGO Human Rights Watch den Bericht No One Asked Me Why I Left Afghanistan veröffentlicht. Er dokumentiert, wie die Türkei routinemäßig Zehntausende Afghanen an ihrer Landgrenze zum Iran zurückdrängt oder sie nach Afghanistan abschiebt, ohne ihre Ansprüche auf internationalen Schutz zu prüfen. Zugenommen hat diese Praxis dem Bericht zufolge ausgerechnet im August 2021 als die Taliban die Macht übernahmen. Obwohl die Türkei zu Recht internationale Anerkennung und Unterstützung für die Aufnahme der größten Anzahl von Geflüchteten aller Länder weltweit erhält, drängt sie gleichzeitig viele Afghanen an ihren Grenzen zurück oder schiebt sie nach Afghanistan ab, ohne ihre Ansprüche auf internationalen Schutz zu prüfen, sagte Bill Frelick, Direktor der Abteilung für Flüchtlinge und Migranten bei Human Rights Watch. Die Türkei sollte diese routinemäßigen Abschiebungen an ihren Grenzen sofort stoppen und allen Menschen aus Afghanistan, denen die Abschiebung droht, ermöglichen, Asyl zu beantragen. Die Türkei hat weltweit die meisten Geflüchteten aufgenommen, schätzungsweise 3,9 Millionen Menschen, davon 3,6 Millionen Syrer mit vorübergehendem Schutz. Weitere 320.000 kommen größtenteils aus Afghanistan.

Die Bundesregierung fährt derzeit einen Schlingerkurs: Zwar wurde ein Aufnahmeprogramm für besonders gefährdete Afghaninnen und Afghanen aufgesetzt, doch es ist unklar, wie die Betroffenen evakuiert werden sollen. Das Programm gilt nicht für Menschen, die es bereits in Drittstaaten wie die Türkei geschafft haben. Und beim Versuch, aus eigener Kraft aus der Türkei in die EU zu kommen, kommt es häufig zu gewaltsamen Pushbacks durch bulgarische und griechische Einsatzkräfte.

Und selbst wenn afghanische Flüchtlinge aus eigener Kraft in die EU gelangen, haben sie kaum eine Chance, Sicherheit zu finden: Im Zuge des EU-Türkei-Deals wurde die Türkei als sicherer Drittstaat deklariert, was 2021 in Griechenland erneut per Dekret manifestiert wurde. Somit können afghanische Flüchtlinge, die es nach Griechenland geschafft haben, ohne eine inhaltliche Prüfung ihres Asylantrags in die Türkei geschickt werden. Und von dort erfolgen dann Kettenabschiebungen nach Afghanistan.

Offenlegung: Valeria Hänsel ist Mitarbeiterin der NGO medico international

Hunderte Kilometer hochgerüstete Grenzanlage, finanziert auch mit EU-Geldern

Die Mauern werden höher Die Türkei wird zur Falle für aus Afghanistan geflohene Menschen. In direkter Abstimmung mit den Taliban wird nach Afghanistan abgeschob....

Load-Date: February 26, 2023

End of Document

Obergrenze abgelehnt; Kritik von der Linken. Regierung für Maßnahmen gegen Migration

taz, die tageszeitung

Dienstag 19. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 275 words

Highlight: Kritik von der Linken. Regierung für Maßnahmen gegen **Migration**

Body

Die Bundesregierung hat die Forderungen von CDU und CSU nach einer Obergrenze zur Aufnahme von **Geflüchteten** in Deutschland zurückgewiesen. Eine Obergrenze löst das Problem nicht, sagte Vizeregierungssprecher Wolfgang Büchner am Montag in Berlin. Das Problem müsse auf europäischer Ebene gelöst werden: Die einzige vernünftige Möglichkeit, bei diesem komplexen Thema **Migration** voranzukommen, ist eine dauerhafte Steuerungsordnung im europäischen Rahmen.

Auch von der oppositionellen Linken kam Kritik an dem Vorstoß der Union: Das ganze Gerede von einer Obergrenze, wie Söder das macht, ist doch populistischer Wahlkampfquatsch, so Linke-Parteichefin Janine Wissler am Montag in Berlin. Es sei nicht möglich, Menschen davon abzuhalten, vor Bomben und vor Hunger zu fliehen. Wollen wir wirklich, dass an den EU-Außengrenzen auf Menschen geschossen wird?

Die Bundesregierung signalisierte Unterstützung für den Notfallplan von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für die Bewältigung der Flüchtlingskrise in Italien, die unter anderem eine strengere Überwachung der Meeresgrenzen bis hin zu einem Marineeinsatz vorsehen. Wir werden das nicht anders machen können, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am Sonntagabend in der ARD. Ansonsten bekommen wir die Migrationslage so nicht in den Griff.

Faeser sprach sich wie von der Leyen für eine Verstärkung der Maßnahmen gegen Schleuser aus. Die Schleusungen haben unglaublich zugenommen und bringen viele Menschen in Gefahr, sagte die Ministerin. Wir verändern jetzt das Recht, indem man auch Schleusern zum Beispiel hier den Aufenthaltstitel entziehen kann. (afp, dpa, taz)

Load-Date: September 18, 2023

Bürokratie führt in die Abschiebung; Einem Palästinenser aus der Region Hannover droht die Abschiebung nach Griechenland. Klagen konnte er dagegen nicht mehr rechtzeitig, weil der Bescheid an seinen alten Wohnort geschickt worden war. Der Flüchtlingsrat ist empört und fordert, Behörden zu verpflichten, Adressen zu ermitteln

taz, die tageszeitung

Freitag 28. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 888 words

Byline: Harff-Peter Schönherr

Highlight: Einem Palästinenser aus der Region Hannover droht die Abschiebung nach Griechenland. Klagen konnte er dagegen nicht mehr rechtzeitig, weil der Bescheid an seinen alten Wohnort geschickt worden war. Der **Flüchtlingsrat** ist empört und fordert, Behörden zu verpflichten, Adressen zu ermitteln

Body

Von Harff-Peter Schönherr

Internationaler Schutzstatus. Das klingt gut auf den ersten Blick. Wer ihn als **Flüchtling** zuerkannt bekommt, scheint im sicheren Hafen. Aber das kann täuschen. Ein Palästinenser aus Gaza, seit Anfang 2022 in Deutschland und wohnhaft in der Region Hannover, spürt derzeit, wie wenig Schutz dieser Status bietet, wenn es hart auf hart kommt. Er soll nach Griechenland abgeschoben werden. Verwandte hat er dort nicht, auch keine Wohnung. Er ist mittellos. Die Folge wäre, mit großer Wahrscheinlichkeit, ein Leben auf der Straße.

Sein **Asylverfahren** wird durch das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) geführt. Wie das geschieht, empört Muzaffer Öztürkyilmaz, Geschäftsführung des **Flüchtlingsrats** Niedersachsen in Hannover, zutiefst. Daraus spricht eine Arroganz der Macht, sagt er der taz. Eine erschreckende Kälte.

Ein Umzug, Mitte 2022, angeordnet durch die Landesaufnahmebehörde, ist dem Flüchtling zum Verhängnis geworden. Von der Erstaufnahmeeinrichtung in Bad Fallingb. sei er in eine Sammelunterkunft in Burgwedel gewechselt, in der Region Hannover, sagt Öztürk-yilmaz. Obwohl es davon gewusst habe, habe das Bamf den Asylbescheid, eine Ablehnung, an dessen alte Adresse geschickt. Als der Palästinenser von der Ablehnung erfuhr, in der Ausländerbehörde der Region Hannover, war es für eine Prüfung der Asylentscheidung auf dem Klageweg zu spät.

Bürokratie führt in die Abschiebung Einem Palästinenser aus der Region Hannover droht die Abschiebung nach Griechenland. Klagen konnte er dagegen nicht mehr rec....

Vor ein paar Wochen hat die Region Hannover die Abschiebung des Palästinensers versucht. Was dabei geschah, schildert Öztürkyilmaz so: Er ist aus dem zweiten Stock gesprungen und hat sich verletzt. Bis heute ist er in Behandlung. Hinzu kommt ein psychisches Trauma.

Jeden Tag könnte ein neuer Abschiebungsversuch folgen. Wir haben gehofft, das über Kontakte zur Politik und Verwaltung aus der Welt zu schaffen, sagt Öztürkyilmaz. Aber das schlug fehl. Die letzte Chance wäre ein psychiatrisches Gutachten. Aber das ist langwierig und teuer.

Mehrere Probleme verketteten sich hier. Rein rechtlich liegt es in der Verantwortung der Geflüchteten, dem Bamf jede Adressenänderung mitzuteilen. Zu Beginn des Asylverfahrens bekommen sie einen dicken Stapel an Papieren, in dem auch auf die Pflicht hingewiesen wird, Umzüge zu melden, sagt Öztürkyilmaz. Aber der überfordert stark.

Der Flüchtlingsrat regt eine Adress-ermittlungspflicht des Bamf an, zudem eine Verpflichtung der Landesaufnahmebeziehungsweise Ausländerbehörden, jede ihnen bekannte Adressänderung dem Bamf mitzuteilen. So was kommt ja häufiger vor, sagt Öztürkyilmaz. Der Flüchtlingsrat habe den Eindruck, die Behörde instrumentalisieren die Zustellungs Vorschriften, um Klagen gegen die Ablehnung von Asylanträgen zu verhindern.

Und dann ist da noch ein Urteil des niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts (OVG) in Lüneburg. Das hatte im Frühjahr 2021 befunden, in Deutschland gestellte Asylanträge von Personen, denen in Griechenland bereits internationaler Schutz zuerkannt worden sei, dürften nicht als unzulässig abgelehnt werden. Es bestehe generell die ernsthafte Gefahr, dass sie im Falle ihrer Rückkehr nach Griechenland ihre elementarsten Bedürfnisse für einen längeren Zeitraum nicht werden befriedigen können. Das widerspreche der Charta der Grundrechte der EU und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Dieses Urteil wird von den Behörden ignoriert, sagt Öztürkyilmaz.

Die niedersächsische Landesregierung hält an der Abschiebung fest. Oliver Rickwärtz, Sprecher des Innenministeriums, sagt auf Anfrage der taz, die Region Hannover sei, als zuständige Ausländerbehörde, an die Entscheidung des Bamf gebunden, ob laut Aufenthaltsgesetz die Voraussetzungen für ein Verbot der Abschiebung gegeben seien.

Der ablehnende Bamf-Bescheid beziehe sich auf den Europäischen Gerichtshof: Demnach ist eine Ablehnung des Asylantrags eines Antragstellers, dem in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union bereits internationaler Schutz gewährt wurde, im Einzelfall möglich. Dafür müsse festgestellt werden, dass er vor Ort keiner ernsthaften Gefahr ausgesetzt sei, eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung zu erfahren. Nach Auffassung des Bamf drohe das im vorliegenden Fall nicht.

Ablehnungen von Asylanträgen würden an die Erstaufnahmeeinrichtung zugestellt. Komme der Flüchtling der Verpflichtung nicht nach, Adressenänderungen dem Bamf anzuzeigen, müsse er Zustellungen an die vorherige, ggf. nicht mehr gültige Anschrift gegen sich gelten lassen.

Eine Verpflichtung der Landesaufnahmebehörden beziehungsweise Ausländerbehörden, jede ihnen bekannte Adressänderung an das Bamf weiterzugeben, laufe den gesetzlichen Regelungen zuwider. Aber: In der Praxis würden Bescheide von Personen, die bereits auf die Kommunen verteilt seien, von der Aufnahmebehörde an die Kommunalverwaltungen weitergegeben, mit der Bitte um Zusendung an die Wohnanschrift. Im vorliegenden Fall geschah dies offenkundig nicht, sagt Öztürkyilmaz. Wenn Behörden Adressen nicht weitergeben, hat das keine Konsequenzen. Wenn Betroffene das nicht tun, schon.

Auch die Region Hannover beharrt auf Abschiebung. Sie handele auf Grundlage der Entscheidung des Bamf, sagt Christoph Borschel der taz, Sprecher der Region Hannover. Sie laute, dass die Ausreisepflicht der betroffenen Person weiterhin besteht.

Daraus spricht eine Arroganz der Macht. Eine erschreckende Kälte

Bürokratie führt in die Abschiebung Einem Palästinenser aus der Region Hannover droht die Abschiebung nach Griechenland. Klagen konnte er dagegen nicht mehr rec....

Load-Date: July 27, 2023

End of Document

Migrations-Deal alla Meloni; Italien darf zwei Aufnahmelager für Asylsuchende in Albanien errichten

taz, die tageszeitung

Mittwoch 08. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 421 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Italien darf zwei Aufnahmelager für **Asylsuchende** in Albanien errichten

Body

Von Christian Jakob

Bis zum kommenden Frühjahr sollen zwei Lager mit jeweils 3.000 Plätzen in Albanien in Betrieb genommen werden. Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und ihr albanischer Amtskollege Edi Rama unterzeichneten eine entsprechende Vereinbarung am Montag in Rom. Damit darf Italien in Albanien Zentren für **Asylsuchende** errichten, die auf dem Mittelmeer aufgegriffen oder gerettet werden.

Ein Registrierungszentrum soll in der Hafenstadt Shëngjin im Norden des Landes entstehen. Wenige Kilometer weiter nördlich, in Gjader, soll ein zweites Zentrum für die Abschiebungsvorbereitung entstehen. Rom rechnet offenbar damit, dass die Menschen im Schnitt zwei Monate dort bleiben – so sollen insgesamt 36.000 Menschen im Jahr durch die Lager geschleust werden. In dieser Zeit sollen Anträge auf Asyl in Italien geprüft werden. Wird dieses gewährt, sollen die Menschen nach Italien ausreisen dürfen. Anderenfalls sollen sie direkt aus Albanien abgeschoben werden. Unklar ist, was mit Abgelehnten geschieht, die nicht abgeschoben werden können.

Die Zentren sollen von Italien nach italienischem Recht betrieben werden. Albanien soll lediglich für die externe Überwachung zuständig sein. Gegenüber der italienischen Zeitung Corriere della Sera sagte Albaniens Ministerpräsident, Italien trage alle Kosten der Lager, ansonsten erhalte Albanien keine Gegenleistung. Es sei ein Abkommen der Brüderlichkeit und der Verbundenheit, so Rama. Auch italienische Unterstützung für einen schnelleren EU-Beitritt Albaniens sei ganz sicher nicht zugesichert worden.

In die Zentren sollen der Darstellung zufolge nur jene Menschen gebracht werden, die von staatlichen italienischen Schiffen gerettet werden – derzeit die große Mehrheit. Von NGOs Gerettete, Menschen, die aus eigener Kraft auf italienischem Hoheitsgebiet ankommen, Minderjährige, schwangere Frauen und schutzbedürftige Personen sollen ausgenommen sein und weiter nach Italien gebracht werden.

Rama schloss aus, mit anderen EU-Staaten eine vergleichbare Vereinbarung zu treffen. Es gebe einzigartige Verbindungen zwischen Albanien und Italien. Meloni sprach von der Vereinbarung als Vorbild. Tatsächlich glaube

Migrations-Deal alla Meloni Italien darf zwei Aufnahmelager für Asylsuchende in Albanien errichten

ich, dass es zu einem Modell für die Zusammenarbeit zwischen EU-Ländern und Nicht-EU-Ländern bei der Steuerung der Migrationsströme werden kann. Die illegale Masseneinwanderung kann kein EU-Staat allein bewältigen. Albanien steht kurz vor der Erweiterung einer Vereinbarung mit der EU zu Einsätzen der Grenzschutzagentur Frontex.

meinung + diskussion

Load-Date: November 7, 2023

End of Document

Das Mittelmeer ist ein Tatort ; Geflüchtete und NGOs protestieren in Brüssel gegen die EU. Unzählige Notruf-Mails werden vorgelesen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 29. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 604 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Geflüchtete und NGOs protestieren in Brüssel gegen die EU. Unzählige Notruf-Mails werden vorgelesen

Body

Von Christian Jakob

Angesichts der jüngsten Unglücke mit Hunderten Toten und den geplanten Asylrechtsverschärfungen klingt der Tagesordnungspunkt beim EU-Gipfel am Donnerstag und Freitag Migration im Einklang mit den Grundsätzen, Werten und Grundrechten der EU für viele Flüchtlinge und Hilfsorganisationen wie Hohn. Seit Mittwochvormittag protestieren sie deshalb mit einer Aktionswoche vor den EU-Institutionen in Brüssel.

Den Auftakt machte eine am Mittwoch gestartete Performance der Initiative Alarm-Phone. Der Titel: We kindly request You to stop Killing (Wir bitten höflichst darum, mit dem Töten aufzuhören). Die Initiative betreibt eine Notrufnummer für Flüchtlinge, die auf See in Not geraten. Auf einer Bühne vor dem Brüsseler Parlamentsgebäude stapelten 15 Aktivist:innen am Mittwoch Ausdrucke von rund 1.300 E-Mails, die sie seit Januar an staatliche Rettungsstellen geschickt hatten. Um 900 Seenotfälle, bei denen Menschen sich per Satellitentelefon an sie gewandt hatten, ging es dabei. Doch: Viele unserer Notrufe bleiben unbeantwortet, sagte eine Sprecherin des Alarm-Phones der taz.

Zuletzt hatten sich sowohl die Insassen des am 14. Juni südlich der griechischen Stadt Pylos gesunkenen Bootes mit über 700 Menschen, als auch die Insassen eines am 20. Juni vor den Kanarischen Inseln gesunkenen Bootes mit 61 Menschen an das Alarm-Phone gewandt. Erst zehn Stunden, nachdem die NGO die Koordinaten an die Rettungsstellen weitergegeben hatte, traf in diesem Fall Hilfe ein zu spät. Hunderte solcher unterlassener Hilfeleistungen hat das Alarm-Phone seit 2014 dokumentiert.

48 Stunden lang nonstop wollen die Aktivist:innen nun in Brüssel ihre Notruf-Mails vorlesen. Das Mittelmeer ist nicht nur ein Friedhof auch ein Tatort, sagte die Alarm-Phone-Vertreterin. Am Donnerstag dann spricht der aus dem Südsudan stammende Geflüchtete David Yambio auf Einladung der Linksfraktion im Parlamentsgebäude mit Abgeordneten. Yambio vertritt die Gruppe Refugees in Libya. Dabei handelt es sich um mehrere Hundert Geflüchtete, die in libyschen Lagern interniert waren. Nach ihrer Freilassung hatten sie ab Oktober 2021 gegen ihre

Das Mittelmeer ist ein Tatort Geflüchtete und NGOs protestieren in Brüssel gegen die EU. Unzählige Notruf-Mails werden vorgelesen

Misshandlungen mit einer Mahnwache vor der UNHCR-Zentrale in Tripolis protestiert. Im Januar 2022 hatte die libysche Regierung die Mahnwache mit Gewalt geräumt.

Rund 250 der Protestierenden wurden nach Angaben Yambios damals in das Arbeitslager Ain-zara nahe Tripolis gebracht, wo sie bis heute inhaftiert sind. Die EU und die UN müssten sich für ihre Freilassung einsetzen, fordert Yambio. Für Samstag hat die Gruppe zu einer -Demonstration in Brüssel aufgerufen. Ihr Protest richtet sich vor allem dagegen, dass die von der EU aufgebaute libysche Küstenwache seit 2016 über 100.000 Menschen auf dem Mittelmeer eingefangen und zur Internierung nach Libyen zurückgebracht hat. Yambio selbst wurde nach eigenen Angaben fünf Mal auf dem Meer eingefangen, bevor ihm im Juni 2022 die Flucht nach Italien gelang.

In diesem Jahr betraf dies nach UN-Angaben bis zum 1. Juni rund 7.400 Menschen. Auch deshalb hatte sich der Schwerpunkt des Transitgeschehens zuletzt nach Tunesien verlagert. In Brüssel als Hauptstadt der EU seien die wichtigsten Institutionen, die für das endlose Leid und den Tod an den Grenzen Europas, aber auch für die unmenschlichen Bedingungen für Flüchtlinge und Migranten in Libyen, Tunesien und Niger verantwortlich sind, heißt es im Demo-Aufruf. Man wolle diese mit den Stimmen und Forderungen der Flüchtlinge konfrontieren, die ihre unmenschliche Politik der Grenzabschottung überlebt haben oder noch erleben.

Viele unserer Notrufe bleiben unbeantwortet

Load-Date: June 28, 2023

End of Document

Flüchtlingsboot sinkt im Meer direkt vor Senegals Hauptstadt: 18 Tote; aufreger

taz, die tageszeitung

Mittwoch 26. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 514 words

Byline: Dominic Johnson

Body

aufreger

Achtzehn Menschen sind ertrunken, drei haben überlebt. In der Nacht zu Montag sank vor Senegal wieder einmal ein **Flüchtlingsboot**, noch bevor es das offene Meer erreicht hatte. In Sichtweite der Küste kippte die vollbeladene Piroge um, direkt vor dem von Fischern genutzten Strand der prächtigen Moschee der Gottheit in Ouakam, ein Stadtteil der Hauptstadt Dakar an der Atlantikküste. Taucher und Rettungswagen eilten herbei, aber für die meisten Passagiere kam jede Hilfe zu spät. Erst 12, dann 15 und bis Dienstag 18 Tote wurden geborgen, die wenigen Überlebenden ins Militärkrankenhaus von Ouakam gebracht: Sie werden vor Gericht landen.

Senegals neuestes Flüchtlingsdrama wirft erneut ein Schlaglicht auf die rapide Zunahme der illegalen Emigration, meist auf die zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln. Rund 7500 haben es dieses Jahr bereits geschafft, 778 sind nach spanischen Angaben in der ersten Jahreshälfte unterwegs ertrunken. Andere stranden an der Küste der von Marokko annektierten Westsahara – gut 900 allein in diesem Monat, gaben dieser Tage Marokkos Behörden bekannt und kündigten die Repatriierung von 478 Migranten Ende dieser Woche an. Senegals Ministerin für Auslands-senegalesen ist dafür eigens nach Dakhla in der Westsahara gereist.

Senegals Jugend begeht Selbstmord im Meer und in der Wüste, weil es in diesem Land keine Hoffnung mehr gibt, schimpfte Boubacar Seye von der Organisation Horizons Sans Frontières, die für eine humanere Migrationspolitik eintritt – vor wenigen Jahren verbrachte Seye schon eine Zeit im Gefängnis, weil er Senegals Partnerschaft mit der EU gegen illegale Auswanderung kritisiert und der Regierung Veruntreuung von EU-Geldern vorgeworfen hatte. Mit diesem neuen Drama trauert ganz Senegal, sagte er jetzt. Sogar im Krieg sterben die Leute nicht auf diese Weise.

Senegals Regierung kündigte verschärfte Maßnahmen gegen Schlepper an. Innenminister Antoine Félix Abdoulaye Diome besuchte am Montag die Leichenhalle des Krankenhauses von Ouakam und kündigte laut der Regierungszeitung Le Soleil an, die Regierung werde am Donnerstag eine Nationale Strategie gegen irreguläre Migration verabschieden, deren zentrales Element die Schaffung eines interministeriellen Komitees sei. Dieses

Flüchtlingsboot sinkt im Meer direkt vor Senegals Hauptstadt: 18 Tote aufreger

Komitee solle die mit Migration und Grenzschutz betrauten Behörden koordinieren und Unterstützung der Streitkräfte im Kampf gegen dieses Phänomen organisieren.

Nur Bürokratie und Repression dieser Umgang mit Emigration stößt auf breite Kritik. Der linke Oppositionelle Thierno Alassane Sall, der selbst als Emigrant in Mauretanien und Marokko gelebt hat, erinnert in einer Stellungnahme an die Gründe für die Auswanderungssehnsucht unter Senegals Jugend: Krise der Landwirtschaft, Ausplünderung der Fischerei durch fremde Flotten, Fehlen funktionierender Berufsausbildung und vor allem der Traum eines europäischen Eldorados, der auf einer negativen Sicht auf Afrika gründet . Auch Europa sei aufgefordert, legale und sichere Migrationswege zu schaffen, denn Europas Einwanderungspolitik verschärft die Situation .

Dominic Johnson

Load-Date: July 25, 2023

End of Document

Sie suchen Schutz in Deutschland; Queere Geflüchtete, die Asyl beantragen, stammen aus ganz unterschiedlichen Weltregionen. Hier erzählen drei von ihnen ihre Geschichte

taz, die tageszeitung

Samstag 21. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HINTERGRUND; S. 26,27

Length: 2175 words

Byline: Kennith Rosario

Highlight: Queere Geflüchtete, die Asyl beantragen, stammen aus ganz unterschiedlichen Weltregionen. Hier erzählen drei von ihnen ihre Geschichte

Body

Protokolle von Kennith Rosario

Ich liebe mein Leben in Köln

Massam Hussain Ansari, 36, ist ein schwuler Geflüchteter aus Pakistan. Er lebt in Köln.

Ich bin in Karatschi aufgewachsen, im Süden von Pakistan. Mit 15 Jahren habe ich gemerkt, dass ich schwul bin. Uns wurde gesagt, es sei eine Sünde, aber ich fühlte mich immer zu Männern hingezogen und konnte es niemandem sagen. Als ich 20 war, starb mein Vater an einem Herzleiden. Fortan musste ich mich um die Erziehung und die Heirat meiner vier Schwestern kümmern. In der patriarchalischen muslimischen Gesellschaft Pakistans ist es traditionell die Aufgabe des Bruders, dafür zu sorgen, dass seine Schwestern verheiratet werden.

Um meine Familie zu unterstützen, habe ich in einem Ingenieurbüro in Karatschi gearbeitet. Ich habe eine Beziehung mit einem Kollegen angefangen, einem Mann aus den nördlichen Provinzen Pakistans. Ich stellte mir ein typisches Familienleben mit ihm vor. Doch die Beziehung hat nicht lange gehalten, wir haben uns viel gestritten. Ich habe keine Zukunft mehr für mich gesehen und war verzweifelt. Mit 23 habe ich versucht, meinem Leben ein Ende zu setzen. Das hat in meiner Familie ein großes Drama ausgelöst. Denn dadurch wurde ich auch als schwul entlarvt.

Nach dieser Krise war ich entschlossen, mein Leben als schwuler Mann zu leben. 2014, damals war ich 27, habe ich meinen Partner Akbar auf Manjam kennengelernt, das war eine damals in Pakistan sehr beliebte Dating-Website für Schwule, sie wurde später verboten. Ich wusste: Es ist riskant, in Pakistan einen Fremden über eine Website für Schwule zu treffen. Andererseits war es eine der wenigen Plattformen, die eine große, aber verstreute Gruppe schwuler Männer in den Großstädten miteinander verbunden hat.

Sie suchen Schutz in Deutschland Queere Geflüchtete, die Asyl beantragen, stammen aus ganz unterschiedlichen Weltregionen. Hier erzählen drei von ihnen ihre Ges....

Zusammen mit Akbar bin ich schließlich nach Lahore gezogen. Wir wollten einen Neuanfang wagen, weit weg von Karatschi. Mir war nicht klar, wie sehr sich mein Leben dadurch verändern würde. Fast ein Jahrzehnt lang waren wir zusammen, wir lebten gemeinsam in einer Wohnung in Lahore. Unsere Beziehung war in der LGBTQ-Gemeinschaft von Lahore bekannt. Ich denke, wir waren ein Vorbild für viele, die diskret ein queeres Leben führten.

Ich arbeitete in dieser Zeit mit verschiedenen pakistanischen Queer-Organisationen zusammen. 2019 wurde ich dann von der Polizei in Lahore verhaftet. Ich wurde der Förderung der Homosexualität verdächtigt; die Behörde ist dem Tipp eines ehemaligen Kollegen nachgegangen. Mein Partner Akbar wurde verhört, mein Laptop nach Beweisen für Kampagnen und Schwulenpornografie durchsucht. Später haben sie mich freigelassen, aber unter Polizeiaufsicht gestellt.

Das waren schwierige Jahre. 2021 wurde bei mir HIV diagnostiziert. Akbar und ich, wir trennten uns 2022. Im April 2022 habe ich ein Stipendium erhalten, mit dem ich nach Köln reisen und drei Monate an einem Projekt des Lesben- und Schwulenverbands in Deutschland (LSVD) teilnehmen konnte. Während ich hier war, haben die pakistanische Bundespolizei und der militärische Geheimdienst eine Razzia an meinem Arbeitsplatz in Lahore durchgeführt. Sie beschuldigten uns, an einer ausländischen Agenda zu arbeiten, die sich für die Rechte von Homosexuellen einsetzt.

Wäre ich nach Pakistan zurückgegangen, ich wäre bestimmt verhaftet worden. Deshalb habe ich mich schließlich entschieden, einen Asylantrag zu stellen. Dabei war das nie der Plan. Natürlich vermisse ich meine Heimat.

In Köln habe ich mich neu verliebt. Ich habe Fritz kennengelernt, er ist 81, ein Kunstsammler und Kurator. Wir haben uns einfach gut verstanden, weil wir beide erlebt haben, wie es ist, als Homosexuelle diskriminiert zu werden, aber in ganz unterschiedlichen Zeiten, Umständen und Teilen der Welt.

Ich habe mich in einem Flüchtlingslager in Bochum registriert, nur so konnte ich Asyl beantragen. Im September 2022 wurde ich vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge befragt, vier Stunden hat das Gespräch gedauert. Eine Woche nach der Anhörung bekam ich Asyl. So schnell ging es wohl auch deshalb, weil der LSVD mich während des Verfahrens betreut und beraten hat. Da meine Lebensbedingungen bei Zuschlag besser waren als im Flüchtlingslager, durfte ich weiter bei Fritz leben.

Ich liebe mein Leben in Köln. Ich habe einen großen Freundeskreis. Jetzt, da ich Asyl erhalten habe, freue ich mich darauf, eine Krankenversicherung für die HIV-Behandlung zu bekommen, ein Bankkonto zu eröffnen und durch Europa zu reisen. Außerdem unterstütze ich queere Menschen in Pakistan aus der Ferne und ermutige meine trans Freunde, das Land zu verlassen und Asyl zu beantragen. Für queere Menschen dort wird es nur noch schlimmer werden, und ich möchte etwas in ihrem Leben bewirken, so wie Fritz es in meinem getan hat.

Ich wusste, ich würde mich nirgendwo sicher fühlen

Alex Stone (Name geändert), 40, kommt aus den Vereinigten Staaten. Stone definiert sich als agender, fühlt sich also keinem Geschlecht zugehörig. Stone lebt derzeit in Berlin.

Ich habe in den Vereinigten Staaten an der Indiana University studiert und dort bei Campus-Aktivitäten der Demokratischen Partei mitgemacht. Ich habe mich auch gegen Neonazigruppen engagiert, es wurden mir Morddrohungen nach Hause geschickt. Wegen dieser politischen Bedrohung, aber auch wegen meiner geschlechtlichen Identität konnte ich nicht frei im Bundesstaat Indiana leben. Ich hatte große Angst vor einem Übergriff.

Das erwies sich leider als berechtigt. Im Jahr 2015 wurde ich in Indiana von einem Auto überfahren. Seitdem habe ich bleibende körperliche und seelische Verletzungen, unter anderem wurde mein Rückenmark verletzt. Ich fand heraus, dass es sich bei dem Fahrer des Wagens um einen Polizeibeamten handelte, der mit der Traditionalist Worker Party zu tun hatte, einer rechtsextremen antisemitischen Neonazigruppe, die sich für rassistisch reine Nationen einsetzt. Was sollte ich tun? Man kann die Polizei schließlich nur schwer auf die Polizei ansetzen.

Sie suchen Schutz in Deutschland Queere Geflüchtete, die Asyl beantragen, stammen aus ganz unterschiedlichen Weltregionen. Hier erzählen drei von ihnen ihre Ges....

Ein Umzug in einen anderen Bundes-staat kam für mich nicht infrage. Ich wusste, ich würde mich nirgendwo sicher fühlen vor den Angreifern, den Drohungen. Ich fand keine Lösung und beschloss im Jahr 2018, nach Berlin zu fliehen.

Ich kannte die Stadt bereits, ich hatte hier eine Zeit lang Geschichte studiert. Damals habe ich auch das Grundgesetz kennengelernt. Ich wusste, dass das Recht auf Asyl in Deutschland ein Grundrecht ist. Ich kannte allerdings keinen Präzedenzfall, in dem eine queere Person aus den USA Asyl in Deutschland beantragt hätte. Es war eine Herausforderung, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge davon zu überzeugen, dass queere Menschen in den USA nicht sicher sind und ich deshalb Anspruch auf Asyl habe.*

Asyl habe ich nicht bekommen. Ich werde aber geduldet, das heißt, ich werde nicht abgeschoben erst mal. Ich habe große Angst, über Nacht doch wieder mein Zuhause zu verlieren.

In meinem ersten Jahr in Deutschland wohnte ich in einer Flüchtlingsunterkunft für queere Personen in Berlin. Ich hatte dort eine schlimme Zeit, es gab Transphobie und Gewalt gegen geschlechtsuntypische Menschen, einschließlich sexueller Übergriffe. Ich fühlte mich von der Heimleitung nicht unterstützt und suchte mir schließlich eine eigene Wohnung.

Seit vier Jahren lebe ich nun allein. Ich bekomme finanzielle Unterstützung vom Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten, 502 Euro pro Monat. Mein Status als geduldete Person erlaubt es mir nicht, einer Vollzeitbeschäftigung nachzugehen, dabei könnte ich arbeiten, ich habe auch Qualifikationen.

* Proteste gegen queere Menschen haben in den USA in den vergangenen Jahren stark zugenommen, gleichzeitig werden vielerorts ihre Rechte angegriffen. So wurden in Texas zum Beispiel in der aktuellen Legislaturperiode von Abgeordneten des Staats eingereicht. Im August hat Kanada eine Warnung an seine LGBTQ-Bürger*innen herausgegeben und rät ihnen bei Reisen in die USA zur Vorsicht; Anm. d. Red. 140 queerfeindliche Gesetzesentwürfe

Das größte Problem ist der Mangel an Privatsphäre

Shahram Ahmadi, 40, ist ein Geflüchteter aus dem Iran, er bezeichnet sich selbst als schwul und bisexuell. Er lebt in Berlin.

Aufgewachsen bin ich in Kermanschah, einer überwiegend kurdischsprachigen Stadt. Schon da hatte ich eine homosexuelle Beziehung, bei meiner Familie habe ich mich aber nicht geoutet. 2016 habe ich mich von meinem Freund getrennt.

Ich bin nach Teheran gezogen, ich wollte wissen, was die Hauptstadt zu bieten hat. Dort habe ich als Busfahrer gearbeitet, ich verdiente ein anständiges Einkommen, lebte in einer eigenen Wohnung. In Teheran habe ich mich diskret mit anderen schwulen Männern in einem Park getroffen. Das war sehr riskant. Aber es war ein Traum für mich zu sehen, dass es einen solchen Park gibt und dass so viele queere Menschen dort hingehen.

Ich habe die queere Szene der Stadt kennengelernt, bin zu heimlichen Treffen gegangen. 2019 war ich auf einer queeren Party. Die Polizei hatte einen Hinweis bekommen, sie stürmte die Veranstaltung, ich wurde verhaftet. Ich kam wieder frei, allerdings wurde gegen mich ein Verfahren eröffnet. Deshalb beschloss ich zu fliehen.

Im August 2019 reiste ich nach Istanbul und suchte dort Schleuser, die mich nach Griechenland bringen könnten. Beim ersten Versuch wurde ich betrogen, sie setzten unsere Gruppe einfach in einem Wald aus. Ich bin nach Istanbul zurückgekehrt, andere Schleuser brachten mich in einem kleinen Boot auf die griechische Insel Lesbos.

Wir kamen ins Flüchtlingslager Moria. Die hygienischen Bedingungen waren katastrophal, es gab auch Bandengewalt im Camp. Eines der Bandenmitglieder war mein Zimmergenosse, und er wusste, dass ich eine Beziehung mit einem Mann hatte. Er erpresste mich und drohte mir, dass er mich vor allen in Moria als schwulen Mann outen würde. Ich musste ihm Geld zahlen und Sex anbieten.

Sie suchen Schutz in Deutschland Queere Geflüchtete, die Asyl beantragen, stammen aus ganz unterschiedlichen Weltregionen. Hier erzählen drei von ihnen ihre Ges....

2020 gelang es mir, das Camp zu verlassen. Flücht-linge-hel-fe-r*in-nen unterstützten mich dabei, ins Lager Pikpa in der Nähe von Mytilini auf Lesbos umzuziehen. Dort sind die Lebensbedingungen besser, es gibt eine LGBTQ-Gruppe, der habe ich mich angeschlossen. Ich habe Asyl beantragt und bekam eine griechische Aufenthaltsgenehmigung. Ich verließ das Lager und ging nach Mytilini, wo ich verschiedene Jobs annahm, unter anderem als Übersetzer von Dari oder Farsi ins Englische. Ich mietete auch eine eigene Wohnung.

Mit meinem neuen Leben war ich zufrieden, doch die Bande, die mich in Moria erpresst hatte, drohte mir erneut. Sie sagten, sie würden online verbreiten, dass ich schwul bin, und das auch in meiner Heimat publik machen. Ich wusste nicht, was ich tun sollte, und floh nach -Thessaloniki. Mit dem Flugzeug bin ich dann nach Berlin geflogen und habe dort im -Februar 2022 ein zweites Mal Asyl be-antragt.

Ich wollte nach Berlin, weil ich hier Freunde habe und NGOs kenne, die queeren Flüchtlingen helfen. Im März 2022, einen -Monat nach meiner Ankunft, bin ich in eine Flüchtlingsunterkunft in Treptow-Köpenick gezogen. Sie bietet Platz für 120 queere Flüchtlinge und ist die größte Unterkunft für queere Geflüchtete in Deutschland. Ich teile mir mein Zimmer mit drei anderen schwulen Flüchtlingen. Unsere vier Metallbetten sind nur durch eine Trennwand voneinander abgeteilt. Meine Habseligkeiten bewahre ich unter dem Bett auf, in kleinen Tüten und einem Pappkarton. Das Zimmer hat eine Speisekammer, ein eigenes Bad und einen Balkon mit Blick auf den Hinterhof.

Meine Mitbewohner kommen aus verschiedenen Ländern wie Afghanistan, Irak und Iran, sie wechseln, sobald sich ihr Asylstatus ändert. Das größte Problem ist der Mangel an Privatsphäre. Weil das Zimmer eng ist, gibt es oft Spannungen. Nachts wache ich auf, weil mein Mitbewohner, ein Mann aus dem Irak, schnarcht. Das klingt wie ein kleines Problem, aber ich kann keinen Job finden oder arbeiten, wenn ich tagelang nicht richtig geschlafen habe. Eine Arbeitserlaubnis für Deutschland habe ich inzwischen.

Ich habe eine posttrau-matische Belastungsstörung. Ich werde behandelt, aber das hilft nur begrenzt. Im vergangenen Winter ging es mir so schlecht, drei Nächte hinter-einander konnte ich nicht schlafen, ich sah keine Zukunft mehr für mich in Berlin und habe -versucht, mir nachts in der -Gemeinschaftsküche der -Unterkunft das Leben zu nehmen.

Seit diesem Frühjahr geht es mir etwas besser. Im April 2023 habe ich Asyl bekommen. Ich lebe weiterhin in der Unterkunft, suche aber nach einer eigenen Wohnung. 502 Euro bekomme ich vom Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten im Monat, das reicht kaum aus, um davon zu leben.

Als ich nach Berlin kam, versuchte ich mein Einkommen für ein paar Monate mit Sex-arbeit aufzubessern. Ich bin durch -arabische Viertel in Berlin ge-laufen, um meine Kunden zu finden. Ich hatte Angst davor, das online zu tun, da meine Familie es herausfinden könnte. Sexarbeit ist oft erniedrigend und auch unsicher. Deshalb will ich jetzt einen anderen Job suchen.

Ich habe die queere Szene in Berlin entdeckt, das Ficken 3000 in Kreuzberg ist mein Stammlokal geworden. Trotz aller Schwierigkeiten ist mein -Leben in Berlin sicher, es geht mir hier viel besser als im Iran oder auch in Griechenland.

Load-Date: October 20, 2023

Aufbau statt Abschottung; Kommentar von Dominic Johnson zu afrikanischen Katastrophen und europäischer Panik

taz, die tageszeitung

Montag 18. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 441 words

Byline: Dominic Johnson

Body

Kommentar von Dominic Johnson zu afrikanischen Katastrophen und europäischer Panik

Afrika kollabiert. In Libyen spülen Überschwemmungen eine halbe Stadt ins Meer, Zehntausende ertrinken. In Marokko kracht der Hohe Atlas in einem schweren Erdbeben zusammen und verschüttet Dörfer mit Tausenden Menschen. Weiter südlich sorgen Militärputsche für regionale Spannungen und Instabilität, die Wirtschaft liegt brach. Sudans neuer Krieg hat die aktuell größte Flüchtlingskrise der Welt hervorgerufen, die Opfer finden in keinem Nachbarland dauerhaften Schutz.

Die neue Flüchtlingskrise auf Lampedusa sorgt in Europa für hektische Reaktionen. Doch was sind 8.000 Boat People gegen 8 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in der gesamten Region von Sudan bis Mali? Man kann nicht in Europa den Notstand ausrufen und den tausendfach größeren Notstand in Afrika ignorieren, an dem weder EU-Kriegsschiffe vor Libyen noch EU-Finanzhilfen für Tunesien irgendetwas ändern werden. Die Menschen, die jetzt aus Afrika fliehen, haben keine andere Wahl. In Nordafrika zu bleiben, ist angesichts der zunehmend migrantenfeindlichen Stimmung und der zunehmenden wirtschaftlichen Not keine realistische Option mehr. Ein Zurück gibt es nicht, außer mit unmenschlichen Deportationen in die Wüste. Nur der Weg nach vorn bleibt, aber in Europa will sie niemand.

Um die Boote zu stoppen, setzt die EU auf Tunesien, dessen autoritärer Präsident noch in diesem Jahr Pogrome gegen Schwarze ermutigte. Tunesien ist heute ein Land, aus dem Afrikaner fliehen müssen, nicht eines, in das man sie zurückschickt. Die europäische Politik agiert, als könne sie quer durch das Mittelmeer eine Art Mauer bauen und so den hungrigen Süden vom übersättigten Norden dauerhaft fernhalten. Aber Meer trennt nicht, es verbindet. Gerade der Mittelmeerraum lebt seit dem Altertum vom freien Austausch zwischen Nord und Süd, die Grundlage der gesamten menschlichen Zivilisation.

Europa bezahlt heute afrikanische Regierungen dafür, Migration zu verhindern, anstatt afrikanische Migranten dafür zu bezahlen, etwas Sinnvolles zu tun. Alle europäischen Länder klagen über Fachkräftemangel. Doch wehe dem jungen Mann aus Guinea oder Nigeria, der selbstständig in Europa Arbeit sucht: Er wird als Illegaler abgewiesen oder illegal ausgebeutet. In Nordafrika selbst gäbe es noch viel mehr zu tun. Vom marokkanischen Marrakesch bis

Aufbau statt Abschottung Kommentar von Dominic Johnson zu afrikanischen Katastrophen und europäischer Panik

zum libyschen Derna steht ein großangelegter Wiederaufbau an, der gesamte Maghreb benötigt dringend Investitionen für ein menschenwürdiges Leben. Die Arbeitssuchenden sind da, die Arbeit wartet. Afrika hat die Menschen, Europa das Geld. Man muss nur noch beides zusammenführen.

Load-Date: September 17, 2023

End of Document

Mexiko will kein Auffanglager werden; Nach der Erschwerung der Einreise für asylsuchende lateinamerikanische Migranten in die USA trifft auch Mexiko Maßnahmen zur Abschottung

taz, die tageszeitung

Montag 15. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 654 words

Byline: Wolf-Dieter Vogel

Highlight: Nach der Erschwerung der Einreise für asylsuchende lateinamerikanische Migranten in die USA trifft auch Mexiko Maßnahmen zur Abschottung

Body

Aus Oaxaca Wolf-Dieter Vogel

Der große Ansturm blieb aus. Es befinden zwar weiterhin sehr viele Nichtbürger an der Grenze, aber wir sehen keine substanzielle Zunahme, erklärte das US-Sicherheitsministerium, nachdem in der Nacht zum Freitag in den USA eine Regelung auslief, die besonders schnelle Abschiebungen ermöglichte. Mexikos Außenminister Marcelo Ebrard gab ebenfalls Entwarnung. Der Zustrom von Mi-gran-t*in-nen gehe zurück, es habe keine gewaltsamen Auseinandersetzungen gegeben, sagte er.

Dennoch ist die Lage an der Grenze zwischen Mexiko und den USA angespannt. Zehntausende Menschen aus Haiti, Venezuela, Kuba und Mittelamerika reisten in den letzten Wochen an den Rio Bravo, der die beiden Staaten trennt. Überfüllte Herbergen sowie unzählige Lagerstätten auf den Straßen zeugen von der Hoffnung, die viele in das Auslaufen jenes Titel 42 legten. Mit der Regelung, die unter Donald Trump zu Pandemiezeiten eingeführt wurde, konnten bis Donnerstag illegal in die USA Eingereiste aus gesundheitspolitischen Gründen sofort wieder abgeschoben werden. Das ist nun vorbei.

Trotzdem sei die Grenze keineswegs offen, stellte die US-Regierung schnell klar. Wer nicht die legalen Wege nutzt, um in die USA einzureisen, muss mit noch härteren Konsequenzen rechnen, bis hin zu einem fünfjährigen Einreiseverbot oder einem Strafverfahren, sagte Sicherheitsminister Alejandro Mayorkas. Mit dem legalen Weg meint er eine App, mit der Asylsuchende in Mexiko einen Termin mit den US-Behörden vereinbaren können. Doch Betroffene berichten, die App namens CBP One funktioniere schlecht und sei meist überlastet. Ohnehin werden täglich höchstens 1.000 Anhörungen vergeben.

Alternativ müssen Schutzsuchende nachweisen, dass sie in Durchreiseländern einen Asylantrag gestellt haben und dieser abgelehnt wurde. Illegal Eingereiste werden sofort wieder abgeschoben, wenn sie nicht glaubhaft

Mexiko will kein Auffanglager werden Nach der Erschwerung der Einreise für asylsuchende lateinamerikanische Migrant*innen in die USA trifft auch Mexiko Maßnahmen zu....

nachweisen können, dass sie in ihrem Herkunftsland verfolgt werden. Viele dieser Maßnahmen existierten schon, wurden aber unter Titel 42 kaum angewandt.

Mexikos Außenminister Ebrard ist zufrieden: Die USA erfüllen ihren Teil. Sie haben 360.000 Genehmigungen für jene angeboten, die ihr Verfahren über CBP One angehen. Dem Auslaufen des Titel 42 waren Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen vorausgegangen. Und wie sich jetzt zeigt, ist Mexiko bereit, die Wanderungsbewegungen einzudämmen. Wir werden der US-Regierung in allem helfen und mit ihr kooperieren, damit es an der Grenze kein Chaos und erst recht keine Gewalt gibt, erklärte Präsident Andrés Manuel López Obrador am Freitag. An die Grenzen wurden weitere Nationalgardisten und andere Sicherheitskräfte mobilisiert.

Zudem stellen Mexikos Migrationsbehörden künftig keine humanitären Visa mehr aus. Diese Dokumente ermöglichten es bislang, 30 Tage legal durch Mexiko zu reisen. Das nutzten viele, die an Mexikos Südgrenze einreisten und an der Nordgrenze wieder rauswollten. Die Visastreichung heißt nun, dass sich nun noch mehr Menschen in die Hände der Mafia begeben müssen, um den Rio Bravo zu erreichen. Oder sie müssen sich verstecken. Die Menschen werden weiter Richtung USA reisen, nur mit weniger Garantien, kritisiert Migrationsexperte Oswaldo Valenzuela von der Iberoamerikanischen Universität Torreón. Einmal mehr habe Präsident López Obrador akzeptiert, die Drecksarbeit für die USA zu übernehmen, kommentiert Raymundo Riva Palacio in der Zeitung El Financiero.

Ganz anders stellt sich die Sache für die Regierung dar: Es sitzen immer mehr Menschen in Mexiko fest. Wegen der schlechten Bedingungen müssen 33 Sammelstellen geschlossen und überprüft werden, nachdem im März beim Brand eines Internierungslagers für Migrant*innen 40 Menschen starben. Am Freitag erklärte Außenminister Ebrard, man werde wegen fehlender Kapazitäten maximal 1.000 aus den USA Abgeschobene aufnehmen.

Mexikos Migrationsbehörden stellen künftig keine humanitären Visa mehr aus

Load-Date: May 14, 2023

Krasses Rollback ; Am Dienstag starten die hessischen Koalitionsverhandlungen. Im Eckpunktepapier wird deutlich, dass eine harte Linie in Sachen Migration, der Inneren Sicherheit und beim Gendern geplant ist

taz, die tageszeitung

Dienstag 14. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfaeltigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 586 words

Byline: Ya mur Ekim Çay

Highlight: Am Dienstag starten die hessischen Koalitionsverhandlungen. Im Eckpunktepapier wird deutlich, dass eine harte Linie in Sachen Migration, der Inneren Sicherheit und beim Gendern geplant ist

Body

Von Ya mur Ekim Çay

Am Freitag haben sich die Ver-tre-te-r*in-nen von CDU und SPD in Hessen auf eine schwarz-rote Koalition in Hessen geeinigt, am Dienstag sollen die Koalitionsverhandlungen beginnen. Derweil sorgen die Eckpunkte des Koalitionsvertrags bereits für Diskussionen.

Im ersten Punkt des Papiers konzentriert sich die schwarz-rote Koalition auf das Thema Bildung für die SPD-Spitzenkandidatin Nancy Faeser war die Bildungs- und Schulpolitik das entscheidende Thema bei der Landtagswahl. Die christlich-soziale Koalition will unter anderem mehr Lehrerstellen an allen Schulen, Ganztagsbetreuung an Grundschulen sowie das Schulfach Digitale Welt einführen. Familien und Alleinerziehende sollen unterstützt werden: Geplant sind ein verbindliches letztes Kita-Jahr sowie ein Investitionsprogramm für den Kita-Ausbau.

Die harte Linie gegen Migration spiegelt sich auch im Eckpunktepapier wider. Wir starten eine echte Rückführungsoffensive, heißt es in dem Papier. Unter anderem sollen Ausreisepflichten konsequent durchgesetzt und dabei alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten wie Ausweitung der Abschiebehaft, Wohnungsbetretrungsrecht und Einrichtung von Rückführungszentren ausgeschöpft werden. Geplant ist, dass Flüchtlinge kein Geld, sondern sogenannte Bezahlkarten bekommen.

Hessen hat schon seit einigen Jahren sehr viele administrative Dinge geändert und fährt eine sehr rigide Abschiebepolitik, sagt Timmo Scherenberg, Geschäftsführer des Hessischen Flüchtlingsrats, der taz. Was im Papier steht, ist eine sehr scharfe Rhetorik. Das wird auch von den Ausländerbehörden so verstanden: Ihr sollt rücksichtsloser und härter vorgehen. Wir werden eine Brutalisierung der Abschiebungen erleben.

Krasses Rollback Am Dienstag starten die hessischen Koalitionsverhandlungen. Im Eckpunktepapier wird deutlich, dass eine harte Linie in Sachen Migration, der In....

Auch die geplanten datenpolitischen Sicherheitsmaßnahmen sorgen für Kritik. Die Koalition will die Rahmenbedingungen für Videoüberwachung verbessern und Hessendata, die Datenanalyse- und -auswertungsplattform der hessischen Polizei, ausweiten.

Die bisher von der Großen Koalition in Hessen vorgestellten Inhalte stehen für ein krasses gesellschaftspolitisches Rollback. Antworten auf Herausforderungen unserer Zeit? Fehlanzeige! Im Bereich Innen- und Rechtspolitik reiht sich ein offen verfassungswidriges Vorhaben an das andere , kritisiert Jörn Pohl, Büroleiter des stellvertretenden grünen Fraktionsvize Konstantin von Notz, auf der Social-Media-Plattform X, früher Twitter.

Die Koalition in Hessen positioniert sich auch beim Thema Verkehr anders als die Ampelkoalition: Ablehnung eines generellen Tempolimits und Fahrverbote sowie weitere Ausbauprojekte bei Autobahnen und am Frankfurter Flughafen sind geplant.

Auf Kritik stößt zudem das Vorhaben unter dem Punkt Freiheit und Generationengerechtigkeit . Die Koalition will festschreiben, dass in staatlichen und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen aufs Gendern mit Sternchen verzichtet wird. Da weiß man, wo die Reise hinget nach rechts , kritisiert Elisabeth Kula, Fraktionsvorsitzende der Linken im Hessischen Landtag. Die sozialdemokratischen Punkte muss man mit der Lupe suchen. Sie sind häufig mit vagen und dehnbaren Formulierungen versehen.

CDU und SPD wollen am Dienstag mit den Koalitionsgesprächen beginnen und noch vor Weihnachten den Koalitionsvertrag unterzeichnen. Laut Frankfurter Rundschau sind für die Verhandlungen 14 Arbeitsgruppen geplant. Diese sollen dann über Themen wie Bildung, Migration und Integration, Soziales, Arbeit, Wirtschaft, Wohnen, Verkehr und Innenpolitik sprechen.

Hessen fährt eine sehr rigide Abschiebepolitik

Load-Date: November 13, 2023

Endlich Markus Lanz abschieben! ; denkt Friedrich Merz wohl nicht. Gerade überbieten sich Opposition und Regierung mit rassistischen Vorstößen zur Migrationspolitik. Über die rhetorische Eskalation eines typisch deutschen Karnevals

taz, die tageszeitung

Dienstag 24. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 13

Length: 727 words

Byline: Mohamed Amjahid

Highlight: denkt Friedrich Merz wohl nicht. Gerade überbieten sich Opposition und Regierung mit rassistischen Vorstößen zur **Migrationspolitik**. Über die rhetorische Eskalation eines typisch deutschen Karnevals

Body

talkshow

Von Mohamed Amjahid

In Deutschland existieren sechs Jahreszeiten: Winter, Frühling, Sommer, Herbst, Karneval und **Migrationsdebatte**. Es ist wieder so weit, die Po-li-ti-ke-r*in-nen überbieten sich mit Recht und Ordnung, fordern immer härtere Maßnahmen gegen **Geflüchtete**. Sie wollen die **Migration** begrenzen und endlich im großen Stil abschieben. So verkündete es zumindest Bundeskanzler Olaf Scholz im Gespräch mit dem Spiegel. Oppositionsführer Friedrich Merz muss da noch einen drauflegen und verknüpft die abscheulichen antisemitischen Vorfälle, die sich derzeit auf Deutschlands Straßen abspielen, mit seiner eigenen rassistischen Agenda: Deutsche Staatsbürgerschaft nur für jene, die sich zu Israel und gegen Antisemitismus bekennen, fordert Merz schlagzeilenträchtig.

Der allseits beliebte ZDF-Moderator Markus Lanz wäre mit dieser Forderung wohl nie Deutscher geworden. Er ist, so geht es aus einigen Quellen im Netz hervor, eingebürgerter Südtiroler und hatte vor einigen Tagen in seinem Pod-cast dem Unterhaltungsphilosophen Richard David Precht bei einer antisemitischen Tirade zugenickt, Zuspruch geschenkt und auf Druck nur halbherzig entschuldigt. Abgesehen davon müsste laut dem neuesten Plan aus der Union die halbe bayerische Landesregierung abgeschoben werden, die denken eh, sie seien Ausland.

Aber jetzt mal Satire beiseite: Wie oft wollen deutsche Po-li-ti-ke-r*in-nen noch solche Migrationsdebatten anzetteln? Warum kehrt dieses Phänomen resistent immer wieder in den deutschen Diskurs ein? Und was kann man gegen diese spezielle Gesprächsklimakatastrophe tun?

Endlich Markus Lanz abschieben! denkt Friedrich Merz wohl nicht. Gerade überbieten sich Opposition und Regierung mit rassistischen Vorstößen zur Migrationspolit....

Womöglich weil es längst nicht mehr um die sachliche Auseinandersetzung mit Zahlen und Fakten geht, ist der menschengemachte Verfall der Worte nicht mehr wirklich aufzuhalten. Wenn die Aussage Massenmigration auf eine Handvoll wöchentlicher Grenzübertritte von Menschen zurückgeht, die im Gros sogar ein verbrieftes Recht auf Asyl haben, weil sie aus Kriegsgebieten in Afghanistan oder Syrien stammen, dann ist Merz, Scholz und Co nicht mehr zu helfen. Jeder von ihnen möchte der härteste Sheriff im Berliner Regierungsviertel sein, da spielt es keine Rolle, dass es nebenbei noch eine Realität gibt. Da spricht man mit einer Wand, wenn man auf geltendes internationales Recht, Migrationsstatistiken und humanitäre Verpflichtungen verweist.

Abgesehen davon scheint es so, dass die politischen Agenden der Parteien nicht so stringent formuliert werden. Wenn gerade nicht Migrationsdebatte ist, wird in Deutschland über den Fachkräftemangel lamentiert. Um mal ein neoliberales Argument auszuleihen: Deutsche werden sich noch wundern, wenn sie ihre Großeltern und Eltern in Altersheime abschieben und dort niemand ist, der die Windeln wechselt. Shit happens. Olaf Scholz und Friedrich Merz werden als reiche Luxuspensionäre nicht davon betroffen sein, dass diese Art von wichtiger gesellschaftlicher Aufgabe von immer weniger Arbeitskräften erfüllt werden kann. Allerdings werden sich ihre Wäh-le-r*in-nen in einigen Jahren noch wundern, wenn Opi und Omi niemand pflegen wird.

Abgesehen davon, dass die Würde des Menschen nicht an seinem Wert für den deutschen Arbeitsmarkt hängen kann, bleiben solche pauschalisierenden Migrationsdebatten ein wiederkehrendes deutsches Phänomen. Sie kommen und gehen, werden in der Endlosschleife abgespult, arbeiten dabei mit Ängsten, Ressentiments, Rassismus und auch Antisemitismus (es gibt genug Menschen in diesem Land, die von der antisemitischen Trope überzeugt sind, das Judentum stecke hinter der imaginierten Massenmigration).

Nach widerlegten Behauptungen, Menschen würden nur wegen Zahnbehandlungen ihr Leben riskieren und nach Deutschland kommen (Copyright Merz) und der Forderung, Angehörige sogenannter arabischer Clans sollten abgeschoben werden, auch wenn sie keine Straftaten begangen haben (Copyright Innenministerin Nancy Faeser), nach den performativ-bürokratischen Plänen, Geflüchtete nur noch mit Bezahlkarten auszustatten anstatt mit Bargeld, und weiteren unzähligen diskursiven Tiefpunkten, die die Landes- und Bundespolitik in Deutschland ausmachen, bedarf es hier einer kleinen Korrektur: Eigentlich gibt es in Deutschland nur fünf Jahreszeiten, weil Migrationsdebatten doch in die Kategorie Karneval fallen.

Jeder möchte der härteste Sheriff im Regierungsviertel sein, es spielt keine Rolle, dass es noch eine Realität gibt

Load-Date: October 23, 2023

Die Akzeptanz ist weiter vorhanden ; Katja Dörner, grüne Oberbürgermeisterin in Bonn, über die Unterbringung von Geflüchteten, zu wenig Geld für die Kommunen und darüber, was die aufgeheizte Debatte über Migrationspolitik für ihre Partei bedeutet

taz, die tageszeitung

Donnerstag 12. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 1098 words

Byline: Sabine am Orde

Highlight: Katja Dörner, grüne Oberbürgermeisterin in Bonn, über die Unterbringung von **Geflüchteten**, zu wenig Geld für die Kommunen und darüber, was die aufgeheizte Debatte über **Migrationspolitik** für ihre Partei bedeutet

Body

Interview Sabine am Orde

taz: Frau Dörner, derzeit heißt es ja häufig, die Kommunen sind bei der . Wie sieht es bei Ihnen in Bonn aus? Aufnahme von **Geflüchteten** am Limit

Katja Dörner: Bei uns ist die Situation auch schwierig. Wir haben im Landesvergleich in den letzten Jahren weit überproportional Menschen aufgenommen und nur noch sehr geringe Kapazitäten in unseren eigenen Unterkünften. Hinzu kommt, dass wir im Laufe der nächsten zwei Jahre größere Liegenschaften, in denen ukrainische **Geflüchtete** leben, nicht weiter nutzen können, weil die Mietverträge auslaufen und voraussichtlich nicht verlängert werden können.

Was heißt das konkret in Zahlen? Wie viele Menschen hat Bonn mit seinen gut 334.000 Einwohnerinnen und Einwohnern aufgenommen?

Wir haben ungefähr 10.000 Menschen mit Fluchthintergrund in der Stadt. In den städtischen Unterkünften leben aktuell circa 2.800 Menschen, die Hälfte davon sind aus der Ukraine. Aber es leben leider Geflüchtete, die 2015 bis 2017 nach Bonn gekommen sind, weiterhin in Gemeinschaftsunterkünften. Das ist ein großes Problem, insbesondere für Familien. Grund ist der extrem angespannte Wohnungsmarkt in einer wachsenden Stadt wie Bonn.

Probleme gibt es nicht nur bei der Unterbringung, sondern oft auch bei den Kapazitäten von Kitas und Schulen. Wie ist da die Lage in Bonn?

Die Akzeptanz ist weiter vorhanden Katja Dörner, grüne Oberbürgermeisterin in Bonn, über die Unterbringung von Geflüchteten, zu wenig Geld für die Kommunen und

Wir können noch allen Kindern einen Schulplatz zur Verfügung stellen, aber auch hier ist alles auf Kante genäht. Bei den Kitas ist es noch schwieriger, weil wir da ohnehin lange Wartelisten haben. Das hat aber in erster Linie mit dem Fachkräftemangel zu tun.

Die Debatte spitzt sich mancherorts dramatisch zu, die gesellschaftliche Stimmung auch. Wie ist es in Bonn?

Diese Zuspitzung haben wir in Bonn zum Glück nicht, die Akzeptanz ist weiter vorhanden. Wir haben eine Solidaritätspartnerschaft mit der ukrainischen Stadt Cherson, da ist das Engagement sehr groß, aber auch insgesamt in der Flüchtlingsarbeit. Als Oberbürgermeisterin ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass es nicht zusammenpasst, für die Solidarität mit der Ukraine zu demonstrieren und gleichzeitig Stimmung gegen Geflüchtete zu machen.

Meine größte Sorge ist die finanzielle Situation der Kommunen, weil die Kommunen in Nordrhein-Westfalen sehr große Herausforderungen haben und sie durch Entscheidungen im Land und im Bund voraussichtlich massive Einsparungen werden vornehmen müssen. Das könnte zu einer Stimmung führen, die sich negativ auf den sozialen Zusammenhalt allgemein und auf die Geflüchteten auswirkt.

Tut die schwarz-grüne Landesregierung zu wenig, um die Finanzsituation der Kommunen zu unterstützen?

Ja. Wir bekommen für die Asylsuchenden eine Pauschale, die bei Weitem nicht auskömmlich ist. In Bonn hatten wir, was die Finanzierung von Geflüchteten angeht, in 2021 ein Defizit von etwa 18 Millionen und 2022 von 20 Millionen Euro, das wir aus dem städtischen Haushalt finanzieren mussten. Es ist gut, dass es nun eine Vereinbarung der kommunalen Spitzenverbände mit der Landesregierung gibt, über diese Pauschale zu verhandeln. Sie muss deutlich erhöht werden.

Was würde Ihnen jenseits von mehr Geld helfen?

Die Erhöhung der Unterbringungskapazitäten des Landes selbst. In der genannten Vereinbarung von Ende September sind 3.000 zusätzliche Plätze vorgesehen, aber das ist zu wenig und kommt spät. Und dann gibt es diverse Regelungen auf Landes- und besonders Bundesebene, die vieles schwerer machen.

Zum Beispiel?

Wir stellen für die Unterbringung hochwertige neue Container auf. Wir dürfen sie aber nach der aktuellen Erlasslage nur für drei Jahre vorhalten. Gut wäre, diese länger nutzen zu können. Entbürokratisierung tut Not. Und mit Blick auf den Bund: Wenn endlich die eine Milliarde Euro finanzielle Unterstützung, die schon im Frühjahr versprochen wurde, bei den Kommunen ankommt, würde das helfen. Darüber hinaus brauchen wir eine langfristige, auskömmliche und atmende Finanzierungsregelung. Ich begrüße es sehr, dass jetzt endlich Integration durch Arbeit vereinfacht werden soll. Angesichts des massiven Mangels an Arbeits- und Fachkräften wäre das eine Win-win-Geschichte. Schnellere Verfahren, aber auch legale Fluchtwege zu schaffen, wäre auch sehr wichtig.

Und sind Sie zufrieden damit, was Ihre Partei auf Bundesebene in diesem Bereich macht?

Meine Wahrnehmung ist, dass sich sowohl die Regierungsmitglieder als auch Partei und Fraktion sehr reinhängen, damit der notwendige Zweiklang von Humanität und Ordnung auf den unterschiedlichen Ebenen zum Tragen kommt. Annalena Baerbock verhandelt auf europäischer Ebene hart, humanitäre Aspekte der Geflüchtetenpolitik in einem leider sehr anders agierenden Umfeld durchzusetzen. Ich habe aber kein Verständnis dafür, dass es hinsichtlich der finanziellen Unterstützung der Kommunen oder auch bei sehr konkreten Fragen wie dem Aufenthaltstitel für ukrainische Geflüchtete, die im März auslaufen, immer noch keine Lösung gibt.

Die Bundesregierung hat gerade mit dem Segen der Grünen der zugestimmt, die unter anderem die haftähnliche Unterbringung von Geflüchteten an der EU-Außengrenze vorsehen. Die Grünen haben sich lange für eine humanitäre Flüchtlingspolitik stark gemacht. Wie passt das zusammen? Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, kurz GEAS, und der Krisenverordnung

Die Akzeptanz ist weiter vorhanden Katja Dörner, grüne Oberbürgermeisterin in Bonn, über die Unterbringung von Geflüchteten, zu wenig Geld für die Kommunen und

Als Grüne setzen wir uns ganz klar weiter für eine humanitäre Politik für Geflüchtete ein. So bewerte ich auch die Aktivitäten von Annalena Baerbock. Aber die Verhandlungen auf der europäischen Ebene sind komplex, Deutschland muss in einem sehr schwierigen Umfeld Kompromisse finden. Dass die Außenministerin sich einsetzt, um Ausnahmeregelungen zum Beispiel für Familien und Kinder durchzusetzen, ist wichtig. Ich würde mir wünschen, dass wir da größere Erfolge haben.

Das Nachgeben zählt sich für Ihre Partei nicht aus. Bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen haben die Grünen deutlich an Prozentpunkten verloren, Umfragen zeigen, dass die Wählerinnen und Wähler meinen, dass Sie keine Antworten auf die Migrationsfrage haben.

Nein. Wir haben auf unterschiedlichsten politischen Ebenen klare inhaltliche Positionierungen formuliert. Aber die Diskussion ist sehr schwierig und sehr komplex. Und derzeit werden von anderen Parteien viele Gespensterdebatten geführt und Forderungen in den Raum geworfen, die den Kommunen gar nicht helfen würden. Zum Beispiel die Diskussion über Sachleistungen für Geflüchtete, das lehnen die Kommunen ab, da wir das mit unseren Kapazitäten und logistisch gar nicht leisten können.

Katja Dörner,

47 Jahre, ist Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn. Von 2009 bis 2020 war die -Grüne Abgeordnete im -Deutschen Bundestag.

Load-Date: October 11, 2023

End of Document

Ein Tropfen auf den heißen Stein ; In den Ländern und Kommunen fallen die Reaktionen auf die Gipfelbeschlüsse gemischt aus. Viele vermissen vor allem eine langfristige Lösung

taz, die tageszeitung

Freitag 12. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 8

Length: 646 words

Byline: Frederik Eikmanns

Highlight: In den Ländern und Kommunen fallen die Reaktionen auf die Gipfelbeschlüsse gemischt aus. Viele vermissen vor allem eine langfristige Lösung

Body

Von Frederik Eikmanns

Länder und Kommunen äußerten sich am Donnerstag verhalten bis enttäuscht zu den Ergebnissen des **Flüchtlingsgipfels** vom Vorabend. Zwar herrschte allgemeine Erleichterung über die Ankündigung des Kanzleramts, zumindest etwas mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Die versprochene 1 Milliarde Euro zusätzlich wurde aber oft als zu gering bemängelt. Ministerpräsident*innen und Bürgermeister*innen kritisierten auch, dass es keine Einigung über ein dauerhaftes Finanzierungsmodell gab. Komplette gegensätzlich waren derweil die Einschätzungen zu den beschlossenen Verschärfungen in der **Flüchtlingspolitik**.

In den meisten Statements aus Ländern und Kommunen ging es ums Geld. SPD-Ministerpräsident*innen äußerten sich deutlich positiver als ihre Kolleg*innen von Union, Grünen und Linken. Dass der Bund für dieses Jahr eine Milliarde zusätzlich zugesagt hat, ist ein wichtiges Signal und eine große Unterstützung, gerade auch für die Kommunen, sagte etwa Malu Dreyer (SPD) aus Rheinland-Pfalz. Ihr Parte- und Amtskollege aus Brandenburg, Dietmar Woidke, nannte die Ergebnisse einen Zwischenschritt zu einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik in Deutschland. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) sagte dagegen, es müsse für alle Akteure endlich verlässlich und dauerhaft geklärt sein, wer welche Lasten trägt. Dies auszuverhandeln ist mit dem Bundeskanzler leider nicht gelungen. Und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) nannte die Milliarde Euro einen Tropfen auf den heißen Stein.

Gemischt fielen auch die Reaktionen der Lokalpolitiker*innen aus. Städtetagspräsident Markus Lewe (CDU) nannte den Gipfel gegenüber der Rheinischen Post eine ziemliche Enttäuschung und sagte weiter: Wir brauchen Planungssicherheit. Die bekommen wir nur mit einer dauerhaften Regelung zur Finanzierung der Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten, die sich steigenden Zuzugszahlen anpasst. Der Bürgermeister von

Ein Tropfen auf den heißen Stein In den Ländern und Kommunen fallen die Reaktionen auf die Gipfelbeschlüsse gemischt aus. Viele vermissen vor allem eine langfri....

Wittenberge und Präsident des Städte- und Gemeindebunds, Oliver Hermann (parteilos) sagte dagegen: Ich bin erst mal froh, dass sie sich überhaupt geeinigt haben.

Seltener wurde am Donnerstag die geplante Verschärfung der Asylregeln angesprochen. Schon im Beschlusspapier hatten die CDU-geführten Landesregierungen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Bayern festhalten lassen, ihnen gingen die Verschärfung in der Flüchtlingspolitik nicht weit genug. Es wäre notwendig gewesen, bei den Fragen von freiwilligen Aufnahmeprogrammen und der Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsstaaten weitergehende Beschlüsse zu fassen.

Die Thüringer Landesregierung von Bodo Ramelow (Linke) ließ im Beschlusspapier ebenfalls Widerspruch festhalten, allerdings aus der entgegengesetzten Richtung: Es bedürfe fortschrittlicher Migrationspolitik anstatt einer Reihe aufenthaltsrechtlicher Verschärfungen, der Verlagerung von Asylverfahren an die EU-Außengrenzen und weiterer Abschottungsmaßnahmen. Ähnliche Töne kamen am Donnerstag aus Schleswig-Holstein: Die dortige Integrationsministerin Aminata Touré (Grüne) sagte: Die Scheinlösung, Asylverfahren an EU-Außengrenzen zu vollziehen, widerspricht dem deutschen Asylrecht und auch den europäischen Grundwerten. Im Übrigen entlastet dies die Kommunen nicht unmittelbar.

Zahlreiche andere Landesregierungen duckten sich am Donnerstag bei dem Thema weg. Eine Sprecherin der rot-grünen Landesregierung in Niedersachsen bestritt gegenüber der taz zum Beispiel, dass es sich überhaupt um eine Verschärfung der Asylpolitik handele. Im Kern geht es um eine konsequente Anwendung geltenden Rechts, sagte sie. Andere Landesregierungen ignorierten Fragen der taz nach den menschenrechtlichen Konsequenzen der Bund-Länder-Beschlüsse gleich ganz.

Vier Bundesländer ließen ihre grundsätzliche Kritik an den Vereinbarungen in dem Beschlusspapier festhalten

flüchtlingsgipfel

Load-Date: May 11, 2023

Recht beengte Verhältnisse; Im Flughafen Tempelhof gibt es eine neue Großunterkunft für Geflüchtete. Kiziltepe sieht keine Entlastung durch neues Gesetz

taz, die tageszeitung

Montag 30. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 666 words

Byline: Rainer Rutz

Highlight: Im Flughafen Tempelhof gibt es eine neue Großunterkunft für Geflüchtete. Kiziltepe sieht keine Entlastung durch neues Gesetz

Body

Von Rainer Rutz

Zwölf Quadratmeter mit zwei Doppelstockbetten, einem Tisch, zwei Stühlen und einem Viererspind: Es ist beengt und alles andere als wohnlich in den 220 Containern. In gerade mal elf Tagen wurden die Wohnboxen in langen Reihen in den Hangar 1 des ehemaligen Flughafens Tempelhof eingebaut. Am Freitag gingen sie als neue Großunterkunft für Geflüchtete in Betrieb.

Das ist sicher besser als der Standard vor ein paar Jahren, aber eine Lösung auf Dauer ist das nicht, sagte Tempelhof-Schönebergs Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (Grüne) zur taz bei einem Rundgang durch die Halle. 600 Geflüchtete sollen hier einziehen. Laut Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) ausschließlich allein reisende Männer. Ein Großteil von ihnen campierte in den vergangenen Tagen auf Feldbetten im Empfangsgebäude des Flughafens, gänzlich ohne Privatsphäre. Wie man es dreht und wendet: Demgegenüber sind die Container im Hangar 1 eine Verbesserung.

Zusammen mit den schon seit Dezember vergangenen Jahres als Flüchtlingsunterkunft genutzten Hangars 2 und 3 leben im Flughafengebäude selbst jetzt 1.400 Menschen. Dazu kommen die überwiegend ukrainischen Kriegsflüchtlinge, die in den seit Jahren bestehenden 850 Tempohomes vor den Hangars wohnen. Perspektivisch sollen weitere 200 Plätze in Containern auf einem Parkplatz am Tempelhofer Damm geschaffen werden.

In Berlin entstehen Großunterkünfte in einem Ausmaß, das es bundesweit nicht gibt, sagte Integrationssenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) am Freitag bei der Eröffnung des Containerdorfs im Hangar 1. Anders sei die Lage aktuell nicht zu bewältigen. Die Hauptstadt sei bei der Aufnahme von Geflüchteten faktisch an ihre Grenzen gekommen.

Recht beengte Verhältnisse Im Flughafen Tempelhof gibt es eine neue Großunterkunft für Geflüchtete.
Kiziltepe sieht keine Entlastung durch neues Gesetz

Allein in der vergangenen Woche seien täglich etwa 200 Menschen in Berlin angekommen, doppelt so viele wie in der Vorwoche. Insgesamt hat Berlin in diesem Jahr ohne die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine bereits rund 13.000 Asylsuchende aufgenommen. Im vergangenen Jahr waren es bis Oktober rund 10.000.

Zugleich sind die bereits vorhandenen regulären Unterkünfte mit ihren etwas mehr als 30.000 Plätzen voll bis zum Anschlag. Kiziltepe fordert am Freitag erneut, dass der Bund mehr Geld für die Aufnahme und Versorgung Geflüchteter zur Verfügung stellen müsse. Zuletzt hätte allein der Betrieb der Notunterkunft Tegel etwa 40 Millionen Euro im Monat gekostet eine enorme Belastung für das Land Berlin.

Aus meiner Sicht müssten wir nach der Corona-Notlage eine Flüchtlings-Notlage ausrufen und so die Schuldenbremse aussetzen, sagte die Integrationssenatorin. Die SPD-Politikerin macht dabei mit Blick auf den Bund auch deutlich, was sie von dem am Mittwoch vorgestellten Gesetzentwurf hält, mit dem Abschiebungen von Ausreisepflichtigen beschleunigt werden sollen: Nichts. Das ist reine Symbolpolitik, sagte Kiziltepe zur taz und widerspricht damit auch Senatschef Kai Wegner (CDU), der das Abschiebegesetz als Ausdruck der Humanität gefeiert hatte.

Kiziltepe sagte, es sei ein Irrglaube, dass das Rückführungsverbesserungsgesetz der Bundesregierung zu einer Entlastung vor Ort führe, da ohnehin etwa 70 Prozent der Asylsuchenden eine Bleibeperspektive hätten. Ganz zu schweigen davon, dass damit die gesellschaftlichen Debatten über Migration noch einmal verschärft würden: Was auf Bundesebene gerade gesagt wird, das halte ich für hochproblematisch.

Das ist letztlich auch auf SPD-Kanzler Olaf Scholz gemünzt obwohl Kiziltepe es tunlichst vermied, den Namen des Parteifreundes auszusprechen. Scholz hatte am vergangenen Wochenende dem Spiegel gesagt: Wir müssen endlich in großem Stil abschieben.

Auf Nachfrage sagte Kiziltepe nur so viel: Sie stehe in dieser Hinsicht voll und ganz hinter der Kritik ihres Staatssekretärs Aziz Bozkurt (SPD). Der hatte in einem am Montag veröffentlichten Gastbeitrag für die taz geschrieben: Einem Olaf Scholz rutschen Worte nicht einfach so aus dem Mund. Aber strategisch sind solche Worte der Weg in die rechte Sackgasse.

Das ist reine Symbolpolitik

Load-Date: October 29, 2023

Litauen erlaubt illegale Pushbacks an der Grenze; Litauen legalisiert per Gesetz völkerrechtswidrige Abschiebungen von Migranten. Auch Patrouillen freiwilliger Grenzschrützer sollen möglich werden

taz, die tageszeitung

Montag 24. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfaeltigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 656 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Litauen legalisiert per Gesetz völkerrechtswidrige Abschiebungen von **Migranten**. Auch Patrouillen freiwilliger Grenzschrützer sollen möglich werden

Body

Von Christian Jakob

Gerade erst hatte am Donnerstagmorgen eine hohe Vertreterin der EU-Kommission in Berlin klar gemacht, wie die EU zu Pushbacks an den Außengrenzen steht: Wir verurteilen jede Form der Gewalt an der Grenze , sagte die Beamtin aus dem Stab von Innenkommissarin Ylva Johansson. Man dränge sehr darauf, dass untersucht wird , wenn es entsprechende Vorwürfe gebe. Diese Linie vertritt die Kommission offiziell seit Jahren.

Aber nur wenige Stunden später stimmte das litauische Parlament per Schnellverfahren für das exakte Gegenteil: Das am Donnerstag in Vilnius angenommene Gesetz zur Staatsgrenze und deren Schutz erlaubt ausdrücklich sogenannte summarische Rückführungen nach Belarus ohne vorherige Asylprüfung. Dies verankert die anhaltende Praxis der Pushbacks an der Grenze im litauischen Recht , sagte Sophie Scheytt von Amnesty Deutschland. Das Völkerrecht verbietet solche Sammelabschiebungen und Abschiebungen in Länder, in denen Menschenrechtsverletzungen drohen. Spanien, Griechenland, Kroatien, Lettland, Polen, Litauen und andere Länder setzen sich jedoch über dieses Verbot hinweg.

Besonders brisant ist, dass Litauen auch den Einsatz sogenannter Paten beim Grenzschrutz erlaubt. Hierbei handelt es sich um Freiwillige, die patrouillieren und Maßnahmen gegen Migranten und Asylbewerber ausüben dürfen etwa bei Verhaftungen helfen.

Es gibt dabei keine Beschränkung für Menschen aus dem Ausland , sagt Emilija vobait , eine Anwältin und Aktivistin der NGO Sienos Grup , dem Portal Euobserver. Auf dieser Grundlage könnten etwa Rechtsex-treme aus Deutschland neben den nationalen litauischen Grenzschrütern patrouillieren. Solche Patrouillen hatte es etwa auf dem Balkan in der Vergangenheit immer wieder gegeben dort allerdings illegal.

Litauen erlaubt illegale Pushbacks an der Grenze Litauen legalisiert per Gesetz völkerrechtswidrige Abschiebungen von Migranten. Auch Patrouillen freiwilliger

Am 7. April 2023 war die Leiche eines mutmaßlichen indischen Migranten an der litauischen Grenze gefunden worden, im August 2022 die Leiche eines Mannes aus Sri Lanka. Im Oktober 2022 war bekannt geworden, dass Menschen in Litauen aufgrund von Verletzungen an der Grenze Gliedmaßen amputiert werden mussten, heißt es in einem offenen Brief vom Dienstag an das litauische Parlament, den rund 130 Jurist:innen und NGOs unterschrieben haben. Die Legalisierung der Pushbacks und die Einschränkung der humanitären Hilfe an der Grenze dürfte nach ihrer Einschätzung zu einer erheblichen Zunahme solcher Fälle von Tod und Leid führen, verbunden mit der Kriminalisierung der Hilfe.

Erst kürzlich hatte Litauen von Belarus wegen der Ankünfte der Asylsuchenden Entschädigung in Höhe von bis zu 120 Millionen Euro verlangt. Belarus steuere die Einwanderung Tausender Menschen vor allem aus Afrika und dem Nahen Osten, hieß es in einer Erklärung des Außenministeriums. Justizministerin Ewelina Dobrowolska sagte, die von Belarus gesteuerte Einwanderung laufe nicht über eine natürliche Migrationsroute. Mit den 120 Millionen Euro sollten die Kosten gedeckt werden, die Litauen durch die Zurückweisung von Migranten und verstärkte Grenzkontrollen entstanden seien.

Seit Mitte 2021 hat das Land insgesamt 20.000 Migranten, die über Belarus kamen, die Einreise verweigert. Inzwischen hat Litauen einen Stacheldrahtzaun entlang seiner 679 Kilometer langen Grenze zu Belarus errichtet. Erst kürzlich hatte der Europarat in einem Bericht festgestellt, dass Länder wie Litauen mit ihrem Vorgehen gegen Schutzsuchende an der Grenze Praktiken angewendet haben, die den Tatbestand der Folter erfüllen.

Menschenrechtsorganisationen weisen seit Langem auf die Rechtsverletzungen von Migrant:innen in Litauen hin.

Im Mai 2022 berichtete Ärzte ohne Grenzen, dass rund 2.500 Menschen zu jener Zeit bereits neun Monaten unter menschenunwürdigen Bedingungen in Haft waren. Sie waren über Belarus eingereist. Kurz darauf hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg diese Internierung für rechtswidrig erklärt.

Deutsche Rechte könnten mit litauischen Grenzschützern patrouillieren

Load-Date: April 23, 2023

Abschiebestopp in den Sudan gefordert; Pro Asyl rief die Bundesregierung zudem dazu auf, sich für humanitäre Korridore einzusetzen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 03. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 482 words

Byline: Alexandra Hilpert

Highlight: Pro Asyl rief die Bundesregierung zudem dazu auf, sich für humanitäre Korridore einzusetzen

Body

Die Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl hat einen bundesweiten Abschiebestopp in den Sudan gefordert. Vor knapp zwei Wochen, am 15. April, eskalierte der Bürgerkrieg im Sudan. Mehr als 500 Menschen starben dabei.

Der Bürgerkrieg im Sudan schwelt bereits seit Langem. Ausgetragen wird er zwischen den beiden einflussreichsten Generälen des Landes. Am 15. April kam es zunächst zu Schusswechseln, später bewegten sich Kampffjets über die sudanesishe Hauptstadt Khartum und deren Umgebung. Die ursprünglich geplante Evakuierung deutscher Staatsbürger aus dem Sudan musste aufgrund der schweren Kämpfe abgebrochen werden. Laut der Internationalen Organisation für Migration befinden sich wegen der Krise mehr als 300.000 Menschen auf der Flucht.

Berlins SPD-Innensenatorin Iris Spranger erließ Ende April einen Abschiebestopp in den Sudan. Laut einem Bericht der Rheinischen Post folgte am Dienstag auch Nordrhein-Westfalen. Nicht alle Länder reagieren so flink. Niedersachsen Innenministerin Daniela Behrens (SPD) sprach sich vergangene Woche ebenfalls für einen Abschiebestopp aus und forderte eine bundesweit einheitliche Regelung.

Laut Helge Lindh von der SPD-Bundestagsfraktion sei ein bundesweiter Abschiebestopp rechtlich gar nicht umsetzbar. Allerdings sei es im Koalitionsvertrag vorgesehen. Grundsätzlich wäre es wünschenswert, wenn sich die Länder auf einheitliche Regeln für die Abschiebestopps in den Sudan einigen, sagt er. Auf die Länder beschränkte Abschiebeverbote sind aktuell auf maximal drei Monate begrenzt. Laut Lindh besteht für die Länder nach den drei Monaten die Möglichkeit, den Abschiebestopp um nochmal drei Monate zu verlängern. Danach müsse man sich die Zustimmung des Innenministeriums holen.

Allzu akuten Handlungsdruck sieht Sigmar Walbrecht, Sprecher des Niedersächsischen Flüchtlingsrats, nicht: Abschiebungen seien im Moment nicht möglich, da Flughäfen im Sudan nicht angeflogen werden können. Trotzdem wäre es ein wichtiges politisches Zeichen, wenn die Länder einen Abschiebestopp erlassen.

Abschiebestopp in den Sudan gefordert Pro Asyl rief die Bundesregierung zudem dazu auf, sich für humanitäre Korridore einzusetzen

Dass sich die Länder auf einheitliche Abschiebestopps einigen, hält Lindh für wichtig. Erhebliche Straftäter:innen und Gefährdet:innen von diesem Abschiebestopp auszuschließen, könnte aus seiner Sicht eine sinnvolle Kompromisslösung sein, um eine Einigung der Länder zu erreichen. So ist es aktuell in Berlin geregelt: Straftäter:innen, Gefährdet:innen und Menschen, die ihre Identität hartnäckig verheimlichen, sind dort bisher vom Abschiebestopp ausgenommen. Walbrecht kritisiert diese Ausnahme: Straftäter an Orte abzuschieben, an denen ihr Leben akut gefährdet ist, kann man nicht befürworten.

Pro Asyl hat die Bundesregierung darüber hinaus aufgefordert, sich für humanitäre Korridore für Zivilist:innen einzusetzen, um ihnen eine Flucht zu ermöglichen. Alexandra Hilpert

Momentan befinden sich mehr als 300.000 Menschen aus dem Sudan auf der Flucht

Load-Date: May 2, 2023

End of Document

EU-Gipfel im Zeichen des Ukraine-Krieges; Die 27 Staats- und Regierungschefs der EU tagen ab Donnerstag. Im Mittelpunkt stehen die Ukraine und Russland auch die Asyl- und Chinapolitik

taz, die tageszeitung

Donnerstag 29. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 513 words

Byline: Eric Bonse

Highlight: Die 27 Staats- und Regierungschefs der EU tagen ab Donnerstag. Im Mittelpunkt stehen die Ukraine und Russland auch die Asyl- und Chinapolitik

Body

Aus Brüssel Eric Bonse

Mittagessen mit dem Nato-Generalsekretär, Aussprache über Russland und die Ukraine: Der zweitägige EU-Gipfel, der am Donnerstag in Brüssel beginnt, steht ganz im Zeichen des Krieges in Osteuropa. Gipfelchef Charles Michel will ein Zeichen der Einheit gegen Präsident Wladimir Putin setzen und der Ukraine noch mehr helfen als bisher.

Wir werden die Ukraine so lange wie nötig unterstützen auch durch nachhaltige finanzielle und militärische Hilfe, heißt es in Michels Einladung an die 27 Staats- und Regierungschefs der EU. Felsenfeste Einigkeit gegenüber Uneinigkeit in Russland.

Dies ist ein Seitenhieb auf Putin und den Aufstand der Söldnergruppe Wagner. Die Vorgänge in Russland sind ganz oben auf die Gipfel-Agenda gerückt; sie dürften auch das Gespräch mit Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg beherrschen. Doch schon bei der Einschätzung der Folgen des gescheiterten Putsches sind sich die 27 nicht einig. Während Polen und Balten fordern, die Nato-Ostflanke zu stärken und Putin weiter zu schwächen, warnen die Westeuropäer vor den Folgen des Machtkampfs. Auch EU-Chefdiplomat Josep Borrell mahnt zu Vorsicht. Die unklare Lage in Moskau könne Gefahren bergen, sagte er.

Erste Risse zeigen sich auch bei der Unterstützung der Ukraine. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen will das Land bis 2027 mit weiteren 50 Milliarden Euro vor dem drohenden Bankrott bewahren und mit dem eingefrorenen russischen Auslands-Vermögen den Wiederaufbau finanzieren. Beide Vorschläge stoßen auf Widerstand. Die Europäische Zentralbank fürchtet, dass der Zugriff auf russisches Vermögen die Märkte verunsichern und den Euro schwächen könne. Die Bundesregierung in Berlin warnt vor einem Präzedenzfall. Diese Pläne seien juristisch heikel und finanziell unausgegoren. Die EU müsse sparen.

EU-Gipfel im Zeichen des Ukraine -Krieges Die 27 Staats- und Regierungschefs der EU tagen ab Donnerstag.
Im Mittelpunkt stehen die Ukraine und Russland auch die....

Wegweisende neue Beschlüsse zur Ukraine-Hilfe werden vor diesem Hintergrund nicht erwartet. Die EU-Chefs wollen, wie längst geplant, 3,5 Milliarden Euro aus der europäischen Friedensfazilität für Waffenkäufe freigeben. Außerdem werden sie den Nato-Gipfel Mitte Juli in Vilnius vorbereiten.

Ein zunächst ebenfalls im Juli geplanter Friedensgipfel wird hingegen auf unbestimmte Zeit verschoben. Ein Vorbereitungstreffen in Kopenhagen, an dem auch Südafrika, Brasilien und Indien teilgenommen hatten, endete ohne Ergebnis. Der Globale Süden hat Vorbehalte gegen die ukrainische Friedensformel ; die EU unterstützt sie.

Auch in weiteren Themen des Gipfels, wie Chinapolitik und Migration, sind keine großen Entscheidungen zu erwarten. Zu China ist bloß eine strategische Debatte ohne Beschlüsse geplant. Bei der Migration gibt es einen Rückschlag: Der geplante Flüchtlingsdeal mit dem wirtschaftlich angeschlagenen Tunesien lässt auf sich warten. Von der Leyen hatte eine Milliarde Euro in Aussicht gestellt, Tunesien soll gegen Menschen Schlepper vorgehen, die zunehmend Menschen über das Mittelmeer schleusen. Doch die autoritäre Regierung in Tunis sträubt sich.

Bei der Einschätzung der Folgen des gescheiterten Putsches sind sich die 27 nicht einig

krieg in der ukraine

Load-Date: June 28, 2023

Lieber investieren statt kapitulieren; Kommentar von Sabine am Orde zur grünen Migrationspolitik

taz, die tageszeitung

Donnerstag 02. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 437 words

Byline: Sabine am Orde

Body

Kommentar von Sabine am Orde zur grünen Migrationspolitik

Die Grünen sind nervös, und sie haben auch guten Grund dazu. Die letzten Landtagswahlen sind schlecht gelaufen, die Umfragewerte deuten weiter nach unten. Die Zustimmung zur Ampelregierung ist bundesweit mies, die AfD dagegen kann Rekordwerte verbuchen. Inhaltlich sind die Grünen in der Defensive, was zwar nicht nur, aber auch an der aktuellen Migrationsdebatte liegt. Und die ist scharf nach rechts abgebogen.

Der Beitrag, den Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Parteichefin Ricarda Lang dazu nun im Berliner Tagesspiegel gemeinsam veröffentlicht haben, ist ein Versuch, wieder in die Offensive zu kommen. Und er ist auch ein Signal in die eigene Partei, sich bei diesem Thema nicht auseinanderreiben zu lassen deshalb schreiben der Oberrealo und die Linke gemeinsam. In dem Text steht viel Bekanntes, aber auch der bemerkenswerte Satz: Wenn die Kapazitäten wie jetzt an ihre Grenzen stoßen, müssen auch die Zahlen sinken. Damit vollziehen die Grünen eine gefährliche Diskursverschiebung mit: dass die Anzahl der Schutzsuchenden auf jeden Fall reduziert werden muss. In der öffentlichen Debatte ist das längst zum obersten Ziel geworden; Teile der Politik liefern sich einen Wettbewerb, wer dabei die härtesten Maßnahmen fordert. Ob diese sinnvoll oder machbar sind? Spielt kaum noch eine Rolle. Das muss aufhören, sonst treibt man der AfD noch mehr Wähler*innen in die Arme. Ohnehin ist zu befürchten, dass sich die gesellschaftliche Stimmung durch den Krieg in Nahost und Antisemitismus auf deutschen Straßen weiter verschärft.

Nun sind die Grünen in einer schwierigen Lage. Sie müssen Handlungsfähigkeit zeigen; von ihren Koalitionspartnern stehen sie unter Druck. Und nur zu gerne heften die anderen Parteien ihnen das Label an, dass sie tief im Herzen weiter für komplett offene Grenzen seien. Doch die Grünen haben sich davon längst verschiedet. Europäisches Asylsystem, Krisenverordnung, Abschiebungen sie haben zuletzt Verschärfungen bis an die eigene Schmerzgrenze mitgetragen.

Jetzt werden sie dringend auf der anderen Seite gebraucht: die nach ehrlichen Lösungen sucht, wie das Land die aktuellen Herausforderungen in der Migrationsfrage stemmen kann. Und die der Bevölkerung signalisiert: Wir können das zusammen hinkriegen. Dazu wären etwa Investitionen notwendig, in Wohnungen, Schulen, Kitas. Die

Lieber investieren statt kapitulieren Kommentar von Sabine am Orde zur grünen Migrationspolitik

Kapazitäten sind ja nicht nur wegen der Geflüchteten knapp sondern weil die Infrastruktur kaputt gespart worden ist. Was nicht hilft: das Gerede, dass man jetzt sofort die Anzahl der Geflüchteten verringern müsse.

Load-Date: November 1, 2023

End of Document

Ampel plant nächste Asyl-Verschärfung; Das Kabinett hat einen Gesetzentwurf beschlossen, um Georgien und Moldau als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Linke und Verbände üben Kritik. Die Grünen schweigen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 31. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 677 words

Byline: Frederik Eikmanns, Dinah Riese

Highlight: Das Kabinett hat einen Gesetzentwurf beschlossen, um Georgien und Moldau als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Linke und Verbände üben Kritik. Die Grünen schweigen

Body

Von Frederik Eikmanns und Dinah Riese

Wieder haben die Grünen-Minister*innen einer Verschärfung der deutschen Asylpolitik zugestimmt. Das Bundeskabinett beschloss am Mittwoch in Merseburg einen umstrittenen Gesetzesentwurf des Bundesinneministeriums unter Nancy Faeser (SPD), nach dem Georgien und Moldau als sogenannte sichere Herkunftsländer eingestuft werden sollen. Faeser sprach von klaren Maßnahmen, um die Migration insgesamt zu steuern und irreguläre Migration deutlich zu reduzieren. Die Grünen schweigen bisher dazu. Von Verbänden und der Linken kam scharfe Kritik. Der Union geht der Entwurf nicht weit genug.

Der Asylantrag von Menschen aus einem sicheren Herkunftsland wird in der Regel als offensichtlich unbegründet abgelehnt. Betroffene sind in verschiedenen Bereichen schlechter gestellt als andere Geflüchtete. Sie haben zum Beispiel weniger Zeit, gegen ihren Bescheid zu klagen.

Ob Georgien und Moldau wirklich sicher sind, ist höchst fraglich. So berichtet Amnesty International über beide Staaten von Folter durch Sicherheitskräfte. In Georgien würden LGBTI-Personen angegriffen, in Moldau seien insbesondere Rom*-nja drastischer Benachteiligung ausgesetzt. Der Antiziganismusbeauftragte der Bundesregierung, Mehmet Daimagüler, sagte der taz, er sei einigermaßen entsetzt über den Plan. Im Angesicht der anhaltenden Diskriminierung von Rom-n*ja in Moldau befinde sich die Bundesregierung mit dem Gesetzentwurf auf einem menschenrechtsblinden Weg.

Während SPD und FDP im Bundestag das Gesetzesvorhaben mittragen, ist die Position der Grünen-Fraktion weiter unklar. Auf taz-Anfrage wollte sich am Mittwoch kei-ne*r der Abgeordneten äußern. Der Grünen-Co-

Ampel plant nächste Asyl-Verschärfung Das Kabinett hat einen Gesetzentwurf beschlossen, um Georgien und Moldau als sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Linke....

Vorsitzende Omid Nouripour hatte allerdings schon im Mai angedeutet, bei der Einstufung Georgiens und Moldaus Gesprächsbereit zu sein.

Die Opposition übte am Mittwoch Kritik. Die fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag sagte: Die Einstufung von Moldau und Georgien als sichere Herkunftsländer ist ein weiterer Tiefpunkt in der Asylpolitik der selbsterklärten Fortschrittskoalition. Der innenpolitische Sprecher der Union im Bundestag, Alexander Throm, bezeichnete den Kabinettsbeschluss dagegen als Tropfen auf den heißen Stein. Er forderte die Einstufung der Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer.

Der fluchtpolitische Sprecher von Pro Asyl, Tareq Alaows, sagte der taz: In Georgien gibt es eine ganz klare Bedrohungslage für LGBTI-Personen, während in Moldau Rom*-nja systematisch ausgegrenzt werden. Hinter dem Gesetzesentwurf vermutet er vor allem eine Wahlkampfstrategie Faesers, die bei der Landtagswahl in Hessen im Oktober als SPD-Spitzenkandidatin antritt. Auch das hohe Tempo bei der Verbändebeteiligung in der vergangenen Woche kritisierte Alaows als politisches Kalkül: Es sei fraglich, ob die Verantwortlichen überhaupt Zeit gehabt hätten, die Stellungnahmen aus der Zivilgesellschaft zu lesen. Faesers Innenministerium hatte den zivilgesellschaftlichen Organisationen eine Frist von nur zwei Tagen gesetzt, um sich zu dem Gesetzentwurf zu äußern. Normalerweise sind dafür mehrere Wochen angesetzt. Auch der zeitliche Abstand zwischen Fristende am Freitag und dem Kabinettsbeschluss jetzt ist auffällig gering.

Das geplante Gesetz dürfte zwar weitreichende Konsequenzen für Betroffene haben, etwa LGBT-Personen, Einfluss auf die Zahlen Geflüchteter in Deutschland hingegen kaum, auch wenn die Bundesinnenministerin anderes suggeriert. Mehr als jeder zehnte abgelehnte Asylantrag kommt aus diesen beiden Ländern, sagte Faeser den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Hier können wir also sehr schnell irreguläre Migration wirksam reduzieren. Schon jetzt werden so gut wie alle Anträge aus diesen beiden Ländern abgelehnt. An der Gesamtheit der Asylanträge machen sie aber nur einen sehr geringen Teil aus: Im -gesamten Jahr 2022 gab es knapp 8.000 Erst-anträge auf Asyl aus Georgien und knapp 2.600 aus der Republik Moldau. Das sind weniger als 5 Prozent aller fast 218.000 Erstanträge im vergangenen Jahr.

Load-Date: August 30, 2023

Die EU rückt nach rechts; Durch die neue EU-Asylregelung wird sich das Leben von vielen Geflüchteten künftig an Orten abspielen, die Hochsicherheitsgefängnissen gleichen. Die Populisten haben sich durchgesetzt, die Grünen sind mitschuldig

taz, die tageszeitung

Montag 12. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 13

Length: 609 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Durch die neue EU-Asylregelung wird sich das Leben von vielen Geflüchteten künftig an Orten abspielen, die Hochsicherheitsgefängnissen gleichen. Die Populisten haben sich durchgesetzt, die Grünen sind mitschuldig

Body

talkshow

Von Christian Jakob

Neun Jahre hat die EU über das neue gemeinsame Asylsystem verhandelt. Am Donnerstag gab es eine vorläufige Einigung. Die Grünen haben dabei der weitreichendsten Asylrechtsverschärfung seit der Grundgesetzänderung von 1993 zugestimmt.

Die Populisten in der EU konnten sich durchsetzen. Die neue Rechtslage wird zwar nicht ganz ihren Forderungen entsprechen – aber kommt dem sehr nahe. Das war nur möglich, weil fast alle anderen Parteien ihnen in ihrem zentralen Punkt im Prinzip recht gegeben haben: Die Geflüchteten sind das Problem. Es sind zu viele, es ist zu voll, wir sind überlastet.

Ein an Menschenrechten orientierter Konsens war so nicht mehr herstellbar. Doch auch die Parteien, für die Wachstum und Arbeitsplätze höchste Priorität haben, vermochten die Migrationspolitik nicht daran auszurichten. Denn natürlich wäre es vorstellbar, diese so zu gestalten, dass moderne, aber überalterte kapitalistische Volkswirtschaften mit Arbeitskräften versorgt werden. Auch mit jenen Menschen, die ohnehin kommen.

Doch die Populisten dominierten den Diskursraum so sehr, dass sich fast niemand dafür starkmachte. Das Entrechtungsprogramm für die ankommenden Geflüchteten, das nun ansteht, wurde dabei bis zum Schluss mit falschen Behauptungen zu legitimieren versucht.

Die EU rückt nach rechts Durch die neue EU-Asylregelung wird sich das Leben von vielen Geflüchteten künftig an Orten abspielen, die Hochsicherheitsgefängnissen

Immer wieder sprachen Nancy Faeser (SPD) und Annalena Baerbock (Grüne) von der nur auf diesem Weg möglichen Rettung eines Europas ohne Kontrollen an den Binnengrenzen. Ohne die Internierung der Ankommenden würden die Nationalstaaten die Grenzkontrollen wieder einführen.

Doch schon am Samstag drängte Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU), Sprecher der Unions-Bundesländer, der illegale Migrationsdruck halte an, Faeser dürfe sich situativen Grenzkontrollen nicht verschließen . Tatsächlich kontrollieren viele Schengenstaaten die Grenzübergänge seit 2015 fast durchgehend ausnahmsweise derzeit sind es Deutschland, Frankreich, Litauen, Dänemark, Schweden, Österreich, Norwegen. Und sie werden es weiter tun. So ist es mit fast allem, womit der Asylkompromiss gerechtfertigt wurde.

Keine Zäune mehr? Griechenland, Finnland und Ungarn bauen derzeit neue zu den schon bestehenden 2.000 Kilometern hinzu. Und Robert Habeck sagt, er könne da mitgehen .

Das Ruanda-Modell ist nun ausgeschlossen, wie Baerbock behauptet? Keineswegs. Selbst der Ampel-Migrationsbeauftragte Joachim Stamp (FDP) sagt offen, er strebe Asylverfahren in Nordafrika an.

Und für viele Geflüchtete wird sich der Status quo verbessern , wie Baerbock schrieb?

Das Leben für die meisten Ankommenden wird sich künftig an Orten abspielen, die aussehen wie ein Hochsicherheitsgefängnis: graue Stahlcontainer in grauen, aufgeheizten Steinwüsten, rund um die Uhr kontrolliert von privaten Sicherheitsdiensten. Ihr Leben wird davon bestimmt sein, nicht zu wissen, was mit ihnen geschieht, weil ein völlig unausgereiftes EU-Gesetz auf nationale Regelungen trifft und von einer überlasteten Bürokratie umgesetzt werden soll.

Die Geflüchteten werden nun verteilt, statt festzuhängen, wie Baerbock sagt?

Kaum. Staaten, die freiwillig aufnehmen wollten, konnten das auch bisher tun. Doch es wollte niemand. So wird es im Wesentlichen bleiben denn die Umverteilung bleibt freiwillig.

Baerbock sagt, an Deutschland habe die europäische Einigung nicht scheitern dürfen. Dabei ist es erst drei Monate her, dass FDP-Verkehrsminister Volker Wissing keine Skrupel hatte, in der EU ein Veto gegen eine Entscheidung einzulegen, die ihm nicht passte. Er blockierte fast im Alleingang das Verbot der Neuzulassung von Verbrennerautos ab 2035. Nun aber mochte niemand die Kraft dazu aufbringen. Auch die Grünen nicht.

Load-Date: June 11, 2023

Rechtsradikale greifen Migranten auf Zypern an; Mindestens 200 Neonazis verwüsten ein Viertel in der Hafenstadt Limassol und zerstören gezielt den Besitz von Migranten. Präsident schämt sich für das Versagen der Polizei

taz, die tageszeitung

Montag 04. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 600 words

Byline: Klaus Hillenbrand

Highlight: Mindestens 200 Neonazis verwüsten ein Viertel in der Hafenstadt Limassol und zerstören gezielt den Besitz von Migranten. Präsident schämt sich für das Versagen der Polizei

Body

Von Klaus Hillenbrand

Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage ist es auf Zypern zu schweren migrantenfeindlichen Ausschreitungen gekommen. Am Freitagabend griff eine Menge von 200 bis 500 Personen im Zentrum der Hafenstadt Limassol wahllos Ausländer an. Ins Visier der Rechtsradikalen gerieten auch Einheimische, die den Verfolgten helfen wollten.

Die Menge warf Schaufensterscheiben von Geschäften ein, die von Migranten betrieben werden, zündete Müllcontainer an, warf Steine und Molotow-Cocktails und zerstörte Autos. Viele der schwarz verummten Teilnehmer riefen: Zypern ist griechisch, ein von Rechtsradikalen genutzter Slogan, der sich ursprünglich gegen die Zyperntürken richtete.

Augenzeugen berichteten von verstörenden Szenen. Eine Reporterin der Cyprus Mail schreibt, dass Gewalttäter einem am Strand sitzenden Mann drohten, ihn ins Meer zu werfen. Er sei blutig geprügelt worden. Eine aus Asien stammende Frau musste zuschauen, wie ihr Geschäft kurz und klein geschlagen sowie die Kasse geraubt wurde. Zerstört wurde auch ein von einem Syrer betriebener Friseurladen. Mindestens fünf Ausländer wurden verletzt.

Die Polizei zeigte sich unfähig, die Menschen und ihren Besitz zu schützen. Zwar waren viele Beamte im Einsatz, aber Reporter berichteten, dass diese größtenteils untätig geblieben seien. Ein geparkter Wasserwerfer kam nicht zum Einsatz.

Erst am Wochenende zuvor hatten Rechtsextreme in der Kleinstadt Chloraka bei Paphos Migranten angegriffen und von ihnen betriebene Geschäfte beschädigt. Erst mithilfe eines Großeinsatzes konnte die Polizei am Dienstag

Rechtsradikale greifen Migranten auf Zypern an Mindestens 200 Neonazis verwüsten ein Viertel in der Hafenstadt Limassol und zerstören gezielt den Besitz von Mig....

weitere Attacken abwenden. Vordergründig galt der Protest einem heruntergekommenen früheren Touristenkomplex, in dem Migranten wohnen.

In Chlorakas wurden 21 Personen festgenommen, in Limassol 13. Weitere 7 Menschen kamen am Samstag im Umfeld einer Protestdemonstration gegen die Rechtsradikalen in Haft. Zerschlagt den Faschismus in Limassol und überall, skandierten mehrere hundert Demonstranten. Der Protest verlief friedlich. Die Lage im auch bei Touristen beliebten Limassol blieb am Sonntag angespannt. Die Polizei war im Stadtzentrum präsent.

Am Samstag rief Zyperns Präsident Nikos Christodoulides wegen der Vorfälle eine Sondersitzung ein es war schon die zweite innerhalb einer Woche, die sich mit den rechtsradikalen Angriffen beschäftigte. Bei dem Treffen waren auch der Innenminister, die Justizministerin, der Zivilschutz, die Polizei und die Feuerwehr dabei. Ich schäme mich für das, was gestern stattfand, sagte Christo-doulidis. Auch diejenigen sollten sich schämen, die dafür verantwortlich sind. Damit meinte er sowohl die Organisatoren der Demonstration als auch die Polizei und die zuständigen Minister. Es kann nicht sein, dass der Staat seine Bürger und Fremde nicht schützen kann.

In den vergangenen 16 Jahren soll es auf Zypern zu 413 rassistischen Attacken gekommen sein, berichtete die Zeitung Politis. Viele Zyprioten machen die neonazistische Partei Elam (Nationale Volksfront), eine Schwesterorganisation der verbotenen griechischen Partei Goldene Morgenröte, für die Eskalation der Gewalt verantwortlich. Elam erhielt bei den letzten Wahlen zwischen 6 und 8 Prozent der Stimmen.

Die Republik Zypern verzeichnet gemessen an ihrer Bevölkerungszahl die höchste Migrationsrate unter den EU-Staaten. Politiker beklagen, dass viele Migranten über die Demarkationslinie aus dem türkischen Nordzypern in den Süden geschleust würden. Inzwischen werden aus dem Libanon einreisende Flüchtlinge regelmäßig zurückgeschoben.

Ein am Strand sitzender Mann wurde bedroht und anschließend blutig geschlagen

Load-Date: September 3, 2023

Grüne mit Massenpsychose Zuwanderung, der Pull-Faktor -Fetisch und Habeck als Deutschlands sympathischster Verbindungslehrer; wie geht es uns, herr küppersbusch?

taz, die tageszeitung

Montag 06. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 14

Length: 808 words

Body

wie geht es uns, herr küppersbusch?

taz: Herr Küppersbusch, was war schlecht vergangene Woche?

Friedrich Küppersbusch: Die Meinungen sind schneller als die Fakten.

Und was wird besser in dieser?

Langsamkeit.

Jetzt sprechen sich auch die Grünen für ein Migrationslimit aus. Als nächstes die Linke?

Für die Grünen hat die Opa-Enkelin-Kombi Kretschmann und Langer den Popanz an der Stange begrüßt: Es kann nicht jeder bleiben. Dann folgen bekannte Binsen wie die Überforderung der Kommunen, der Wunsch nach stabiler Finanzierung und einer europäischen Lösung. In Langers Alter war Kretschmann beim KBW und huldigte Mao. Wenn Langer eine ähnliche Lernkurve hinlegt, finde ich es tröstlich, an deren oberem Scheitelpunkt nicht mehr teilhaben zu werden. Jedenfalls bietet die wagenentknechtete Linke nun als Einzige den interessanten Versuch an, die Massenpsychose Zuwanderung souverän zu ignorieren. Es ist honorig, mit einer klaren Alternative zur AfD genau so zu scheitern wie die anderen mit dem Nachäffen der AfD.

Am Montag treffen sich die Länderchefs im Kanzleramt zum Flüchtlingsgipfel. Was wäre dabei das überraschendste Ergebnis?

Wenn Scholz anhuben zu sprechen: Mehr geht nicht. Die FDP blockiert die Zahlungen an Länder und Kommunen. Der Pull-Faktor ist ein unbewiesener Fetisch. Und nur, weil wir alle zusammen die Hosen voll haben vor der AfD kümmern wir uns jetzt trotzdem mal lieber um Wohnungen, Bildung, sozialen Ausgleich. Denn das sind wie wahren und berechtigten Ängste hinter der aufgeblasenen Migrationsdebatte. Asylbewerber noch ein bisschen schuriegeln, Muslime noch ein wenig mehr dämonisieren alles schön und gut, aber uns fällt doch bald selbst schon nix mehr

Grüne mit Massenpsychose Zuwanderung, der Pull-Faktor -Fetisch und Habeck als Deutschlands sympathischster Verbindungslehrer wie geht es uns, herr küppersbusch....

ein. Das kleine Deutschland wird am globalen Phänomen Migration nichts ändern, sondern das beste draus machen. Let's face it bzw. Endwumms bzw. irgendwas mit Comicsprache. Euer Scholle.

Bundesminister Lindner findet einen Kohleausstieg 2030 doch nicht mehr so toll, im Koalitionsvertrag hat er noch zugestimmt. Wieso ist der so launisch?

Lösche launisch, setze ein querulant. Ja, leider mit einem e. Egal. Die FDP hat ein halbes Dutzend Wahlen vergeigt und sich drob drauf konzentriert, in der Ampel zu mobben. Damit verlor sie noch mehr Wahlen. Inzwischen schäkert der Kanzler immer mal mit der Union; mal um die Grünen, mal um die FDP zu dissen. Die Grünen können das gelassen betrachten, sie werden nach der nächsten Bundestagswahl noch da sein.

Alle feiern Robert Habeck (für seine Rede zur Lage der Nation). Sie auch?

Eine Habeck-KI performed eine Hendrik-Wüst-Rede, die besser Baerbock gehalten hätte, um ihre außenpolitische Linie zu erklären. Schön wird. Wer kein Deutscher ist, riskiert seinen Aufenthaltsstatus, wer keinen Aufenthaltstitel hat, liefert einen Grund, abgeschoben zu werden. Mit diesem Satz hätte man eine Blindverkostung machen können. Und sich überraschen lassen, dass er AfD, Union, FW, FDP eher zugetraut würde und am wenigsten Habeck. Da war für jeden was dabei und er performed das in mitreißender Atemlosigkeit, lässt den Teleprompter vergessen und verhaspelt sich nur ein, zwei Mal, was organisch gesetzte Schnitte verdecken. Respekt. Habeck bleibt Deutschlands sympathischster Verbindungslehrer: Er kann das komplette Lehrerzimmer samt der verstockten Althilologen verdolmetschen und trotzdem die Schülerschaft sich geduzt fühlen machen. Bekannten Inhalt sauber abgeliefert.

Die Jusos wollen auf ihrem Bundeskongress in zwei Wochen ein Grunderbe über 60.000 Euro für alle über 18-Jährigen fordern. Eine Idee, die bei Parteien auf Gehör stoßen kann?

Ich würde auch lieber 60.000 Euro erben als die SPD.

Der erste KI-generierte John Lennon-Song ist da. Zeit für eine Grundsatzfrage: Rolling Stones oder Beatles?

Schon berührend, wie die beiden Mumientruppen jenseits der 80 fast zeitgleich wieder gegeneinander antreten. Die KI im Archäobeatles-Stück ist konservativ eingesetzt; sie nimmt Störendes weg, fügt jedoch wohl nichts Synthetisches hinzu. Im Video befremdet, dass John Lennon als zappelnder Hampelmann durchschraddelt, man neigt dazu, auch einen 81-jährigen McCartney dafür am Ohr zu ziehen. Die Stones klingen 40 Jahre jünger, als sie sind, und hüllen sich über die verwendeten Studientechniken in Schweigen. Meine Präferenz: damals Stones, heute Beatles.

Und was machen die Borussen?

Bayern-Trainer Tuchel entgleitet im Dortmunder Westfalenstadion heftig auf eine Provokation von TV-Kommentator Lothar Matthäus. So unsouverän wird Tuchel niemals Bundestrainer. Ein gutes Ergebnis wieder mal in Dortmund. Das Spiel BVB Bayern fiel übrigens aus.

Fragen: Elisa Pfleger und Lara Ritter

Friedrich Küppersbusch ist Journalist, Produzent und hält sich wie als Kind im Kino die Augen zu bei den Nachrichten.

Eine Habeck-KI performed eine Hendrik-Wüst-Rede, die besser Baerbock gehalten hätte, um ihre außenpolitische Linie zu erklären

Load-Date: November 5, 2023

Grüne mit Massenpsychose Zuwanderung, der Pull-Faktor -Fetisch und Habeck als Deutschlands
sympathischster Verbindungslehrer wie geht es uns, herr küppersbusch....

End of Document

Adressen für alle!; Dass man sich nur mit Zustimmung des Vermieters an der Wohnadresse anmelden kann, erschwert vielen Migrant*innen das Leben: Ein Bündnis will dies daher ändern. Das würde auch Platz in Heimen schaffen, sagt der Flüchtlingsrat

taz, die tageszeitung

Montag 04. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 799 words

Byline: Marina Mai

Highlight: Dass man sich nur mit Zustimmung des Vermieters an der Wohnadresse anmelden kann, erschwert vielen Mi-gran-t*in-nen das Leben: Ein Bündnis will dies daher ändern. Das würde auch Platz in Heimen schaffen, sagt der **Flüchtlingsrat**

Body

Von Marina Mai

Ein Bündnis von spanischsprachigen **MigrantInnen** und Mieterinitiativen wie Kotti & Co fordert eine Änderung des Meldegesetzes, damit ZuwanderInnen sich einfacher in Berlin anmelden können. Um Druck aufzubauen, starten sie nun die Kampagne Anmelden für alle. Die 2015 eingeführte Wohnungsgeberbescheinigung bei der Anmeldung einer Wohnadresse muss wieder abgeschafft werden, sagt Lucio Piccoli von der Initiative Bloque Latinoamericano der taz.

Das Problem: Viele Neu-BerlinerInnen aus dem Ausland finden zwar ein Zimmer oder eine Couch bei FreundInnen, dürfen sich dort aber nicht anmelden, wenn der Vermieter das nicht erlaubt. Doch ohne offizielle Anmeldung, berichtet Piccoli, könne man weder ein Bankkonto eröffnen noch einen Arbeitsvertrag unterschreiben oder sich bei einer Krankenkasse anmelden. Man bekomme auch keine Steuer-ID und kein 49-Euro-Ticket. Betroffen seien viele ausländische Studierende und Menschen, die nur kurzzeitig zur Arbeit nach Berlin kämen.

Ines Kuhn, die ihren richtigen Namen nicht in der Zeitung nennen will, kennt das Problem. Die Berlinerin, die in ihrem eigenen Haus wohnt, wurde vor Jahren von dem Freund ihrer Nichte gefragt, ob er sich bei ihr anmelden darf: Der Student aus einem Nicht-EU-Staat wohnte bei Kuhns Nichte in einer Mietwohnung. Doch das Untermietverhältnis konnte er nicht legalisieren, weil der Hausbesitzer die Genehmigung verweigerte.

Ohne Meldeadresse bekam der Student aber seine Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert und keinen Zugang zu einer Krankenkasse. Ines Kuhn: Es hieß zuerst, das sei nur für wenige Wochen, bis der Vermieter dem Untermietvertrag zustimmte. Doch der stimmte nie zu, und daraus wurden schließlich drei Jahre. Auch deutsche

Adressen für alle! Dass man sich nur mit Zustimmung des Vermieters an der Wohnadresse anmelden kann, erschwert vielen Migrant*innen das Leben: Ein Bündnis will

StudentInnen wohnen mal in Berlin bei Freunden, wo sie sich nicht anmelden können. Wenn sie aber weiterhin bei den Eltern gemeldet sind, haben sie eine legale Anschrift und können sich beispielsweise krankenversichern und ein 49-Euro-Ticket kaufen. Mit der Bereitstellung einer Scheinadresse hatte Kuhn sich strafbar gemacht. Ihr hätte ein Bußgeld in Höhe von bis zu 50.000 Euro gedroht, wäre die Sache aufgefliegen.

Nach den Schilderungen von Piccoli gibt es sogar Hausbesitzer, die mit der Bereitstellung einer Scheinadresse ein neues Geschäftsfeld entdeckt haben und Geld dafür nehmen. Gleichzeitig müssen die MigrantInnen aber dort Miete zahlen, wo sie tatsächlich wohnen. Auch der Berliner Flüchtlingsrat kennt die erpresserische Ausnutzung der Nöte Geflüchteter, die auf diese Weise zweimal Miete zahlen müssten. Emily Barnickel vom Flüchtlingsrat sagt der taz: So schadet die Rechtslage vor allem vulnerablen Gruppen.

Piccoli von Bloque Latinoamericano fordert eine Entkriminalisierung von Hausbesitzern, die solidarische Scheinadressen anbieten sowie die Bereitstellung universeller Meldeadressen für ausländische Studierende und Arbeitskräfte. Solche universelle Meldeadressen erhalten schon lange Obdachlose bei Wohlfahrtsverbänden. Sie können dort ihre Post abholen und mit einer Anschrift auch Sozialleistungen beantragen.

Das Meldegesetz wurde 2015 auf polizeilichen Wunsch wieder geändert. Seitdem kann man sich bei den Bürgerämtern nur anmelden, wenn ein Wohnungsgeber bestätigt, dass man auch an der Adresse wohnt. Hintergrund ist wohl, dass StraftäterInnen häufig falsche Anschriften angegeben hatten und die Polizei sie dadurch nicht finden konnte.

Der Berliner Flüchtlingsrat schließt sich der Forderung der Initiativen an. Denn es würde auch für Flüchtlingsheime eine deutliche Entlastung bringen, wenn sich BewohnerInnen ohne Erlaubnis eines Hausbesitzers bei Freunden und Verwandten zur Untermiete anmelden dürften. Dann würden mehr Plätze in Gemeinschaftsunterkünften bereitstehen, ohne dass diese neu gebaut werden müssten. Barnickel vom Flüchtlingsrat sagt: Nach unseren Informationen ist etwa jeder zehnte Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft ein sogenannter Außenschläfer. Das heißt, er benötigt das Wohnheim lediglich als Meldeadresse, der Platz ist aber frei. Wohnheimbetreiber verpflichten diese Außenschläfer Barnickel zufolge sich zweimal pro Woche im Wohnheim zu melden, dort zu schlafen und ihre Post abzuholen. Dies geschehe um nicht wegen Abrechnungsbetrugs belangt zu werden, aber auch, um den Flüchtlingen nicht die Meldeadresse zu nehmen, die sie dringend brauchen. Die Heimbetreiber wiederum haben dadurch die Möglichkeit, kranken, alleinreisenden oder schwierigen BewohnerInnen einen Außenschläfer ins Zimmer zu legen, so dass sie de facto die meiste Zeit allein leben. Barnickel: Für das Land hat es den Nachteil, dass mehr Unterkünfte gebaut werden müssen, als tatsächlich gebraucht werden.

Die Kampagne Anmeldung für alle startet am Dienstag (19 Uhr) mit einer Diskussionsveranstaltung im Grünen Salon der Volksbühne

Load-Date: December 3, 2023

Dieser Kompromiss verletzt Kinderrechte ; Die Grünen-Politikerin Astrid Rothe-Beinlich kritisiert die geplante EU-Asylreform harsch. An ihre Partei hat sie klare Erwartungen

taz, die tageszeitung

Montag 12. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 774 words

Byline: Stefan Reinecke

Highlight: Die Grünen-Politikerin Astrid Rothe-Beinlich kritisiert die geplante EU-Asylreform harsch. An ihre Partei hat sie klare Erwartungen

Body

Interview Stefan Reinecke

taz: Frau Rothe-Beinlich, Innenministerin Nancy Faeser hält den EU-Asylkompromiss für einen historischen Fortschritt. Einverstanden?

Astrid Rothe-Beinlich: Dieser Kompromiss ist ein Fehler. Bei allem Verständnis für die schwierigen Verhandlungen in der EU kann ich in diesen Lobgesang nicht einstimmen

Warum?

Die Kinderrechtskonvention wird nicht eingehalten. Es gibt zwar kleine Verbesserungen, aber nicht für Kinder, auch wenn Deutschland laut einer Protokollnotiz Verbesserungen zumindest für unter 12-Jährige erreichen will. Ich habe die Sorge, dass angesichts der Neu-regelung mehr unbegleitete Minderjährige auf die Reise gehen müssen, um so eine Familienzusammenführung zu erreichen. Wir werden Lager an den Außengrenzen haben, in denen es keine individuellen Prüfungen der Asylanträge mehr gibt, auch nicht für Syrer und Afghanen.

Falls sie aus sicheren Drittstaaten kommen

Na ja. Als sichere Drittstaaten können ja sogar Länder bezeichnet werden, die die Genfer Flüchtlingskonvention nicht anerkennen. Sichere Drittstaaten sind ein politisches Konstrukt. Minderheitenrechte spielen da kaum eine Rolle. Ich fürchte mit diesem Kompromiss wird es mehr Pushbacks geben. Und viel mehr Abschottung.

Die grüne Außenministerin Annalena Baerbock argumentiert: Wenn Deutschland mit Ungarn und Polen Nein gesagt hätte, wäre eine gemeinsame EU Asylpolitik für Jahre tot gewesen. Deshalb musste man Ja sagen.

Dieser Kompromiss verletzt Kinderrechte Die Grünen-Politikerin Astrid Rothe-Beinlich kritisiert die geplante EU-Asylreform harsch. An ihre Partei hat sie klare

Ich bin auch Teil einer regierungstragenden Fraktion in Erfurt und weiß, wie schwierig Kompromisse sein können. Ich weiß, wie sehr Annalena Baerbock gerungen hat. Aber ich komme zu einem anderen Schluss. Dieser Kompromiss verletzt Menschen- und Kinderrechte. Deswegen halte ich ihn für nicht tragbar. Viele Argumente der Kompromissbefürworter erinnern mich an Verfahren wegen Kriegsdienstverweigerung früher. Wer keinen Kriegsdienst machen wollte, wurde gefragt, was er denn tut, wenn seine Frau vergewaltigt wird.

Es gibt zwar keine verpflichtende Verteilung der Geflüchteten, aber einen sogenannten Solidaritätsmechanismus. Länder, die niemand aufnehmen, müssen 20.000 Euro pro Person zahlen, die nicht aufgenommen wird. Ist das ein Fortschritt?

Wenn wir uns die Zahlen anschauen, dann ist das ein Tropfen auf den heißen Stein. 2022 gab es 966.000 Asylanträge in der EU. Die Aufnahmezusagen gelten gerade einmal für 30.000 Menschen, also einen Bruchteil der Antragstellenden. Da ist Solidaritätsmechanismus ein sehr großes Wort.

Die Unterstützer der neuen Regelung bei den Grünen und SPD sagen: Ohne Maßnahmen gegen illegale Migration wird die Rechte in Europa noch stärker

Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall. Wenn die Mitte rechte Positionen übernimmt, stärkt das nicht die Mitte, sondern den rechten Rand.

Wird es noch substanzielle Verbesserungen an diesem Kompromiss geben wird?

Als Pfarrerstochter setzte ich immer auf Glaube, Hoffnung, Zuversicht. Ich hoffe wie viele in meiner Partei auf Verbesserungen durch das EU-Parlament. Aber es wäre falsch, alles auf das EU-Parlament zu schieben. Im Koalitionsvertrag ist die individuelle Prüfung von Asylanträgen fixiert. Die ist jetzt nicht mehr gewährleistet. Das müssen wir thematisieren.

Zerreißt die Debatte die -Grünen?

Wir haben in der Partei eine ganz lebhafte Debatte. Sie war ja bisher in die Entscheidung auch nicht einbezogen. Das Diskussionsbedürfnis ist extrem hoch. Die grüne Partei muss sagen, ob sie Entscheidung mittragen kann. Das wird auch der Länderrat am nächsten Wochenende zeigen.

Was erwarten Sie vom Länderrat?

Dass sich unsere Partei klar positioniert. Die Partei muss ein Korrektiv sein, gerade wenn man in Regierungsverantwortung ist.

Wird es Austritte bei den Grünen geben?

Ganz sicher. Aber auszutreten ändert ja nichts. Viele sind in dieser Partei nicht nur wegen der Umweltpolitik, sondern auch und gerade wegen der Menschenrechte. Ich komme aus der ehemaligen DDR und habe eine tödliche Grenze erlebt. Ich weiß Bewegungsfreiheit als Menschenrecht zu schätzen. Niemand flieht freiwillig. Es ist eine Verpflichtung, alles dafür zu tun, menschenwürdige Lösungen zu finden.

Ist das ein Links-rechts-Konflikt bei den Grünen?

Nein. Erstens ordnen sich ja sehr viele keinem Lager mehr zu. Ich kenne auch viele wertkonservative Grüne, die bei der Flüchtlingspolitik hier eine rote Linie überschritten sehen.

Ist dieser Streit vergleichbar mit dem Dissens um den Kosovokrieg?

Ja, es ist ähnlich. So wie auch die Debatte um Hartz IV. Es geht um etwas Existenzielles.

eu-asylrechtsreform

Dieser Kompromiss verletzt Kinderrechte Die Grünen-Politikerin Astrid Rothe-Beinlich kritisiert die geplante EU-Asylreform harsch. An ihre Partei hat sie klare

Astrid Rothe--Beinlich, 49, ist Fraktionschefin der Grünen im Thüringer Landtag. Sie entstammt der DDR-Umweltbewegung und ist Mitbegründerin des Thüringer Flüchtlings-rates.

Load-Date: June 11, 2023

End of Document

Von Merz und Mundgeruch; Cem-Odos Güler über die CDU und Zahnbehandlungen für Geflüchtete

taz, die tageszeitung

Freitag 29. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 16

Length: 346 words

Byline: Cem-Odos Güler

Body

Cem-Odos Güler über die CDU und Zahnbehandlungen für Geflüchtete

Friedrich Merz serviert kalten Kaffee, und der sorgt bekanntlich für übel riechenden Atem. Man muss sich das Groteske an dieser Aussage auf der Zunge zergehen lassen: Der CDU-Chef behauptet, dass Ausländer deutschen Bürgern die Zahnarztstühle wegnähmen. Dieser Satz ist eine absurde Anleihe am stumpfen Rassismus gegen Geflüchtete, wie er im Deutschland der 90er Jahre Praxis war.

Merz Aussage von Mittwochabend ist ein fast komischer Höhepunkt in der aktuellen Migrationsdebatte. Weil der Jobmarkt hierzulande so ist, wie er ist, kann den Deutschen derzeit niemand die Arbeit wegnehmen. Folglich müssen sich die Skandale in anderen Räumen entladen: Wohnzimmer, Klassenzimmer, Wartezimmer.

Das Zahnarzt-Beispiel legt offen, wie praxisfern der CDU-Chef argumentiert: Die Union ist bei Migrationsfragen planlos wie noch nie, deshalb muss ihr Vorsitzender seine Argumentationsstützen aus der Luft greifen. Lassen sich mit Plakaten wie Zahnarztstühle für Deutsche in Hessen und Bayern die Ergebnisse der Unionsparteien noch um ein paar Prozentpünktchen steigern? Es wäre doch einen Versuch wert.

Den Angst-ma-che-r*in-nen ist es beim Migrationsthema noch nie um die Stichhaltigkeit der eigenen Argumente gegangen. Es darf also nicht überraschen, dass aus den Reihen der Union am Donnerstag fast niemand wagte, Friedrich Merz für seine hohle Phrase zu kritisieren. Dabei dürfte auch den CDU-Politiker*innen nicht entgangen sein, auf welche krude Weise sich ihr Parteichef wieder einmal öffentlich äußert. Innerhalb der CDU überwiegt wohl derzeit der Gedanke, die Parteispitze auf ihrer Exkursion durch die 90er Jahre nicht zu stören, um sich gegenüber der Altherren-Runde nicht selbst ins Abseits zu befördern. Dieser Opportunismus ist besonders krass, weil ihm gegenüber das Menschenrecht auf gesundheitliche Versorgung steht.

Der kalte Kaffee ist angerichtet, und der CDU-Chef schlürft ihn schon mal vor. Was das für Konsequenzen hat, wurde eingangs erwähnt. Damit wird Friedrich Merz nicht weit kommen.

eu-asylpolitik

Von Merz und Mundgeruch Cem-Odos Güler über die CDU und Zahnbehandlungen für Geflüchtete

Load-Date: September 28, 2023

End of Document

Migration aus dem Blickwinkel des Kindes; Land aller Kinder : Im Berliner HAU buchstabieren sich Flucht und Vertreibung als Jugendtheater aus

taz, die tageszeitung

Samstag 09. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 40

Length: 403 words

Byline: Julia Hubernagel

Highlight: Land aller Kinder : Im Berliner HAU buchstabieren sich Flucht und Vertreibung als Jugendtheater aus

Body

Von Julia Hubernagel

Sanna, Gilgi, Kully: Es sind zeitlose Namen, die Irmgard Keun ihren Protagonistinnen verlieh und die auch örtlich kaum zuzuordnen sind. Letzterer, Kully, ist der Name eines Mädchens, das nirgendwo zu Hause ist. In Keuns Roman *Kind aller Länder* flieht sie mit ihren Eltern vor den Nazis durch Europa. Stets fehlt Geld, Visa laufen ab. Grenzen, die niemand sieht, aber jeder fürchtet, werden unpassierbar.

Das Theaterkollektiv and-company&Co hat den Roman weitergedacht und auf die Bühne des Berliner HAU-Theaters gebracht. *Land aller Kinder*, ein Erwachsenenstück für Kinder, bringt Licht ins Dunkel der Bürokratiehölle, die das Thema Flucht und Migration abgrundartig umgibt. Was ist Asyl? Was sind Menschenrechte? Zufriedenstellende Antworten, das sieht man den Kinderdarstellerinnen (Rokia Karschnia und Zümra Köseoglu) an, liefern die Erwachsenen selten.

Zumindest die Bedeutsamkeit von Pässen kann der Zahnarzt und Mini-Buchhändler Damon (Damon Taleghani) veranschaulichen. Denn was ist ein Pass anderes als ein Mini-Buch? Damon träumt von einer Welt, in der jeder seine Geschichte in ein Mini-Buch schreibt und so, legal und bestempelt, alle Grenzen übertreten darf.

Der Nationalsozialismus liegt lange zurück. Kindern die Wirren der Zeit verständlich zu machen, ist eine Herausforderung, mit der sich Pädagogen heute, 80 Jahre später, konfrontiert sehen. Nun ist Universalismus ein Werkzeug, mit dem eher zu oft als zu selten historische Besonderheiten aus dem Weg geräumt werden. Es gibt allerdings eine Ausnahme, die Pauschalisierung gestattet: Aus der Perspektive eines Kindes ist Flucht immer total, egal ob es vor den Nazis, den Mullahs oder Assad-Schergen zu fliehen gilt. So verknüpft andcompany&Co Kullys mit heutigen Fluchterfahrungen, wie der von Luna (Luna Ali), die als Kind aus Syrien nach Deutschland floh mit dem Flugzeug, wie sie in endlosen Verhören mit der Ausländerbehörde immer wieder erklären muss.

Fantasievoll spiegelt sich das Migrationschaos im Bühnenbild (Hila Flashkes) aus Büchern und Zähnen, die Damon mit einer übergroßen Zahnspange verkabelt. Irgendwann gerät alles durch- und ineinander: das belgische Ostende,

Migration aus dem Blickwinkel des Kindes Land aller Kinder : Im Berliner HAU buchstabieren sich Flucht und Vertreibung als Jugendtheater aus

Deutschland, Iran und überhaupt die Zeiten. Das dürfte jedoch durchaus im Sinne Irmgard Keuns gewesen sein, ließ die doch nicht nur in ihren Texten, sondern auch in Bezug auf Lebensdaten, auf Namen und Fakten immer wieder der Fantasie freien Lauf.

Load-Date: December 8, 2023

End of Document

Neue deutsche Härte; Die Bundesregierung heizt die Debatte um Migration mit verschärften Abschieberegeln weiter auf und wird dafür auch aus den eigenen Reihen kritisiert. Doch was genau wurde beschlossen?

taz, die tageszeitung

Samstag 28. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 8-9

Length: 1254 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Die Bundesregierung heizt die Debatte um Migration mit verschärften Abschiebe-regeln weiter auf und wird dafür auch aus den eigenen Reihen kritisiert. Doch was genau wurde beschlossen?

Body

Von Dinah Riese

Die Worte von Nancy Faeser waren deutlich: Wir sorgen dafür, dass Menschen ohne Bleiberecht schneller unser Land verlassen müssen – so bewarb die Bundesinnenministerin am Mittwoch die verschärften Abschieberegeln, auf die das Bundeskabinett sich gerade geeinigt hatte. Nur so, betonte die SPD-Politikerin, könne Deutschland seiner humanitären Verantwortung für die Menschen weiterhin gerecht werden, die wir vor Krieg und Terror schützen müssen – wie die 1,1 Millionen Geflüchteten aus der Ukraine. Der Fahrplan ist klar: Hier die Ukraine-r*innen, die wirklich Hilfe brauchen – und da der Rest, der hier nichts zu suchen hat.

In den vergangenen beiden Jahren habe Deutschland im Mittel jeweils 12.000 Menschen abgeschoben, heißt es im Gesetzentwurf. Nun sollen es mehr werden – wenn auch nur ein bisschen. Mit rund 600 zusätzlichen Abschiebungen rechnet die Regierung pro Jahr. Dafür nimmt sie weitreichende Eingriffe in die Grundrechte Geflüchteter in Kauf. Im Entwurf aufgezählt sind Einschränkungen der Freiheit der Person, des Fernmeldegeheimnisses und der Unantastbarkeit der Wohnung.

Ganz konkret: Die Sicherungshaft, die etwa bei Fluchtgefahr Abzuschiebender verhängt werden kann, soll von drei auf sechs Monate ausgeweitet werden. Der Ausreisegewahrsam unmittelbar vor der Abschiebung soll von 10 auf bis zu 28 Tage verlängert werden. Für diesen Freiheitsentzug braucht es überhaupt keine Haftgründe mehr.

Behörden sollen Datenträger wie etwa die Mobiltelefone Geflüchteter bereits dann auslesen dürfen, wenn diese keinen Pass oder Passersatz vorweisen können. Auch Wohnräume sollen durchsucht werden können, um an Datenträger und Unterlagen zu gelangen. In Gemeinschaftsunterkünften sollen im Zweifel auch die Räume Dritter betreten werden können, die gar nicht abgeschoben werden sollen. Abschiebungen mitten in der Nacht sollen deutlich vereinfacht werden.

Neue deutsche Härte Die Bundesregierung heizt die Debatte um Migration mit verschärften Abschieberegeln weiter auf und wird dafür auch aus den eigenen Reihen

Bei Menschen, die seit mindestens einem Jahr in Deutschland geduldet sind, musste eine Abschiebung bisher angekündigt werden. Das soll entfallen, außer bei Familien mit Kindern unter 12 Jahren. Mitglieder krimineller Vereinigungen sollen künftig auch ohne strafrechtliche Verurteilung abgeschoben werden können. Auch Schleu-se-r*in-nen sollen leichter ausgewiesen werden können.

Kritik von Verbänden, Anwälten und Kirchen

Der Paritätische Wohlfahrtsverband erklärt, Haft dürfe als gravierendster Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit immer nur Ultima Ratio sein. Im Entwurf würden aber mildere Mittel gar nicht diskutiert, sondern allein praktische Gründe angeführt. Der auf Abschiebehaft spezialisierte Anwalt Peter Fahlbusch kritisiert seit Langem, dass schon jetzt mehr als jede zweite Abschiebehaft rechtswidrig sei. Zählt er alle seit 2001 von ihm vertretenen Fälle zusammen, kommt der Anwalt auf 90 Jahre rechtswidrige Haft. Mit Blick auf das Gesetzesvorhaben ist er sicher: Mehr Haft wird zu mehr rechtswidriger Haft führen.

Der Deutsche Anwaltverein kritisiert unter anderem das Auslesen von Handys. Behörden hätten damit auch Zugriff auch höchst private Nachrichten und Fotos Betroffener obwohl diese noch nicht einmal die Möglichkeit bekommen hätten, ihre Identität aufzuklären. Auch die Haftandrohung von bis zu drei Jahren bei unrichtigen oder unvollständigen Aussagen im Asylverfahren sei unverhältnismäßig. Falschaussagen führten schon jetzt dazu, dass Asylanträge als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden. Die Strafe verletze den Grundsatz, dass sich niemand selbst belasten müsse.

Die beiden großen Kirchen bezweifeln, dass die Maßnahmen zu mehr und zu schnelleren Abschiebungen führen werden. Die geplanten schweren Eingriffe in Grundrechte seien aus kirchlicher Perspektive nicht mehr verhältnismäßig.

Die Vorschläge stießen zu Recht auf einhellige Ablehnung von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen, findet die Grünen-Bundestagsabgeordnete Filiz Polat. Auch sie sieht unverhältnismäßige Eingriffe in die Grundrechte. Eine Kritik, die die Innenministerin zu kontern weiß: Auch die grünen Mi-nis-te-r*in-nen hätten mit am Kabinettsstisch gesessen und zugestimmt. Wohl auch, weil es im Gegenzug bald Liberalisierungen bei Arbeitsverboten für Geduldete geben soll.

An der aktuellen Belastung in den Kommunen werden schärfere Regeln kaum etwas ändern. Zum einen bekommt der allergrößte Teil der Asylsuchenden in Deutschland Schutz. Das zeigt ein Blick auf die bereinigte Schutzquote also auf jene Fälle, die inhaltlich entschieden wurden. Diese liegt auf einem Rekordniveau von über 70 Prozent. Das überrascht nicht, die Hauptherkunftsländer sind derzeit Syrien und Afghanistan. Dazu kommen diejenigen, die erfolgreich gegen ihre ablehnenden Bescheide klagen. Rund 40 Prozent von ihnen bekommen Recht. Von Abschiebung kann hier keine Rede sein.

Friedrich Merz nennt irreführende Zahlen

Auch sonst wird immer wieder mit irreführenden Zahlen hantiert. So hatte CDU-Chef Friedrich Merz Ende September nicht nur behauptet, abgelehnte Asylsuchende nähmen Deutschen die Plätze beim Zahnarzt weg. Er erklärte auch, es seien 300.000 Asylbewerber abgelehnt, die nicht ausreisen würden.

Tatsächlich hielten sich in Deutschland zum Stichtag 31. August 2023 rund 260.000 Ausreisepflichtige auf. Nur bei rund 155.000 Fällen handelt es sich überhaupt um abgelehnte Asyl-be-wer-be-r*innen. Von denen sind nur 19.400 vollziehbar ausreisepflichtig. Rund 87 Prozent hingegen sind geduldet, können also aktuell gar nicht abgeschoben werden. Das kann daran liegen, dass ihre Identität nicht geklärt ist, oder daran, dass ihre Herkunftsstaaten sie nicht zurücknehmen. In vielen Fällen sind Abschiebungen nicht möglich, weil die minderjährigen Kinder der Betroffenen hier einen Schutzstatus haben. Oder wegen gesundheitlicher Gründe.

Das Gesetzesvorhaben ist das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Bund und Ländern seit Mai diesen Jahres. Es war also lange vorbereitet. Trotzdem ist es der nächste Höhepunkt in einer sich immer weiter hochschaukelnden Asyldebatte, in der es vor allem darum geht, Härte zu zeigen. Erst vor einer Woche prangte ein Foto von Olaf

Neue deutsche Härte Die Bundesregierung heizt die Debatte um Migration mit verschärften Abschieberegeln weiter auf und wird dafür auch aus den eigenen Reihen

Scholz auf dem Cover des Spiegel, darunter die Aussage, man müsse endlich in großem Stil abschieben . In sozialen Medien verglichen Nut-ze-r*in-nen das mit Wahlplakaten der AfD oder der NPD, auf denen steht Konsequenz abschieben .

Auch in der eigenen Partei waren einige nicht erfreut über Scholz Schwerpunktsetzung. Solche Worte seien der Weg in die rechte Sackgasse , kritisierte Aziz Bozkurt, Vorsitzender der AG Mi-gra-tion und Vielfalt in der SPD, in der taz. Die Jusos erklärten, die Kanzler-Forderung käme direkt aus dem Vokabular des rechten Mobs . Die SPD dürfe nicht mitmachen beim rhetorischen Überbietungswettbewerb in der Asylpolitik , sagte die stellvertretende SPD-Vorsitzende Serpil Midyatli.

Tatsächlich hat der Kanzler harte Konkurrenz aus der Union. CDU-Chef Friedrich Merz betonte nach dem Hamas-Massaker in Israel, Migration sei der Hauptgrund für Antisemitismus hierzulande. Man könne nicht noch mehr Geflüchtete aufnehmen, es gebe schon genug antisemitische junge Männer im Land . Jens Spahn befürwortete jüngst, irreguläre Mi-gra-tions-be-we-gungen gegebenenfalls mit physischer Gewalt aufzuhalten. Sachsens Innenminister Armin Schuster forderte, Deutschland solle Straftäter und Gefährder auch nach Syrien oder Afghanistan abschieben.

Die Landtagswahlen in Hessen und Bayern sind vorbei. Die Migrationsdebatte ist es noch lange nicht.

Eine Forderung direkt aus dem Vokabular des rechten Mobs

Load-Date: October 27, 2023

Doch lieber Bargeld; Sachdienstleistungen, lautet die Antwort der Union auf die Lage der Geflüchteten in den Heimen. Nicht nur bürokratisch gesehen ist das Bullshit

taz, die tageszeitung

Dienstag 22. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 976 words

Byline: Marina Mai

Highlight: Sachdienstleistungen, lautet die Antwort der Union auf die Lage der **Geflüchteten** in den Heimen. Nicht nur bürokratisch gesehen ist das Bullshit

Body

debatte

Die CSU in Bayern und die CDU Brandenburg wollen, dass mehr **Geflüchtete** Sachleistungen bekommen statt Bargeld. Also drei Mahlzeiten am Tag und Kosmetikartikel statt Geld, mit dem sie selbst einkaufen können. Damit will man angeblich Anreize abschaffen, nach Deutschland zu kommen. Weil, so die Denke, **Asylsuchende** von ihren Sozialleistungen, die fast 100 Euro unter dem Bürgergeld liegen, ihren Verwandten in der Heimat Geld schicken würden, was in etlichen Fällen das eigentliche Ziel der Flucht nach Deutschland sei, so die Behauptung.

Die Menschenwürde ist **migrationspolitisch** nicht zu relativieren, urteilten 2012 die Karlsruher Richter. Damals waren zwar nicht Sachleistungen Gegenstand der Klage, sondern zu geringe Sozialleistungen für **Geflüchtete**, verbunden mit demselben Ziel, nämlich das Fluchtziel Deutschland für sie so unattraktiv wie möglich zu machen.

Man kann gegen die Behauptungen der CSU und der Brandenburger CDU argumentieren, dass man von den 410 Euro, die ein allein reisender Asylbewerber pro Monat bekommt, wohl kaum etwas abknapsen kann für die Verwandten. Man kann argumentieren, dass es würdelos ist, wenn man dreimal pro Tag in Folie eingeschweißtes Essen bekommt und individuelle Lebensbedürfnisse und gesundheitliche Aspekte damit nicht berücksichtigt werden. All das ist richtig.

Aber man kann auch betriebswirtschaftlich argumentieren: Sachleistungen für Asylsuchende heißt, dass es Personal geben muss, das diese Sachleistungen ausgibt. Die Personalkosten fallen dann für die Kommunen zusätzlich an. Und dieses Personal ist auf dem leergefegten Arbeitsmarkt immer schwerer zu finden.

Ich habe von Mitte 2014 bis Mitte 2016 in Berliner Flüchtlingsheimen gearbeitet. Das erste Jahr war ich in einer Erstaufnahmeeinrichtung, wo die BewohnerInnen Sachleistungen bekamen. Damals galt eine liberale Berliner

Doch lieber Bargeld Sachdienstleistungen, lautet die Antwort der Union auf die Lage der Geflüchteten in den Heimen. Nicht nur bürokratisch gesehen ist das Bulls....

Regelung, wonach nach drei oder spätestens nach sechs Monaten das Sachleistungsprinzip endete und es stattdessen Geld gab. Gesetzlich ist es jedoch möglich, bis zu 18 Monate Sachleistungen an Asylsuchende auszugeben.

Das zweite Jahr arbeitete ich in einem Heim, wo die Bewohner selber kochen und wirtschaften konnten. Der Unterschied in der Personalausstattung war beträchtlich. Und dementsprechend unterschied sich der Tagessatz, den das Land Berlin an den Träger pro Bewohner zahlte, auch deutlich.

Wer Sachleistungen fordert, sollte mal in einer Erstaufnahmeeinrichtung arbeiten. Selbst das Müllaufkommen war dort erheblich höher als in dem Heim, in dem ich später arbeitete. Kein Wunder: Bekam jeder Bewohner sein Essen und seine Kosmetikartikel doch in kleinen Dosen ausgehändigt. Dadurch fiel eine Menge Verpackungsmüll an.

Im Sommer zogen es viele Bewohner vor, die Mahlzeiten im benachbarten Park einzunehmen. Mit dem Ergebnis, dass dort die Papierkörbe überquollen. Das führte zu Konflikten mit der Nachbarschaft, die die Heimleiterin moderieren musste. Auch das war Arbeitszeit, die nur anfiel, weil es das mit hohem Verpackungsmüll verbundene Sachleistungsprinzip gab. In der Folge durften verpackte Lebensmittel nur noch im Speise-raum verzehrt werden. Arbeitsaufgabe der Küchenkräfte wurde es, darauf zu achten, dass -niemand ein eingeschweißtes Nutelladöschen oder verpackte Käse-scheiben mit nach draußen nahm.

Die Essenszeiten ließen sich nicht immer mit den Zeiten für die Behördengänge und Deutschkurse vereinbaren. Ein Behördengang in den Mittagsstunden bedeutete den Verzicht auf das Mittagessen. Ein Deutschkurs in den Mittagsstunden bedeutete den regelmäßigen Verzicht auf das Mittagessen. Das Sachleistungsprinzip wurde zum Integrationshindernis.

Noch gravierender sind die Auswirkungen in kleineren Heimen mit weniger als 200 oder 300 Bewohnern. Hauswirtschaftskräfte arbeiten in der Regel nur sechs Stunden pro Tag. Da lohnt es nicht, einen Schichtdienst einzurichten. Um die Mahlzeiten mit den Arbeitszeiten zu vereinbaren, wird das Abendessen in Folie eingeschweißt zum späteren Verzehr ausgegeben. Das bedeutet für Leute, die zur Mittagszeit einen Behördengang erledigen oder Deutsch lernen, dass sie gleich auf zwei Mahlzeiten verzichten müssen. Bei ihrer Rückkehr ist die Essensausgabe geschlossen.

Einen besonderen Fall gab es mit einem Albaner, der starker Diabetiker war. Er legte ein ärztliches Attest vor, dass er kein Weißbrot essen darf. Bis die Behörden ihn auf Bargeld umstellten, musste für ihn Vollkornbrot gekauft werden auch das ein für den Bewohner zwingend notwendiger, aber ohne Sachleistungsprinzip völlig überflüssiger Verwaltungsakt. Abgesehen davon, hätte ohne Sachleistungsprinzip kein Arzt bemüht werden müssen, um ein Attest auszustellen, und kein Verwaltungsangestellter, der beim nächsten Termin das Attest prüfte und ihn vom Sachleistungsprinzip befreite.

Auch die Ausgabe der Kosmetikartikel brachte für die BewohnerInnen wie für die damit befassten Hauswirtschaftskräfte Momente der Peinlichkeit: Die Mitarbeiterinnen mussten bei einem 12-jährigen Mädchen beispielsweise per optischer Musterung abschätzen, ob es bereits Menstruationsartikel braucht, und bei einem 14-jährigen Jungen, ob der bereits Rasierzeug ausgehändigt bekommt. Ein Fehlgriff war peinlich für beide Seiten. Und eine sprachliche Verständigung bei so speziellen Begriffen gelang gerade bei Neuankömmlingen nur selten.

Die Forderung nach Sachleistungen soll Geflüchtete abschrecken, nach Deutschland zu kommen, so CSU und Teile der CDU. Doch die Forderung lässt den höheren Arbeitsaufwand für die kommunalen Verwaltungen, das Heimpersonal, Ärzte, Gerichte und sogar für die Müllabfuhr völlig außer Acht. Es geht nach hinten los.

Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren , urteilten 2012 die Karlsruher Richter

Marina Mai

geboren 1960, ist Diplom-Soziologin, freie Journalistin seit 1997 (mit Unterbrechungen) mit den Themen Migrations-politik und Vietnam. Sie lebt in Berlin.

Doch lieber Bargeld Sachdienstleistungen, lautet die Antwort der Union auf die Lage der Geflüchteten in den Heimen. Nicht nur bürokratisch gesehen ist das Bulls....

Load-Date: August 21, 2023

End of Document

Spranger könnte den Titel holen; Susanne Memarnia über Grenzen und Jugendliche

taz, die tageszeitung

Mittwoch 14. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 21

Length: 283 words

Byline: Susanne Memarnia

Body

Susanne Memarnia über Grenzen und Jugendliche

Es ist eine schöne Tradition: Seit 2005 veranstaltet Jugendliche ohne Grenzen (JoG) parallel zur Innenministerkonferenz (IMK) eine Gala und wählt den Abschiebeminister des Jahres. JoG ist ein Zusammenschluss von jugendlichen Geflüchteten, voriges Jahr verliehen sie den Titel an den Bayern Joachim Herrmann (CSU). Ab Mittwoch treffen sich nun die Mi-nis-te-r*in-nen in Berlin und die Berlinerin Iris Spranger (SPD) hat gute Chancen, auf der Gala am Freitagabend im Grips Podewil den Preis abzuräumen (Eintritt frei, Anmeldung unter tickets@grips-theater.de).

Für Spranger spricht zum Beispiel die Hingabe, mit der sie seit Wochen die Rückführung von Rom*-nja nach Moldau organisiert. Fast wöchentlich gehen inzwischen Sammelabschiebungen dorthin, berichtete Martina Mauer vom Flüchtlingsrat am Dienstag auf einer von JoG einberufenen Pressekonferenz. Dabei nehme die Härte und Brutalität der Polizei stetig zu, es gebe Razzien in den Parks rings um betroffene Flüchtlingsheime, damit sich auch niemand verstecken kann, vielfach komme es zu Familientrennungen.

Und Mauer befürchtet, dass es bald noch schwieriger für Mol-dau-er*in-nen hierzulande werden könne: Denn die IMK wolle offenbar beschließen, Moldau zum sicheren Herkunftsland zu erklären. Damit könnte man die Menschen noch schneller wieder loswerden.

Mit einem solchen Beschluss würden die Minister im Trend leben. Auch die EU-Länder haben soeben eine Asylrechtsreform beschlossen, die eine Flucht nach Europa fast unmöglich machen wird. Jugendliche ohne Grenzen fordern das Gegenteil: antirassistische Migrationspolitik und rufen zur Demo am Donnerstag, 17.30 Uhr, Bundeskanzleramt.

Load-Date: June 13, 2023

Spranger könnte den Titel holen Susanne Memarnia über Grenzen und Jugendliche

End of Document

Von Placebo bis Populismus; Abgeordnete von Grünen und SPD kritisieren die geplanten Asylrechtsverschärfungen von Bund und Ländern harsch. Der Ampelkoalition dürften unbequeme Wochen und Monate ins Haus stehen

taz, die tageszeitung

Freitag 12. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 8

Length: 1019 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Abgeordnete von Grünen und SPD kritisieren die geplanten Asylrechtsverschärfungen von Bund und Ländern harsch. Der Ampelkoalition dürften unbequeme Wochen und Monate ins Haus stehen

Body

Von Dinah Riese

Eine Einmalzahlung für die Kommunen, gepaart mit einem ganzen Katalog an Asylrechtsverschärfungen: Viele Bundestagsabgeordnete aus den Reihen der Ampelfraktionen reagieren entsetzt auf das, was Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Mittwochabend mit den Mi-nis-ter-prä-si-den-t*in-nen der Bundesländer vereinbart hat. Die Beschlüsse stellten eine weitgehende Aushöhlung des Rechtsstaats dar, sagte etwa der Grünen-Politiker Julian Pahlke der taz.

Bund und Länder hatten in ihrem Beschlusspapier nach stundenlangen Verhandlungen festgehalten, Abschiebungen erleichtern und intensivieren zu wollen etwa durch eine Ausweitung des Ausreisegewahrsams, lageabhängige Grenzkontrollen und die Möglichkeit, Mobiltelefone von Geflüchteten auszulesen und in Sammelunterkünften mehr Räume als nur die des Abzuschiebenden zu betreten.

Außerdem unterstreicht das Papier der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) die deutsche Unterstützung für Pläne der EU-Kommission zur Reform des europäischen Asylsystems. Dieses sieht für bestimmte Gruppen Asylsuchender Verfahren im Schnelldurchlauf an den EU-Außengrenzen vor. Auch soll es mehr als sichere Drittstaaten deklarierte Länder geben, wer ein solches auf dem Weg in die EU durchquert, soll ohne Asylverfahren dorthin zurückgeschickt werden. Diese Pläne bezeichnete Pahlke als brandgefährlich.

Dass der Bund die Unterbringung und Integration Geflüchteter mit einer zusätzlichen Milliarde Euro fördern will, begrüßte Pahlke. Aber die Asylrechtsverschärfungen sind ein Placebo, das nichts zu suchen hat in einer Debatte, in der es sehr konkret um mehr Unterstützung für Länder und Kommunen ging.

Von Placebo bis Populismus Abgeordnete von Grünen und SPD kritisieren die geplanten Asylrechtsverschärfungen von Bund und Ländern harsch. Der Ampelkoalition dür....

Ob all diese Pläne Wirklichkeit werden, darüber dürfte in der Ampelkoalition in den kommenden Wochen und Monaten hitzig diskutiert werden. Pahlke sagte: Ich werde mir definitiv nicht zu eigen machen, was der Kanzler auf der MPK verhandelt hat, und zwar in Absprache mit Ministerpräsidenten wie Markus Söder oder Michael Kretschmer statt mit dem Koalitionspartner.

Gesetzgeber ist und bleibt das Parlament, sagte die Grünen-Migrationsexpertin Filiz Polat der taz. Was im Papier völlig fehle, sei die in der Ampel eigentlich fest vereinbarte Integrationsoffensive: Sprachkurse von Anfang an, uneingeschränkter Zugang zum Gesundheitswesen, Kita- und Schulplätze und die umfassende Abschaffung von Arbeitsverboten für Geflüchtete.

Der pauschale Ruf nach mehr Abschiebungen ist eine populistische Debatte, so Polat. Die Schutzquote unter den Asylsuchenden liege über 70 Prozent, unter den Geduldeten seien zwei Drittel Kinder und Jugendliche, nicht wenige seien Syrer oder Afghanen, die nicht abgeschoben würden. Wir brauchen eine politische Antwort, die Chancen bietet und Perspektiven eröffnet und keinen Nährboden für einen rechten Diskurs. Der MPK-Beschluss bedient das Race to the Bottom, bis vom Grundrecht auf Asyl nichts mehr übrig ist, kritisierte auch die Grünen-Abgeordnete Karoline Otte. Für mich als grüne Abgeordnete wurden hier entscheidend rote Linien überschritten.

Allein stehen die Grünen mit ihrer Kritik an den MPK-Beschlüssen aber nicht da. Die Juso-Vorsitzende Jessica Rosenthal hatte die Pläne als einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung unwürdig bezeichnet. Auch der SPD-Abgeordnete Hakan Demir begrüßte die zusätzliche Milliarde für die Unterstützung der Kommunen bezeichnete aber die Abschiebehafvorhaben als unverhältnismäßige Verschärfungen, die nicht zu weniger Asylsuchenden führen würden.

Das MPK-Papier sieht vor, Georgien und Moldau als sogenannte sichere Herkunftsstaaten einzustufen. Menschen aus diesen Ländern hätten dann kaum noch Aussicht auf Asyl. Demir hingegen schlägt Abkommen mit diesen Ländern vor, um Menschen von dort den Weg nach Deutschland über den Arbeitsmarkt zu öffnen. Wer sagt: Wir brauchen 400.000 Fach- und Arbeitskräfte jedes Jahr, muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen, so Demir. Ein Gesetzentwurf zur Fachkräftemigration befindet sich derzeit im parlamentarischen Verfahren.

In der Opposition gehen die Meinungen auseinander. Er hoffe, dass die Ampel ihre angekündigten Restriktionen zügig umsetzen werde, sagte der CDU-Innenpolitiker Alexander Throm. Ein üppiges Asyl- und Sozialsystem und ungeschützte Grenzen passen auf Dauer in unserer mobilen Welt nicht zusammen.

Die Linke ist da anderer Meinung. Es müsste umfassend und langfristig in Wohnungen, Kitas und Schulen investiert werden, so die Linken-Abgeordnete Clara Büniger. Asylrechtsverschärfungen hingegen spielten bloß rechten Hetzern in die Hände, die Migration zum Ursprung aller Probleme erklären.

meinung + diskussion

Die Grünen-Abgeordnete Otte sieht entscheidend rote Linien überschritten

Die Beschlüsse des Bund-Länder-Gipfels

Eine Milliarde Euro extra sichert der Bund den Ländern für 2023 zu. Damit sollen Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten unterstützt werden. Über langfristige Zahlungen des Bundes soll zunächst in einer Arbeitsgruppe beraten und erst im Herbst entschieden werden.

Bund und Länder wollen Asylverfahren deutlich beschleunigen. Dafür sollen Regelungen vereinfacht und die Verfahren selbst digitalisiert werden.

Um Abschiebungen zu erleichtern, sind mehrere Gesetzesänderungen geplant. Unter anderem sollen Anordnung und Fortdauer von Abschiebehaf unabhängig von etwaigen Asylantragstellungen möglich sein, heißt es in dem Beschlusspapier. Ausreisegewahrsam soll künftig maximal 28 Tage statt wie bisher 10 Tage lang verhängt werden können.

Von Placebo bis Populismus Abgeordnete von Grünen und SPD kritisieren die geplanten Asylrechtsverschärfungen von Bund und Ländern harsch. Der Ampelkoalition dür....

Im Zuge der geplanten Asylreform der Europäischen Union will sich der Bund dafür einsetzen, dass für Geflüchtete aus bestimmten Ländern Prüfverfahren schon an den EU-Außengrenzen erfolgen. Zudem will sich der Bund weiter für einen EU-weiten Verteilmechanismus einsetzen.

Als Staaten mit EU-Perspektive will der Bund Georgien und Moldau zu sogenannten sicheren Herkunftsstaaten erklären. Menschen von dort erhalten in der Regel keinen Schutz in Deutschland.

Der Bund will mit Herkunftsstaaten kooperieren, damit diese im Gegenzug für Visaerleichterungen Geflüchtete zurücknehmen. Vorbild ist Indien.

(taz, afp)

flüchtlingsgipfel

Load-Date: May 11, 2023

End of Document

Scholz wünscht Öffnung von Möglichkeiten ; In Nigeria wirbt der Bundeskanzler um Talente aus Nigeria für Deutschland und für die Rücknahme anderer Nigerianer, die schon in Deutschland sind

taz, die tageszeitung

Mittwoch 01. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 744 words

Byline: Katrin Gänsler

Highlight: In Nigeria wirbt der Bundeskanzler um Talente aus Nigeria für Deutschland und für die Rücknahme anderer Nigerianer, die schon in Deutschland sind

Body

Von Katrin Gänsler, Cotonou

Vor dem Abflug war es nur einen Halbsatz wert. Doch vor Ort in Nigerias Hauptstadt Abu-ja sowie der Wirtschaftsmetropole Lagos wurde **Migration** zu einem zentralen Thema der dritten Afrikareise von Bundeskanzler Olaf Scholz. Gleich zu Beginn seiner dreitägigen Reise nach Nigeria und Ghana sagte Scholz, es gehe um die Öffnung von Möglichkeiten für Talente aus Nigeria, in Deutschland auf Basis legaler **Migration** berufstätig zu sein. Gleichzeitig müsse irreguläre **Migration** zurückgedrängt werden. Das geht nur in enger Kooperation miteinander, zum Beispiel auch durch **Migrationsabkommen**.

In Deutschland leben nach amtlichen Angaben knapp 14.000 ausreisepflichtige **Asyl-be-wer-be-r**-in-nen aus Nigeria, von denen etwa 12.500 geduldet sind, weil sie keine Ausweispapiere haben. Ihre Rückführung gilt deswegen als schwierig. Dieser hat Präsident Bola Tinubu immerhin generell zugestimmt, solange es sich denn tatsächlich um Ni-ge-ria-ne-r-in-nen handelt. Sein Vorhänger Muhammadu Buhari hatte im Jahr 2018 bei einem Treffen mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel das Thema komplett ignoriert. Unterzeichnet wurde aber auch von Tinubu nichts.

Rex Osa, der 2005 aus Nigeria nach Deutschland flüchtete, äußert sich gegenüber der taz am Telefon enttäuscht. Ich hatte gehofft, dass Präsident Tinubu deutlich seine Meinung vertritt. Doch Scholz hat sich so aufgeführt, als sei er der Präsident. Osa ärgert sich über Doppelmoral. Er meint: Auf der einen Seite will die Bundesregierung um nigerianische Fachkräfte werben. Auf der anderen Seite will sie Menschen, die längst in Deutschland sind, hier arbeiten und Steuern zahlen, abschieben. Andere erhalten immer nur für kurze Zeit eine Duldung und hängen ständig in der Luft. Das ist absurd. Laut Osa würden zahlreiche Abgeschobene keine Hilfe bekommen, wenn sie in Nigeria landen. Sie sind gestrandet und wissen nicht, wohin sie gehen sollen.

Scholz wünscht Öffnung von Möglichkeiten In Nigeria wirbt der Bundeskanzler um Talente aus Nigeria für Deutschland und für die Rücknahme anderer Nigerianer....

In der südnigerianischen Stadt Benin City arbeitet Doris Ogbeifun seit Jahren zu Menschenhandel und Migration. Selbstverständlich ist Deutschland ein souveräner Staat, der seine Entscheidungen trifft. Migration ist aber auch ein Menschenrecht, findet sie.

Auf Scholz Besuchsprogramm stand auch der Besuch eines Migrationszentrums in Lagos, wo potenziellen Mi-gran-t:in-nen sowie Rück-keh-re-r:in-nen Fragen beantwortet werden sollen. Es mag ein gut gemeinter Ansatz sein, aber die Realität in Nigeria ist düster, sagt dazu Stanley Achonu, Direktor der nichtstaatlichen Organisation One Nigeria. Junge Menschen suchten bessere Chancen sowie Sicherheit. Es braucht ganzheitliche Lösungen, damit sie sich wieder eine Zukunft in Nigeria vorstellen können.

Dazu gehören für Aktivistin Adenike Oladosu auch ökologische Maßnahmen. Scholz sagte vor der Reise, Deutschland habe einen erheblichen Bedarf an Flüssiggas und perspektivisch auch an Wasserstoff. Mit Gas gelingt es uns nicht, eine grünere Welt zu schaffen, kritisiert Adenike Oladosu. Nigeria brauche einen massiven Ausbau von erneuerbaren Energien. Nigeria hat viel Potenzial, und das schafft Millionen von Jobs.

Laut Programm hätte die Reise im Zeichen von Wirtschaftsthemen stehen sollen. Vor allem Ghana gilt als interessant für deutsche Unternehmen. Doch auch in Ghana herrscht längst Zurückhaltung. Die Wirtschaft kriselt, die Instabilität der angrenzenden Sahelstaaten droht sich auszubreiten. Bei den Gesprächen zwischen Präsident Nana Akufo-Addo und Olaf Scholz in Accra ging es denn auch um militärische Zusammenarbeit.

meinung + diskussion

Bundespräsident Steinmeier in Tansania

Kolonialvergangenheit aufarbeiten : Wir sind bereit, offizielle Verhandlungen zu beginnen, um zu sehen, wie wir mit dem kolonialen Erbe in unserem Land umgehen können, sagte Tansanias Präsidentin Samia Suluhu Hassan am Dienstag in Daressalam nach einem Treffen mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Dieser betonte: Mir ist es wichtig, dass wir dieses dunkle Kapitel aufarbeiten, dass wir es gemeinsam aufarbeiten. Deutschland sei auch zur Rückführung von Kulturgütern und menschlichen Überresten bereit.

Wirtschaftliche Beziehungen ausbauen : Suluhu Hassan wünschte sich mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es gibt noch Potenzial, Handel und Investitionen auszubauen. Steinmeier, den eine große Wirtschaftsdelegation begleitet, sagte: Ich wünsche mir, dass von dieser Reise ein Impuls für unsere wirtschaftlichen Beziehungen ausgeht. Am Mittwoch reist er nach Sambia. (dpa)

Load-Date: October 31, 2023

Ein Sohn, ein Bruder, einer von 750; Der Pakistaner Ali Raza wollte in Europa sein Glück versuchen. Nun ist er vermutlich mit hunderten Migranten bei einem Bootsunglück vor Griechenland ertrunken. Ein Besuch bei seiner Familie

taz, die tageszeitung

Samstag 24. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 5

Length: 1683 words

Byline: Zahra Kazmi

Highlight: Der Pakistaner Ali Raza wollte in Europa sein Glück versuchen. Nun ist er vermutlich mit hunderten **Migranten** bei einem Bootsunglück vor Griechenland ertrunken. Ein Besuch bei seiner Familie

Body

Aus Mandi Yazman Bahawalpur Zahra Kazmi

Er war jung, intelligent, fleißig und voll Energie und Hoffnung. Er wollte nur ein gutes Leben für sich und seine Familie. Ist es eine Sünde, so einen Wunsch zu haben? , fragt Ali Razas Mutter mit Tränen in den Augen. Mein Sohn hat sich so angestrengt, um gute Noten zu bekommen. Er hat immer bis spät abends gelernt und nach der Universität noch Nachhilfe gegeben, um sich sein Studium zu finanzieren. Er hat nach seinem Abschluss auf einen guten Job gehofft, um seine Familie aus der Armut zu holen.

Ali Raza stammt aus der Kleinstadt Mandi Yazman Bahawalpur im Süden der Provinz Punjab, rund 100 Kilometer südlich von Multan. Die Gegend ist für ihren Obst- und Gemüseanbau bekannt. Raza hatte ein Mathematikstudium erfolgreich abgeschlossen und war im Alter von 26 Jahren einer von mutmaßlich hunderten **Migranten** und **Flüchtlingen**, die in der Nacht vom 13. auf den 14. Juni mit einem Fischkutter in griechischen Gewässern vor Pylos ertrunken sind. An Bord waren Menschen aus Ägypten, Syrien, Afghanistan, Pakistan und Palästina, als der Kutter rund 45 Seemeilen südwestlich der Halbinsel Peloponnes unterging. Das Schiff hatte den Hafen von Tobruk in Libyen am 9. Juni mit Ziel Italien verlassen.

Laut einer gemeinsamen Erklärung der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) waren auf dem Schiff rund 750 Menschen, darunter Frauen und Kinder. Zwar gibt es keine genauen Angaben, doch lokale Medien in Pakistan behaupten, dass 300 bis 400 Pakistaner an Bord gewesen seien. Warum hat eine so große Zahl von Pakistanern überhaupt verzweifelt versucht, ihr Land zu verlassen? Warum waren sie sogar bereit, dafür ihr Leben zu riskieren?

Ein Sohn, ein Bruder, einer von 750 Der Pakistaner Ali Raza wollte in Europa sein Glück versuchen. Nun ist er vermutlich mit hunderten Migranten bei einem Boots....

Trotz seines Universitätsabschlusses bekam Raza keinen guten Job. Er hat sich auf viele staatliche Stellen beworben, sich auf Auswahltests und Vorstellungsgespräche vorbereitet. Doch alles war vergeblich, erzählt Ali Muhammad, Razas Bruder. Dabei war er nicht ungeeignet. Aber das korrupte System verwehrte ihm den Erfolg. Als er einen Test und das Vorstellungsgespräch für eine staatliche Stelle bestanden hatte, sollte er plötzlich eine hohe Summe zahlen, um auch wirklich den Arbeitsvertrag zu bekommen, erzählt er. Razas so grimmig wie hilflos dreinschauender Bruder betreibt einen kleinen Obststand auf dem lokalen Markt.

Raza war der Jüngste von insgesamt drei Geschwistern, zwei Brüdern und einer Schwester. Sein Vater starb, als Raza gerade zehn Jahre alt war, sagt seine weinende Mutter. Ich arbeitete als Haushaltshilfe in der Nachbarschaft, um meine Kinder großzuziehen. Raza war unsere einzige Hoffnung. Wir haben jetzt nichts mehr.

Nachdem er einige Jobs bei Privatfirmen in den Nachbarstädten hatte, zog Raza letztes Jahr nach Karatschi. Von der südlichen Wirtschaftsmetropole erhoffte er sich größere Chancen. Doch dort musste er oft den Job wechseln und kam auch nur auf Gehälter von 25.000 bis 30.000 Rupien, etwa 80 bis 100 Euro.

Das Geld reichte nicht einmal für seine eigenen Ausgaben für Unterkunft, Essen und Transport. Wie sollte er davon noch für seine Familie aufkommen?, fragt Razas Bruder. Freunde in Karatschi erzählten ihm dann vom illegalen Weg nach Europa und dass er dort viel mehr verdienen könne. Selbst wenn er gelegentlich nur 500 Euro schicke, würde das reichen, um seiner Familie in Pakistan ein gutes Leben zu ermöglichen.

Junge Menschen aus dem Punjab, dem nordwestlichen Khyber Pakhtunkhwa oder dem von Pakistan kontrollierten Teil Kaschmirs wagen sich oft auf die berühmte Route durch den Iran, die Türkei, Griechenland und Italien, um illegal Europa zu erreichen. Korruption, politische Unruhen, Wirtschaftskrisen, fehlende Jobmöglichkeiten und wachsende Hoffnungslosigkeit zwingen die Menschen, ihr Leben für eine bessere Zukunft ihrer Kinder und Familien zu riskieren. Berichte von Freunden und Verwandten in Pakistans sozialen Medien zeigen, dass Razas Schicksal kein Einzelfall ist. Es sind viele College- und Universitätsabsolventen, die jetzt mutmaßlich mit ihm im Mittelmeer ertrunken sind.

Er war sehr klug, sehr höflich und mit Leidenschaft bei der Sache. Es bricht mir das Herz, dass ein so strahlender Stern ein so schlimmes Schicksal erlitten hat, sagt Shahid Saleem. Er war Razas Professor an der Universität in Bahawalpur.

In diesem Land herrscht kein Gesetz. Den Armen wird das Leid aufgezwungen. Auch Razas Arbeitgeber beuteten ihn aus, indem sie ihm nur ein geringes Gehalt zahlten, berichtet seine Mutter, manchmal bekam er es erst nach Monaten ausgezahlt. Er sei von diesem System enttäuscht gewesen und habe dann die Geschichten von Menschen geglaubt, die es angeblich erfolgreich nach Europa geschafft hätten. Er wurde einer regelrechten Gehirnwäsche unterzogen und glaubte, dass dies der einfachste Weg nach Europa sei. Wir haben unseren kleinen Acker verkauft und die Mitgift der Frau seines Bruders und den Goldschmuck verkauft. Dazu haben wir noch einen Kredit aufgenommen, um die 2,5 Millionen Rupien [8.000 Euro] für diese Reise zu bezahlen.

Pakistans Premierminister Shehbaz Sharif hat in Reaktion auf das Unglück inzwischen angeordnet, gegen Menschenhändler vorzugehen. 14 Personen wurden bereits festgenommen. Doch in den sozialen Medien nennen Menschenrechtsaktivisten das nur die Spitze des Eisbergs. Sie sagen, dass es ohne die aktive Beteiligung hoher Beamter unmöglich sei, Menschenhandel in so einem Ausmaß zu betreiben. Razas Mutter macht auch die Grenzpolitik der EU-Länder mitverantwortlich. Niemand verlässt gern sein Heimatland und verbringt sein Leben in der Fremde. Die Länder des Westens sollten verstehen, was wir in unserem Land durchmachen. Sie sollten uns in dieser Zeit helfen und nicht ihre Grenzen schließen und uns in dieser Armut zurück- und sterben lassen, sagt sie.

Anders als Ali Reza ist dem Pakistaner Anwar Shah die illegale Migration nach Europa gelungen. Er berichtet von den Schrecken seiner Reise, wie er Monate in Iran, Libyen und Italien verbrachte, wo er raues Wetter ertrug, wenig bis gar nichts zu essen hatte und auf der Straße übernachten musste: Selbst wenn es gelingt, Europa illegal zu erreichen, ist das Leben hier nicht einfacher. Es gebe große Herausforderungen wie etwa Sprachprobleme, fehlende Qualifikationen und die mühsame und langwierige Beschaffung legaler Papiere.

Ein Sohn, ein Bruder, einer von 750 Der Pakistaner Ali Raza wollte in Europa sein Glück versuchen. Nun ist er vermutlich mit hunderten Migranten bei einem Boots....

Viele Migranten nehmen für ihre Reise Kredite auf, sodass ihre Familien erste Überweisungen erwarten, sobald sie dort angekommen sind. Doch wegen der genannten Schwierigkeiten in Europa könnten Migranten die Erwartungen nicht erfüllen, was sie oft in schwere Depressionen stürzte, meint Anwar Shah: Ich habe von vielen Migranten gehört, die Suizid begingen. Zuletzt erfuhr ich von einem in Deutschland, der sich selbst getötet haben soll. Andere Migranten werden kriminell, und viele Menschen verbringen Jahre in Asylzentren und warten auf ihre Anerkennung als Flüchtlinge.

Griechenlands Behörden haben inzwischen ihre Such- und Rettungsaktion beendet und alle Vermissten für tot erklärt. Unter den 104 Überlebenden sollen sich 12 pakistanische Männer befinden. Razas Familie hat keine Nachricht erhalten, dass er unter den Überlebenden sei. Trotzdem wartet seine Mutter auf ein Wunder: Vielleicht wurde er von jemand anderem gerettet, und nach einiger Zeit meldet er sich und sagt uns, dass es ihm gut geht. Sie versucht, ihre Tränen zurückzuhalten und hoffnungsvoll zu klingen.

Übersetzung aus dem Englischen Sven Hansen

Er war klug, höflich und mit Leidenschaft bei der Sache. Es bricht mir das Herz

Das Bootsunglück vom 14. Juni

Das Unglück Am 14. Juni ist vor der Küste Griechenlands ein Fischkutter gesunken, auf dem rund 750 Menschen waren. Gerettet wurden nur 104, alles Männer. 78 Leichen wurden geborgen. Die geschätzt rund 500 weiteren Passagiere sind mit dem Kutter gesunken. Es dürfte damit das schwerste Unglück mit Flüchtlingsbooten im Mittelmeer sein.

Die Route Der Fischkutter war in der Hafenstadt Tobruk gestartet. Sie liegt im Osten Libyens nahe der Grenze zu Ägypten und damit auf der Route vieler Migranten, die aus Asien oder afrikanischen Staaten über das Nildelta versuchen, nach Europa zu gelangen. Von Tobruk aus erreichte der Kutter die Zone des Mittelmeers, in dem Griechenland für die Seenotrettung zuständig ist.

Die Küstenwache Nach offizieller Darstellung der griechischen Behörden hatte die Küstenwache den Menschen an Bord Hilfe angeboten. Die hätten das jedoch abgelehnt, weil sie weiter nach Italien fahren wollten.

Die Geflüchteten Überlebende gaben an, die Küstenwache habe versucht, das Schiff abzuschleppen, mutmaßlich aus der griechischen Rettungszone heraus. Dadurch habe der Kutter die Balance verloren. Laut Süddeutscher Zeitung haben Gerettete angegeben, dass der Motor des Kutters kaputt war, die Menschen hätten vergeblich um Hilfe gebeten und wollten nicht weiter nach Italien.

Pakistaner mit Goldenen Pässen in der gesunkenen Titan

Noch ein Unglück Unter den fünf Menschen an Bord des beim Wrack der Titanic versunkenen und mutmaßlich implodierten Tauchboots Titan waren auch zwei Pakistaner, die zu einer der reichsten Familien des Landes gehörten. Der abenteuer- und technikbegeisterte 48-jährige Shahzada Dawood und sein 19-jähriger Sohn Suleman zahlten für den exklusiven Tauchgang laut Medienberichten 250.000 Dollar pro Person. Shahzada Dawood war Vizedirektor des von seinem Vater und Konzernchef Haussain Dawood gegründeten Engro-Konglomerates aus Karatschi. Engro stellt unter anderem Düngemittel und Chemikalien her und ist auch im Energiesektor aktiv. Der jetzt verunglückte Shahzada Dawood hatte in Großbritannien und den USA studiert und lebte in London.

Reisefreiheit Shahzada Dawood besaß neben der pakistanischen auch die britische Staatsbürgerschaft. 2016 erwarb er zusammen mit seinen Eltern in Maltas umstrittenem Programm auch die Staatsbürgerschaft des Inselstaates. Diese sogenannten Goldenen Pässe, die einen unbegrenzten Aufenthalt im europäischen Schengen-Raum ermöglichen, können superreiche Migranten kaufen. Im September letzten Jahres hat die EU-Kommission deshalb Malta verklagt. (han)

Ein Sohn, ein Bruder, einer von 750 Der Pakistaner Ali Raza wollte in Europa sein Glück versuchen. Nun ist er vermutlich mit hunderten Migranten bei einem Boots....

Load-Date: June 23, 2023

End of Document

Unterlassene Hilfeleistung; Seit Beginn des Jahres sind 600 Menschen bei dem Versuch gestorben, das Mittelmeer zu überqueren. UN-Hilfsorganisation ruft die europäischen Staaten zu Solidarität auf

taz, die tageszeitung

Mittwoch 19. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 953 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Seit Beginn des Jahres sind 600 Menschen bei dem Versuch gestorben, das Mittelmeer zu überqueren. UN-Hilfsorganisation ruft die europäischen Staaten zu Solidarität auf

Body

Von Christian Jakob

Vor dem Amtsantritt Ende Oktober hatte Italiens rechtsextreme Regierung um Ministerpräsidentin Giorgia Meloni vieles versprochen. Das Wichtigste: Keine **Flüchtlinge** mehr zur Not mit einer Seeblockade. Es kam allerdings anders: In den sechs Monaten seit Melonis Amtsantritt sind mehr **Flüchtlinge** angekommen als in den fünf Jahren zuvor. Rund 55.000 waren es, davon rund 35.000 seit Jahresbeginn. Die Regierung ist rechts wie nie, die **Flüchtlingszahlen** aber ungebrochen hoch.

Die unkontrollierte Einwanderung drohe zu explodieren, sagte der Senator der postfaschistischen Meloni-Partei Fratelli d'Italia, Paolo Marcheschi. Wer sich gegen die Maßnahmen der Regierung stelle, stelle sich auf die Seite der Schleuser.

Zu den Maßnahmen gehört unter anderem ein nochmals verschärftes Vorgehen gegen die Seenotretter. Schon im Februar hatte Melonis Regierung ein Dekret verabschiedet, das Rettungsschiffe unter anderem zwingt, nicht den nächsten sicheren Hafen etwa auf Sizilien anzulaufen sondern den, den die Regierung ihr zuweist. Und die schickt vor allem die größeren Schiffe in weit im Norden liegende Hafenstädte: Um sie so gezielt aus dem Einsatzgebiet fernzuhalten, davon sind die NGOs überzeugt.

Bereits im Februar mussten etwa die Schiffe Geo Barents und Ocean Viking nach Rettungsaktionen vor Libyen bis nach Ancona in Norditalien fahren. Dort wurde die Geo Barents zwei Wochen festgehalten. Im März setzte Italien dann das private Rettungsschiff Louise Michel fest.

Unterlassene Hilfeleistung Seit Beginn des Jahres sind 600 Menschen bei dem Versuch gestorben, das Mittelmeer zu überqueren. UN -Hilfsorganisation ruft die euro....

Das neue Gesetz behindert die Rettungsbemühungen auf See und wird zu weiteren Todesfällen führen , sagt ein Sprecher von Ärzte ohne Grenzen der taz. Es reduziert die Rettungskapazitäten auf See und macht damit das zentrale Mittelmeer eine der tödlichsten Migrationsrouten der Welt noch gefährlicher.

Den Schiffen unnötig weit entfernt liegende Häfen zuzuweisen, sei zur gängigen Praxis geworden, sagt Wasil Schausel von der NGO SOS Humanity der taz. Die lange Navigation halte die Rettungsflotte aus dem Einsatzgebiet fern. Zudem müssten die Schiffe mit den Geretteten teils sehr lange Wege zurücklegen. Je nach Lage und Gesundheitszustand an Bord sowie Wetter kann das sehr kritisch sein.

Seit Beginn des Jahres sind 600 Menschen im Mittelmeer ertrunken, es ist der höchste Wert seit 2017. Selbst uns, die seit fast acht Jahren zivile Seenotrettung im Mittelmeer betreiben, lassen die letzten Wochen fassungslos zurück , heißt es in einer Erklärung der NGO Sea Watch.

Neben dem Fernhalten der privaten Retter ist für die gestiegene Zahl der Toten auch unmittelbar unterlassene Hilfeleistung verantwortlich. Darauf weist die UN-Migrationsorganisation IOM hin. Mindestens 127 Personen sind laut der IOM in diesem Jahr ertrunken, weil staatlich geleitete Rettungsaktionen verzögert wurden. Das völlige Ausbleiben einer Reaktion () forderte das Leben von mindestens 73 Migranten. Die NGO-Einsätze seien deutlich reduziert, so die IOM.

Die Lage im Mittelmeer sei unerträglich , sagte der Generaldirektor der IOM, António Vitorino. Er befürchte, dass sich die Todesfälle normalisiert hätten. Dabei sei die Rettung von Menschenleben auf See eine Verpflichtung für die Staaten , so Vitorino. Statt Verschleppung brauche es proaktive Such- und Rettungsmaßnahmen unter staatlicher Führung. Im Geiste der geteilten Verantwortung und der Solidarität rufen wir die Staaten auf, zusammenzuarbeiten.

Doch genau daran fehlt es: an geteilter Verantwortung. Italiens Regierung hat den Notstand ausgerufen und wartet darauf, dass die EU strukturell eingreift , wie es bei der Regierungspartei Fratelli d Italia heißt.

Der Chef der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, der seit Kurzem auffällige Signale der Annäherung an die rechtsextreme Giorgia Meloni sendet, rief unterdessen die EU-Staaten zu stärkerer Solidarität mit Italien auf: Wir stehen vor einer weiteren großen Migrationskrise in Europa. Deshalb unterstützt die EVP die italienische Regierung voll und ganz dabei, diesem Thema auf europäischer Ebene Priorität einzuräumen .

Eigentlich hatten die anderen EU-Staaten einmal mehr versprochen, Italien tatsächlich unter die Arme zu greifen. Seit Langem stocken alle Bemühungen um einen festen Verteilmechanismus, vor allem weil die Staaten Osteuropas und Österreich dagegen sind. Ersatzweise hatte eine Gruppe von Staaten einen freiwilligen Verteilmechanismus beschlossen: Vom Sommer 2022 bis Sommer 2023 sollten darüber insgesamt 12.000 Menschen aus den Außengrenzen-Staaten für ein Asylverfahren in andere EU-Staaten ausreisen dürfen, davon 8.000 aus Italien ein Tropfen auf den heißen Stein. Deutschland sagte zu, ein Viertel dieses Kontingents aufzunehmen.

Eine dem aktuellen Solidaritätsmechanismus vergleichbare Regelung das so genannte Malta-Protokoll hatte Ex-Bundesinnenminister Horst Seehofer 2018 ausgehandelt. Die Ampel hatte sich im Koalitionsvertrag vorgenommen, dies weiterzuentwickeln .

Doch damals wie heute kommt Deutschland seinen Aufnahmezusagen praktisch nicht nach: Bis Ende März 2023 sind nach Angaben des Bundesinnenministeriums über den aktuellen Solidaritätsmechanismus 520 Menschen nach Deutschland gekommen, davon 427 aus Italien und 93 aus Zypern. Und bis zum Ende der angekündigten Laufzeit sind es nur noch zwei Monate.

In Italien kommen momentan täglich Hunderte Schutzsuchende an. Die in Aussicht gestellte Übernahme von 8.000 Menschen durch andere Mitgliedstaaten war deshalb von Anfang an absolut unzureichend , sagt die Linken-Abgeordnete Clara Bünger. EVP-Chef Weber schlug indes einen Migrationspakt mit Tunesien vor. Man könne sich an dem Türkei-Abkommen von 2016 orientieren, sagte er. Tunesien allerdings ist daran nicht interessiert.

Unterlassene Hilfeleistung Seit Beginn des Jahres sind 600 Menschen bei dem Versuch gestorben, das Mittelmeer zu überqueren. UN -Hilfsorganisation ruft die euro....

flucht übers mittelmeer

Load-Date: April 18, 2023

End of Document

Menschenrecht nach dem Tribute von Panem -Prinzip; Peter Weissenburger Unisex

taz, die tageszeitung

Freitag 16. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 14

Length: 514 words

Byline: Peter Weissenburger

Body

Peter Weissenburger Unisex

Davor, sich mit europäischer Grenzpolitik zu beschäftigen, kann man sich ganz gut drücken. An die EU-Außengrenzen denken wir in zwei Fällen:

1. Es kommen mehr Geflüchtete nach Deutschland und Rechte schlagen Alarm
2. Rechte in Nachbarländern schlagen Alarm und wollen innereuropäische Grenzen zumachen

Und weil das so ist, ist Europas Migrationspolitik geprägt vom Wunsch nach härteren Außengrenzen. Das zeigt auch die Einigung zwischen den EU-Innenminister*innen von vor einer Woche. Die haben sich mehrheitlich darauf verständigt, Asylverfahren zu verschärfen. Das betrifft unter anderem Menschen aus Ländern, bei denen im Schnitt weniger als 20 Prozent der Asylanträge anerkannt werden, oder aus sicheren Herkunftsländern. Wenn das Gesetz so käme, müssten diese Personen künftig in streng kontrollierten Aufnahmeeinrichtungen an der Schwelle zur EU ausharren, bis ihr Antrag geprüft wurde. Kri-ti-ke-r*in-nen sprechen davon, dass der Asyldeal zu mehr Morias führen wird, also zu Elendslagern wie dem, das 2020 auf Lesbos abgebrannt ist. Das Gesetz muss noch mit dem europäischen Parlament verhandelt werden. Der Vorsitzende der Fraktion Europäische Volkspartei, Manfred Weber, sieht darin die Chance auf eine Rechtslage, die wirklich funktioniert, sagte er im Bayerischen Rundfunk. Weber erwartet einen Rückgang der Flüchtlingszahlen: Weil dann einfach für jeden, der versucht, illegal nach Europa zu kommen, an der Außengrenze Schluss ist.

Das mit dem Rückgang der Zahlen könnte klappen. Mit dem funktionierenden Recht sieht es schon anders aus. Denn viele Leute aus den 20-Prozent-Ländern und den sicheren Staaten haben ja legalen Anspruch auf Schutz. Das betrifft häufig zum Beispiel LGBT-Personen. Und die haben schon jetzt Probleme. Bekannt ist, dass LGBT-Asylsuchende häufig eine Beweislast aufgehaut bekommen. Oder dass bisexuelle Geflüchtete von Rich-te-r*in-nen als nicht homosexuell genug angesehen werden. Ob besonders schutzbedürftige Gruppen wie Queers zu ihrem Recht kommen, hängt davon ab, ob sie auf der Flucht auf gut informierte Rich-te-r*in-nen treffen. Auf qualifizierte Berater*innen, die sich Zeit nehmen können. Und es hängt davon ab, ob ihre Wohnsituation sicher

Menschenrecht nach dem Tribute von Panem -Prinzip Peter Weissenburger Unisex

genug ist, dass sie sich überhaupt jemandem anvertrauen. Zusammengepfercht zu sein in einem Lager, wo Gewalt Alltag ist, ist dafür abträglich. Das hat ein EU-gefördertes Forschungsprojekt ergeben, bei dem ich Transparenzhinweis in den letzten Monaten mitarbeiten durfte. Wer Morias schafft, nimmt in Kauf, dass etliche legale Fälle gar nicht erst aktenkundig werden. Es ist Menschenrecht nach dem Tribute von Panem -Prinzip: Wer sich gegen die immer größeren Widrigkeiten der Grenzpolitik durchkämpft, hat sich sein Asylchen verdient. Wer zu schwach ist, geht halt drauf. Funktionierende Rechtslage kann man so was natürlich auch nennen.

Die Fünftage-vorschau

Mo., 19. 6.

Simone Dede Ayivi

Diskurspogo

Di., 20. 6.

Saskia Hödl

Kinderspiel

Mi., 21. 6.

Lin Hierse

Poetical

Correctness

Do., 22. 6.

Noemi Molitor

Subtext

Fr., 23. 6.

Volkan A ar

Postprolet

kolumne @taz.de

Load-Date: June 15, 2023

EU nutzt die Not Tunesiens; Was aussieht wie eine Situation, von der beide profitieren, ist de facto eine EU-Politik, die ihre Interessen in der Migrationspolitik durchzusetzen versucht

taz, die tageszeitung

Dienstag 13. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 995 words

Byline: Karim El-Gawhary

Highlight: Was aussieht wie eine Situation, von der beide profitieren, ist de facto eine EU-Politik, die ihre Interessen in der **Migrationspolitik** durchzusetzen versucht

Body

debatte

Tunesien braucht dringend eine Finanzspritze. Die EU ist bereit, 900 Millionen Euro zu bezahlen, wenn das nordafrikanische Land dafür sorgt, dass von seiner Küste keine **Migrationsboote** mehr Richtung Europa ablegen. Das hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei ihrer Reise nach Tunesien am Wochenende in Aussicht gestellt. Außerdem will die EU ein gutes Wort beim Internationalen Währungsfonds (IWF) einlegen, dass dieser einen 1,9-Milliarden-Dollar Kredit für Tunesien freigibt.

Die Europäer drehen den Tunesiern den Arm auf den Rücken, beschreibt das Tunesische Forum für Wirtschaftliche und soziale Rechte den in Aussicht gestellten Deal: Tunesien im Bettlergewand und im Griff der EU. Tunesien hat immer wieder betont, dass es nicht die Rolle des EU-Grenzschützers übernehmen will. Doch es droht der wirtschaftliche Kollaps. Das Land kann im Moment gerade seinen Schuldendienst schultern. Die Schulden machen fast 80 Prozent des Bruttosozialproduktes aus. Jede Finanzspritze von außen sorgt dafür, dass Tunesien sich gerade so über Wasser hält. Viele Tunesier stehen ökonomisch und sozial mit dem Rücken zur Wand. Vier von zehn Jugendlichen sind arbeitslos. Auch ein Grund, warum unter den **Migranten**, die sich auf den Weg nach Europa machen, so viele Tunesier sind.

Team Europe nannte von der Leyen sich und ihre nach Tunis mitgereisten EU-Politiker, die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, den niederländischen Regierungschef Mark Rutte. Das sollte neuen Schwung symbolisieren. Doch das Team Europe redet bisher meist im Konjunktiv, denn die Inhalte des Deals und die Frage, wie weit die Tunesier mitmachen, sind noch alles andere als klar. Dennoch sprach die italienische Rechtspolitikerin Meloni von einem erreichten Meilenstein. Ihre Vorstellung: Die Tunesier sollen nicht nur Grenzpolizei spielen, sondern auch noch alle Migranten zurücknehmen, die es nach Europa geschafft haben und dort als illegal bewertet wurden, sofern sie auf ihrer Reise von der tunesischen Küste abgelegt haben. Ein alter

EU nutzt die Not Tunesiens Was aussieht wie eine Situation, von der beide profitieren, ist de facto eine EU-Politik, die ihre Interessen in der Migrationspoliti....

rechtspopulistischer Traum in Europa: Das Flucht- und Migrationsproblem gegen Cash vollkommen auf Nordafrika abzuwälzen. Nur, dass dort bisher kein Land darauf eingegangen ist.

Wie weit sich Tunesien darauf einlassen wird, hängt nicht nur von seiner ökonomischen Verzweiflung, sondern auch von Präsident Kais Saeid ab. Der hat Ende 2021 das Parlament aufgelöst und regiert das Land inzwischen fast wieder nach dem Handbuch arabischer Autokraten. Zu den Neuwahlen des Parlaments, dessen Rechte er massiv beschnitten hatte, kamen vor ein paar Monaten gerade einmal acht Prozent der Wahlberechtigten zum Urnengang. Saeid hat ein echtes Legitimationsproblem. Für nächstes Jahr stehen Präsidentenwahlen an; Saied braucht dringend eine Erfolgsgeschichte. Der EU-Deal könnte so eine Geschichte sein.

Aber nicht nur die EU verdreht die Arme, auch für Nordafrika steckt hier einiges Erpressungspotenzial. Der ehemalige Militärführer und ägyptische Präsident Abdel Fatah al-Sisi spricht bei Besuchen europäischer Politiker in Kairo immer gerne von angeblich 9 Millionen Migranten und Flüchtlingen in Ägypten und seiner eigenen, 105 Millionen zählenden Bevölkerung, von denen viele aufgrund ihrer ökonomischen Verzweiflung sich ohne Zögern auf den Weg nach Europa machen würden. Allein diese Andeutungen öffnen den europäischen Geldbeutel. Mit Blick auf den EU-Tunesien-Deal wäre es für Ägypten geradezu ratsam, Migrationsboote in großem Stil von der ägyptischen Küste ablegen zu lassen, um dieses Erpressungspotenzial zu unterstreichen. Das Thema Migration steckt voll politischen Zynismus auf allen Seiten.

Im Fall Tunesiens entbehrt das auch nicht einer gewissen Ironie. Das Land hatte vor zehn Jahren infolge des Arabischen Frühlings als einziges ein demokratisches Experiment gewagt. Damals hätte es dringend eine Art europäischen Marshallplan gebraucht. Man hätte aus dem Land ein demokratisches Schaufenster mitten in der autokratisch regierten arabischen Welt machen können, ähnlich wie einst Westberlin in Richtung Osten. Es hätte nicht viel gekostet, das kleine Tunesien mit seinen 12 Millionen Einwohnern zu einem demokratischen und wirtschaftlichen Musterland zu machen zu einem Gegenmodell des vom Militär regierten Ägypten und der zutiefst antidemokratischen Golfmonarchien.

Aber Europa hat Tunesien im Stich gelassen. Außer ein paar Routineentwicklungsprogrammen und ein paar Präferenzen im Handel war da nicht viel. Tunesiens Demokratie ist an der Wirtschaft gescheitert, woraufhin der Möchtegern-auto-krat Saeid an die Macht kam.

Hätte Europa damals über seinen Tellerrand hinaus gesehen und strategisch gedacht, hätte eine Investition in die tunesische Demokratie das Land stabilisiert und der tunesischen Jugend eine Perspektive gegeben, sich daheim ein Leben aufzubauen. Es hätte vielleicht sogar ein Land geschaffen, in der einige der Flüchtlinge aus anderen Teilen Afrikas ein Auskommen gefunden hätten. Damit wäre natürlich nicht das gesamte Migrationsproblem, aber zumindest ein Teil davon gelöst worden.

Heute kommt jede Hilfe zehn Jahre zu spät. Das ganze kostet die EU wahrscheinlich viel, viel mehr als eine finanzielle Intervention damals gekostet hätte. So wird Tunesien und mit ihm Kais Saeid als Migrationsbremse und Grenzwächter eingekauft. Denkt man das weiter, endet das in Internierungslagern für die vom tunesischen Grenzschutz abgefangenen Migranten. Ein Modell, dessen menschenverachtende Konsequenz wir aus Libyen kennen. Wie viel effektiver und humaner, auch im Namen der so oft zitierten europäischen Werte, wäre es gewesen, der jungen Demokratie auf die Füße zu helfen.

Ein alter rechtspopulistischer Traum: Das Migrationsproblem gegen Cash auf Nordafrika abzuschieben

Karim El-Gawhary

arbeitet seit über drei Jahrzehnten als Nahostkorrespondent der taz mit Sitz in Kairo und bereist von dort regelmäßig die gesamte arabische Welt. Daneben leitet er seit 2004 das ORF-Fernseh- und -Radiostudio in Kairo.

Load-Date: June 12, 2023

EU nutzt die Not Tunesiens Was aussieht wie eine Situation, von der beide profitieren, ist de facto eine EU-Politik, die ihre Interessen in der Migrationspoliti....

End of Document

Rechte Hetze gegen Boat People; In Großbritannien steigen die Flüchtlingszahlen stark, ihre Unterbringung sorgt für Spannungen. Ein Protest vor einem Hotel in einer der ärmsten Gemeinden Englands wurde von Rechtsextremen gewaltsam infiltriert

taz, die tageszeitung

Freitag 17. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 607 words

Byline: Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

Highlight: In Großbritannien steigen die **Flüchtlingszahlen** stark, ihre Unterbringung sorgt für Spannungen. Ein Protest vor einem Hotel in einer der ärmsten Gemeinden Englands wurde von Rechtsextremen gewaltsam infiltriert

Body

Aus London Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

In England sorgt ein gewaltsamer Protest vor einer **Flüchtlingsunterkunft** für Diskussionen. Am vergangenen Freitag kam es in der nordwestenglischen Stadt Knowsley am Rande von Liverpool zu gewalttätigen Protesten vor dem Suites Hotel, in dem seit Mitte Januar **Asylbewerber** untergebracht sind. Dabei wurden ein Polizeitransporter in Brand gesetzt und einige Personen, darunter ein Polizeibeamter, leicht verletzt. Von den fünfzehn Festgenommenen wurde inzwischen ein 19-Jähriger angeklagt. Die **Flüchtlingshilfsorganisation** Care4Calais sagt der taz, dass die Hotelbewohner seit den gewaltsamen Protesten unter Angst und Schlafstörungen litten.

Der Protest war zunächst friedlich gewesen, aber er wurde von einer Gruppe von Menschen mit Hämmern und Böllern infiltriert, die randalieren wollten. Einige skandierten laut Kinderschänder! Von einem antirassistischen Gegenprotest am gleichen Abend soll keine Gewalt ausgegangen sein.

Unmittelbarer Auslöser soll ein in den sozialen Medien zirkulierendes 30-Sekunden-Video einer Teenagerin gewesen sein, die behauptete, dass ein Mittzwanziger, der auf dem Video gesehen werden konnte, sie Anfang der Woche um ihre Nummer gebeten habe, und sie den Mann darauf belehrt habe, dass derartiges Ansprechen einer Minderjährigen in Großbritannien verboten sei. Dies löste einen Sturm von rassistischen Posts aus, die den Vorfall als typisches Verhalten von Einwanderern beschrieben. Derartige Männer lebten in dem Hotel in Kirkby, hieß es.

Nach den Protesten befragte die Polizei einen Mann in einem ganz anderen Teil Englands dazu. Inwiefern überhaupt eine Verbindung zwischen dem Video und dem Hotel besteht, steht aus. Was für die Wut des rechten Milieus reichte, wurde von der Polizei als Gerüchteküche verurteilt.

Rechte Hetze gegen Boat People In Großbritannien steigen die Flüchtlingszahlen stark, ihre Unterbringung sorgt für Spannungen. Ein Protest vor einem Hotel in ei....

Der Vorfall fällt in eine Zeit zunehmender Probleme der britischen Behörden mit illegalen Einreisen. Mit der Welle von Bootsüberquerungen aus Frankreich nach Großbritannien ist ein Rückstau bei der Bearbeitung von Asylanträgen entstanden: Über 140.000 Asyl-be-wer-be-r:in-nen warten auf eine Entscheidung. Über 45.000 Asyl-be-wer-be-r:in-nen sind in Hotels untergebracht, was den Staat laut Innenministerium umgerechnet 6,3 Millionen Euro am Tag kostet. Zu ihrer Unterbringung berät sich das Innenministerium mit den Lokalbehörden, doch die Stadtbehörde von Knowsley sagt, das Innenministerium habe sie erst am 13. Januar benachrichtigt, weil es vorher die falsche Stadtbehörde verständigt hatte, und am 17. Januar mitgeteilt, dass zwei Tage später die ersten Asylbewerber im Suites Hotel eintreffen würden zu kurzfristig für eine gute Vorbereitung.

Ob Knowsley für Flüchtlinge eine gute Wahl war, ist fraglich. Die Gemeinde mit 150.000 Be-woh-ne-r:in-nen ist die zweitärmste Englands. 25 Prozent aller Kinder leben in Familien mit Niedrigstlöhnen. In allen Statistiken ist Knowsley eine der verheerendsten Ecken in England, egal ob es um Alkoholsucht, Teenagerschwangerschaften, Gewaltvorfälle oder fehlende Schulabschlüsse geht. Mit der Lebenshaltungskrise können sich diese Probleme nur weiter verschlimmert haben für böswillige rechtsradikale Hetze das richtige Umfeld.

Es dauerte nach der Ankunft der Flüchtlinge nicht lange. Am 23. Januar klagte die rechtsextreme Gruppe Britain First in einem Video über das Hotel und seine illegalen Immigranten. Am 4. Februar verteilte eine weitere rechtsextreme Gruppe vor dem Hotel Flugblätter. Darauf stand, dass Migranten in einem Fünf-Sterne-Hotel untergebracht worden seien, während Briten frieren müssten. Die antirassistische Gruppe Hope not Hate nennt weitere Personen aus der rechtsextremen Szene.

Load-Date: February 16, 2023

Europa lässt die Staaten Nordafrikas die Drecksarbeit seiner Asylpolitik machen; starke gefühle

taz, die tageszeitung

Samstag 22. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfaeltigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 24

Length: 655 words

Byline: Christian Jakob

Body

starke gefühle

Mehr als tausend Menschen wurden in den vergangenen Tagen von Tunesien in der Wüste abgesetzt ohne Wasser und Versorgung, bei über 40 Grad Hitze. So berichten es NGOs aus der Region. Dies geschah just in jener Zeit, in der sich die Europäische Union und das nordafrikanische Land auf eine strategische Partnerschaft bei der Migrationskontrolle geeinigt haben: Die EU zahlt, Tunesien hält die Flüchtlinge auf. Und weil das Land sie selbst auch nicht will, kommen sie eben in die Wüste.

Das Sterben dort unterscheidet sich aus europäischen Sicht von jenem im Mittelmeer vor allem dadurch, dass es hierzulande kaum bemerkt wird. Während eine Vielzahl NGOs und die UN die Vorgänge im Meer heute fast lückenlos dokumentieren, ist die unzugängliche Wüste, oft ohnehin Sperrgebiet, ein Niemandsland der Wahrnehmung. Was dort geschieht, ist buchstäblich die Drecksarbeit der europäischen Flüchtlingsabwehr. Sie wird befeuert von der Angst vor der hierzulande erstarkenden Rechten. So aber materialisiert sich ihr Programm, schon bevor sie die Macht übernimmt: Was bei uns als Bruch zivilisatorischer Mindeststandards gilt, wird südlich des Mittelmeers vollzogen, um uns die Unerwünschten vom Hals zu halten.

Manchen reicht das nicht. Immer noch einen Schritt weiter, auf dass bloß keiner denkt, uns geht es noch nicht hart genug zu nach diesem Motto verfährt dieser Tage die Union. Aus dem Individualrecht auf Asyl muss eine Institutsgarantie werden das forderte diese Woche der Parlamentarische Geschäftsführer der Union, Thorsten Frei. Eine Antragstellung auf europäischem Boden soll nicht länger möglich sein, der Bezug von Sozialleistungen und Arbeitsmöglichkeiten gehören umfassend ausgeschlossen.

Frei begründete seinen Vorschlag damit, dass das derzeitige Asylrecht nicht die Schwächsten schütze, sondern eine zutiefst inhumane Auswahl treffe. Wer zu alt, zu schwach, zu arm oder zu krank ist, sei chancenlos: Er oder sie könne sich nicht auf den Weg durch die Wüsten Afrikas und über das Mittelmeer machen.

Das stimmt. Nur liegt es vor allem daran, dass die EU und mit ihr die Bundesregierung in den vergangenen Jahren alles dafür getan hat, dass es dort heute so gefährlich für Flüchtende ist.

Europa lässt die Staaten Nordafrikas die Drecksarbeit seiner Asylpolitik machen starke gefühle

Frei jedenfalls will an die Stelle des individuellen Asylrechts ein jährliches europäisches Kontingent von 300.000 oder 400.000 Menschen auflegen. Mit dem sollen Schutzbedürftige direkt aus dem Ausland aufgenommen und in der EU verteilt werden könnten. Seine Begründung dafür klingt rational, gar human. Das Argument ist seit Jahren immer wieder bemüht worden, um zu rechtfertigen, warum es den individuellen Rechtsanspruch nicht mehr geben soll. In etwas abgewandelter Form, mit Betonung auf den Gedanken nationaler Souveränität, ist dies auch in Osteuropa zu hören: Wir bestimmen, wen wir reinlassen. Also bestimmen wir auch, wem wir Schutz gewähren wollen.

Die Folge wäre, dass die Menschen, die es nötig haben, darauf hoffen müssen, dass die Staaten sie freiwillig zu sich holen. Jede Erfahrung der Vergangenheit zeigt jedoch nur eines: Wer darauf angewiesen ist, ist verloren. Denn freiwillige Aufnahme findet stets nur in homöopathischen Dosen statt.

Sei es die Resettlement genannte Umsiedlung über Kontingente des UN-Flüchtlingswerks UNHCR, sei es die Relocation genannte Umverteilung aus den Staaten Südeuropas innerhalb der EU, seien es die Notaufnahmeprogramme aus den Lagern Libyens oder der Ägäis oder Schiffbrüchiger aus Malta oder Italien. Immer dann, wenn die Menschen freiwillig aufgenommen werden sollen, kommt am Ende kaum jemand durch. Man kann davon ausgehen, dass Frei das weiß. Zu behaupten, dass die EU freiwillig Hunderttausende Menschen pro Jahr hereinholt, ist Augenwischerei. Das wird nicht geschehen. Die Tore würden geschlossen bleiben. Christian Jakob

Wer auf eine freiwillige Aufnahme angewiesen ist, ist verloren. Denn die findet stets nur in homöopathischen Dosen statt

Load-Date: July 21, 2023

Union sorgt für Zahnschmerzen; Friedrich Merz äußert sich zu Behandlungen von Asylsuchenden. Mit den Fakten sieht er es nicht so eng

taz, die tageszeitung

Freitag 29. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 10

Length: 390 words

Byline: Manuela Heim, Cem-Odos Güler

Highlight: Friedrich Merz äußert sich zu Behandlungen von **Asylsuchenden**. Mit den Fakten sieht er es nicht so eng

Body

Von Cem-Odos Güler und Manuela Heim

In dem Versuch, die Bundespolitik in **Migrationsfragen** weiter in die Enge zu treiben, hat CDU-Chef Friedrich Merz am Donnerstag viel Kritik auf sich gezogen. Merz äußerte sich bei einer Diskussion in dem Internet-TV-Sender Welt negativ über Gesundheitsleistungen für **Geflüchtete**. Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebendran kriegen keine Termine, sagte der CDU-Chef mit Blick auf in Deutschland abgelehnte **Asylsuchende**. Aus Menschenrechtsorganisationen hagelte es Kritik an Merz. Innerhalb der Unionsfraktion erhielt er Zuspruch.

Deren gesundheitspolitischer Sprecher, Tino Sorge, erklärte gegenüber der taz, Merz habe recht. Hunderttausende abgelehnte Asylbewerber in Deutschland sind zum Teil seit Jahren ausreisepflichtig. Dennoch könnten sie zum Nulltarif das deutsche Gesundheitssystem nutzen. Darüber müsse man diskutieren.

Entweder ist Herr Merz schlecht informiert oder er verbreitet gezielt Falschinformationen, sagt dagegen Sophie Kirchner von Ärzte der Welt, die sich auch in Deutschland für die medizinische Versorgung von Geflüchteten einsetzen.

Geregelt ist die Gesundheitsversorgung von Asyl-be-wer-be-r*in-nen im Asylbewerberleistungsgesetz. Demnach haben Asylsuchende in den ersten 18 Monaten ihres Aufenthalts grundsätzlich nur Anspruch auf Akutbehandlungen, etwa bei Schmerzen und Unfällen. Erst nach dieser Wartezeit, in einzelnen Bundesländern auch schon früher, bekommen sie Zugang zu vergleichbaren Leistungen wie gesetzlich Versicherte.

Die von Merz genannten abgelehnten Asyl-be-wer-be-r*in-nen erhalten nur dann den oben genannten Zugang zu medizinischer Versorgung, wenn sie weiter Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Dies ist zum Beispiel bei einer Duldung der Fall, also bei Menschen, bei denen die Abschiebung aus bestimmten Gründen ausgesetzt wurde.

Union sorgt für Zahnschmerzen Friedrich Merz äußert sich zu Behandlungen von Asylsuchenden. Mit den Fakten sieht er es nicht so eng

Wir haben sehr viel mit dem Personenkreis zu tun, den Herr Merz anspricht, und er soll mir ein Beispiel zeigen, in dem sich ein Mensch mit Duldung schön die Zähne machen lässt, sagt Kirchner von Ärzten der Welt. In der Realität seien auch Menschen, die theoretisch Zugang zu medizinischer Versorgung haben, Sprachbarrieren und Diskriminierung im Gesundheitssystem ausgesetzt und weit entfernt von irgendeiner Luxusbehandlung.

meinung + diskussion

Load-Date: September 28, 2023

End of Document

Bremen will vor der Wahl schnell noch papierlosen Geflüchteten helfen ein bisschen zumindest; das gute vorbild

taz, die tageszeitung

Samstag 01. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: STADTLAND; S. 52

Length: 584 words

Byline: Jan Zier

Body

das gute vorbild

Das rot-grün-rot regierte Bremen startet ein Pilotprojekt, mit dem papierlosen Zugewanderten ein Weg aus der Illegalität eröffnet werden soll. Das hat der Senat beschlossen, rechtzeitig vor der Landtagswahl am 14. Mai. Ein paar Tage vorher, am 8. Mai, wird eine Clearingstelle eröffnen, die Betroffenen ihre Unterstützung anbieten soll. Das Angebot gilt als bundesweit einzigartig und ist zunächst auf ein Jahr befristet. Es wird vom Roten Kreuz umgesetzt.

Die Vereinbarung sei für Menschen gedacht, die kein Vertrauen in staatliche Institutionen hätten, sagt die Landesregierung: Die Betroffenen, so das Versprechen, riskierten nicht, sich den Ausländerbehörden offenbaren zu müssen. Gleichwohl gibt es allerlei Bedingungen: Kommen darf, wer mindestens seit zwei Jahren ohne gültige Aufenthaltspapiere in Bremen lebt, keine staatlichen Leistungen bekommt und keine Duldung oder gar einen Aufenthaltstitel hat. Auch Geflüchtete mit einem laufenden asyl- oder aufenthaltsrechtlichen Verfahren sind ausgeschlossen.

Als papierlos gilt, wer sich ohne Aufenthaltserlaubnis oder Duldung hier aufhält. Betroffene können Grundrechte nicht wahrnehmen, leben oft in ständiger Angst. Zu dieser Gruppe gehören Geflüchtete aus sicheren Herkunftsländern wie Sinti und Roma vom Balkan, für die eine Rückkehr dorthin keine Option ist, prekär beschäftigte Arbeitsmigranten, Sexarbeiterinnen etwa oder abgelehnte Asylbewerberinnen und jene Migrant:innen, die vom Familiennachzug nach wie vor ausgeschlossen werden.

Die Betroffenen haben rechtlich keine Chance auf einen legalen Zugang zum Arbeitsmarkt, sagt Bremens Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt (Linke). Sie sind gezwungen, unter ausbeuterischen Bedingungen zu arbeiten. Laut den Behörden sind in Bremen schätzungsweise 4.000 Menschen papierlos. Die Zahl der Betroffenen sei groß, aber sehr schwer zu schätzen, sagt Holger Dieckmann vom Bremer Flüchtlingsrat, zumal die Gruppe nicht homogen, die Fluktuation sehr groß sei.

Bremen will vor der Wahl schnell noch papierlosen Geflüchteten helfen ein bisschen zumindest das gute
vorbild

Aus seiner Sicht ist das von der Linkspartei so genannte Legalisierungsprogramm zwar auf jeden Fall eine Verbesserung . Viele Betroffene werden damit aber trotzdem nicht erreicht , so Dieckmann. Dazu gehören seiner Einschätzung nach insbesondere jene Geflüchtete, die schon einen Eintrag im bundesweiten Ausländerzentralregister haben. Sie könnten nicht von dieser Initiative profitieren und würden im Zweifelsfall in andere Bundesländer umverteilt. Eine echte Chance sei das Projekt also nur für jene, die auch jetzt schon nach geltendem Recht eine Duldung bekommen könnten , so Dieckmann. Das Problem sei vor allem §15a des Aufenthaltsgesetzes und dessen Umsetzung in Bremen zur Verteilung unerlaubt eingereister Personen .

Geholfen werden soll nur jenen, deren illegaler Aufenthalt auf Unwissenheit beruht: Das ist keine Einladung an alle illegal Eingereisten, unter Umgehung von Recht und Gesetz in Bremen einen legalen Aufenthalt zu erwirken , warnt Sozialstaatsrat Jan Fries (Grüne). Und während die Linkspartei ein bisschen stolz ist, dass wir gewissermaßen Geschichte schreiben , sind die Erwartungen des auf Migrationsrecht spezialisierten Bremer Anwalts Sven Sommerfeldt gering: Das wird nicht vielen Menschen helfen. Das Projekt sei kein Legalisierungsprogramm , sondern ein Beratungsangebot . Viel mehr könne Bremen als Bundesland aber nicht tun. Jan Zier

Gutes/schlechtes Vorbild

Was woanders richtig gut läuft oder gerade auch nicht, findet auf jeden Fall hier seinen Platz.

Load-Date: March 31, 2023

Haushaltsstreit erreicht Migrationsberatungen; Im kommenden Jahr sollte ohnehin schon bei Beratungen für Geflüchtete gespart werden. Die Haushaltssperre mache die Situation nun noch prekärer, warnen Träger

taz, die tageszeitung

Montag 04. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 686 words

Byline: Moritz Müllender

Highlight: Im kommenden Jahr sollte ohnehin schon bei Beratungen für Geflüchtete gespart werden. Die Haushaltssperre mache die Situation nun noch prekärer, warnen Träger

Body

Von Moritz Müllender

Der Haushaltsstreit der Bundesregierung wirkt sich aktuell massiv auf die Migrationspolitik aus. Die Integrationsleistungen stehen auf tönernen Füßen, erklärt ein Sprecher der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Wegen der vom Finanzministerium verhängten Haushaltssperre können derzeit keine Arbeitsverträge in der Migrationsberatung verlängert werden. Außerdem ist wegen des fehlenden Haushaltsplans für 2024 bei den Orientierungskursen, die oftmals das erste Angebot für Geflüchtete in Deutschland sind, das Finanzierungskonzept nicht gesichert.

Mit jedem Tag verlieren wir mehr Leute, sagt AWO-Sprecher Lukas Hochscheidt. Integrationsprojekte sind oft nur projektfinanziert, dadurch sind viele Beschäftigten nur befristet angestellt. Die AWO bietet verschiedene Angebote für die Integration von Geflüchteten an: die Asylverfahrensberatung, die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer sowie psychosoziale Zentren, in denen Geflüchtete psychologische Unterstützung erhalten.

Ohnehin will das Innenministerium bei den Beratungsangeboten 2024 deutlich sparen. Am massivsten ist die Kürzung bei der Migrationsberatung für Erwachsene. Dort sollen die Mittel von 81,5 auf 57,5 Millionen Euro sinken. Ein Minus von fast einem Drittel. Auch in den psychosozialen Zentren sei man extrem unterfinanziert, sagt Hochscheidt. Man erreiche gerade einmal 4 Prozent der Geflüchteten, gehe aber davon aus, dass vier von fünf die psychologische Unterstützung benötigen. Auch in den Bereichen, in denen die Kürzungen geringer ausfallen, gibt es Probleme. Es bräuchte mindestens einen Inflationsausgleich, um das Angebot aufrechtzuerhalten, so Hochscheidt.

Ein weiteres Integrationsangebot, bei dem die Strukturen zu bröckeln drohen, sind die Erstorientierungskurse (EOK). Für viele Geflüchtete sind sie die Grundlage, überhaupt an weiterführenden Integrationskursen teilzunehmen.

Haushaltsstreit erreicht Migrationsberatungen Im kommenden Jahr sollte ohnehin schon bei Beratungen für Geflüchtete gespart werden. Die Haushaltssperre mache di....

zu können. Serena Blecke verantwortet die EOK für die Johanniter in Hessen. In keinem der Bundesländer kann im nächsten Jahr der gemeldete Bedarf gedeckt werden , sagt sie der taz. Im Vorjahr und im laufenden Jahr standen den EOK jeweils etwa 40 Millionen Euro zur Verfügung. Für 2024 sind im Haushalt 25 Millionen Euro eingeplant. In Hessen könne man so voraussichtlich nicht einmal die Hälfte der benötigten Kurse anbieten, sagt Blecke.

Bereits in den vergangenen Jahren kämpften die EOK-Träger für Mittelerhöhungen. Nur durch erstrittene nachträgliche Zusagen kamen die 40 Millionen Euro in diesem Jahr zustande. Bereits im Sommer 2023 befürchtete man in Hessen, das EOK-Angebot einstellen zu müssen. Das verlorene Personal habe man nun mühsam wieder zusammenbekommen, berichtet Blecke. All dies droht nun wieder zusammenzufallen: Träger ziehen sich zurück, Lehrkräfte ebenso.

Bleckes ist auch darüber besorgt, dass das EOK-Bundesprogramm zum Ende des Jahres 2025 ausläuft. Möglicherweise deuten die Kürzungen darauf hin, dass die Bundesregierung das Programm danach nicht weiter finanzieren will. Ein Sprecher des Innenministeriums schreibt auf Anfrage: Zu gegebener Zeit wird über die weitere Finanzierung entschieden werden.

Der Linken-Abgeordnete Victor Perli kritisiert die Regierung für die geringere Finanzierung der EOK: Die Ampel lässt vorsätzlich einen Stützpfeiler der Integrationsarbeit ausbluten , sagt Perli zur taz. Mit Unterfinanzierung und Unsicherheit provoziert die Ampel, dass weitere Fachkräfte das Weite suchen, bevor erneut Kurse gestoppt werden müssen.

Das Innenministerium gibt auf Anfrage keine Gründe für die Kürzungen an und verweist darauf, dass der Haushalt 2024 weiterhin Gegenstand parlamentarischer Beratungen sei. Aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, das die Aufstellung des Klima- und Transformationsfonds für grundgesetzwidrig erklärte, muss die Regierung ihren Finanzplan umschichten.

Dies hat auch Auswirkungen auf den Haushaltsplan für 2024, von dem nicht klar ist, ob er noch in diesem Jahr verabschiedet wird. Die angespannte Lage ist kein gutes Vorzeichen für die Integration von Geflüchteten.

In keinem der Bundesländer kann im nächsten Jahr der gemeldete Bedarf gedeckt werden

Load-Date: December 3, 2023

Schutzlos in der Unterkunft; In Hamburger Einrichtungen der Erstaufnahme für Geflüchtete gibt es keine Schutzräume für LGBTQI-Personen. Betroffene berichten von Gewalt und fordern den Senat auf, das zu ändern. Doch der verweist lediglich auf das bestehende Angebot

taz, die tageszeitung

Mittwoch 04. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 1092 words

Byline: Katharina Schipkowski

Highlight: In Hamburger Einrichtungen der Erstaufnahme für **Geflüchtete** gibt es keine Schutzräume für LGBTQI-Personen. Betroffene berichten von Gewalt und fordern den Senat auf, das zu ändern. Doch der verweist lediglich auf das bestehende Angebot

Body

Von Katharina Schipkowski

Die Duschen und Toiletten der Unterkunft konnte ich nicht benutzen, sagt Jesika. Auf die Frauentoilette durfte ich nicht, auf die Männertoilette wollte ich nicht. Ich musste draußen pinkeln. Während die Venezuelanerin erzählt und gestikuliert, klumpert ein goldenes Armband an ihrem Handgelenk, ihre langen Haare fallen über ihre Schultern auf ihr Dekolleté. Die Beine hat sie überschlagen und mit einer feinen Strumpfhose bekleidet, die Fingernägel weiß lackiert. Als ausländische Transfrau sei es in der **Geflüchtetenunterkunft** furchtbar gewesen, sagt Jesika. Die männlichen Bewohner hätten sie bedroht, sich über sie lustig gemacht, ihr aufgelauert und sie eingeschüchtert. Wir brauchen Schutzräume, sagt Jesika. Alles, was wir wollen, ist in Sicherheit zu sein.

Jesika ist eine von sechs queeren **Geflüchteten**, die per Video ihre Geschichte erzählen. Sie wenden sich an den Hamburger Senat, um Unterkünfte für queere **Geflüchtete** zu fordern. In Erstaufnahmeeinrichtungen gibt es bislang keine Schutzräume für LGBTQI-Personen. Erst, wenn sie in Folgeeinrichtungen umziehen, können Betroffene mit Gleichgesinnten zusammen wohnen. Dabei berichten vor allem Transpersonen immer wieder von Gewalt durch andere Bewohner oder gar das Security-Personal.

In einer Anfrage der Linksfraction antwortet der Senat auf die Frage, wie die Behörden dem besonderen Schutzbedürfnis von queeren Mi-gran-t*in-nen nachkommen: LGBTQI*-Personen werden nach Möglichkeit temporär einzeln untergebracht, bis eine weitere passende Unterbringung ermöglicht werden kann.

Die Betonung dürfte hierbei auf nach Möglichkeit liegen. De facto reichten die Möglichkeiten bei Weitem nicht aus, sagt Ilka Quirling, Anwältin für Migrationsrecht und Mitinitiatorin des Projekt Artikel 21. Die Gruppe setzt sich

Schutzlos in der Unterkunft In Hamburger Einrichtungen der Erstaufnahme für Geflüchtete gibt es keine Schutzräume für LGBTQI-Personen. Betroffene berichten von

zusammen aus Aktiven der Flüchtlingsarbeit, sie haben auch die Videos produziert und im Rahmen mehrerer Ausstellungen gezeigt. Die Gruppe bezieht sich mit ihrem Namen auf die Aufnahmeleitlinie der EU, die in Artikel 21 die Bedürfnisse besonders schutzbedürftiger Menschen regelt. In Deutschland zählt dazu auch der Schutzbedarf von LGBTQI-Personen. Leider wird das aber nicht umgesetzt, kritisiert Quirling.

In den Folgeeinrichtungen sieht es etwas besser aus als in den Erstaufnahmen. Nach Angaben des Senats stehen derzeit 35 Plätze in sogenannten Schutz WGs zur Verfügung. In der Praxis handele es sich dabei allerdings oft nur um ein Mehrbettzimmer innerhalb einer ganz normalen Einrichtung, berichtet die Initiative Projekt Artikel 21. Aus Angst vor Gewalt und Diskriminierung trauten sich die Betroffenen teilweise kaum, ihr Zimmer zu verlassen.

In ihrer Arbeit, etwa mit asylsuchenden transgeschlechtlichen Personen aus Südamerika, erlebe Quirling oft, dass die Personen mehrfach traumatisiert seien. Oftmals hätten sie in ihrer Herkunftsgesellschaft Gewalt erfahren, seien von Freund*innen und Familien im Stich gelassen worden, hätten keine Jobchancen und keine Möglichkeiten der Anerkennung in ihrem Land.

Dann kämen sie hier her und träfen auf die gleichen Strukturen, vor denen sie geflohen seien, weil sie gemäß dem Königsteiner Schlüssel je nach Herkunftsland auf Erstaufnahmeeinrichtungen in ganz Deutschland verteilt würden. Geflüchtete aus Venezuela zum Beispiel müssen nach Sachsen. Eine Mandantin von Quirling sei in Leipzig von den Security-Mitarbeitern verprügelt worden, berichtet die Anwältin.

In Hamburg seien die Bedingungen besser auch wenn sie bei Weitem nicht ausreichen, wie die Initiative betont. Im Gegensatz zu vielen ländlicheren Regionen oder kleineren Städten gibt es hier immerhin Beratungsstellen. Auch hormonelle Behandlungen, etwa im Uniklinikum, sind möglich, außerdem gibt es ein Netzwerk organisierter LGBTQI-Migrant*innen.

Die Initiative Projekt Artikel 21 fordert den Senat deshalb auf, queere Migrant*innen ab dem ersten Tag im Asylsystem gesondert unterzubringen. Im Juli wandte sie sich mit einem offenen Brief an Innensenator Andy Grote und Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer (beide SPD). Darin argumentieren sie: Sowohl aus völkerrechtlichen als auch aus europa- und nationalrechtlichen Vorschriften ergibt sich der Anspruch von LSBTIQ gegenüber der Stadt Hamburg auf eine geschützte Unterbringung mit gesundheitlichen und psychosozialen Angeboten ab Tag eins des Asylverfahrens. Mit der Umsetzung dieses Anspruchs würde die Stadt ihrem Anspruch als Rainbowcity gerecht. Hamburg könnte zudem als positives Beispiel gegenüber anderen Bundesländern vorangehen, indem es die Umverteilung nach dem Königsteiner Schlüssel für besonders schutzbedürftige Personen aussetze.

Eine Petition mit ihren Forderungen fand bereits 2.225 Unterstützer*innen, unter den Erstunterzeichner*innen sind neben dem Lesben- und Schwulenverband und dem Landesfrauenrat auch Beratungsstellen wie Pro Familia, der Republikanischer Anwälten- und Anwälteverein sowie die Spezialambulanz für sexuelle Gesundheit und Transgender-Versorgung des Universitätsklinikums Eppendorf.

Doch weder bei der Innen-, noch bei der Sozialbehörde traf die Initiative auf Verständnis. Die Sozialsenatorin antwortete gar nicht. Auf taz-Nachfrage gab der Sprecher der Behörde, Wolfgang Arnhold, an, dass es gängige Praxis des Senats sei, sich nicht auf offene Briefe zu äußern. Wenn in Erstaufnahme ein Fall bekannt wird, bringen wir die Person an einem bestimmten Standort unter in einem Zimmer mit 2er-Belegung und eigenem Bad zusammen mit einer anderen queeren Person, fügte er hinzu. Es gebe auch die Möglichkeit, dass das Amt für Migration die betreffende Person in eine LSBTIQ*-Wohneinheit in öffentlicher Unterbringung verlege.

Innensenator Grote antwortete, dass auch seine Behörde sehr bemüht sei, den besonderen Bedürfnissen von LSBTIQ gerecht zu werden. Dafür stünden die 35 Plätze in den Schutz WGs bereit. Die Aussetzung des Königsteiner Schlüssels sei nicht sinnvoll auch um einzelne Länder, wie die Freie und Hansestadt Hamburg, nicht zu überlasten.

Quirling meint, dass Grote ihren Brief gar nicht richtig gelesen habe. Seine Antwort findet die Anwältin sehr unbefriedigend. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, wie der Senator behaupten kann, die bestehenden Angebote

Schutzlos in der Unterkunft In Hamburger Einrichtungen der Erstaufnahme für Geflüchtete gibt es keine Schutzräume für LGBTQI-Personen. Betroffene berichten von

würden ausreichen. Sie ist sich sicher, dass die Versorgungslücke bekannt sei, aber vom Senat aktiv ignoriert werde: Es fehlt das Problembewusstsein.

Als Transfrau sei es in der Geflüchtetenunterkunft furchtbar gewesen, sagt Jesika. Die männlichen Bewohner hätten sie bedroht, ihr aufgelauert und sie eingeschüchtert

Load-Date: October 3, 2023

End of Document

Abschottung made in USA; Nicht nur Republikaner sind pro harter US-Migrationspolitik, auch Biden will mehr Grenzwall zu Mexiko

taz, die tageszeitung

Montag 11. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 527 words

Byline: Johannes Streeck

Highlight: Nicht nur Republikaner sind pro harter US-Migrationspolitik, auch Biden will mehr Grenzwall zu Mexiko

Body

Wenn jemand in dein Haus einbricht, dann reagierst du kraftvoll, sagte Ron DeSantis, republikanischer Präsidentschaftsbewerber und Gouverneur von Florida, im Juni. Warum agieren wir nicht so an unserer Grenze? Wenn die Kartelle versuchen, durch die Grenzmauer zu schneiden, um ihre Produkte in unser Land zu bringen, dann sollten sie für ihre schlechten Entscheidungen sterben.

Die brutale Rhetorik, mit der DeSantis in der Grenzstadt Eagle Pass in Texas auftrat, ist unter den republikanischen Kan-di-da-t:in-nen normal. Wer sich aktuell für die republikanische Nachfolge von Donald Trump bewirbt, versucht es diesem in Sachen Härte in der Migrationspolitik so gut wie möglich nachzumachen. Schließt die Grenze, sagt auch Nikki Haley, ehemalige Gouverneurin von South Carolina. Dass Haleys Eltern aus Indien migriert sind, scheint keinen Unterschied zu machen – genauso wenig wie bei dem Biotech-Unternehmer Vivek Ramaswamy, der sich zudem dafür starkmacht, dass das US-Militär gegen die mexikanischen Drogenkartelle eingesetzt wird.

Erst vergangene Woche blockierten die Re-pu-bli-ka-ne-r:in-nen im Senat geschlossen ein 110-Milliarden-Dollar Paket mit Militärhilfen für die Ukraine, Israel und Taiwan. Ihre Zustimmung knüpfen sie an eine weitere Verschärfung der Asylgesetze der Regierung von Präsident Joe Biden.

Als Bidens Vorgänger Donald Trump im Jahr 2016 mit dem Slogan *Baut die Mauer* kandidierte, wirkte dies noch wie ein propagandistischer Wink an den rechten Rand der Republikanischen Partei. Heute ist der Grenzwall nicht nur eine Pflichtposition für die Präsidentschaftswahl im Jahr 2024, sondern eine physische Realität. Unter Trump wurden Hunderte Kilometer der Mauer errichtet, fast alle der aktuellen Kan-di-da-t:in-nen, auch Demokrat Biden, haben sich zu ihrem Weiterbau verpflichtet.

Invasion, Übernahme, Angriff: Mit solchen Begriffen hantieren Personen wie DeSantis, Haley und Ramaswamy derzeit, wenn sie über Mi-gran-t:in-nen sprechen. 2,5 Millionen Menschen wurden im laufenden Jahr bei dem Versuch, die südliche Grenze der USA zu Mexiko zu überqueren, registriert – die tatsächlichen Zahlen dürften höher sein. Auch aus Staaten außerhalb Zentral- und Lateinamerikas versuchen immer mehr Menschen, über Mexiko in

Abschottung made in USA Nicht nur Republikaner sind pro harter US -Migrationspolitik, auch Biden will mehr Grenzwall zu Mexiko

die USA zu gelangen. 2022/23 wurden auch rund 24.000 chinesische Staats-bür-ge-r:in-nen entlang der Grenze aufgegriffen.

Die vielen nichtweißen Menschen, die auf eine Chance warten, ins Land zu kommen, werden in den USA von rechten Kom-men-ta-to-r:in-nen dazu benutzt, um die Angst vor einer vermeintlichen Überfremdung zu schüren. In einem kürzlich ausgetragenen Fernsehduell zwischen den republikanischen Kan-di-da-t:in-nen warf etwa Ramaswamy den Demokraten vor, die USA vorsätzlich durch nichtweiße Menschen zu unterwandern, um so die politische Macht an sich zu reißen. Diese sogenannte Great Replacement Theory ist unter Rechtsradikalen weltweit im Umlauf und taucht oft in Manifesten rechter Mörder auf. Die Umsetzung jener Theorie , sagte Ramaswamy, sei einfach Teil des demokratischen Parteiprogramms .

Johannes Streeck

Über 2,5 Millionen Menschen versuchten dieses Jahr, von Mexiko in die USA zu gelangen

Load-Date: December 10, 2023

End of Document

Nicht helfen und nicht helfen lassen; Staaten kontrollieren Migration mit Gewalt. Diese richtet sich nicht nur gegen Migrierende, sondern auch gegen Freiwillige, die Menschen in Not helfen. Nun hat der Berliner Verein Mare Liberum, der Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, seine Auflösung bekannt gegeben. Zunehmende Repression mache diese Arbeit unmöglich

taz, die tageszeitung

Donnerstag 04. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 13

Length: 860 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Staaten kontrollieren Migration mit Gewalt. Diese richtet sich nicht nur gegen Migrierende, sondern auch gegen Freiwillige, die Menschen in Not helfen. Nun hat der Berliner Verein Mare Liberum, der Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, seine Auflösung bekannt gegeben. Zunehmende Repression mache diese Arbeit unmöglich

Body

talkshow

Von Christian Jakob

Am Montag gaben sie auf: Mare Liberum, ein Berliner Verein zur Menschenrechtsbeobachtung in der Ägäis, gab seine Auflösung bekannt. Die Arbeit ist den jungen Ak-ti-vis-t:in-nen nicht ausgegangen: Griechenland ist eines der EU-Länder, die vor allem seit 2020 offen auf massenhafte Pushbacks von Flüchtenden setzen – illegal, mit Gewalt, bisweilen tödlich. Dass darüber heute so viel bekannt ist, ist auch das Verdienst von NGOs wie Mare Liberum, deren Freiwillige es sich 2018 zur Aufgabe gemacht hatten, diese Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren.

Es waren, so schreiben sie nun, die zunehmende Repression und die Gesetzgebung der rechts-konservativen Regierung, die ihre Arbeit unmöglich gemacht hätten. Um die Sicherheit der Aktiven nicht zu gefährden, sehe sich der Verein gezwungen, seine Arbeit einzustellen. Einschüchterungen, Auslaufverbote, eine Festhalteverfügung, das Schiff wurde gestürmt, durchsucht, Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet – lange habe man trotz solcher Angriffe weitergemacht. Jetzt nicht mehr: In Griechenland ist nun jedoch eine neue Ebene erreicht und lässt uns keinen Handlungsspielraum mehr.

Flucht und Migration sind heute immer öfter begleitet von Gewalt, Entrechtung und Tod. Und wer darauf aufmerksam macht, lebt gefährlich: Migrant Defenders, die die Verletzung von Menschenrechten dokumentieren und Notleidende unterstützen, geraten vielerorts ins Visier eines globalen Systems, das darauf abzielt, Mobilität von

Nicht helfen und nicht helfen lassen Staaten kontrollieren Migration mit Gewalt. Diese richtet sich nicht nur gegen Migrierende, sondern auch gegen Freiwillige,....

Menschen mit Gewalt zu kontrollieren so wie die Ak-ti-vis-t:in-nen von Mare Liberum. Vom sogenannten Shrinking Space , dem schrumpfenden Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft, sind deshalb jene immer öfter betroffen, die die Entrechtung Migrierender anklagen oder die mit praktischer Solidarität das Vakuum füllen, das Staaten bei deren Versorgung lassen.

Von rechtlichen oder räumlichen Beschränkungen ihres Handelns über Diffamierungskampagnen bis hin zu Gefängnisstrafen und angedrohter Gewalt werden heute viele Facetten politischer Repression gegen jene angewandt, die sich an die Seite von Geflüchteten und Mi-gran-t:in-nen stellen. Sogar Selbstverständlichkeiten wie das Verteilen von Wasser oder Essen, Rechtsberatung oder die Rettung aus Seenot werden heute teils strafrechtlich verfolgt. Die Kriminalisierung der Migrant Defenders ist heute zu einem zentralen Baustein in einer auf Abwehr ausgerichteten Migrationspolitik geworden.

Dieses Vorgehen steht in engem Zusammenhang mit globalen Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen. Migration ist auch Ausdruck globaler Ungleichheit Menschen versuchen, am Wohlstand teilzuhaben, der ihnen vorenthalten wird, und in Sicherheit zu leben. Und der Globale Norden versucht, ebendies zu verhindern obwohl er immer stärker auf Zuwanderung angewiesen ist. Der wachsende Einfluss autoritärer und extrem rechter Akteure hat die teils militärische Abriegelung der Zielländer vor Mi-gran-t:in-nen und Flüchtlingen in den vergangenen Jahren noch verschärft.

Die Angriffe auf die Hel-fe-r:in-nen erschweren ihr Engagement, zermürben bisweilen psychisch und zerstören wirtschaftliche Existenzen. Sie bringen ganz neue Erfordernisse für den Schutz der eigenen Arbeit, der Kommunikation und der Mitarbeitenden mit sich. Sie absorbieren knappe Ressourcen für die Arbeit. Teils müssen NGOs schließen oder ihre Arbeit stark einschränken worunter jene leiden, die auf ihre Hilfe angewiesen sind.

Zu beobachten ist all dies nicht nur in autokratischen Staaten, deren Regime ihre Macht mit Menschenrechtsbrüchen zu erhalten versuchen, sondern teils auch in Demokratien. Denn auch diese wollen keine Zeug:innen, wenn sie Flüchtlinge entrechten.

Die Repression gegen Flücht-ling-s-hel-fe-r:in-nen ist dabei bisher kaum systematisch erfasst. Anklagen, Verhaftungen, Ermittlungsverfahren oder der Entzug von Akkreditierungen werden nirgendwo zentral dokumentiert. In mühsamer Kleinarbeit versuchen einzelne NGOs, ein Bild dieser Vorgänge zu zeichnen. Mehr als ein Schlaglicht ist dies aber nicht. Hinzu kommt, dass in autoritären Staaten viele aus Angst vor Repressalien scheuen, Angriffe öffentlich zu machen. Die Vereinten Nationen sprechen deshalb von Secret Defenders .

Die gute Nachricht ist trotz alledem, dass die Repression bislang wenig Erfolg hatte: Die Netzwerke antirassistischer Solidaritätsarbeit sind in den vergangenen Jahren stark gewachsen, haben sich professionalisiert und verstetigt. Dort, wo einzelne Akteure aufgeben oder aufgeben müssen, entstehen meist schnell neue. Das beste Beispiel ist die Seenotrettung im Mittelmeer: Obwohl die NGOs dort seit Jahren mit Repressalien bis hin zu Anklagen und Beschlagnahmen der Schiffe zu kämpfen haben, umfasst die Flotte der Ret-te-r:in-nen heute mehr und modernere Schiffe denn je.

Hinweis: Der Autor hat den Jahresschwerpunkt zur Repression gegen Migrant Defenders im neuen Atlas der Zivilgesellschaft 2023 geschrieben, den Brot für die Welt am Mittwoch vorgestellt hat. Diesen kann man auf der Website der NGO runter-laden.

Die Kriminalisierung der Migrant Defenders ist heute zu einem zentralen Baustein in einer auf Abwehr ausgerichteten Migrationspolitik geworden

Load-Date: May 3, 2023

Eine neue Qualität; Ferry Batzoglou über die verbrannten Migranten in Griechenland

taz, die tageszeitung

Donnerstag 24. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 356 words

Byline: Ferry Batzoglou

Body

Ferry Batzoglou über die verbrannten Migranten in Griechenland

Wieder sind es unfassbare Nachrichten: Am Dienstag wurden 18 verkohlte Leichen von Geflüchteten im Dadiaswald an der griechischen Festlandsgrenze zur Türkei gefunden. Sie waren auf dem Weg ins Landesinnere, bis sie im Dadiaswald, einer Durchgangsstation für viele Migranten, bei einem Waldbrand ihr Leben verloren. Erst Mitte Juni ertranken vor der griechischen Küste vor Pylos mutmaßlich 646 Flüchtlinge im Laderaum eines heillos überfüllten Fischkutter.

Ob im Mittelmeer oder auf dem Festland: Schutzsuchende sterben auf ihrem mühsamen Weg in ein neues, sicheres Leben, auch in Europa. Im Fall der verbrannten Migranten im Wald steckt jedoch eine völlig neue Qualität: Die griechische Öffentlichkeit bezichtigt Geflüchtete, die Waldbrände gelegt zu haben. Offen wird zu einem Pogrom gegen sie aufgerufen. Das Narrativ: der Geflüchtete sei der skrupellose Brandstifter, der Hellas in Schutt und Asche legt. Darin steckt eine abscheuliche Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie. Die Staatsfeinde Nummer eins hätten nur eines im Sinn: das christliche Abendland zu vernichten.

Eine Metapher dürfte lehrreich sein. Die US-Juristin Kimberle Crenshaw, die die kritische Rassen -Theorie (mit)entwickelte, verwendet sie: Man stelle sich einen Keller voller Menschen vor, von denen einige, wie bei einer menschlichen Pyramide, auf den Schultern anderer Menschen stehen. Diese Pyramide reicht bis an eine Decke. Oberhalb der Decke sind die Privilegierten der Gesellschaft, deren Rechte voll anerkannt sind. Ab und an öffnen die Privilegierten eine kleine Tür. So lassen sie nur jene im Keller die obere Etage betreten, die sich direkt unter dem Dach befinden und nur in einem Faktor wie Hautfarbe, Geschlecht oder Religion benachteiligt sind. Ganz unten im Keller befinden sich jene, die gleich mehrfach von Ungleichheit betroffen sind. Letztere schaffen es nie, der Tiefe zu entkommen. Diese Ordnung der Welt wird uns durch den Laderaum des Fischkutters vor Pylos vor Augen geführt. Oder durch den Massentod im Dadiaswald. Diese Ordnung der Welt ist ganz und gar nicht in Ordnung.

ausland

Eine neue Qualität Ferry Batzoglou über die verbrannten Migranten in Griechenland

Load-Date: August 23, 2023

End of Document

AfD holt Rekordergebnisse im Westen; Die AfD steuert in Hessen und Bayern Platz zwei hinter Unionsparteien an. Sie profitierte wie 2018 von einer rechten Zuspitzung des Themas Migration

taz, die tageszeitung

Montag 09. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 7

Length: 595 words

Byline: Gareth Joswig

Highlight: Die AfD steuert in Hessen und Bayern Platz zwei hinter Unionsparteien an. Sie profitierte wie 2018 von einer rechten Zuspitzung des Themas Migration

Body

Von Gareth Joswig

Breit strahlend brüllte AfD-Chefin Alice Weidel unter Applaus ins Mikro: Wir sind auf dem richtigen Weg! , rief sie auf der Wahlparty und unterstrich damit erneut den Kurs der Fundamentalopposition. Die ersten Hochrechnungen der Landtagswahlen in Bayern und Hessen sorgten unterdessen für Schockwellen bundesweit.

Beide sind Rekordergebnisse für die AfD im Westen: Die extrem rechte Partei kam in Bayern laut ersten Hochrechnungen auf rund 16 Prozent und legte damit um sechs Prozentpunkte zu. In Hessen kam die AfD gar auf rund 17 Prozent, legte damit um vier Punkte zu, ein Rekordwert für ein westdeutsches Bundesland. In Hessen dürfte die AfD damit zweitstärkste Kraft sein, in Bayern lag sie bei Redaktionsschluss nahezu gleichauf mit den Grünen. Bisher lag das AfD-Rekordergebnis in einem westdeutschen Bundesland bei 15 Prozent in Baden-Württemberg 2016.

Die AfD profitierte in ihrem Höhenflug von einer starken Fokussierung der öffentlichen Debatte auf Migration und rechtspopulistisch zugespitzten Wahlkämpfen, vor allem in Bayern mit viel populistischer Konkurrenz von Markus Söder (CSU) und Hubert Aiwanger (Freie Wähler). Die AfD instrumentalisiert Abstiegsängste und gibt rassistische Antworten auf gesellschaftliche Verteilungskämpfe. Sie profitiert dabei von der Unzufriedenheit mit der Bundespolitik und der Übernahme von rechten Positionen durch FDP, CDU und CSU. Laut Nachwahlanalysen verloren die CSU ebenso wie die Freien Wähler deutlich an die AfD. Unionspolitiker vertraten zuletzt aber nicht nur in Wahlkampf und Talkshows AfD-Positionen zu Geflüchteten, sondern verhalfen in Thüringen auch ganz konkret mit einer gemeinsamen Mehrheit mit der Fraktion des Rechtsextremisten Björn Höcke der AfD zu Wirksamkeit.

AfD holt Rekordergebnisse im Westen Die AfD steuert in Hessen und Bayern Platz zwei hinter Unionsparteien an. Sie profitierte wie 2018 von einer rechten Zuspitz....

Im bayerischen Wahlkampf spielte etwa das rechte Märchen vom Pullfaktor Sozialstaat eine Rolle, Konservative forderten wie sonst nur die AfD Sachleistungen statt Geld für Asylbewerber obwohl keine haltbaren Belege für einen Zusammenhang von Sozialleistungen und Asylbewerberzahlen gibt.

Bemerkenswert bleibt dabei, dass die Radikalisierung und Normalisierung der AfD synchron verlaufen. Die gerichtlich bestätigte Einstufung als rechtsextremer Verdachtsfall scheint die Wähler*innen der AfD ebenso wenig zu jucken wie das radikale Spitzenpersonal. Nach jahrelangen Flügelkämpfen dominiert der völkisch-nationalistische Flügel die Partei.

Erst kürzlich entschied der bayerische Verwaltungsgerichtshof, dass der Verfassungsschutz die Partei beobachten darf. In einer Ende 2021 aufgeflogenen internen Chat-Gruppe mit mehr als 200 Mitgliedern, darunter fast alle Landtagsabgeordnete und der Landesvorsitzende Stephan Protschka, gab es neben rassistischen Entgleisungen jede Menge Bürgerkriegsfantasien etwa einer notwendigen totalen Revolution .

Der hessische Landesverband des Spitzenkandidaten Robert Lambrou gilt als weniger extrem als Bayern, hat aber dennoch mit Andreas Lichert einen Co-Vorsitzenden aus dem völkischen Flügel. Lichert hat enge Verbindungen ins neurechte Milieu. Er war Verwalter einer Immobilie der Identitären Bewegung und war fürs Institut für Staatspolitik tätig. In der AfD Hessen war auch der Mörder von Walter Lübcke, der Neonazi Stefan E., aktiv, der für die Partei im Landtagswahlkampf Plakate hängte.

Hessen ist schon länger eines der stärksten Westbundesländer für die AfD. Hier wurde die Partei 2013 in Oberursel gegründet, 2018 zog sie bereits mit 13,1 Prozent in den Hessischen Landtag ein. Die meisten ihrer Gründer*innen sind mittlerweile wegen der Radikalisierung ausgetreten.

Load-Date: October 8, 2023

Zurück zum atmenden System ; Länder und Kommunen fordern mehr Geld für die Unterbringung von Geflüchteten, Hardliner wollen noch mehr Abschreckung

taz, die tageszeitung

Samstag 04. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 7

Length: 686 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Länder und Kommunen fordern mehr Geld für die Unterbringung von Geflüchteten, Hardliner wollen noch mehr Abschreckung

Body

Von Dinah Riese

Am Montag treffen sich die Re-gie-rungs-che-f*in-nen der Länder mit Bundeskanzler Olaf Scholz, um wie schon im Mai über die Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen zu sprechen. Knapp 234.000 Erstanträge auf Asyl wurden in Deutschland bis Ende September gestellt. Die Schutzquote ist hoch: Bei inhaltlichen Entscheidungen liegt sie bei 70 Prozent. Doch die Vorzeichen haben sich geändert. Der neue Kurs geht quer durch fast alle Parteien in eine Richtung: Verschärfung des Asylrechts.

Die Ampel war einst angetreten für einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik: Mehr Humanität, mehr Pragmatismus im Umgang mit Geflüchteten. Am 10. Mai aber trat der Kanzler nach stundenlangen Gesprächen über die Belastung in den Kommunen vor die Presse, und bevor er eine zusätzliche Milliarde Euro für Länder und Kommunen versprach, redete er minutenlang über: Verschärfungen, Restriktionen, Abschottung.

Seither überbieten sich Spit-zen-po-li-ti-ke-r*in-nen mit harten Worten in der Asylpolitik. Man müsse endlich in großem Stil abschieben, verkündete Scholz auf dem Cover des Spiegel. Die Zahlen müssten sinken, erklärten Grünen-Chefin Ricarda Lang und Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann jüngst im Tagesspiegel.

Daher wird es bei den Besprechungen der Re-gie-rungs-che-f*in-nen von Bund und Ländern nicht nur ums Geld gehen. Länder und Kommunen machen seit Tagen deutlich, dass das, was der Bund bisher an Unterstützung gibt, nicht reicht. Hessens Ministerpräsident Boris Rhein bekräftigte am Freitag die einhellige Forderung von Kommunen und Ländern nach einer Rückkehr zu einem atmenden System in der Finanzierung: Statt starrer Pauschalen fordern sie neben einer Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke auch eine Pro-Kopf-Pauschale, sodass die Summe sich an der Zahl eintreffender Schutzsuchender orientiert. Der Bund soll die Kosten der Unterbringung

Zurück zum atmenden System Länder und Kommunen fordern mehr Geld für die Unterbringung von Geflüchteten, Hardliner wollen noch mehr Abschreckung

übernehmen, ebenso die Kosten für unbegleitete Minderjährige unter den Geflüchteten. So war es nach den großen Fluchtbewegungen von 2015 organisiert, der Bund hatte die Regelung jedoch im Jahr 2021 nicht verlängert.

Forderungen nach mehr Geld hat Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) abgeblockt. Zum einen nehme der Bund Ländern und Kommunen schon die Kosten für die mehr als eine Million geflüchteten Ukrai-ne-r*in-nen ab, erklärte er im Kölner Stadtanzeiger. Zum anderen könnten die Länder die Zahl Asylsuchender reduzieren, indem sie Sach- statt Geldleistungen auszahlten. Lindner brachte erneut eine Absenkung der Leistungen für Geflüchtete ins Spiel.

Sachleistungen, etwa in Form einer elektronischen Bezahlkarte, werden bei der Ministerpräsidentenkonferenz Thema sein. Laut Union und FDP könne man damit Pull-Faktoren abbauen es also für Menschen unattraktiver machen, nach Deutschland zu kommen. Dass dies funktioniere, sei nicht belegt, betonte jedoch Miriam Marnich vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Sie verwies zudem auf den hohen Verwaltungsaufwand, den eine solche Maßnahme bedeuten könne.

Absehbar ist: Am Montagabend wird es eine Einigung in der Finanzfrage geben, in welcher Form auch immer und wohl auch neue Ankündigungen für Verschärfungen im Umgang mit Geflüchteten. Sowohl die Union als auch die Ampelfraktionen haben den Druck zuletzt massiv erhöht.

Wenn die Ampelkoalition nicht die Kraft für eigene Entscheidungen besitzt, steht die Union grundsätzlich parat, um diese Herausforderungen anzugehen, hat am Freitag der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei, erklärt nur wenige Stunden, bevor CDU-Parteichef Friedrich Merz und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt zu einem Treffen im Kanzleramt eintreffen sollten. Die FDP will Leistungen für Geflüchtete in bestimmten Fällen auf Null senken. Eine Handvoll SPD-Abgeordneter arbeitet an Vorschlägen, wie Asylverfahren in Staaten außerhalb der EU verlagert werden könnten. Dabei haben Bundesinnenministerin und Bundeskanzler dieser Forderung aus der Union schon eine Absage erteilt.

Hören Sie zum Überbietungswettbewerb in der Asylpolitik den Bundestalk, den Podcast der taz: [taz.de/Bundestalk](https://www.taz.de/Bundestalk)

Load-Date: November 3, 2023

Chaos in Libyen macht sogar Schleusern zu schaffen; In Libyen lässt die Regierung Küstenstädte per Drohne bombardieren. Ziel ist es, die Migration über das Mittelmeer zu bremsen. Doch die Abfahrt von Booten verlagert sich an andere Küstenabschnitte

taz, die tageszeitung

Mittwoch 31. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 800 words

Byline: Mirco Keilberth

Highlight: In Libyen lässt die Regierung Küstenstädte per Drohne bombardieren. Ziel ist es, die **Migration** über das Mittelmeer zu bremsen. Doch die Abfahrt von Booten verlagert sich an andere Küstenabschnitte

Body

Aus Tunis Mirco Keilberth

In Libyen sind bei Drohnenangriffen auf Treibstofflager und Befehlszentralen von Menschenhändlern in den Hafenstädten Zawiya und Zuwara mindestens vier Menschen ums Leben gekommen. In der Hauptstadt Tripolis gestartete Drohnen hatten am Freitag zunächst die Kasernen von -Kämpfern der Buzriba-Brüder ins Visier genommen. Die Familie kontrolliert in Zawiya mehrere private und staatliche Gefängnisse für **Migranten**. Laut UN-Experten schicken die Buzribas ebenso wie konkurrierende Milizen **Migranten** auf Booten nach Lampedusa und Sizilien.

Wer die Drohnen gesteuert hat, ist bislang unbekannt. Die Regierung in Tripolis wird von türkischen Militärberatern unterstützt. Mit dem Einsatz von türkischen Drohnen war zuvor die Libysch-Arabische Armee unter Chalifa Haftar wieder nach Ostlibyen vertrieben worden. Die Türkei hat weiterhin Soldaten und Militärgerät in Tripolis stationiert.

Mit dem militärischen Vorgehen gegen die westlibyschen Schmugglernetzwerke will die Regierung von Premierminister Abdulhamid Dabaiba offenbar die für die nächsten Wochen erwartete Ausreisewelle nach Italien stoppen. Zu den vielen Arbeitssuchenden aus Westafrika, die in Westlibyen auf einen Platz in einem Boot warten, sind in den letzten Wochen mehrere Tausend Flüchtlinge aus dem Sudan hinzugekommen. Mit der für Juni erwarteten stabilen Wetterlage ist das Mittelmeer auch für kleine Boote passierbar.

Die Grenze zwischen staatlichen und privaten Strukturen ist in Libyen verschwommen. So ist der von der EU wegen Menschenhandel sanktionierte Milizenchef Abdelrahman al-Milad in Zawiya Chef der Küstenwache. Einige Geschosse haben auch Gebäude des Parlaments-abgeordneten Ali Buzriba getroffen, der ebenfalls eine unbekannte Zahl von Milizionären in Zawiya befiehlt. Der Angriff auf den regierungskritischen Milizenführer

Chaos in Libyen macht sogar Schleusern zu schaffen In Libyen lässt die Regierung Küstenstädte per Drohne bombardieren. Ziel ist es, die Migration über das Mittelmeer....

Shaabab Hadia zeigt zudem, dass Dabaibas militärisches Vorgehen auch seinen politischen Gegnern in Zawiya gilt. Diese haben die Angriffe mit der Besetzung der größten Öltraffinerie Westlibyens und der Blockade der Hauptstraße von Tripolis in Richtung des libysch-tunesischen Grenzübergangs Ras Ajdir beantwortet.

Die Konkurrenz zwischen verschiedenen bewaffneten Gruppen in Zawiya war in den letzten Monaten immer wieder in Gewalt umgeschlagen. In Tripolis ankommende Mi-gran-ten versuchen deshalb, in die tunesische Hafenstadt Sfax zu gelangen, die Zawiya als Hauptabfahrtsort für die Fahrt nach Italien abgelöst hat. In Sfax organisieren sich viele Gruppen aus Subsahara-Afrika mittlerweile autonom, um sich zu schützen. Doch das Vermeiden der westlibyschen Städte hat einen Anstieg der Opferzahlen zur Folge. Die Fischer von Sfax bieten den Migranten und Flüchtlingen nur notdürftig zusammengeschweißte Metallboote mit flachem Boden an. Selbst bei leichtem Wellengang sinken viele der Boote nach Wassereinbruch innerhalb weniger Minuten. Zwar kommen auch in Libyen nicht seetaugliche Schlauchboote zum Einsatz, doch diese halten sich im Notfall zumindest noch einige Stunden über Wasser.

Migranten in Sfax berichteten der taz von täglich mehreren Booten, die zwar ablegen aber dann mitsamt den durchschnittlich 30 Menschen an Bord als vermisst gelten. 40 Prozent der ablegenden Boote sinken, ohne dass jemand etwas mitbekommt, denn die Unglücke passieren meistens außerhalb der Reichweite von Mobiltelefonnetzwerken, schätzt der Sudanese Ali, der seit April auf eine Überfahrt wartet. Ich habe bereits mehrmals aus Sorge um Freunde den geschätzten Standort von vermissten Booten mitgeteilt. Ich habe nie wieder von meinen Freunden gehört.

Die Verlagerung der Migration von Libyen in das eigentlich sichere Tunesien hat das Mittelmeer aus Alis Sicht noch tödlicher gemacht. Auch nach UN-Angaben liegt die Zahl der bekannten Opfer mit mehr als 400 im ersten Quartal des Jahres höher als in den letzten sechs Jahren.

In den kommenden Wochen dürfte nun die Zahl der aus Sfax sowie aus den ostlibyschen Städten Bengasi und Tobruk abfahrenden Boote extrem ansteigen. Denn nach den Drohnenangriffen in Zawiya wird seit Sonntag auch in Tripolis gekämpft. Die regierungstreue Einheit 444 hatte einen Kommandeur der Rada-Miliz verhaftet, die wiederum mit Schmugglern aus Zawiya verbündet ist. Das Milizenchaos Westlibyens wird sogar für die Menschenhändler zu riskant.

Kritiker Haftars vermuten, dass die vielen aus Bengasi und Tobruk ablegenden Boote mit Mi-gran-ten und Flüchtlingen aus Bangladesch, Syrien, Ägypten und Sudan nur mit dessen Einverständnis ablegen können. Haftar nutzt die Migration, um Druck auf Europa aufzubauen, sagt der Libyen-Experte Jalel Harchaoui. Offenbar mit Erfolg: Bei offiziellen Gesprächen mit Italiens Regierungschefin Anfang Mai wurde nicht über die Kriegsverbrechen von Haftars Soldaten gesprochen.

Ich habe nie wieder von meinen Freunden gehört

Load-Date: May 30, 2023

Hilfe!; Für unseren Journalismus-Workshop zur Migrationspolitik fehlt uns noch die Finanzierung

taz, die tageszeitung

Samstag 07. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: HINTERGRUND; S. 42

Length: 587 words

Highlight: Für unseren Journalismus-Workshop zur Migrationspolitik fehlt uns noch die Finanzierung

Body

Liebe Leserinnen und Leser,

Schaffen wir das noch mal ? steht in roten großen Buchstaben auf dem Cover. Dazwischen schlängelt sich eine lange Reihe von wartenden Geflüchteten auf ein Schiff zu. Nein, das war nicht Bild. Der Titel des letzten Spiegels zeigt: Angst verkauft sich auch im sogenannten seriösen Journalismus besser als eine abgewogene Berichterstattung. Zum Thema Asyl hat das Hamburger Nachrichtenmagazin schon in den 1990er Jahren immer wieder solche suggestiven Bedrohungsszenarien an den Kiosk gebracht. Bilder, die sich einbrennen und vor allem auf diejenigen wirken, die die Story dahinter gar nicht lesen.

Wir fragen uns: Kann es sein, dass dieser Redaktion bis heute eine diversere Belegschaft fehlt? Jemand, der die Asyldebatte aus einer sensibleren Warte sieht, der oder die sagt: Moment mal, was macht ihr da schon wieder für einen gefährlichen Quatsch?

Gerade jetzt brauchen wir eine diverse und konstruktivere Berichterstattung über Mi-gran-t*in-nen und Geflüchtete in Europa. Denn 2024 wählt die Europäische Union ein neues Parlament. Die Migrations-Thematik wird den Wahlkampf sicher stark bestimmen. Die italienische Rechte hat zuletzt die Wahl mit dem Versprechen gewonnen, die Asylkrise zu beenden. Griechenland setzt harte Maßnahmen um, die das Problem aber nicht lösen. Selbst innerhalb der Ampelregierung herrscht kaum Einigkeit.

Diese Mischung aus Wahlkampf und Wertedebatte ist gefährlich, und sie wird in den nächsten Monaten auch die Medien stark beschäftigen. Da ist die Versuchung groß, mit Angst-Bildern und Überfremdungsrhetorik auf dem hart umkämpften Aufmerksamkeitsmarkt zu punkten.

Mit einem internationalen Workshop wenden wir uns deshalb an Jour-na-list*in-nen aus Italien, Spanien, Griechenland, Deutschland, Libanon und Tunesien. Gemeinsam wollen wir Konzepte für eine konstruktive Berichterstattung, für länderübergreifende Investigativrecherchen und Möglichkeiten der Vernetzung untereinander erarbeiten.

Hilfe! Für unseren Journalismus-Workshop zur Migrationspolitik fehlt uns noch die Finanzierung

Gerade jetzt fehlt uns aber das Geld, diesen Workshop zu realisieren. Ja, die Zeiten sind schwierig: Inflation, Energiekosten und viele andere Umstände führen dazu, dass wir in diesem Herbst nicht so viele Spenden erhalten wie in den vergangenen Jahren. Bisher haben wir unsere Ziele immer gemeinsam erreichen können. Sogar während der Finanzkrise 2009 oder der Corona-pandemie 2021.

Deshalb fragen wir Sie jetzt ganz direkt: Schaffen wir das noch mal? Bitte denken Sie noch einmal in Ruhe über eine mögliche Spende nach. Jeder Euro zählt, jede Spende ist ein Stück praktizierte Pressefreiheit. Denn unsere Möglichkeiten können und müssen mit den Herausforderungen wachsen. Wir sagen jetzt schon: Vielen Dank!

Ihre Lisa Schneider und Tigran Petrosyan (Redakteurin taz Ausland und Leiter der Osteuropa-Projekte der taz Panter Stiftung)

Engagiert für Engagierte

Mehr als 6.500 Spender:innen haben in den letzten 15 Jahren mit etwa 6 Millionen Euro über 180 Projekte finanziert. 4.000 Journalist*innen im In- und Ausland konnten geschult und vernetzt werden.

An dem aktuellen Workshop sollen etwa 15 bis 20 Journalist*innen aus Italien, Griechenland, Spanien, Deutschland, Libanon und Tunesien teilnehmen. Die Ergebnisse werden in der taz und in einem Podcast veröffentlicht.

Das Projekt ist Teil der internationalen Workshopreihe Über Grenzen hinweg für unabhängigen Journalismus , die die taz Panter Stiftung seit 2022 fördert.

Alle Projekte der taz Panter Stiftung werden über Spenden finanziert

Spenden Sie jetzt!

Wir freuen uns über jeden Betrag.

www.taz.de/Spenden

Load-Date: October 6, 2023

Im Zeichen der Migration; Bundesinnenministerin Nancy Faeser lässt sich zur SPD-Spitzenkandidatin für die Hessenwahl wählen. Dabei schweigt sie zur europäischen Asylreform bis Jusos in Not my Europe -Shirt ans Pult treten

taz, die tageszeitung

Montag 19. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 1153 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Bundesinnenministerin Nancy Faeser lässt sich zur SPD-Spitzenkandidatin für die Hessenwahl wählen. Dabei schweigt sie zur europäischen Asylreform bis Jusos in Not my Europe -Shirt ans Pult treten

Body

Aus Hanau und Berlin Konrad Litschko

Es geht Schlag auf Schlag. Am Samstag steht Nancy Faeser noch in Hanau, um sich von ihrer SPD zur Spitzenkandidatin für die hessische Landtagswahl am 8. Oktober wählen zu lassen und die von ihr mitverhandelte europäische Asylreform zu verteidigen. Abends ist sie bei der Eröffnungsfeier der Special Olympics und tags darauf landet die Bundesinnenministerin bereits in Tunis, um dort Migrationsdeals einzufädeln.

Wir wollen, dass die Menschenrechte von Geflüchteten geschützt werden und das furchtbare Sterben auf dem Mittelmeer aufhört, erklärt Faeser vorm Abflug. Mit dabei ist auch Frankreichs Innenminister Gérald Darmanin. Beide wollen ihren tunesischen Amtskollegen Kamel Feki und Staatspräsident Kais Saied treffen, denen zuletzt autokratische Züge vorgeworfen wurden.

Bereits vor einer Woche waren EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, Italiens Ministerpräsidentin Georgia Meloni und Niederlandes Ministerpräsident Mark Rutte nach Tunesien gereist und hatten 900 Millionen Euro Hilfgelder für ein Migrations- und Arbeitsabkommen angeboten. 100 Millionen Euro für Grenz- und Rückführungsmaßnahmen sollen sofort fließen. Tunesien ist derzeit ein zentraler Ausgangspunkt für Fluchten über das Mittelmeer nach Italien.

Für Faeser geht es auf ihrer Reise vor allem um legale Migrationswege, um dem menschenverachtenden Geschäft der Schleuser die Grundlage zu entziehen.

Doch nicht alle sind von dem Ansinnen überzeugt, Mitglieder heben das Thema tags zuvor selbst auf die Agenda. Dabei sollte der Parteitag der Landes-SPD als Krönungsmesse für Faeser als hessische Spitzenkandidatin gelten.

Im Zeichen der Migration Bundesinnenministerin Nancy Faeser lässt sich zur SPD-Spitzenkandidatin für die Hessenwahl wählen. Dabei schweigt sie zur europäischen

Die 52-Jährige wurde dort mit Standing Ovations gefeiert und mit 94,4 Prozent zur Spitzenkandidatin gekürt. Von einem überwältigenden Ergebnis, spricht Faeser. Um die umstrittene EU-Asylreform geht es dabei zunächst nicht, dabei beinhaltet sie Lager an der EU-Außengrenze. Ausnahmen für Familien mit Kindern setzte Faeser nicht durch.

Auf der Parteitagebühne in Hanau sagt Faeser zu der Asylreform zunächst keinen Satz. Faeser eröffnet ihre Rede damit, dass ihr Herz in Hessen schlage. Ja, wo denn sonst? Seit ihrer Geburt lebt sie in Hessen, saß hier jahrelang im Landtag und Kommunalparlamenten, pendelt bis heute vom hessischen Schwalbach nahe Frankfurt nach Berlin.

Dann schaltet Faeser auf Attacke gegen die CDU. Seit gut 24 Jahre regiere die Partei in Hessen, habe Skandale und Spendenaffären verursacht, einen sozialen Kahlschlag, eine widerwärtige Doppelpasskampagne, ruft sie in den Saal. Genug ist genug. Deshalb müsse mit dem heutigen Tag eine neue Ära beginnen. Eine Ära der SPD, angeführt von Faeser selbst.

Bei der CDU seien populistische Töne verantwortungslos, gefährlich und auch noch dumm, poltert sie. In Hessen habe die CDU nach dem NSU-Terror bei der Aufklärung versagt, nach dem Hanau-Attentat keine passenden Worte gefunden: Allein das ist ein Grund, sie abzuwählen. Sie dagegen habe als Bundesinnenministerin von Anfang an dem Rechtsextremismus als größtes Problem bezeichnet. Diesen Kampf würde sie als Ministerpräsidentin konsequent weiterführen.

Faeser zählt auf, wofür sie als Bundesinnenministerin noch sorgte: Sie habe die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage wieder eingeführt, einen erleichterten Zuzug von Fachkräften und doppelte Staatsbürgerschaften auf den Weg gebracht. Ich will handeln. In Hessen stehe für sie der Kampf gegen den Fachkräftemangel an oberster Stelle, erklärt Faeser. Dass alle Schüler:innen einen Abschluss bräuchten, Meisterbriefe kostenfrei sein müssten, es eine bessere Gesundheitsversorgung brauche und ein Zweckentfremdungsgesetz sozialdemokratische Klassiker. Dazu verspricht Faeser eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, sobald sie im Amt sei.

Immer wieder wird Faesers Rede von Applaus unterbrochen, gerade bei den Ansagen gegen rechts. Den Saal trägt ein Gefühl, dass im Oktober wirklich etwas gehen könnte. Das bekräftigt auch der angereiste SPD-Parteichef Lars Klingbeil, der erklärt, Nancy ist das Beste, was Hessen passieren kann. Auch Kanzler Olaf Scholz schickt ein Video-statement, in dem er Faeser als fröhlich, entschieden, mit Weitblick preist.

Nur: In Umfragen liegt die CDU von Boris Rhein immer noch deutlich vorn, bei knapp 30 Prozent. Die SPD liegt gut rund sieben Prozentpunkte dahinter, aber noch vor den mitregierenden Grünen, die mit Wirtschaftsminister Tarik Al-Warzir in den Wahlkampf gehen.

Faeser beschwört dagegen, dass sie in Schlagweite zur CDU sei. Spätestens in ein paar Wochen werde im Wahlkampf der Bund in den Hintergrund rücken und Landesthemen nach vorn. Zu den Grünen verliert Faeser dagegen kein einziges Wort. Ihr Plan ist klar: ein Zweikampf mit der CDU von Boris Rhein.

Dann aber kommt doch das Thema der europäischen Asylreform auf: Jusos treten mit Not my Europe -Shirts ans Pult, kritisieren einen faulen Kompromiss. Kein Mensch, kein Kind gehört in ein Internierungslager, schimpft eine junge Delegierte. Menschenrechte dürften nicht untergraben werden.

Beschämend und ein einziges Unrecht sei die Reform, so Juso-Chefin Jessica Rosenthal. Die frühere hessische SPD-Chefin Andrea Ypsilanti trat aus Protest gar aus der Partei aus: Der Beschluss werde noch schlimmeres Elend zur Folge haben, erklärte sie. Er sei ein Kotau vor den Rechtsextremisten.

Am Samstagmorgen sammelt sich auch in Hanau vor der SPD-Parteitagshalle eine kleine Protestkundgebung. Vor Elendslagern an der EU-Außengrenze wird dort gewarnt. Nancy Seehofer?, fragt ein Schild.

Im Zeichen der Migration Bundesinnenministerin Nancy Faeser lässt sich zur SPD-Spitzenkandidatin für die Hessenwahl wählen. Dabei schweigt sie zur europäischen

Faeser hatte bereits im Vorfeld mit einer Videoschalt mit den hessischen Jusos Kritik auszuräumen versucht. Auf dem Parteitag geht sie gleich nach Ankunft auf die Parteijugend zu, bittet um Zusammenhalt. Nur gemeinsam werde man bei der Wahl erfolgreich sein.

SPD-Landrat Wolfgang Schuster erklärt, die Kapazitäten der Kommunen, um Geflüchtete aufzunehmen, sei zu Ende. Die Asylreform sei ein Kompromiss, der die Gesellschaft zusammenhalte. Auch Hanaus SPD-Oberbürgermeister Claus Kaminsky dankt aus kommunaler Betroffenheit Faeser. Jahrelange sei darüber erfolglos verhandelt worden, nun gebe es endlich eine Lösung. Beschlossen wird ein Antrag des Landesvorstands: Die derzeitige Lage an der EU-Grenze sei nicht akzeptabel und die Reform besser als der Status quo, heißt es darin. Man werde im weiteren Verfahren für humanitäre Standards kämpfen.

Das gemeinsame Ziel sei doch, so Faeser, dass das Sterben im Mittelmeer aufhöre. Das Individualrecht auf Asyl werde nicht angetastet. Dann lobt Faeser, sie sei stolz, dass wir so starke Jusos haben, die sich für die Belange der Geflüchteten einsetzen. Ihr habt das Herz auf dem rechten Fleck. Die hatten bereits zuvor versichert, dass sie bei aller Kritik Faeser im Wahlkampf unterstützen.

In Umfragen liegt die CDU von Boris Rhein immer noch deutlich vorn, bei knapp 30 Prozent

migration und asyl

Load-Date: June 18, 2023

Tunesien deportiert Hunderte Migranten; Bereits mehr als 1.000 Menschen harren in einer Sperrzone am Strand zwischen Tunesien und Libyen aus. Präsident Saied weist Kritik zurück. Sein Land stehe nicht zum Ausverkauf

taz, die tageszeitung

Montag 10. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 650 words

Byline: Mirco Keilberth

Highlight: Bereits mehr als 1.000 Menschen harren in einer Sperrzone am Strand zwischen Tunesien und Libyen aus. Präsident Saied weist Kritik zurück. Sein Land stehe nicht zum Ausverkauf

Body

Aus Sfax Mirco Keilberth

In einer militärischen Sperrzone zwischen der tunesischen und libyschen Grenze warten mehr als 1.200 **Migranten** seit Tagen verzweifelt auf Hilfe. Sie waren während der aktuellen Welle von Übergriffen in der tunesischen Hafenstadt Sfax aus ihren Wohnungen vertrieben worden. In Gruppen von bis zu 50 Angreifern waren tunesische Jugendliche durch die Straßen der Stadt gezogen. Sie nahmen den aus West- und Zentralafrika kommenden Menschen Telefone, Geld und Dokumente ab.

Seit letztem Mittwoch werden die Mi-gran-ten in Bussen an die libysche sowie an die algerische Grenze gefahren. Nach Angaben des aus Sfax stammenden Parlamentsabgeordneten Moez Barkallah schicken die Behörden täglich mehrere Gruppen in das Niemandsland an der libyschen Grenze beim Grenzübergang Ras Jadir.

Viele der nach Sfax gekommenen Menschen waren zuvor aus Libyen geflohen oder von Schleppern aus Algerien in den tunesischen Grenzort Kasserine gebracht worden. Mit dem Transport der Mi-gran-ten imitiert Tunesien nun die von den EU-Innenministern aktuell angestrebte europäische Asylpolitik: Zukünftig soll es demnach möglich sein, abgelehnte Asylbewerber aus einem EU-Mitgliedsstaat in das Land zu schicken, aus dem sie eingereist waren, auch wenn sie nicht von dort stammen.

Das Vorgehen Tunesiens, die Menschen in der Wüste auszusetzen, hat offenbar schon zum Tod mehrerer Menschen geführt. Mi-gran-ten in Tunesien stehen mit der täglich größer werdenden Gruppe an der Grenze zu Libyen in Kontakt. Sie berichteten von mindestens acht Todesfällen aufgrund von Dehydrierung und Schwäche. Einem Reporter von Al Jazeera gelang es, in das Sperrgebiet zu gelangen und mit den Gestrandeten zu sprechen. Bis auf die libyschen Grenzbeamten hätte ihnen niemand Wasser oder Lebensmittel gebracht, berichtet der Reporter Malik Traina.

Tunesien deportiert Hunderte Migranten Bereits mehr als 1.000 Menschen harren in einer Sperrzone am Strand zwischen Tunesien und Libyen aus. Präsident Saied wei....

Die Gruppe harrt am Strand aus und wird von tunesischen und libyschen Beamten an der Weiterreise in die libysche Hauptstadt Tripolis oder der Rückkehr nach Sfax gehindert. Libysche Grenzbeamte berichteten der taz von heftigem Streit mit den tunesischen Kollegen. Man beherberge mehrere Hunderttausend Mi-gran-ten und sei bisher nie auf die Idee gekommen, diese ohne Vorankündigung nach Tunesien zu schicken.

Der Reporter Traina und Mi-gran-ten, die mit der Gruppe in Kontakt stehen, appellieren an Hilfsorganisationen, der Gruppe so schnell wie möglich Hilfe zukommen zu lassen. Derzeit herrschen in dem Gebiet Temperaturen von über 40 Grad Celsius. Human Rights Watch forderte Tunesien auf, dringend humanitären Zugang zu den Betroffenen zu ermöglichen, die wenig Nahrung und keine medizinische Hilfe hätten.

Tunesiens Präsident Kais Saied wies Kritik am Samstagabend zurück. Diese Migranten werden menschlich behandelt, ausgehend von unseren Werten und Charakterzügen, sagte Saied. Dieses Verhalten stünde im Gegensatz zu dem, was koloniale Kreise und ihre Agenten verbreiten. Mit Blick auf die Migranten sagte er: Tunesien ist keine möblierte Wohnung zum Verkauf oder zur Miete.

Bislang völlig unklar ist, warum die tunesischen Behörden die Menschen ohne Absprache mit Hilfsorganisationen deportieren. In Sfax trauen sich nach dem Abflauen der jüngsten Welle der Gewalt gegen Migranten einige nun wieder auf die Straße. Am Freitag forderten mehrere Hundert Menschen mit selbst gemalten Plakaten, ein Ende der Übergriffe und in ihre Heimat ausgeflogen zu werden.

Hassan Gierdo aus Guinea zeigt auf eine offene Wunde an seinem Unterschenkel. Jemand hat mit einem Knüppel auf mich eingeschlagen, als ich bereits zusammen mit einem Dutzend anderer zusammengetriebener Menschen auf dem Boden lag. Ich habe kein Geld für einen Arzt und öffentliche Krankenhäuser behandeln uns nicht, sagt der 24-Jährige. Man will es uns unmöglich machen, in Tunesien zu bleiben, auch wenn das unser Leben in Gefahr bringt, glaubt Gierdo.

Jemand hat mit einem Knüppel auf mich eingeschlagen

Load-Date: July 9, 2023

Russlands Mobilmachung als Fluchtgrund; Die Zahl russischer Asylsuchender steigt. Tut Deutschland genug, um deren Einberufung zu verhindern?

taz, die tageszeitung

Mittwoch 19. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 578 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Die Zahl russischer Asylsuchender steigt. Tut Deutschland genug, um deren Einberufung zu verhindern?

Body

Von Dinah Riese

Als vor mehr als einem Jahr Russlands Angriffskrieg begann, sind in deren Folge vor allem Menschen aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet. Doch inzwischen steigt hierzulande auch die Zahl russischer Asylsuchender. Unter den fast 81.000 Erstanträgen auf Asyl, die von Januar bis März gestellt wurden, machen die 2.381 russischen Staats-bür-ge-r*in-nen zwar nur einen kleinen Teil aus. Doch ist die Zahl schon jetzt beinahe so hoch wie im gesamten Jahr 2022: Damals waren es insgesamt 2.851 Erst-anträge, wie aus Zahlen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hervorgeht, über die am Dienstag der Fachinformationsdienst Table.Media berichtete.

So habe es einen deutlichen Anstieg in der Altersgruppe der 19- bis 30-jährigen Männer und Frauen aus Russland gegeben, ebenso sei der Anteil männlicher Asylsuchender aus Russland von 59 auf 64 Prozent gestiegen. Die Behörde führt die Zunahme auf Moskaus Mobilmachung im Krieg gegen die Ukraine zurück. Bundeskanzler Olaf Scholz und Innenministerin Nancy Faeser (SPD) hatten ebenso wie viele andere deutsche Po-li-ti-ke-r*in-nen im vergangenen Jahr betont, jenen helfen zu wollen, die nicht in Russlands Krieg kämpfen wollen. Entsprechend erklärte das Bundesinnenministerium (BMI): Deserteure, die sich an Putins Krieg nicht beteiligen wollen, erhielten im Regelfall internationalen Schutz.

Deutlich schwieriger aber ist die Situation für Militärdienstentzieher, die nicht als Soldat fliehen, sondern nach Erhalt ihrer Einberufung oder sogar davor, aus Sorge, danach das Land nicht mehr verlassen zu können. Im Dezember erklärte das BMI auf taz-Anfrage, für diese Personengruppe überprüfe das Bamf derzeit die Entscheidungspraxis. Diese Prüfung dauere noch immer an, erklärte das Bamf auf Nachfrage. Gleichwohl wird in jedem Einzelfall geprüft, ob individuelle Verfolgungsgründe und damit ein Schutzanspruch vorliegen.

Russlands Mobilmachung als Fluchtgrund Die Zahl russischer Asylsuchender steigt. Tut Deutschland genug, um deren Einberufung zu verhindern?

Tatsächlich sind die Aussichten auf Asyl für russische Staatsangehörige gestiegen auf geringem Niveau. Demnach bekamen 2023 bislang rund 27 Prozent der russischen Asylsuchenden Schutz. Im Vorjahr waren es rund 18 Prozent. Das zeigt die bereinigte Schutzquote, die nur jene Asylgesuche berücksichtigt, bei denen der Antrag inhaltlich geprüft wurde.

Gelöst ist das Problem der Kriegsdienstentzieher aber nicht. So berichtet der Verein Connection vom Fall eines Russen, dessen Asylantrag Ende Januar abgelehnt wurde. Es sei nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass der Antragsteller -gegen seinen Willen zwangsweise zu den Streitkräften eingezogen würde, zitiert der Verein, der Kriegsdienstverweigerer weltweit unterstützt, aus dem Bescheid. Der Mann sei über 40 Jahre alt, Russland berufe aber Männer bis 27 Jahre ein. Connection weist jedoch darauf hin, dass seit einer Gesetzesänderung vom Mai 2022 auch Männer bis 65 eingezogen würden.

Zudem berichtet der Verein vom Fall eines Russen, dessen Antrag auf ein Visum von einer deutschen Botschaft abgelehnt wurde. Er gehöre zu dem Personenkreis, der in Russland potentiell von der Teilmobilisierung für die russischen Streitkräfte betroffen ist, daher sei seine Rückkehrbereitschaft gering. Die einen sagen, es drohe keine Rekrutierung, die anderen erklären, es drohe eine Rekrutierung, kritisiert Rudi Friedrich von Connection. Und alles nur mit dem Ziel, russische Kriegsdienstverweigerer außer Landes zu halten.

Die Aussichten auf Asyl für russische Staatsangehörige sind leicht gestiegen

Load-Date: April 18, 2023

Äußerst begrenzt; Apokalyptisch anmutender Hindernisparcour: In dieser Situation sind Geflüchtete, die via Mexiko in die USA wollen. Sie fliehen Länder, die stets ärmer und gewalttätiger werden. Eine Reise zu Entwurzelten und Engagierten rund um den Grenzwall

taz, die tageszeitung

Montag 11. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 3088 words

Byline: Johannes Streeck, Kathrin Zeiske

Highlight: Apokalyptisch anmutender Hindernisparcour: In dieser Situation sind Geflüchtete, die via Mexiko in die USA wollen. Sie fliehen Länder, die stets ärmer und gewalttätiger werden. Eine Reise zu Entwurzelten und Engagierten rund um den Grenzwall

Body

Aus New Mexico und Arizona (USA) und Ciudad Juárez (Mexiko) Johannes Streeck und Kathrin Zeiske

Pastor Victor Hugo Sanchez sitzt hinter einem eisernen Schreibtisch und empfängt Geflüchtete nur wenige Hundert Meter Luftlinie von ihrem Ziel entfernt, den Vereinigten Staaten. Er ist ein bulliger Mann, lange hat er als privater Sicherheitsmann gearbeitet. Heute leitet er die Herberge La Esperanza im Zentrum der mexikanischen Grenzstadt Ciudad Juárez. Insgesamt drei Dutzend Migrantenherbergen haben vor allem katholische und evangelikale Gemeinden mittlerweile hier gegründet. Pastor Hugo zeigt auf die große Fensteröffnung ohne Glas, nur mit Metallstäben vergittert. Davor stehen zwei hagere Männer in ausgewaschener Kleidung. Hier geben wir 24 Stunden am Tag Essen aus.

Viele der Migranten hätten eine Reise auf Güterzugdächern durch Mexiko hinter sich. Manche hätten die Mauer, die Mexiko von den USA trennt, erklommen und sich am Stacheldraht davor und dahinter Arme und Beine aufgeschlitzt. Oder sie seien aus großer Höhe abgestürzt und hätten sich die Knochen gebrochen. Im La Esperanza können sie sich ausruhen: Es gibt Zimmer mit weiß gestrichenem Holzboden im ersten Stock, und im Jahr 2019, als Mi-gran-tin-nen aus Mittelamerika nicht mehr klandestin, sondern unter den Augen der Weltöffentlichkeit in großen Trecks durch Mexiko Richtung Grenze zogen, hat man die ehemalige Suppenküche für obdachlose Männer um Schlafstätten für Geflüchtete erweitert.

Unter Präsident Biden ist die Grenzmauer zwischen den Zwillingsstädten Ciudad Juárez in Mexiko und El Paso in den USA mit unzähligen Rollen Natodraht und zusätzlichen Maschendrahtzäunen unzugänglich gemacht worden, sagt Pastor Hugo. Ein apokalyptisch anmutender Hindernisparcour für Zombies, so scheint es, nicht gemacht für Menschen aus Fleisch und Blut, die schlicht überleben wollen und nur eine äußerst begrenzte Chance auf Asyl

Äußerst begrenzt Apokalyptisch anmutender Hindernisparcour: In dieser Situation sind Geflüchtete, die via Mexiko in die USA wollen. Sie fliehen Länder, die stet....

haben. Aus der Pandemie ist Lateinamerika ärmer hervorgegangen, Staaten wie El Salvador, Nicaragua und Paraguay sind autokratischer geworden, und die Drogenkartelle haben Länder wie Haiti und Honduras zersetzt.

So wurden dies Jahr allein bis September 2,4 Millionen Geflüchtete an der Grenze zu den USA gestoppt. Täglich überqueren aber auch Tausende erfolgreich die Grenze. Auf dem US-Highway in El Paso direkt hinter dem Wall blinken Tafeln: Vorsicht vor plötzlich auftauchenden Personen auf der Fahrbahn. Panzerfahrzeuge der Nationalgarde stehen bereit, diesseits patrouilliert die mexikanische Militärpolizei in sandfarbenen Mannschaftswagen. Sie erschoss im Oktober zwei Männer aus Guatemala, vier weitere wurden nahe der Grenze durch Schüsse verletzt.

Schon im Juli hatte sich Ähnliches ereignet. Ehemalige Herbergenbewohner seien nach Mexiko zurückgeschoben worden, berichtet Hugo. Es seien Männer aus Nicaragua, Haiti oder Kuba gewesen Ländern also, die keine diplomatischen Beziehungen zu den USA unterhalten.

Haiti gilt gemeinhin als Failed State , Menschen fliehen dort vor Gewalt und Korruption. Mit Venezuela nahmen die USA im Oktober wieder Beziehungen auf nicht zuletzt, um erneut unzählige Abschiebeflüge zu ermöglichen. In der zweiten Novemberhälfte gingen insgesamt 30 Maschinen aus den USA nach Venezuela und Mittelamerika.

Eine legale Einreise, die die Voraussetzung dafür ist, in den USA um Asyl zu bitten, ist seit Mai nur noch über die App CBP One des US-Zoll und Grenzschutzes (CBP) möglich. Der Asylzugang wurde unter Präsident Biden komplett digitalisiert: Einen Termin zu einer ersten Anhörung kann man in der App mit Standorterfassung nur direkt von den mexikanischen Grenzstädten aus buchen.

Und diese Städte sind schwer zu erreichen. 2023 wurden in Mexiko mehr Personen ohne Papiere festgenommen als je zuvor. Bis Oktober waren es bereits über 500.000 mehr als im gesamten Jahr 2022. Von Chiapas aus, einem süd-mexikanischen Bundesstaat an der Grenze zu Guatemala, versuchten Ende Oktober über 5.000 Personen gemeinsam in einer Karawane Richtung Norden zu ziehen. Nach Verhandlungen mit der Migrationspolizei erhielten Familien Transitpapiere; alleinreisende Männer tauchten ab.

Pastor Hugo schichtet Brennholz im Hof, gemeinsam mit dem kahlköpfigen, gut gelaunten David, der im mexikanischen Bundesstaat Baja California erst zum Drogenentzug und anschließend zur Kirche fand und nun rund um die Uhr die erste Ansprechperson in der Herberge ist. Der Winter in der Wüste ist eiskalt und die Sonne wärmt nur noch frühnachmittags. Im Gegensatz zu David war Pastor Hugo immer clean. Sein Vater hingegen hatte nach einer Straßenkindheit und einer heroïnabhängigen Jugend Jahre hinter Gittern verbracht. Sein Sohn lernte ihn erst als Teenager kennen, da kam der Vater als geläuterter Mann zurück. Fortan hatte er eine Mission: beispielhaft voranzugehen. Heute macht der Sohn wie einst sein Vater als Prediger Männerarbeit im Gefängnis, im Entzug, auf der Straße, für Menschen auf der Flucht hat er ein offenes Ohr. Pastor Hugo kennt seine Stadt mit all ihren Abgründen.

Auch an diesem kühlen Herbstmorgen sind die Bars offen an der Straße, wo das Esperanza steht. Die rostrote Mauer zu den USA liegt nur drei Blocks entfernt und ebenso die Grenzbrücke Santa Fe, die aus dem Zentrum von Ciudad Juárez direkt nach Downtown El Paso, Texas, führt. Gegenüber dem stadtbekannten Bordell Casa Roja steht ein weißes Gebäude, das in einem Türmchen endet. In dieser alten Villa ist das Nachtleben lange vorbei: Einst empfing die Barbesitzerin Amparo Kluber Le Roy hier Bundeswehrsoldaten, die auf der US-Militärbasis Fort Bliss stationiert waren. Mexikaner hatten keinen Zutritt. Der Sohn der Besitzerin hat das Gebäude nach ihrem Tod entrümpelt und einer evangelikalen Kirche geschenkt.

Überall hier befinden wir uns im Herzen der Bestie , erklärt der Pastor. Das Viertel Bellavista ist das Epizentrum des Juárezkartells, berüchtigt für Menschenhandel, Drogengeschäfte, Entführungen und Erpressung auch von Menschen auf der Flucht. Auf ihrem Weg nach Norden sind Geflüchtete mit allem konfrontiert für die Kartelle und die Polizei sind sie ein Geschäft. Im Frühjahr 2023 berichteten Geflüchtete wiederholt der Menschenrechtsorganisation Paso del Norte, von der Lokalpolizei in Lagerhallen entführt, geschlagen und mit dem Tod bedroht sowie ihrer letzten Ersparnisse beraubt worden zu sein. Mindestens sieben mexikanische Kartelle haben sich seit der Grenzpolitikverschärfung unter Donald Trump darauf spezialisiert, Menschen in die USA zu

Äußerst begrenzt Apokalyptisch anmutender Hindernisparcour: In dieser Situation sind Geflüchtete, die via Mexiko in die USA wollen. Sie fliehen Länder, die stet....

schleusen. Sie verdienen laut Ministerium für Innere Sicherheit der USA jährlich damit bis zu 500 Millionen US-Dollar.

Hier in Juárez trennt die klandestin Reisenden nur noch eine Umgehungsstraße und die weite Freifläche vor dem Rio Bravo von der berüchtigten Mauer und von den USA. Die Herberge wird als Ort respektiert, sagt Pastor Hugo. An ihr Fenster kommen auch die Soldaten der niedrigen militärischen Ränge für ein warmes Essen, die Kleindealer, die in den verlassenen Häusern im historischen Zentrum leben. In Ciudad Juárez leisten Einzelpersonen und Initiativen eigentlich pragmatisch Hilfe, so der Pastor.

Doch dieses Jahr ist das gesellschaftliche Klima dort umgeschlagen. Am 27. März erstickten 40 Migranten im Abschiebegefängnis. Die Zellentüren waren bei einem Brand nicht geöffnet worden. 27 Männer konnten von der zufällig vorbeikommenden Feuerwehr gerettet werden, 15 Frauen waren aus der Zelle gelassen worden. Dem Vorfall waren eine sich zuspitzende rassistische Hetze in sozialen und anderen Medien und willkürliche Razzien vorangegangen.

Die mexikanischen Grenzstädte meistern unterschiedlich gut die Herausforderung, vor die sie die repressive US-Abschottungspolitik und der Exodus aus Lateinamerika stellt. Sie müssen die Massen der Abgeschobenen wie die der Ankommenden aufnehmen. Besonders wenn dies den alltäglichen Grenzverkehr von Schulkindern, Studierenden, Arbeitenden und Einkaufenden im binationalen Ballungsraum lahmlegt, ruft dies Unmut hervor. Rassistische Ressentiments schüren außerdem die quer durch die Gesellschaft vertretenen Kartellmitglieder, die Gewalttaten an Geflüchteten verüben.

Ein halbes Jahr später scheint das Erstickungsdrama aus der kollektiven Erinnerung gestrichen worden zu sein. Während der Direktor der mexikanischen Migrationspolizei INM, Francisco Garduño, weiterhin sein Amt bekleidet und sich im September mit einer halben Million Pesos aus dem Gerichtsverfahren freizukaufen versuchte, stehen in Mexiko-Stadt vor allem Sündenböcke dafür vor Gericht: Neben zwei Männern aus Venezuela, die aus Protest den Brand gelegt haben sollen, wurde Juan Carlos Meza Cumplido als Direktor der Grupo Beta, einer humanitären Unterorganisation der Migrationspolizei, zum Verantwortlichen für die fatale Situation im Abschiebegefängnis erklärt. Ein unhaltbares Konstrukt, wie sich sämtliche NGOs und Migrantenherbergen vor Ort empörten. Diese kennen und schätzen Meza Cumplido vor allem für seinen passionierten Einsatz bei der tagtäglichen Bergung von Geflüchteten aus der am Stadtrand beginnenden Wüste und dem Gebirge. Im November brachten NGOs den Fall vor die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH). Nun muss sich die Regierung von López Obrador dafür verantworten.

Initiativen an der mexikanischen Süd- und Nordgrenze fordern eine angemessene staatliche und internationale Unterstützung bei der Grundversorgung von Geflüchteten in den übervollen Transitstädten. Der mexikanische Präsident lud Ende Oktober zehn lateinamerikanischen Staatsoberhäupter zum Gipfeltreffen, um den strukturellen Ursachen für Flucht und Migration gemeinsam entgegenzuwirken. Im Abschlussdokument kritisierte man auch die US-Wirtschaftssanktionen gegen Kuba und Venezuela. Dort hat die Lebensmittel- und Medikamentenknappheit in den letzten Jahren durch das US-Handelsembargo gegen den lateinamerikanischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts zu einem Exodus geführt und die politischen Fronten verhärtet.

Rund acht Millionen venezolanische Staatsbürger:innen haben mittlerweile ihr Land verlassen. So sind auch Iker, Jose Carlos und Edwin auf der Flucht. Sie haben es sich auf dem luftigen Herbergsdach bequem gemacht. Hier hängen zum Trocknen Wäsche und Decken. In der Ferne steht der Spruch Ciudad Juárez: Lies die Bibel, denn sie spricht die Wahrheit in gigantischen weißen Lettern auf der städtischen Bergkette. Die Männer aus dem venezolanischen Caracas bilden eine Schicksalsgemeinschaft seit ihrer Odyssee durch den Darién Gap, der Dschungelregion zwischen Kolumbien und Panama.

Dort siehst du Leichen am Wegesrand und Menschen, die von plötzlich anschwellenden Flüssen mitgerissen werden, erinnert sich Edwin schauernd. Ein weiterer Dschungel sei Mexiko-Stadt, ohne Jaguare und Pythons, dafür voll lauender Gefahren auf dem Weg nach Norden: Entführungen, Erpressungen seien dort an der Tagesordnung. Und dann erst käme die Zugreise, sagen die Männer, drei Tage und Nächte auf

Äußerst begrenzt Apokalyptisch anmutender Hindernisparcour: In dieser Situation sind Geflüchtete, die via Mexiko in die USA wollen. Sie fliehen Länder, die stet....

Güterwaggondächern. Da raubte man uns unsere letzten Habseligkeiten. In Juárez kamen sie nur mit den Kleidern am Leib an. Human Rights First hat seit Bidens Änderung der Asylpolitik im Mai über 1.300 Berichte von gewaltsamen Übergriffen auf Geflüchtete in Mexiko gesammelt.

Noch einmal würde keiner von ihnen die Reise machen, sagen die drei Männer. Wir werden uns bewusst, wie wenig Geld und materielle Güter doch im Grunde wert sind, fügt Iker hinzu. Da willst du nur noch überleben und zurück zur Familie, sagt er. Einen knappen Kilometer Luftlinie von dem Standort Ikers, Edwins und Jose Carlos beginnen die USA.

In El Paso sind die Straßen sauberer als in Juárez, die Infrastruktur ist moderner. Landschaftlich sieht es genauso aus: zerklüftete Hügel und Berge, schroffe Wüste dort, wo nicht künstlich bewässert wird. Jogger und Wanderer sind unterwegs, um den steilen Berg Cristo Rey zu besteigen oder am Schrein von Fatima zu beten.

Dass Cristo Rey nicht nur ein Ausflugsziel ist, merkt man schon daran, dass ein Fahrzeug der US-Border-Patrol, der Grenzpolizei, sichtbar auf einem Hügel steht. Von der Anhöhe aus lässt sich die Szenerie gut beobachten. Während der Berg für viele schlichtweg Naherholungsgebiet ist, bedeutet er für andere das letzte Hindernis auf dem Weg in die USA. Die schweren Grenzbefestigungen, die Juárez und El Paso fast vollständig von-ein-an-der trennen, müssen vor den topografischen Tatsachen am Cristo Rey haltmachen: Hier gibt es keinen Zaun, nur die Wüste selbst.

Eine kleine Gruppe Freiwilliger ist am Berg unterwegs, um den Migrant:innen, die hier durchkommen, die Reise etwas einfacher zu machen. Mit Rucksäcken ausgestattet, deponieren sie Plastikbehälter mit Wasser entlang der klandestinen Routen, die das Gebiet durchziehen. Auch im Winter kann das lebensrettend sein, denn oftmals harren Mi-gran-t:in-nen tage- und nächtelang aus, bis sie von ihren Schleusern das Signal bekommen, die finalen wenigen Kilometer nach Norden anzutreten.

In diesem Jahr sind die Zahlen der Menschen, die auf dem Weg sterben, besonders hoch. 148 Personen sind bereits umgekommen im El-Paso-Sektor, der den Grenzbereich zwischen dem Bundesstaat New Mexico und dem westlichen Texas umfasst. Der Großteil von ihnen starb im Bereich von El Paso. Witterungsbedingungen, Durst und Erschöpfung sind die häufigsten Ursachen dafür.

Der El-Paso-Sektor ist Teil einer Grenzsicherungstaktik, die nicht nur dieses Jahr unzählige Menschenleben gekostet hat. Deterrence, Abschreckung, nennt sich das Maßnahmensystem, mit dem Menschen seit Mitte der 90er Jahre in unwirtliche und abgelegene Regionen wie hier gedrängt werden. Das Ziel ist, Menschen, die versuchen, die Grenze zu überqueren, zu bestrafen und zu töten, sagt Bryce Peterson, der auch an diesem Tag am Cristo Rey Wasserdepots anlegt. Der hagere Mann mit den vielen Tätowierungen fährt regelmäßig einen halben Tag aus Arizona hierher. Und das, sagt Peterson, ist genau das, was passiert: Die Menschen sterben an der Grenze.

Die Abschreckungspolitik, die in El Paso erfunden wurde, manifestiert sich mittlerweile an der gesamten US-Mexiko-Grenze. Übergänge in der Nähe von Städten und Ortschaften werden stark abgesichert, damit Mi-gran-t:in-nen in die Wüste ausweichen müssen. Die Natur wird als Grenzwall instrumentalisiert. Besonders sichtbar ist dies in Arizona, dessen südliche Grenze an Mexiko heranreicht. Die Großstadt Tucson im Süden des Staates ist das Zuhause von No Mas Muertos, einer Hilfsorganisation, die aktiv gegen das Sterben an der Grenze vorgeht.

Ary, die nur ihren Spitznamen nennt, ist Mitglied bei No Mas Muertos und erzählt in einem Arbeiterviertel der Stadt von ihren Erfahrungen. Es sterben so viel mehr Menschen, als bekannt ist, sagt sie. Zuständig für die Rettung von Menschen im Grenzbereich ist offiziell die US-Border-Patrol, doch die komme dieser Verantwortung oft nur lückenhaft nach: No Mas Muertos berichtet von Hilferufen, die nicht beantwortet würden. Manchmal erfänden Beamte Ausreden, warum sie einen sterbenden Menschen nicht retten könnten. Obwohl die Rettungsteams von Pima County, dem Distrikt, in dem Tucson liegt, eine Erfolgsrate von fast 100 Prozent haben, dürfen diese nicht auf Notrufe im Grenzgebiet reagieren.

Äußerst begrenzt Apokalyptisch anmutender Hindernisparcour: In dieser Situation sind Geflüchtete, die via Mexiko in die USA wollen. Sie fliehen Länder, die stet....

Die Hilfsorganisation schätzt in einem jetzt veröffentlichten Bericht, dass die staatliche Border Patrol bei 63 Prozent der Vermisstenmeldungen keine Rettungsmissionen in Gang setzt. Auf Leichen zu stoßen ist für Ary nichts Ungewöhnliches. Die Wüste ist so abgelegen, dass man dort draußen fast garantiert Tote findet , sagt sie. Der Kontrast zwischen No Mas Muertos, die sich per Spenden finanzieren und fast ausschließlich auf die Arbeit von Freiwilligen stützen, und der Border Patrol könnte kaum größer sein. Die Border Patrol hat mehr Geld als jede andere Sicherheitsbehörde in den USA , sagt Ary. Besonders stark kommt dieser Gegensatz zur Geltung, wenn es um technische Ausrüstung geht. Die Aktivistin berichtet von einem Vorfall, bei dem ein Mitglied ihrer Gruppe die Leiche eines Migranten über viele Kilometer tragen musste, weil sich der Grenzschutz weigerte, die Bergung zu unterstützen. Wir haben die ganze Zeit gesehen, wie die Helikopter der Border Patrol über dem Gebiet kreisten , sagt Ary. Doch anstatt dass die Behörde ihre Flotte für Hilfsgesuche von Mi-gran-t:in-nen nutzt, setzt sie diese für eine Praxis ein, die sich Chase and Scatter nennt, Jagen und Zerstreuen. Mi-gran-t:in-nengruppen werden von Hubschraubern, berittenen Beamten und Fahrzeugen drangsaliert, um ihnen den Weg durch die Wüste zu erschweren. Durch Desorientierung und Angst verlieren viele so den Anschluss an ihre Gruppe und gehen in der Wüste verloren.

Rund 300 Kilometer weiter westlich sitzt David Peckham in einem Pick-up-Truck, der langsam über eine holprige Piste im südwestlichen Zipfel von New Mexico fährt. Diese Gegend von New Mexico ist eine der abgelegensten des Bundesstaates, zur nächsten Ortschaft sind es rund anderthalb Autostunden. Seit Peckham an die Grenze gezogen ist, engagiert er sich mit anderen Freiwilligen und hinterlässt Wasser, Lebensmittel und Kleidung entlang der sogenannten Migrant Trails im Hinterland. Die Anzahl der Menschen, die bei dieser Reise ums Leben kommen ist inakzeptabel , sagt der 70-Jährige. An diesem Tag ist Peckham mit einer Gruppe unterwegs, die versucht, noch unbekannte Wegstationen der Mi-gran-t:in-nen zu finden. An einer Stelle kontrollieren sie, ob das Wasserdepot, das sie versuchsweise im Sommer angelegt hatten, genutzt wurde. In einem Wacholderwald finden sie auf steinigem Boden leere Flaschen, Kleidungsstücke und einen tarnfarbenen Rucksack.

Wahrscheinlich wurden sie hier abgeholt , sagt Peckham. Die Rucksäcke lassen sie liegen, um unauffälliger bei der Weiterreise zu sein. Was den Kontakt mit der Border Patrol anbelangt, hat Peckham gemischte Erfahrungen gemacht. Manche unterstützen, was wir hier draußen machen , sagt er. Andere haben eine ausgemachte Law-and-Order-Einstellung zu unserer Arbeit.

In den letzten Jahren wurden Akt-ivis-t:in-nen wegen ihrer Arbeit an der Grenze verhaftet und verklagt. Erschwert wird die humanitäre Hilfe aber auch durch Privatpersonen. Ein Mitglied von Peckhams Gruppe berichtet, dass er über eine Wildkamera aufgenommen habe, wie ein Jäger die Wasserflaschen eines Depots mit einem Messer zerstoßen hat. Peckham erzählt, er sei kürzlich von einem Mitglied einer rechten Miliz bedroht worden, der ihm schwer bewaffnet im Grenzland von Arizona begegnet ist. Manche glauben eben, dass die Geflüchteten nichts Besseres verdient haben als die Hölle, der sie entfliehen.

Load-Date: December 10, 2023

Schutz vor homofeindlicher Gewalt; Noch 2022 erklärte ein Richter einem schwulen Geflüchteten aus Algerien, er könne dort ja diskret leben. Nun wurde er doch als Flüchtling anerkannt

taz, die tageszeitung

Montag 16. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 631 words

Byline: Christoph Schmidt-Lunau

Highlight: Noch 2022 erklärte ein Richter einem schwulen Geflüchteten aus Algerien, er könne dort ja diskret leben. Nun wurde er doch als Flüchtling anerkannt

Body

Von Christoph Schmidt-Lunau

Drei lange Jahre hat Abdelkarim Bendjeriou-Sedjerari darum gekämpft, in Deutschland bleiben zu dürfen. In seinem Heimatland Algerien drohten ihm als offen homosexuell lebendem Mann Gewalt und Verfolgung, so hat er immer wieder beteuert, in den Anhörungen der Ausländerbehörden, auf CSD-Podien und nicht zuletzt vor Verwaltungsgerichten. Jetzt endlich, nach zwei verlorenen Gerichtsprozessen, kann er feiern.

Der 35-jährige Algerier darf bleiben: Menschen, denen aufgrund ihrer queeren Identität in ihrem Herkunftsland Verfolgung droht, dürfen nicht länger abgeschoben werden. Die Behörden müssen nun immer davon ausgehen, dass die sexuelle Orientierung offen gelebt wird und dürfen nicht mehr auf ein diskretes Leben verweisen.

Mit der entsprechenden Anweisung an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) habe Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) im Oktober einen Paradigmenwechsel eingeleitet, freut sich Patrick Dörr vom Vorstand des Lesben- und Schwulenverbands. Seit Jahren setzt sich der LSVD für die Rechte queerer Flüchtlinge ein.

Mitte Dezember hatte Bendjeriou-Sedjerari überraschend eine Einladung zu einer erneuten Anhörung in der Bamf-Außenstelle erhalten. Ich war hin- und hergerissen, sagt er. Umso größer war letztlich die Freude: Ich habe einen Luftsprung gemacht, beschreibt Bendjeriou-Sedjerari am Telefon den Moment, als er den positiven Asylbescheid in Händen hielt.

Im August letzten Jahres hatten ihn nach der Verhandlung im Verwaltungsgericht Frankfurt noch Freunde trösten müssen. Richter Andreas Gegenwart hatte ihm auch in zweiter Instanz Schutz in Deutschland abgesprochen.

Schutz vor homofeindlicher Gewalt Noch 2022 erklärte ein Richter einem schwulen Geflüchteten aus Algerien, er könne dort ja diskret leben. Nun wurde er doch als....

Derselbe Richter hatte ihm in der ersten Instanz vorgeschlagen, in Algerien ein diskretes und unauffälliges Leben zu führen, um Gewalt und Verfolgung zu entgehen.

Im Berufungsurteil blieb er bei dieser Haltung, obwohl ihm Fälle von Verfolgung Homosexueller in Algerien vorgelegt worden waren: Der Verzicht auf Umarmungen und Küsse in der Öffentlichkeit, bewege sich unterhalb dessen, was flüchtlingsrechtlich relevant ist, so Richter Gegenwart und: Die öffentliche Zurschaustellung von Zuneigungen (sei in Algerien) auch unter heterosexuellen Paaren unüblich und verpönt.

In der Vergangenheit wurde durch die Anwendung dieser Diskretions-prognosen unzähligen Asylsuchenden ihr Recht auf ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung abgesprochen, stellt Patrick Dörr vom LSVD fest; auf ihrer Grundlage sollten Asylsuchende in die schlimmsten Verfolgerstaaten wie Pakistan, Irak und Iran abgeschoben werden.

Der Frankfurter SPD-Bundestagsabgeordnete Kaweh Mansoori ist zufrieden. Ich bin dankbar, dass Nancy Fae-ser diesen Fall zum Anlass genommen hat, um eine unmenschliche Praxis durch eine neue Dienstanweisung an das Bamf zu beenden, sagt der Politiker der taz. Er hatte sich bei Faeser für Abdelkarim Bendjeriou-Sedjerari eingesetzt.

Schon erste Korrekturen

In elf Fällen habe die neue Linie bereits zu Korrekturen von Entscheidungen geführt, sagt Knud Wechterstein von der Aids-Hilfe, die queere Flüchtlinge berät und begleitet. Achtmal direkt nach Anhörungen in der Gießener Außenstelle des Bamf, dreimal vor Gericht.

Bendjeriou-Sedjerari ist vor allem erleichtert. Die Party aber werde nachgeholt: Noch habe ich so viel mit meinem Umzug zu tun. Gerade ist er aus einer Unterkunft nur für queere Geflüchtete aus- und zu einer älteren Dame unter das Dach gezogen. In Frankfurt absolviert er eine Ausbildung zum Elektriker.

Ich freue mich auf alles, auf den Frühling und vor allem, dass ich jetzt endlich mit meinem Freund reisen kann, das war bis jetzt nicht möglich, sagt er. Als mögliches Urlaubsziel nennt er die Kanaren die Inseln vor der Küste seines Heimatlands Algeriens, dem er als schwuler Mann den Rücken kehren musste.

Load-Date: January 15, 2023

Pushbacks als alltägliche Regel; Ein UN-Bericht bestätigt systematische Drohungen und Missbrauch des Strafrechts gegen Migrantenhelfer in Griechenland. Seit 2020 setzt Athen auf Pushbacks von Ankommenden in der Ägäis und am Fluss Evros

taz, die tageszeitung

Montag 20. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 509 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Ein UN-Bericht bestätigt systematische Drohungen und Missbrauch des Strafrechts gegen Migrantenhelfer in Griechenland. Seit 2020 setzt Athen auf Pushbacks von Ankommenden in der Ägäis und am Fluss Evros

Body

Von Christian Jakob

Wer sich in Griechenland für die Menschenrechte von Mi-gran-t:in-nen einsetzt, wird von den Behörden bedroht und angegriffen – das ist das Fazit eines neuen Berichts der UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechtsverteidiger, Mary Lawlor, der dem UN-Menschenrechtsrat präsentiert wurde.

Menschenrechtsanwälte, humanitäre Helfer, Freiwillige und Journalisten, die im Bereich der Migration tätig sind, sind in schockierendem Ausmaß Verleumdungskampagnen, einem sich verändernden rechtlichen Umfeld, Drohungen und Angriffen sowie dem Missbrauch des Strafrechts gegen sie ausgesetzt, heißt es in dem Bericht. Hintergrund ist, dass die konservative griechische Regierung seit 2020 offen auf massenhafte, illegale Pushbacks von Ankommenden in der Ägäis und am Grenzfluss Evros setzt. Kritik daran versuche die Regierung mit Angriffen auf die Zivilgesellschaft zum Schweigen zu bringen, so Lawlor.

Seit Jahren verzeichnet die Zivilgesellschaft immer neue Anklagen gegen Geflüchtete wegen angeblicher Schlepperei. Zuletzt nahmen auch die Verfahren gegen Hel-fe-r:in-nen zu. Im Januar 2023 gab es einen ersten Prozesstermin gegen 24 humanitäre Hel-fe-r:in-nen um den Deutsch-Iren Sean Binder und die Syrerin Sarah Mardini auf Lesbos. Kurz danach erregte das Verfahren gegen vier Mi-gran-ten-rechts-ak-ti-vis-t:in-nen um den Griechen Panayote Dimitras und den Norweger Tommy Olsen Aufsehen. Sie wurden auf der Insel Kos angeklagt, weil sie eine kriminelle Organisation gegründet hätten, um die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen auf griechischem Gebiet zu erleichtern. Tatsächlich hatten sie den Ankommenden beim Asylverfahren geholfen. Die UN-Berichterstatterin kritisierte dies als missbräuchliche Anwendung des griechischen

Pushbacks als alltägliche Regel Ein UN -Bericht bestätigt systematische Drohungen und Missbrauch des Strafrechts gegen Migrantenhelfer in Griechenland. Seit 202....

Rechtsrahmens . Was die Angeklagten als Menschenrechtsverteidiger getan hätten, sei ein nach europäischem und internationalem Recht garantiertes Recht .

In einer Stellungnahme der Organisation Human Rights Watch heißt es, die griechische Regierung sollte die Empfehlungen des UN-Experten unverzüglich umsetzen und unter anderem ausstehende Strafanzeigen und Ermittlungen -gegen Rechtsverteidiger einstellen . Die NGO Civicus, die die Entwicklung bürgerlicher Freiheiten weltweit dokumentiert, stufte die Lage für die Zivilgesellschaft Griechenland in der vergangenen Woche auf beeinträchtigt , die dritte von fünf Kategorien, herab.

Die EU-Kommission hatte im Juli 2022 festgestellt, dass der Spielraum für Gruppen, die mit Migranten und Asylbewerbern arbeiten, immer enger wird. In der kommenden Woche veranstaltet die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin ein Symposium mit Vertretern der griechischen Zivilgesellschaft sie sprechen von einer Orbanisierung Griechenlands.

Lawlors Bericht verweist auch auf die Einschränkung der Medienfreiheit durch die griechischen Behörden. Nachrichten, die unbequem oder wenig schmeichelhaft für die Regierung sind, einschließlich Berichten über schwere Menschenrechtsverletzungen, werden in vielen Medien nicht ausreichend berücksichtigt , so der Bericht.

Load-Date: March 19, 2023

End of Document

Afghanen als Sündenböcke; Pakistans Regierung macht Afghanen für Terroranschläge im Land verantwortlich und will deshalb alle Flüchtlinge aus dem Nachbarland ohne gültige Aufenthaltspapiere bis zum 1. November loswerden

taz, die tageszeitung

Dienstag 10. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 926 words

Byline: Zahra Kazmi

Highlight: Pakistans Regierung macht Afghanen für Terroranschläge im Land verantwortlich und will deshalb alle **Flüchtlinge** aus dem Nachbarland ohne gültige Aufenthaltspapiere bis zum 1. November loswerden

Body

Aus Islamabad Zahra Kazmi

Verlassen Sie Pakistan bis zum 1. November oder bereiten Sie sich auf Ihre Abschiebung nach Afghanistan vor, erklärte Interimsinnenminister Sarfaraz Bugti kürzlich in Islamabad den **Migranten** aus dem Nachbarland. Damit stellte er über 1,7 Millionen illegalen afghanischen **Flüchtlingen** in Pakistan ein Ultimatum, das der pakistanische Sicherheitsrat am 3. Oktober beschlossen hatte. Laut Bugti basiere die Entscheidung auf den Ermittlungen zu den jüngsten Terroranschlägen in Pakistan: 14 der beteiligten 24 Selbstmordattentäter waren afghanische Staatsbürger, auch 8 der 11 Angreifer zweier Militär-einrichtungen in Pakistans Südwestprovinz Baluchistan waren Afghanen.

Pakistan nahm seit der sowjetischen Invasion in Kabul im Jahr 1979 weltweit die meisten afghanischen **Flüchtlinge** auf. Offiziell leben derzeit 4,4 Millionen Afghanen in Pakistan, davon 1,73 Millionen ohne Aufenthaltsberechtigung. Seit der erneuten Machtübernahme der Taliban im August 2021 flohen 600.000 Afghanen nach Pakistan. Das UN-**Flüchtlingshilfswerk** -UNHCR hat in Pakistan 1,3 Millionen afghanische **Flüchtlinge** registriert und weitere 880.000 mit einem anderen legalen Aufenthaltsstatus.

Laut dem afghanischen Journalisten Ehsan Mahjoor in Islamabad können viele Afghanen in Pakistan ihr Visum schon aus finanziellen Gründen nicht verlängern: Eine Verlängerung um bis zu 180 Tage kostet 80 Euro, hinzu kommen Bußgelder für die Überschreitung der Aufenthaltsdauer. Eine fünf- bis achtköpfige Familie kann sich das kaum leisten.

Beobachter gehen ohnehin davon aus, dass Bugtis Ankündigung allein auf Afghanen zielt, da es sonst kaum andere Migranten gibt. In den sozialen Medien wird schon behauptet, Pakistans harter Kurs beschränke sich nicht

Afghanen als Sündenböcke Pakistans Regierung macht Afghanen für Terroranschläge im Land verantwortlich und will deshalb alle Flüchtlinge aus dem Nachbarland ohn....

nur auf illegale Einwanderer, sondern auch auf jene, die schon Jahrzehnte in Pakistan leben. Denn Bugti drohte auch mit der Konfiszierung von Eigentum und Unternehmen. Pakistans prominenter islamistischer Parteichef Molana Fazal-ur Rehman, paschtunische Nationalisten und Menschenrechtsaktivisten werfen der Regierung vor, bei der Terrorbekämpfung zu versagen und deshalb die Aufmerksamkeit auf afghanische Migranten lenken.

Der 45-jährige afghanische Geschäftsmann Ayub Khan, dessen Familie vor Jahrzehnten nach Pakistan zog, fühlt sich bedroht: Ich wurde in Pakistan geboren; mein Geschäft, mein Haus und mein Eigentum sind hier. Ich war noch nie in Afghanistan. Jetzt werde ich gezwungen, nach Afghanistan zu ziehen, wo ich nicht weiß, wie ich überleben soll. Ich hatte schon die pakistanische Staatsbürgerschaft, die mir aber 2016 nach einer Razzia gegen Afghanen wieder entzogen wurde. Ohne legale Papiere kann ich jetzt nicht einmal mein Eigentum verkaufen.

Von der Abschiebung werden auch Zehntausende afghanische Mädchen betroffen sein, die derzeit an pakistanischen Schulen und Hochschulen lernen. Die Familie der 19-jährigen Afghanin Ayesha floh nach Pakistan, nachdem Afghanistans Taliban Mädchen Bildung verboten hatten. Ayesha wollte ihren Universitätsabschluss in Pakistan machen und sich dann für einen höheren Abschluss im Ausland bewerben. Jetzt fühlt sie sich ihrer Träume beraubt: Wir sind unschuldig und keine Terroristen. Pakistan hat jahrzehntelang die afghanischen Taliban beherbergt. Jetzt unschuldige Zivilisten zu zwingen, nach Afghanistan zurückzukehren und unter dem brutalen Taliban-Regime zu leben, ist ungerecht.

Der Taliban-Sprecher Zabiullah Mujahid in Kabul bezeichnete auf X Pakistans Verhalten gegenüber afghanischen Flüchtlingen als inakzeptabel. Die afghanische Taliban-Botschaft in Islamabad protestierte in sozialen Medien schon gegen die Festnahme von über 1.000 Afghanen durch die Polizei und sprach von Schikane. Experten warnen davor, dass Islamabads Vorgehen die Beziehungen zwischen den Nachbarn weiter verschlechtern könne. Das leidet bereits unter Islamabads Vorwurf, dass die pakistanischen Taliban (TTP) afghanisches Territorium für ihre Terroranschläge in Pakistan nutzten.

Die UNO und Menschenrechtsorganisationen warnen vor der Abschiebung von Afghanen, die nach der Machtübernahme der Taliban in Kabul nach Pakistan geflohen sind. So erklärte Amnesty International: Die Afghanen in Pakistan sind auf der Flucht vor den Taliban. Sie leben in sehr prekären Verhältnissen, da sie entweder mühsame Verfahren zur Registrierung als Flüchtlinge durchlaufen müssen oder in langwierigen Prozessen feststecken, während sie darauf warten, in ein anderes Land umgesiedelt zu werden. Eine erzwungene Rückkehr nach Afghanistan könnte sie in große Gefahr bringen.

Nachbeben erschüttert Nordwesten von Afghanistan

Neues Beben Nach der verheerenden Erdbebenserie in Afghanistan geht die Suche nach Überlebenden weiter - die Hoffnung schwindet jedoch stündlich. Zugleich schreckte die Menschen ein weiteres Beben in der Provinz Herat nahe der Grenze zum Iran auf. Nach Angaben der US-Erdbebenwarte USGS hatte es eine Stärke von 4,9.

Sorge um Frauen Die Hilfsorganisation Care sorgte sich unterdessen um Frauen und Mädchen in den betroffenen Regionen. Ihre Freiheit war bereits vorher erheblich eingeschränkt und sie haben daher nur einen erschwerten Zugang zu wichtigen lebensrettenden Diensten, sagte Reshma Azmi, Vizechefin von Care Afghanistan.

Opferzahlen Der Katastrophenschutz NDMA gab die Zahl der Toten und Verletzten am Sonntag mit insgesamt mehr als 2400 an, das UN-Nothilfebüro OCHA sprach von mehr als 1.000 Toten. Laut NDMA sei die Lage noch unübersichtlich, die Opferzahlen könnten noch steigen. 20 Dörfer und rund 2000 Häuser seien völlig zerstört. (dpa)

Load-Date: October 9, 2023

Meloni erhöht den Druck; Am Sonntag besuchten Italiens Ministerpräsidentin Meloni und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gemeinsam Lampedusa. Von der Leyen versprach Italien die geforderte Hilfe wie die genau umgesetzt werden soll, ist aber unklar

taz, die tageszeitung

Montag 18. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 886 words

Byline: Michael Braun, Eric Bonse

Highlight: Am Sonntag besuchten Italiens Ministerpräsidentin Meloni und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gemeinsam Lampedusa. Von der Leyen versprach Italien die geforderte Hilfe wie die genau umgesetzt werden soll, ist aber unklar

Body

Aus Rom und Brüssel Michael Braun und Eric Bonse

Am Sonntag wurden die **Flüchtlinge**, die gegenwärtig auf Lampedusa ausharren, endgültig zum europäischen Thema. Während EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gemeinsam mit Italiens Ministerpräsidentin die kleine Mittelmeerinsel besuchte, deren Erstaufnahmelager aus allen Nähten platzt, empfing Melonis Stellvertreter Matteo Salvini praktisch zeitgleich seine Freundin Marine Le Pen auf einer Großveranstaltung der radikal fremdenfeindlichen Partei Lega.

Melonis und Salvinis Aktionismus ist schnell erklärt: Italiens rechtspopulistische Regierung hat ein doppeltes Problem ein logistisches und ein politisches. Allein von Dienstag bis Freitag trafen rund 11.000 Menschen auf der Insel ein; die meisten waren auf kleinen Kähnen von Tunesien aus in See gestochen. Das Aufnahmelager kann jedoch regulär nur 400 Personen beherbergen. Zwar wurden bis Sonntag etwa 10.000 Menschen nach Sizilien gebracht, doch immer noch halten sich 1.500 Menschen im Camp auf.

Das politische Problem: Im Wahlkampf vor einem Jahr hatten Meloni und Salvini versprochen, unter ihrer Regierung sei die Party vorbei für illegale Flüchtlinge. Die Rechte werde unterbinden, dass weitere Geflüchtete nach Italien kämen, zur Not auch mit der von Meloni gewollten Seeblockade.

Doch allein in diesem Jahr kamen bereits 127.000 Menschen über das Mittelmeer, fast doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum und die Rechtsparteien werden zunehmend nervös. Deshalb erhöht Meloni den Druck in Europa, und von der Leyen eilte ihr umgehend zu Hilfe. Sie besuchte zuerst das Aufnahmelager, dann die Hafenmole, an der die Boote aus Tunesien anlegen. Einen unmittelbaren Eindruck bekam sie auch vom Protest

Meloni erhöht den Druck Am Sonntag besuchten Italiens Ministerpräsidentin Meloni und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gemeinsam Lampedusa. Von der....

aus der Inselbevölkerung, als ihr Konvoi kurz von einer kleinen Demonstration aufgehalten wurde, denn unter den Lampedusanern geht die Furcht um, die Regierung wolle dort ein weiteres großes Zeltlager errichten und so das Eiland in eine Gefängnisinsel so einer der Sprecher verwandeln.

Auf der folgenden Pressekonferenz wiederholte Meloni, was sie schon an den Vortagen verkündet hatte: Europa, nicht bloß Italien, müsse darauf hinwirken, dass keine weiteren Bootsflüchtlinge nach Lampedusa kämen, auch unter gemeinsamem Einsatz europäischer Marineeinheiten.

Da ist sie wieder: die Seeblockade. Von der Leyen gab sich gesprächsbereit. Natürlich sei die Flüchtlingskrise eine europäische Aufgabe, natürlich könne Frontex Italien stärker unterstützen, natürlich müsse gemeinsam an der Unterbindung des brutalen Geschäfts der Schleuser gearbeitet werden, natürlich müsse Europa sich stärker auch bei der Repatriierung jener Menschen engagieren, deren Fluchtgründe nicht anerkannt werden.

Von der Leyens Rhetorik verwundert nicht. Die EU-Kommissionspräsidentin ist in der Pflicht: Sie hat im Juli den sogenannten Tunesien-Deal gemeinsam mit Meloni ausgehandelt und Solidarität mit Italien proklamiert. Der Deal verpflichtet Tunesien zu verhindern, dass Flüchtende überhaupt Richtung Italien aufbrechen und jene, die es doch tun, wieder zurückholt. Nun muss von der Leyen beweisen, dass sie zu ihrem Wort steht. Doch das wird schwierig. Denn das Abkommen mit Tunis ist noch nicht in Kraft; und so ist auch noch kein Geld nach Tunesien geflossen.

Erschwerend kommt hinzu, dass auch der neue europäische Asylpakt auf sich warten lässt. Der Pakt, auf den sich die EU-Innenminister vor der Sommerpause verständigt haben, sieht mehr Härte an den Außengrenzen, aber auch etwas mehr Solidarität zwischen den EU-Staaten vor. Doch die abschließenden Verhandlungen im Europaparlament stehen noch ganz am Anfang. In ihrer Rede zur Lage der EU am vergangenen Mittwoch in Straßburg appellierte von der Leyen an die Abgeordneten, den Weg freizumachen. Doch das Parlament will sich nicht drängen lassen.

Deshalb muss die EU improvisieren. Der Blitzbesuch von der Leyens auf Lampedusa ist genauso improvisiert wie eine Telefonkonferenz der Innenminister aus Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien am Samstag. Das Gespräch brachte kein Ergebnis und soll am Montag fortgesetzt werden.

Wie die Unterstützung der EU praktisch umgesetzt werden soll, blieb am Sonntag unklar. Vor Tunesiens oder Libyens Küste könnten europäische Marineschiffe nur auftauchen, wenn die Südanrainerstaaten das billigen anderenfalls wäre der Einsatz schlicht ein kriegesischer Akt. Nicht viel anders sieht es bei den Rückführungen aus: Auch hier ist die Kooperation der Herkunftsstaaten unabdingbar. Letztes Jahr hat Italien gerade einmal 3.000 Personen zurückgeschickt. Schneller wird es auch nicht gehen, wenn Melonis Kabinett wie geplant am Montag die Verlängerung der Abschiebehaft von 12 auf 18 Monate und den Bau weiterer Abschiebelager verabschiedet.

Salvini verfolgt derweil seine eigene Agenda. Auf seiner Lega-Großkundgebung am Sonntag war Marine Le Pen zu Gast jene Le Pen, die die Einbindung der EU in die Migrationspolitik für gefährlich hält, weil das heiße, dass der EU zusteht, über unsere Migrationspolitik zu entscheiden. Offenkundig zielt Salvini darauf, Meloni mit rüder Anti-Immigrations-Rhetorik koalitionsintern von rechtsaußen Konkurrenz zu machen; schließlich wird im Juni 2024 das Europäische Parlament neu gewählt.

Italien hat ein doppeltes Problem ein logistisches und ein politisches

lampedusa

Load-Date: September 17, 2023

Wer schafft was und wenn ja, wie viele?; Es kommen wieder mehr Menschen nach Deutschland. Wie sie verteilt werden und wie man die Situation für die Geflüchteten und die Kommunen verbessern könnte

taz, die tageszeitung

Samstag 04. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 10

Length: 1248 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Es kommen wieder mehr Menschen nach Deutschland. Wie sie verteilt werden und wie man die Situation für die Geflüchteten und die Kommunen verbessern könnte

Body

die erklärung

Von Dinah Riese

1 Seit Monaten klagen Länder und Kommunen quer durch die Bundesrepublik, sie seien wegen der stark gestiegenen Anzahl Geflüchteter mit deren Unterbringung überlastet. Woran liegt das?

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 hat laut UNHCR bisher fast acht Millionen Ukrai-ne-r*in-nen gezwungen, aus ihrem Heimatland zu flüchten auch nach Deutschland, wo die Behörden etwas mehr als eine Million Menschen registriert haben. Viele Po-li-ti-ke-r*in-nen hatten einen solchen Krieg bis zuletzt nicht wahrhaben wollen. Dann dauerte es nochmals, sich auf die daraus folgenden Fluchtbewegungen einzustellen. Gleichzeitig stieg nach den Coronajahren auch die Zahl der Asylsuchenden aus Ländern wie Syrien, Afghanistan oder dem Irak wieder an. Doch Kapazitäten und Infrastruktur sind zuletzt angesichts sinkender Flüchtlingszahlen deutschlandweit abgebaut worden, so dass viele Kommunen den zu versorgenden Menschen jetzt unvorbereitet gegenüberstehen.

2 Um wie viele Menschen geht es eigentlich?

Im Jahr 2022 haben in Deutschland insgesamt 217.774 Menschen einen Erstantrag auf Asyl gestellt. Das sind viel mehr als während der Coronapandemie, als weltweit viele Grenzen dicht waren. Die Zahl ist aber sehr viel geringer als im Rekordjahr 2016 (772.370 Anträge). Sie bewegt sich sogar sehr dicht an den 200.000, die der ehemalige Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) gerne als jährliche Obergrenze für Asylsuchende durchgesetzt hätte, bemerkt der Politikwissenschaftler Hans Vorländer, Vorsitzender des Sachverständigenrats für Integration und Migration. Dazu käme aber noch die hohe Anzahl Geflüchteter aus der Ukraine. Diese müssen in Deutschland kein

Wer schafft was und wenn ja, wie viele? Es kommen wieder mehr Menschen nach Deutschland. Wie sie verteilt werden und wie man die Situation für die Geflüchteten

Asyl beantragen, sondern bekommen sofort Schutz. Wie viele Ukrai-ne-r*in-nen derzeit im Land sind, ist schwer zu sagen. Obwohl rund eine Million Menschen registriert wurden, schätzt der Migrationsforscher Franck Düvell, dass sich aktuell höchstens 750.000 Ukrai-ne-r*in-nen in Deutschland aufhalten und der Rest entweder weitergereist oder in die Ukraine zurückgekehrt ist.

3 Und wie werden diese Menschen verteilt?

Asylsuchende dürfen sich ihren Wohnort in Deutschland nicht frei aussuchen. Sie werden über den Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt. Die Aufnahmequoten werden jedes Jahr neu berechnet und richten sich zu zwei Dritteln nach den Steuereinnahmen und zu einem Drittel nach der Bevölkerungszahl der Länder. Seit Jahren gibt es aber auch Kritik daran, dieses ursprünglich für die gemeinsame Finanzierung von Forschungseinrichtungen erdachte System auch auf die Verteilung von Menschen anzuwenden. So spielt etwa die Fläche eines Bundeslandes keine Rolle bei der Verteilung. Gerade in Stadtstaaten wie Berlin ist es aber sowieso schon eng. Auch für Integration wichtige Aspekte wie Sprachkursangebote oder der Wohnungs- und Arbeitsmarkt spielen bei der Verteilung derzeit keine Rolle. Einmal auf die Bundesländer verteilt, kommen Asylsuchende zunächst in eine Erstaufnahmeeinrichtung. Dort müssen sie in der Regel bleiben, bis über ihren Asylantrag entschieden ist längstens aber für 18 Monate. Wie die Menschen danach weiterverteilt werden, ist Sache der Länder und regional unterschiedlich.

4 Ist das sinnvoll?

Das ist Ansichtssache. Wenn noch nicht klar ist, ob Menschen in Deutschland bleiben können, ist es einfacher, sie zuerst in Sammelunterkünften unterzubringen. Auch Abschiebungen werden dadurch einfacher. Gleichzeitig ist die zentrale Unterbringung und Versorgung der Menschen und die Bewachung der Unterkünfte oft sehr teuer. Außerdem ziehen Asylverfahren sich oft lange hin – mitunter bis zu zwei Jahre-, und Geflüchtete hängen isoliert in Einrichtungen fest. Integration von Anfang an, wie die Ampel-Koalition sie versprochen hat, sähe anders aus. Außerdem fehlen so dringend benötigte Plätze für neu Ankommende. Berlin hat deswegen Ende Januar die Wohnverpflichtung aufgehoben – eine Möglichkeit, die die Bundesländer haben, aber kaum nutzen. Das heißt: Wer nach Berlin verteilt wurde und eine eigene Bleibe findet, muss nicht in der Aufnahmeeinrichtung bleiben.

5 Upahl in Mecklenburg-Vorpommern hat gerade bundesweit Schlagzeilen gemacht. Dort sollen 400 Geflüchtete in Containern untergebracht werden – in einer Gemeinde mit gerade mal 1.600 Einwohner*innen. Kann das gutgehen?

Nein, und zwar für niemanden. Eine solche Konstellation ist weder gut für die Kommune noch für die bisherigen Ein-woh-ne-r*in-nen und schon gar nicht für die Geflüchteten. In vielen abgelegenen Regionen ist die Infrastruktur ohnehin schlecht, sei es der öffentliche Nahverkehr, die Kita, der Supermarkt oder die medizinische Versorgung. Wenn eine Gemeinde dann plötzlich ein Viertel mehr Ein-woh-ne-r*in-nen hat, wird das nicht besser. 400 Menschen in einem Containerdorf am Ortsrand oder im Industriegebiet bedeutet für diese oft auch: schlechte Lebensbedingungen und Isolation. Eine Integration in die Gemeinde ist da so gut wie ausgeschlossen. Nicht umsonst protestieren Ak-ti-vis-t*in-nen seit Jahrzehnten gegen solche Sammelunterkünfte und für dezentrale, menschenwürdige Unterbringung.

6 Protest gibt es in Upahl auch: 700 Menschen – unter ihnen bekannte Rechtsextreme –. Hilft es, dorthin einfach keine Geflüchteten mehr zu verteilen? demonstrierten vor dem zuständigen Kreistag in Grevesmühlen und hätten beinahe die Sitzung gestürmt

Nein. Die Verteilung Geflüchteter muss ausgewogen sein und sie muss zu der Zahl der Ein-woh-ne-r*in-nen im Verhältnis stehen – das bestreitet niemand. Aber die Menschen sind da, und sie müssen versorgt werden. Immer wieder wird berechtigter Unmut über politische und administrative Fehlentscheidungen von rechts instrumentalisiert. Doch Rechtsextreme wie in Grevesmühlen hetzen grundsätzlich gegen Geflüchtete – egal, ob es um 400 in einem Containerdorf geht oder um eine Familie in einem Mehrfamilienhaus. Ihnen nachzugeben beruhigt die Lage nicht, sondern heizt sie an. Dass das lebensgefährlich bis tödlich sein kann, haben die 1990er Jahre gezeigt. Nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen und dem Anschlag in Mölln 1993 schaffte Deutschland das Grundrecht auf Asyl ab – und die Rechtsextremen mordeten weiter, nur wenige Tage später, in Solingen.

Wer schafft was und wenn ja, wie viele? Es kommen wieder mehr Menschen nach Deutschland. Wie sie verteilt werden und wie man die Situation für die Geflüchteten

7 Aber was kann man denn dann tun?

Politik und Verwaltung müssen ein Verteilsystem entwickeln, das Kommunen, Ein-woh-ne-r*in-nen und Geflüchteten gerecht wird. Das Pilotprojekt Match In der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und der Universität Hildesheim probiert in vier westdeutschen Bundesländern aus, wie das gehen könnte. Es funktioniert wie eine Art Dating-App für die Flüchtlingsverteilung: Ein Algorithmus fragt die Bedarfe und Ressourcen der Schutzsuchenden wie auch der Kommunen ab etwa Familienstand, Beruf und Hobbys einerseits, Arbeitsmarkt, Wohnungsangebote und Gesundheitsversorgung andererseits. Bislang weisen die Bundesländer die Menschen selten systematisch bedarfsgerecht den Kommunen zu, sagt Projektleiterin Petra Bendel. Eine Familie mit mehreren Kindern sei mitunter in einer Kleinstadt mit mehr freiem Wohnraum besser aufgehoben als in der überfüllten Großstadt, junge Alleinstehende besser dort, wo sie Ausbildung oder Arbeit finden. Der Algorithmus schlägt den Behörden vor, welche Kommune für wel-che*n Ge-flüch-te-te*n das beste Match wäre. Im Frühjahr soll es mit der Verteilung losgehen. Am Ende ist allen geholfen, wenn Geflüchtete an Orte verteilt werden, an denen sie auch eine Perspektive haben, sagt Bendel.

Load-Date: February 3, 2023

End of Document

Amazon Go Home; Die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern und Geflüchteten soll bald ein erfahrener Versanddienstleister übernehmen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: DIE WAHRHEIT; S. 20

Length: 974 words

Byline: Tanja Kokoska

Highlight: Die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern und Geflüchteten soll bald ein erfahrener Versanddienstleister übernehmen

Body

Von Tanja Kokoska

Joachim Stamp hat einen Job, um den ihn wohl niemand beneidet. Von sämtlichen AfD-Politikern, dem Aiwanger Hubsi und weiten Teilen der Konservativen einmal abgesehen. Der Liberale ist Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Migrationsabkommen und damit so etwas wie Deutschlands oberster Abschieber. Kanzler Olaf Scholz lobte bereits, der FDP-Mann habe sich beherzt an die Arbeit gemacht. Nun, nach etwas mehr als einem halben Jahr, wird deutlich: Für Stamp ist die Rücksendung von Menschen offenbar wirklich eine Herzensangelegenheit.

Doch der Rückführer tritt auf der Stelle, er wird die Migranten einfach nicht los. Die Debatte um die Ausweitung sicherer Herkunftsländer verläuft im Subsahara-Sand, klagt Stamp. Auch die Migrationsabkommen bringen kaum nennenswerte Erfolge. Wir hatten dieses Jahr gerade mal ein paar tausend Abschiebungen aus Deutschland in alle asiatischen und afrikanischen Länder zusammen, bilanziert er ernüchtert.

Die bisherigen Anreize millionenschwerer Finanzhilfen für rücknahmebereite Staaten führen zu nichts, auch die Abkommen allein sind kein ultimativer Gamechanger, bekennt Stamp. Die meisten Partnerländer zeigen sich unkooperativ oder entwickeln wenig Eigeninitiative. Wir verschließen doch längst schon die Augen bei Aussetzungen von Geflüchteten in der Wüste. Im Mittelmeer verhalten wir uns großzügig bei Pushbacks. Die deutsche Bundespolizei bildet saudi-arabische Grenzschützer nahe dem Jemen aus, damit sie auf äthiopische Geflüchtete schießen lernen. Was sollen wir denn noch tun?

Zum Glück glaubt der Liberale Stamp an den Markt. Was die Staaten nicht leisten, soll nun die Wirtschaft übernehmen, verspricht der Politiker und hat dazu eine revolutionäre Kooperation mit dem größten globalen Supplier im Logistikbereich auf den Weg gebracht. Künftig wird der Onlineriese Amazon auch menschliche Retouren bearbeiten.

Amazon Go Home Die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern und Geflüchteten soll bald ein erfahrener Versanddienstleister übernehmen

Das neue Dienstleistungsmodell Amazon Go Home garantiert die fast kostenfreie Rücksendung unverlangt eingegangener Personen in nahezu jedes Herkunftsland. Dafür arbeitet der Konzern eng mit anderen Unternehmen der Logistik, des Transports und des Grenzschutzes zusammen, um optimale Quoten auch in entlegenen oder unsicheren Regionen garantieren zu können.

Wir denken nicht in Landesgrenzen, sondern in Entfernungen, Erreichbarkeit und Anbindung. Das bedeutet, wir können wirklich von überall nach überall liefern, erklärt die Unternehmenssprecherin Alegra Kindel enthusiastisch. Auch nach Nordafrika, in die Sahelzone oder gar nach Afghanistan?

Safe, versichert Kindel, gegebenenfalls nutze man die eigene Frachtflugzeugflotte. Geliefert wird an Abholstationen, die den jeweiligen Landesgegebenheiten entsprechen im Zweifelsfall ein Polizeirevier, das gibt es nun wirklich überall.

Das Onlineportal Push on demand, das in den nächsten Tagen beim Bundesinnenministerium installiert wird, funktioniert intuitiv und ermöglicht unbürokratische Rücksendungen, wie ein Videotutorial stolz verkündet.

Wir halten uns nicht lange mit Fluchtursachenforschung auf, erklärt Kindel die innovative Strategie des Konzerns. Oft geht es um falsche Vorstellungen vom Zielland, es hat nicht die richtige Größe oder Beschaffenheit, es gefällt dem Geflüchteten plötzlich doch nicht mehr, oder er hatte von vornherein mehrere Zielalternativen im Kopf. In vielen Fällen handelt es sich ohnehin um eine Impulsflucht, der Geflüchtete agierte nur aus einer spontanen und momentanen Regung heraus. Aber da sind wir großzügig und erkennen auch das als Rückführungsgrund an.

Unterschieden wird bloß in Standard- und Expressrücksendung, etwa bei straffällig gewordenen Personen, eine aufwändige und kostenintensive Abschiebehaft entfällt aber in jedem Fall. Wir garantieren die Same-Day-Rücksendung, ausgenommen sind davon nur regionale und bundesweite Feiertage, so Kindel.

Bei der Lokalisierung von Rücksendungspflichtigen greift Amazon auf existierende Geschäftsfelder zurück: Das Programm Rekognition wurde bereits an die Sicherheitsbehörden verkauft und ermöglicht Zugriff auf polizeiinterne Kameras wie etwa Bodycams sowie die individuelle Erstellung von Bewegungsprofilen.

Überdies sollen die bestehenden Ankerzentren für Asylsuchende mit den Amazon-Logistikzentren verschmelzen. Die dort installierten Cloud Cams, die ursprünglich für die Befürsorgung der Mitarbeitenden gedacht waren, garantieren eine lückenlose Überwachung.

All das bedeute einen großartigen Synergieeffekt für den Konzern und die Bundesregierung, sagt Sprecherin Kindel. Auch die Herkunftsländer haben Vorteile: Mit jeder Rücknahme erhält ein Staat ein Smile auf seinem Go-home-Konto und damit attraktive Anreize. Für nur 20 Smiles bekommt ein unbescholtener Bürger die Chance auf erleichterten Visa-Zugang, also die Einreise, nicht die Kreditkarte natürlich, obwohl das ja passen würde: Die Freiheit nehm ich mir. Wenn Sie den kleinen Scherz erlauben.

Auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser zeigt sich begeistert von der Initiative des Sonderbeauftragten und der Zusammenarbeit mit dem Onlineversandhandel. Wir haben heute über 300.000 Ausreisepflichtige in Deutschland. Um es ein bisschen salopp zu formulieren: Die sind jetzt geliefert, lacht die Sozialdemokratin.

Der Kanzler lobt die Kooperation ebenfalls: Genau so stelle ich mir den Deutschlandpakt vor, in dem Fall ist es ja quasi ein Deutschlandpaket. Da kann ich nur sagen: Die Ampel hat geliefert. Und selbst Oppositionsführer Friedrich Merz zeigt Anflüge von Humor: Da hat der Kollege Joachim Stamp einen echten Coup gelandet, das hätten wir nicht besser machen können, meint der CDU-Chef und summt den Elvis-Hit Return to sender.

Es scheint, als habe der Liberale dank Amazon nun einen Job, um den ihn fast alle politischen Kreise beneiden.

Künftig wird der Onlineriese Amazon auch menschliche Retouren bearbeiten

Amazon Go Home Die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern und Geflüchteten soll bald ein erfahrener
Versanddienstleister übernehmen

End of Document

Wieder eingeknickt? Die Grünen sind dabei, ihre Grundsätze in der Asylpolitik aufzugeben; der leitartikel

taz, die tageszeitung

Samstag 13. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 2

Length: 808 words

Byline: Frederik Eikmanns

Body

der leitartikel

Von Frederik Eikmanns

Mehr Abschiebungen, weitere sichere Herkunftsstaaten, ausgeweitete Befugnisse für die Behörden und Asylverfahren an der EU-Außengrenze: SPD-Kanzler Olaf Scholz verspricht den Bundesländern nicht nur eine Milliarde Euro extra für Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten, sondern gleich dazu auch einen viel res-triktiveren Kurs in der Asylpolitik. Wird umgesetzt, worauf sich Bund und Länder beim Flüchtlingsgipfel am Mittwoch geeinigt haben, dann vollzieht die Ampelkoalition einen drastischen Schwenk nach rechts.

Dass SPD und FDP bereit sind, das Ziel einer menschlicheren und moderneren Asylpolitik aufzugeben, ist erbärmlich, aber nicht überraschend. Wirklich neu und deshalb erschreckend ist, dass auch Teile der Grünen zur Zustimmung bereit scheinen. Zwar gab die Partei vor dem Gipfel zu verstehen, die Vorschläge des Kanzleramts seien mit ihr nicht abgesprochen. Und nach dem Gipfel war die Empörung unter vielen Grü-nen--Po-li-ti-ke-r*in-nen riesig. Der Abgeordnete Julian Pahlke etwa beklagte eine weitgehende Aushöhlung des Rechtsstaats. Und seine Kollegin Karoline Otte sagte: Für mich als grüne Abgeordnete wurden hier entscheidend rote Linien überschritten. Nur stammen die beiden eher aus der zweiten Reihe der Fraktion. Bei den Spitzen von Fraktion und Partei kann man sich inzwischen nicht mehr sicher sein, dass sie es genauso sehen.

Das betrifft insbesondere die Ausweitung des Status sicherer Herkunftsstaat auf die EU-Beitrittskandidaten Georgien und Moldau, wie sie am Mittwoch beschlossen wurde. Geflüchtete aus so deklarierten Staaten erhalten in der Regel in Deutschland kein Asyl. Bisher blockten die Landesregierungen mit grüner Beteiligung im Bundesrat sämtliche Vorstöße zur Ausweitung des Status auf weitere Staaten ab. Schon vor dem Gipfel befand der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour aber: Länder, die etwa den Status des EU-Beitrittskandidaten haben und Fortschritte bei der Rechtsstaatlichkeit machen, werden sicherlich anders behandelt werden müssen als Folterstaaten. Das ist im Falle Georgiens und Moldaus sicher diskutabel. Klingt einleuchtend, nur macht es Nouripour sich damit viel zu einfach. Laut den aktuellsten Berichten von Amnesty International gibt es in Moldau weiter Hinweise auf Folter. Und in Georgien wird die Opposition weiterhin angegriffen und eingeschüchtert.

Wieder eingeknickt? Die Grünen sind dabei, ihre Grundsätze in der Asylpolitik aufzugeben der leitartikel

Ähnlich zynisch wie Nouripour zum Thema sichere Herkunftsstaaten äußern sich grüne Spitzenpolitiker inzwischen, wenn es um das geplante EU-Asylpaket geht. Beim Flüchtlingsgipfel hat die Bundesregierung den Ländern zugesichert, sich für einen schnellen Beschluss der von der EU-Kommission geplanten Regelungen einzusetzen. Die sehen weiterhin keinen verpflichtenden Verteilungsmechanismus der Geflüchteten auf alle EU-Staaten vor, beinhalten aber Schnellverfahren für bestimmte Geflüchtete direkt an den EU-Außengrenzen.

Menschenrechtsorganisationen fürchten deshalb eine dramatische Verschlechterung der Lage der Geflüchteten. Länder wie Griechenland könnten sich außerdem weiter zu illegalen Pushbacks ermutigt fühlen. Die Grünen hatten sich deswegen in der Vergangenheit vehement gegen solche Pläne gewehrt. Jetzt haben die grünen Mi-nis-te-r*in-nen aber wohl ihre Zustimmung Innenministerin Nancy Faeser signalisiert, die die Pläne der EU-Kommission im Grundsatz unterstützt.

Robert Habeck spricht von einem pragmatischen Ansatz: Niemand kann etwas dagegen haben, dass wir genau wissen müssen, wer nach Europa einreist. Cem Özdemir sekundiert: Wir müssen an der euro-päi-schen Grenze wissen, wer die EU betritt, wo die Menschen herkommen und wie hoch die Bleibewahrscheinlichkeit ist. Es scheint, als seien die grünen Minister unter dem Eindruck von Heizungsdesaster und Graichen-Affäre bereit, ihre menschenrechtlichen Grundsätze kampflös aufzugeben. Bloß nicht noch mehr Ärger.

Sicher: Habeck, Özdemir und Nouripour knüpfen ihre Position an Bedingungen: Habeck will gleichzeitig für mehr Humanität in der EU-Asylpolitik sorgen und Özdemir die Verfahren an der EU-Außengrenze nur dann akzeptieren, wenn gleichzeitig ein verbindlicher Verteilungsschlüssel kommt. Doch es wäre falsch, allein darauf zu vertrauen. Zu oft sind die Grünen in dieser Koalition schon eingeknickt, wenn es um Themen ging, die ihnen eigentlich wichtig sein sollten.

Wäre es am Ende eine Bundesregierung unter grüner Beteiligung, die weitere Länder zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt und Asylverfahren an den Außengrenzen zulässt, wäre das mehr als peinlich für eine Partei, die sich als links und fortschrittlich verstanden wissen will. Für viele Geflüchtete wäre es eine Katastrophe.

Dass SPD und FDP bereit sind, das Ziel einer menschlicheren Asylpolitik aufzugeben, ist erbärmlich, aber nicht überraschend

Frederik Eikmanns ist taz-Inlandsredakteur und beschäftigt sich unter anderem mit Migrationspolitik.

Load-Date: May 12, 2023

Gift für die Partnerschaft mit Afrika; Kommentar von Christian Jakob zur menschenverachtenden Migrationspolitik der EU

taz, die tageszeitung

Samstag 11. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 14

Length: 453 words

Byline: Christian Jakob

Body

Kommentar von Christian Jakob zur menschenverachtenden **Migrationspolitik** der EU

Wer den österreichischen Bundeskanzler Karl Nehammer (ÖVP) nach dem EU-Gipfel diese Woche reden gehört hat, musste sich fragen, wo der Mann die letzten Jahre war. Endlich, so resümierte er, haben wir es geschafft, dass das Thema **Migration** wieder auf der Agenda stand. Endlich gab es eine klare Sprache zur **Asylbremse**, endlich das Commitment, dass alle Außengrenzen im Fokus sind. Tatsächlich steht all das seit Jahren ununterbrochen bei den EU-Gipfeln auf der Agenda, und Nehammer weiß das ganz genau.

Er und der deutsche EVP-Fraktionschef Manfred Weber (CSU) hatten vor dem Gipfel gefordert, dass die EU künftig Zäune an ihren Außengrenzen bezahlen soll, was andere Staaten und die Kommission ablehnen. Dieser Streit dominierte die Berichterstattung. Tatsächlich gibt es diese Zäune längst, etwa in Polen, Spanien und Bulgarien. Seit 2014 ist die Länge von Grenzmauern in der EU von 315 auf 2.048 Kilometer angestiegen, wie Lucas Rasche vom Delors-Institut vorrechnete. Sie wurden bezahlt aus den na-tio-na-len Haushalten, die gleichzeitig Mil-lio-nen-summen für andere Grenzschutzmaßnahmen aus Brüssel bekommen.

Der Zaun-Streit ist künstlich aufgebauscht. Die Konservativen reagieren damit auf den Druck von der extrem rechten Konkurrenz. Und die, die dagegenhalten, wie Luxemburgs Ministerpräsident Xavier Bettel der eine Mauer mit den EU-Sternen drauf eine Schande nannte oder die deutsche Ampelregierung, tragen andere Maßnahmen, die mit Leid, Gewalt und Entrechtung verbunden sind, schlichtweg mit. Pushbacks werden hingenommen, die Kooperation mit Libyens Küstenwache institutionalisiert eben erst wurde das erste von fünf mit EU-Geldern finanzierten Schiffen geliefert. Internierung wird zur Regel.

Die meisten der Instrumente, auf die die EU jetzt setzen will, hat sie seit 2016 aufgebaut und will sie nun verstärken. Zum einen die weitere technische Aufrüstung der Grenze, die Gewalt und Leid hochtreibt. Denn die Ankunfts zahlen drückt technische Abschottung nur, wenn man gleichzeitig das Recht auf eine Asylprüfung verweigert wie es faktisch in Melilla, Polen, Kroatien und der Ägäis geschieht. Andernfalls müsste man die Menschen an den regulären Grenzübergängen reinlassen.

Gift für die Partnerschaft mit Afrika Kommentar von Christian Jakob zur menschenverachtenden
Migrationspolitik der EU

Zweitens will die EU Herkunfts- und Transitstaaten, die bei Abschiebung und Abschottung nicht spüren, in der Handels-, Visa- und Entwicklungspolitik stärker unter Druck setzen. Das ist Gift für die Bemühungen um ein partnerschaftliches Verhältnis mit Afrika. Denn dort konkurriert die EU mit Milliardeneinsatz mit China, Russland, der Türkei und Indien und hat dabei auch wegen ihrer brutalen Migrationspolitik immer schlechtere Karten.

Load-Date: February 10, 2023

End of Document

Das Ende der abstrakten Bekenntnisse; Die CDU möchte den Satz Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland in ihr Grundsatzprogramm schreiben und sich damit offenbar von der Aussage abwenden, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Sie erinnert damit an eine notwendige Debatte

taz, die tageszeitung

Dienstag 12. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 13

Length: 753 words

Byline: Volkan A ar

Highlight: Die CDU möchte den Satz Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland in ihr Grundsatzprogramm schreiben und sich damit offenbar von der Aussage abwenden, dass der Islam zu Deutschland gehöre. Sie erinnert damit an eine notwendige Debatte

Body

talkshow

Von Volkan A ar

Horst Seehofer hat die Migration mal als Mutter aller Probleme identifiziert. Und vom CDU-Kanzler Helmut Kohl wurde bekannt, dass er 1982 die Zahl der in Deutschland lebenden Türken halbieren wollte. Zehn Jahre später, kurz vor dem sogenannten Asylkompromiss und den von Nazis in Brand gesteckten Häusern türkeistämmiger Familien, sprach er im Kontext Migration von Staatsnotstand. Der aktuelle CDU-Chef Friedrich Merz dagegen hält sich an einen Berliner Stadtteil: Das ist hier nicht Berlin-Kreuzberg, das ist mitten in Deutschland, sagte er 2020 in Apolda und drei Jahre später: Nicht Kreuzberg ist Deutschland, Gyllamoos ist Deutschland.

Insofern überrascht die Nachricht vom Montag nicht übermäßig, dass die CDU nun den Satz Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland in ihr Grundsatzprogramm schreiben will um sich somit von der Aussage zu distanzieren, dass der Islam zu Deutschland gehöre, der mit Wulff, Schäuble und Merkel verbunden wird. Auch deswegen nicht, da die CDU Oppositionsarbeit unter Merz vor allem als regelmäßigen rechten Grenzgang versteht. Also: CDU doing CDU things. Auch wenn historische Ausnahmen die Regel bestätigen.

Bezeichnend ist aber, dass man von den Parteien links der CDU, wenn man sie überhaupt noch so einordnen kann, wenig bis gar nichts zu der Thematik hört. Die andere ehemalige Volkspartei SPD zum Beispiel hat erst an diesem Wochenende zu sozialdemokratischem Ton zurückgefunden, wie man liest. Sie hätte bestimmt trotz des vielen gegenseitigen Applaudierens etwas Zeit übrig gehabt, um über unsere Werte zu diskutieren. Und wo verstecken sich die Grünen eigentlich gerade?

Das Ende der abstrakten Bekenntnisse Die CDU möchte den Satz Muslime, die unsere Werte teilen, gehören zu Deutschland in ihr Grundsatzprogramm schreiben und....

Dass man von diesen Parteien nichts zu unseren Werten hört, liegt daran, dass sie sich in dieser Frage nicht prinzipiell vom politischen Konkurrenten unterscheiden. Denn die Zugehörigkeit des Islam zu Deutschland abstrakt zu behaupten, ist nicht viel weniger mutlos, als diese abstrakt in Abrede zu stellen. Mutig wäre es dagegen, sich im Konkreten über die Fragen zu streiten, die sich nicht erst seit dem 7. Oktober aufdrängen. Die Empörung, die auf solche CDU-Vorstöße oft folgt, bleibt nicht ohne Grund ungenau. Sie geht zurück auf die Haltung: Wir haben zwar nichts gegen Ausländer, wir wollen aber auch nichts mit ihnen zu tun haben. Macht ihr mal euer Ding!

Viel zu lange haben sich deutsche Po-li-ti-ke-r:in-nen parteiübergreifend notwendigen, aber mühsamen Auseinandersetzungen über unsere Werte nicht gestellt. Oft genug haben sie die Regressivsten als Sprecher vielfältiger und widersprüchlicher migrantischer Communitys anerkannt, obwohl sich viele Menschen von diesen nicht repräsentiert sahen. Und sie haben Extremisten oft genug staatlich bezuschusst.

Die Razzien beim Islamischen Zentrum Hamburg, das als verlängerter Arm Irans gilt, die erst im November stattgefunden haben, zeigen, wie sehr tagesaktueller Opportunismus und diplomatischer voreilender Gehorsam den Umgang mit migrantischen Extremisten bestimmt. Genauso die Tatsache, dass der Bundestag die Bundesregierung mittlerweile schon vor über drei Jahren damit beauftragt hat, Organisationsverbote gegen Vereine der türkisch-rechtsextremen Grauen Wölfe zu prüfen bisher ohne Ergebnis. Der Moscheeverband Ditib, der der türkischen Regierung untersteht, kann eh machen, was er will trotz aller Differenzen bezüglich unserer Werte .

Die anderen relevanten Parteien sollten der CDU also dankbar sein, dass sie die Frage nach unseren Werten für sie noch rechtzeitig aufwirft, wenn auch aus niederen Motiven. Über sie zu diskutieren, auch zu streiten wäre für die Konkurrenz links der CDU kein altruistischer Antirassismus. Es ist in ihrem ureigenen Interesse, wollen sie die Diskurshegemonie nicht komplett an jene abgeben, die es auf keinen Fall gut meinen mit dem gesellschaftlichen Frieden.

Wie werden unsere Werte eigentlich von muslimisch sozialisierte Menschen definiert, die ein Problem mit den Bekannten und Verwandten haben, die in den Juden den Ursprung allen Übels sehen? Was sagen muslimisch sozialisierte Feministinnen dazu? Queere Personen? Was sagen die Mitglieder der Parteien, auf die all das zutrifft?

Das abstrakte Bekenntnis der Islam gehört zu Deutschland ist jedenfalls nicht mehr zeitgemäß. Es braucht einen neuen, viel konkreteren Satz. Möglicherweise passt das, was es zu erstreiten gilt, auch nicht mehr in einen einzigen Satz.

Das abstrakte Der Islam gehört zu Deutschland ist nicht besser als seine abstrakte Ablehnung. Es braucht Konkretion

Load-Date: December 11, 2023

was macht die bewegung?; Demo gegen die Festung Europa Di

taz, die tageszeitung

Freitag 29. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN; S. 27

Length: 420 words

Byline: Timm Kühn, Marie Frank

Body

was macht die bewegung?

Demo gegen die Festung Europa

Die bürgerlichen Parteien arbeiten offenbar daran, das Grundrecht auf Asyl abzuschaffen. Gerade erst hat die EU mit der GEAS-Reform das europäische Asylrecht extrem eingeschränkt, da wird bereits die nächste Asyldebatte inszeniert. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) träumt von verschärften Abschiebeengesetzen und CDU und FDP fordern einen neuen Asylkompromiss wie 1993, als die Bundesregierung auf die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen mit einer weitgehenden Einschränkung des Asylrechts reagierte. Der Linken bleiben zwei Waffen, um dagegen vorzugehen: Solidarität und Widerstand gegen den Frontalangriff auf die Menschenrechte. Die Initiative Seebrücke und Fans des FC St. Pauli rufen daher vor dem Auswärtsspiel ihrer Mannschaft gegen Hertha BSC zu einer Kundgebung gegen die GEAS-Reform und Europas menschenfeindliche Asyl- und Migrationspolitik auf.

Samstag, 30. September, 17 Uhr auf den Coubertinplatz vor dem Olympia-stadion

Solidarisch leben, lesen und feiern

Die Antwort auf den gesellschaftlichen Rechtsruck ist Solidarität – aber was heißt das eigentlich genau? Dieser Frage gehen über 20 Au-to-r*in-nen in dem Buch Solidarität – eine reale Utopie nach, das im Frühjahr 2024 erscheinen wird. Sie zeigen auf, dass Solidarität mehr ist als eine Parole, Abwehrkampf oder Charity. Sie ist weltweit gelebte widerständige Praxis. Gemeinsam mit Ak-ti-vis-t*in-nen und Künst-le-r*in-nen aus unterschiedlichen sozialen Bewegungen wollen die Au-to-r*in-nen auf einer Pre-Release-Party die Vielfalt von Solidarität sichtbar machen, ins Gespräch kommen und gemeinsam feiern, um den utopischen Funken zu entzünden. Bei Sektempfang, Livekonzert, Performances, Debatten und anschließender Techno-Party – die Einnahmen gehen natürlich an solidarische Projekte.

Montag, 2. Oktober, 19.30 Uhr, Festsaal Kreuzberg

Gegen rechte Strukturen in den Kiezen

was macht die bewegung? Demo gegen die Festung Europa Di

Zu Solidarität gehört auch, nicht wegzuschauen, wenn Nazis ganze Kieze einschüchtern und Menschen terrorisieren. Die Initiative Schaut nicht weg! macht daher unter dem Motto Zusammenstehen gegen rechte Gewalt auf Neonazi-Strukturen in Prenzlauer Berg aufmerksam. Der Berliner Linke-Politiker Ferat Koçak diskutiert dort mit dem Autor Jakob Springfeld und Menschen des Bündnisses Tatort Henstedt-Ulzburg über die alte Frage der Linken: Was tun?! . Dazu gibt es Musik, Live-Acts und zahlreiche Infoverstände lokaler Initiativen.

Samstag, 30. September, 14.30 Uhr, Greifswalder Straße zwischen dem Mühlenbergcenter und Edeka

Load-Date: September 28, 2023

End of Document

Bald werden viele erwerbsfähige Menschen fehlen. Wir sollten froh sein über jeden Migranten, der sich nach Deutschland durchschlägt; Ulrike Herrmann
Cash & Crash

taz, die tageszeitung

Samstag 29. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: ZUKUNFT; S. 17

Length: 595 words

Byline: Ulrike Herrmann

Body

Ulrike Herrmann Cash & Crash

Schon lange ist klar, dass heute Erwerbsfähige fehlen. Das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) prognostizierte schon 2005 in einer Studie, dass die Zahl der Erwerbsfähigen ab 2020 sinkt und diese Lücke bis 2050 auf etwa 12,3 Millionen anwächst.

Bisher liegt das Institut richtig, und diese Treffsicherheit ist kein Wunder. Denn die Kinder, die heute arbeiten sollen, waren ja damals schon geboren. Ebenso war klar, dass der spärliche Nachwuchs nicht reichen würde, um die vielen Babyboomer zu ersetzen, die jetzt in Rente gehen.

In seiner damaligen Studie hat das IAB übrigens berücksichtigt, dass Deutschland schon seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland ist und daher angenommen, dass jährlich etwa 200.000 Erwerbsfähige zuziehen. Trotzdem, so war die Prognose, würden 2050 etwa 12,3 Millionen Berufstätige fehlen.

Schon seit Jahren sind also zwei Fakten überdeutlich: Deutschland benötigt dringend Zuwanderung und zugleich wird der Zuzug gar nicht reichen, um den Schwund an Erwerbsfähigen auszugleichen.

Es ist daher etwas seltsam, dass Deutschland Flüchtlinge abwimmelt oder jahrelang nicht arbeiten lässt. Stattdessen sollte man eigentlich froh sein über jeden Migranten, der sich nach Deutschland durchschlägt. Doch in der Bundesrepublik hält sich die Fiktion, dass es nützliche und unnütze Migration geben könnte.

Eher unwillkommen sind Flüchtlinge, weil sie sich eigenmächtig auf den Weg machen. Sie sind nicht angeworben worden, was den Verdacht nährt, sie könnten sich nicht in die deutsche Wirtschaft integrieren. Gewünscht sind hingegen Fachkräfte, die anderswo auf der Welt ausgebildet wurden und dann hier passgenau eingesetzt werden sollen.

Bald werden viele erwerbsfähige Menschen fehlen. Wir sollten froh sein über jeden Migranten, der sich nach Deutschland durchschlägt Ulrike Herrmann Cash & C....

Wie jedoch schon diverse Gesundheits- und Wirtschaftsminister feststellen mussten, trägt die Hoffnung, dass weltweit ganz viele PflegerInnen oder IT-Spezialisten händeringend darauf warten würden, in Deutschland anzuheuern. Es ist ein enormer Schritt, dauerhaft seine Heimat zu verlassen. Daher sollte man sich auf jene Menschen konzentrieren, die dazu bereit sind also die Flüchtlinge.

Es mag zynisch wirken, den ökonomischen Nutzen von Flüchtlingen hervorzuheben. Schließlich ist es ein Menschenrecht, sich anderswo in Sicherheit zu bringen, wenn zuhause Gefahr droht. Aber die Erfahrung zeigt, dass moralische Argumente kaum Wirkung zeigen. Sonst würden wir Menschen in Not bereitwilliger aufnehmen und schneller integrieren.

In der schnöden Realität nützt es auch den Flüchtlingen, an den ökonomischen Eigennutz der Deutschen zu appellieren.

Trotzdem bleibt das Problem, dass der Zuzug allein die Lücken auf dem Arbeitsmarkt gar nicht schließen kann. Also wird sich die Gesellschaft rigoros fragen müssen, welche Tätigkeiten gebraucht werden und welche nicht. Diese Frage ist bisher nie gestellt worden, weil es immer genug Arbeitskräfte gab. Daher ist auch noch nicht klar, wie die Antwort ausfallen wird. Aber die Corona-Zeit mag eine erste Orientierung bieten. Damals fiel auf, dass die systemrelevanten Jobs nicht unbedingt jene sind, die viel Prestige genießen und weit oben in der Hierarchie angesiedelt sind. Gebraucht wurden stattdessen PflegerInnen, LKW-FahrerInnen und die Bediensteten im Supermarkt. Für viele Chefs und Akademiker war es keine schöne Erkenntnis, dass Selbstwahrnehmung und Bedeutung auseinanderklaffen könnten.

Ulrike Herrmann ist Wirtschaftskorrespondentin der taz. Hier analysiert sie jeden Monat ein Thema aus wirtschaftspolitischer Perspektive.

Wir werden uns fragen müssen, welche Jobs gebraucht werden und welche nicht

Load-Date: April 28, 2023

Schutz für Geflüchtete in Kliniken; Wenn Geflüchtete wegen einer akuten Krankheit behandelt werden, sollen sie in Schleswig-Holstein nicht mehr abgeschoben werden

taz, die tageszeitung

Montag 14. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 432 words

Byline: Esther Geißlinger

Highlight: Wenn Geflüchtete wegen einer akuten Krankheit behandelt werden, sollen sie in Schleswig-Holstein nicht mehr abgeschoben werden

Body

Von Esther Geißlinger

Geflüchtete, die wegen einer akuten Krankheit in einer Klinik behandelt werden, sollen in Schleswig-Holstein künftig nicht mehr abgeschoben werden. Dafür hat das Sozial- und Integrationsministerium in Kiel seinen Rückführungserlass geändert. Anlass war der Fall einer 37-jährigen Tunesierin, die aus der psychiatrischen Fachklinik Rickling im Kreis Segeberg nach Schweden abgeschoben wurde.

Kräfte der Bundespolizei hatten Mariem F. nachts aus dem evangelischen Krankenhaus Rickling abgeholt. Die Frau wurde nach Schweden gebracht, wo die Tunesierin zuerst einen Asylantrag gestellt hatte. In ihrem Herkunftsland drohen ihr als lesbischer Frau Gefängnis oder Zwangsbehandlung. Doch Schweden lehnte ihren Antrag ab, F. war daraufhin nach Deutschland weitergereist. Hier ordnete das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) an, sie nach Schweden zurückzuschicken – so wollen es die Regeln des Dublin-Verfahrens, nach dem nur das EU-Land zuständig sein soll, in dem Geflüchtete erstmals aktenkundig werden.

Die Frau war in Rickling wegen des Verdachts auf Suizidgefahr in Behandlung. Gegen die Abschiebung aus dem Krankenhausbett hatten Geflüchtetenorganisationen scharf protestiert. Das von der Grünen Aminata Touré geführte Integrationsministerium des Landes war nicht im Vorfeld über den Fall informiert, teilte eine Sprecherin auf taz-Anfrage mit. Nachdem wir von der Rückführung von Mariem F. erfahren haben, haben wir rechtlich nichts zu beanstanden gehabt, so die Sprecherin weiter. Allerdings unterliegt Verwaltungshandeln, insbesondere Zwangsmaßnahmen, dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz. Deshalb haben wir diesen Fall zum Anlass genommen, um unseren aktuellen Rückführungserlass zu überprüfen.

Abschieben erst nach der Behandlung

Schutz für Geflüchtete in Kliniken Wenn Geflüchtete wegen einer akuten Krankheit behandelt werden, sollen sie in Schleswig-Holstein nicht mehr abgeschoben werden....

Bereits am Donnerstag legte das Ministerium seinen überarbeiteten Erlass vor. Demnach soll ein Krankenhausaufenthalt einer ausreisepflichtigen Aus-län-de-r*in im Regelfall ein Abschiebungs- oder Überstellungshindernis darstellen. Künftig soll abgewartet werden, dass die Klinik die stationäre Behandlung für beendet erklärt und die ausreisepflichtige Person entlässt. Dann müsse die Reisefähigkeit ärztlich festgestellt werden. Auch im Fall von Mariem F. war ein Arzt beteiligt, der ihre Reisefähigkeit feststellte und sie auch im Flieger begleitete. In Schweden wurde sie in Abschiebehaft gebracht.

Tunesien ist in Deutschland als sogenannter sicherer Herkunftsstaat anerkannt. Auf EU-Ebene gibt es eine strategische Partnerschaft mit dem Ziel, Geflüchtete anderer afrikanischer Staaten von der Überfahrt nach Europa zurückzuhalten.

Load-Date: August 13, 2023

End of Document

Deutsche Kehrtwende in der Asylpolitik; Die Bundesregierung wird der umstrittenen Krisenverordnung der EU im Asylstreit zustimmen. Doch einige Details sind noch unklar, die Verhandlungen dauern an

taz, die tageszeitung

Freitag 29. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 10

Length: 844 words

Byline: Daniel Bax, Frederik Eikmanns, Dinah Riese

Highlight: Die Bundesregierung wird der umstrittenen Krisenverordnung der EU im Asylstreit zustimmen. Doch einige Details sind noch unklar, die Verhandlungen dauern an

Body

Von Daniel Bax, Frederik Eikmanns und Dinah Riese

Deutschland hat der umstrittenen Krisenverordnung zugestimmt und so den Weg für Verhandlungen über eine Änderung des Europäischen Asylrechts frei gemacht. Das hat Innenministerin Nancy Faeser (SPD) bei einem Treffen des Innenministerrats in Brüssel erklärt. Obwohl wir noch weiteren Änderungsbedarf hätten und auch darüber hinaus, werden wir heute unserer Verantwortung gerecht, sagte Faeser am Donnerstag zum Auftakt der Verhandlungen.

Die Krisenverordnung, mit der sich die EU gegen eine neue Flüchtlingskrise wappnen will, war bisher ein Streitpunkt in Brüssel. Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hatte sich noch am Montag öffentlich dagegen ausgesprochen und gesagt, sie ziehe in der Sache mit Faeser an einem Strang.

Bei einer Pressekonferenz mit dem italienischen Außenminister erklärte Baerbock am Donnerstag, die deutschen Vorschläge seien über Monate nicht aufgenommen worden. Nun hätten Faeser und sie ihre Anliegen zu Humanität und Ordnung in den aktuell debattierten Kompromissvorschlag der EU-Ratspräsidentschaft hineinverhandelt. Sie hoffe, dass es dafür eine Mehrheit geben werde. Nach taz-Informationen geht es dabei unter anderem um die Absenkung von Mindeststandards bei der Unterbringung Geflüchteter. Der Ausgang der Verhandlungen war zu Redaktionsschluss noch unklar.

Mehrere Medien hatten am Mittwoch berichtet, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) habe in der Kabinettsitzung am Mittwoch ein Machtwort gesprochen, um den Streit in der Koalition über die umstrittene Krisenverordnung zu beenden. Am Donnerstag bekräftigte er, die Bundesregierung sei sich einig, dass man der Reform nicht im Weg stehen werde.

Deutsche Kehrtwende in der Asylpolitik Die Bundesregierung wird der umstrittenen Krisenverordnung der EU im Asylstreit zustimmen. Doch einige Details sind noch

Viele Grüne dementieren allerdings, dass es dieses Machtwort des Kanzlers gegeben habe, dies werde nun öffentlich aber so dargestellt. Ein solches Verhalten ohne Rücksicht auf den Koalitionspartner werfe grundlegende Fragen auf, wie eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit diesem Kanzler aussehen soll, der offenbar versucht, seine Innenministerin zu schützen , heißt es aus der Bundestagsfraktion.

Es habe zwar Fortschritte in die richtige Richtung gegeben, sagte der Grünen-Europaabgeordnete Erik Marquardt. Unterm Strich ist das aber trotzdem kein gutes Ergebnis. In den weiteren Verhandlungen mit dem EU-Parlament müsse der Rat sich noch einmal deutlich bewegen: Die Antwort der EU auf Krisensituationen können doch nicht Massenhaftlager für Männer, Frauen und Kinder sein , sagte Marquardt der taz.

Es müsse um eine faire Verteilung innerhalb der EU gehen, statt durch noch schlechtere Bedingungen an den Außengrenzen dafür zu sorgen, dass mehr Menschen weiter nach Deutschland fliehen müssen. Marquardt kritisierte auch den Kanzler: Am Vorabend der Verhandlungen zu verkünden, dass man sowieso zustimmen wird, stärkt nicht gerade die deutsche Verhandlungsposition , so Marquardt.

Kri-ti-ke-r*in-nen bemängeln nicht nur, dass mit der Krisenverordnung die Rechte der Geflüchteten drastisch eingeschränkt werden und ihnen großes Elend droht sondern auch, dass damit eine Art dauerhafter Ausnahmezustand an den Außengrenzen zementiert würde. Zudem könnte die Verordnung es Staaten wie Griechenland ermöglichen, Pushbacks einfacher zu legitimieren und zu verschleiern. Solche Aktionen, bei denen Geflüchteten das Asylrecht verweigert wird und sie zurückgezwungen werden, sind klar illegal.

Pro Asyl zeigte sich entsetzt über den Kurswechsel der Bundesregierung. Ihre Zustimmung in Brüssel wäre ein Geschenk für die rechten Hardliner in Europa , erklärte die Organisation. Dass der Bundeskanzler nun die Zustimmung erzwingt, zeigt, dass in der Bundesregierung menschenrechtliche Erwägungen nichts mehr zählen sollen.

Die Vize-Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland, Julia Duchrow, sprach von Verrat an den Rechten von Menschen auf der Flucht . Die Pläne würden die bestehenden Herausforderungen der europäischen Asylpolitik nicht lösen, sondern weiter verschärfen und den rechtsstaatlichen Zerfall der Europäischen Union vorantreiben .

Auch die Linke im Bundestag kritisierte den deutschen Kurswechsel scharf. Dieser werde damit begründet, dass es endlich ein gemeinsames und einheitliches europäisches Asylsystem brauche, sagte deren fluchtpolitische Sprecherin Clara Bünger. Dabei gebe es dieses längst, es werde nur von vielen Staaten unterlaufen. Statt sich für die Einhaltung der bestehenden Gesetze einzusetzen, trägt die Bundesregierung nun dazu bei, dass deren Unterschreitung legalisiert wird , so Bünger.

Scharfe Kritik an den Änderungen des Europäischen Asylrechts, allerdings aus anderer Perspektive, übte aber auch der ungarische Regierungschef Viktor Orbán: Brüssel will uns den gescheiterten Migrationspakt vor den kommenden Europawahlen (im Juni 2024) in den Rachen schieben , kritisierte er im Kurzbotschaftendienst X, ehemals Twitter. Ungarn hatte mit Polen und weiteren Ländern zuletzt auch gegen den Krisenmechanismus gestimmt.

meinung + diskussion

Viele Grüne dementieren, dass es ein Machtwort des Kanzlers gegeben habe

Load-Date: September 28, 2023

Schon wieder Schüsse in Hanau; Ein Migrant wird niedergeschossen, die Staatsanwaltschaft sieht kein rassistisches Motiv. Der Vater schon

taz, die tageszeitung

Freitag 25. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 496 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Ein Migrant wird niedergeschossen, die Staatsanwaltschaft sieht kein rassistisches Motiv. Der Vater schon

Body

Von Konrad Litschko

Nach einem erneuten, womöglich rassistisch motivierten Schusswaffenangriff in Hanau gibt es Kritik an den Ermittlungen und Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU). Linken-Fraktionschefin Elisabeth Kula nannte es schockierend, dass Beuth den Vorfall nicht dem Parlament mitgeteilt hatte. Die Linke werde noch in den Sommerferien eine Sondersitzung des Innenausschuss beantragen.

Der Fall ereignete sich Ende Juni. Die Polizei teilte damals nichts von einem möglichen politischen Hintergrund mit. Am frühen Abend des 20. Juni hatte ein 59-Jähriger einen 23-Jährigen mit einer Pistole schwer verletzt. Laut Staatsanwaltschaft hatte das Opfer den Schützen zuvor zu dessen Aufeinandertreffen mit seiner Freundin und einer Bekannten zur Rede gestellt. Der Schütze, ein früherer Kampfsportler, wurde festgenommen und sitzt bis heute in U-Haft.

Die Frankfurter Rundschau legte nun offen, dass das Opfer der Ex-Betreiber eines Kiosks im Hanauer Stadtteil Kesselstadt war, in dem beim rassistischen Attentat vom 19. Februar 2020 drei Menschen erschossen wurden. Das bestätigt auch die Staatsanwaltschaft. Laut FR war der Schütze der Nachbar des Niedergeschossenen. Dieser habe im Vorgarten die Freundin des späteren Opfers angesprochen. Als der 23-Jährige meinte, er solle die Frauen in Ruhe lassen, habe der 59-Jährige ihn mit einer Waffe bedroht, ihm diese erst an den Kopf gehalten und dann in den Oberschenkel geschossen. Laut FR soll der Schütze schon in der Vergangenheit migrantische Jugendliche in Hanau bedroht haben. So sei er am 11. Februar 2020, rund eine Woche vor dem damaligen Attentat, an dem späteren ersten Tatort, einer Bar am Hanauer Heumarkt aufgetaucht und soll sich dort islamfeindlich geäußert haben. Später soll er zwei jungen Männern bei sich zu Hause eine Axt und Machete gezeigt und sie über Stunden festgehalten haben. Der Polizei soll dazu eine Meldung vorliegen. Auch in Social-Media-Beiträgen, die der taz vorliegen, posiert der Festgenommene mit Schusswaffen. In einem Beitrag ätzt er über Asylanten, die Stütze bekämen, während unsere Omas Flaschen sammeln müssen.

Schon wieder Schüsse in Hanau Ein Migrant wird niedergeschossen, die Staatsanwaltschaft sieht kein
rassistisches Motiv. Der Vater schon

Der niedergeschossene 23--Jäh-rige äußert sich zu dem Fall derzeit nicht. Er war beim Attentat von 2020 nicht in seinem Kiosk und hatte diesen wenige Monate danach aufgegeben. Die Zeitung zitiert seinen Vater, der ein rassistisches Tatmotiv bei den Schüssen vom Juni vermutet. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Hanau sagte der taz, es werde in dem Fall in alle Richtungen ermittelt. Bisher hätten sich keine Hinweise auf ein rassistisches Tatmotiv ergeben. Ermittelt werde wegen versuchten Totschlags, gefährlicher Körperverletzung und Verstoß gegen das Waffengesetz.

Neben der Linken übt auch Newroz Duman von der Initiative 19. Februar, in der sich Betroffene und Un-ter-stüt-ze-r*in-nen des Anschlags engagieren, deutliche Kritik und beklagt, dass schon wieder rassistische Bedrohungen und Warnungen von Betroffenen von der Polizei nicht ernstgenommen wurden .

Load-Date: August 24, 2023

End of Document

Beratungsnetz gegen Rassismus; Ein bundesweites Angebot gegen Rassismus startet. Laut Staatsministerin Reem Alabali-Radovan sollen in 32 Anlaufstellen 50 Berater*innen arbeiten, die selbst aus den Community-Organisationen kommen

taz, die tageszeitung

Dienstag 26. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 450 words

Byline: Jonas Grimm

Highlight: Ein bundesweites Angebot gegen Rassismus startet. Laut Staatsministerin Reem Alabali-Radovan sollen in 32 Anlaufstellen 50 Be-ra-te-r*in-nen arbeiten, die selbst aus den Community-Organisationen kommen

Body

Aus Berlin Jonas Grimm

Im Rahmen einer Auftaktveranstaltung in Berlin hat die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus, Reem Ala-bali-Radovan, am Montag ein bundesweites Beratungsangebot gegen Rassismus vorgestellt. Für das Modellprojekt bauen acht **Migrant***innen- und Community-Organisationen das Netz mit Anlauf- und Beratungsstellen auf.

Das Modellprojekt sei kein Top-Down-, sondern ein Bottom-Up-Ansatz, sagte Alabali-Radovan. Die Beratung stelle die Selbstbestimmung in den Mittelpunkt, Betroffene können selbst Ak-teu-r*in-nen werden und zwar hauptamtlich. Die Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration führte aus, dass niemand die Bedürfnisse der Betroffenen so gut kenne wie die Community-Organisationen. Sie würden einen Vertrauensvorschuss bei anderen Betroffenen genießen. Außerdem erhoffe sie sich, dass dadurch die Hürde geringer wird, Beratung in Anspruch zu nehmen.

Die Beratungsangebote sollen Lücken auch im ländlichen Raum schließen, so Alabali-Radovan. Hamza Barashed vom Antidiskriminierungsverband Deutschland zeigte auf, wieso das wichtig ist: Es gebe etwa 100 Antidiskriminierungsstellen deutschlandweit, aber vor allem in den Ballungszentren. Selbst dieser Bedarf wird bei weitem nicht ausreichend abgedeckt, denn: Eine Vollzeit-Beratungsstelle ist zurzeit für etwa 900.000 Ein-woh-ne-r*in-nen zuständig.

Ein weiterer Baustein ist ein Monitoring- und Dokumentationssystem. Damit soll laut Ala-bali-Radovan das Dunkelfeld rassistischer Vorfälle erhellt werden und nachvollziehbar sein, in welcher Form und Umfang Rassismus vorkommt.

Beratungsnetz gegen Rassismus Ein bundesweites Angebot gegen Rassismus startet. Laut Staatsministerin Reem Alabali-Radovan sollen in 32 Anlaufstellen 50 Berater....

In den bundesweit 32 Anlauf- und Beratungsstellen sollen rund 50 Be-ra-te-r*in-nen bereit stehen. Das Vorhaben treffe den Nerv der Zeit, so die 33-jährige Sozialdemokratin. Rassismus ist Gewalt. Betroffene leiden physisch und psychisch. Zudem sei er für viele allgegenwärtig, bei der Wohnungssuche, im Behördenkontakt oder auf dem Fußballplatz. Sie hofft, dass durch die geschaffenen Strukturen weitere Dominosteine im Kampf gegen Rassismus fallen. Es brauche viel mehr Präventionsarbeit beim Rassismus, da wurde zu lange alles verschlafen.

Das Projekt wird seit dem 1. Januar 2023 drei Jahre lang mit insgesamt 12 Millionen Euro finanziert. 26 der 32 Stellen sind bereits eingerichtet, der Rest soll bis Ende des Jahres dazukommen. Die Gefahr ist, dass Projekte zu kurzfristig gedacht werden, es bedarf einer langfristigen Finanzierung. Was passiert nach den drei Jahren?, fragte Magdalena Benavente vom Migrationsrat Berlin. Ursprünglich war das Geld nur für eine Antirassismushotline vorgesehen, ein Vorschlag aus der letzten Legislaturperiode, der von den Selbstorganisationen kritisch betrachtet wurde.

Load-Date: September 25, 2023

End of Document

Wie ein Virus hat die Phrase irreguläre Migration die Sprache vergiftet und folglich auch das Denken; starke gefühle

taz, die tageszeitung

Samstag 11. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfaeltigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 24

Length: 613 words

Byline: Waltraud Schwab

Body

starke gefühle

Herrgott, wie ist bloß diese irreguläre Migration in unsere Sprache und damit in unsere Gesellschaft gesickert? Erst ganz unbemerkt, wie beim Coronavirus. Das Wachstum indes ist exponentiell. Mittlerweile vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendwelche Politikleute den Begriff in den Mund nehmen und meinen, damit Wasser auf die Mühlen geschichtsvergessener Eiferer schütten zu können.

Schleichend hat der Begriff die Sprache vergiftet, das zeigt auch ein Blick ins taz-Archiv. Von 1994 bis 2013, zwei Dekaden lang, finden sich gerade einmal 6 Texte, in denen irreguläre Migration steht. Anfangs in Anführungszeichen. Die Kol-le-g*in-nen spürten, dass etwas nicht stimmt mit der Phrase. Von 2014 bis zum 6. November 2023, dem Tag des Bund-Länder-Treffens zu Migration, sind es schon 140 Texte. Davon fast die Hälfte in den letzten zwei Jahren.

Politiker überschlagen sich gerade, wenn es darum geht, den Begriff zu verwenden, und die Medien liefern ihnen dafür die Plattform. Kanzler Scholz: Unser gemeinsames Ziel ist es, die irreguläre Migration zurückzudrängen (ARD). Hendrik Wüst, Ministerpräsident von NRW: Der zentrale Punkt: dass wir irreguläre Migration begrenzen (ntv). Und weil es immer noch schlimmer geht, hier auch CDU-Vize Jens Spahn: Entweder beenden die Parteien der demokratischen Mitte das Thema irreguläre Migration, oder die irreguläre Migration beendet die demokratische Mitte (Wirtschaftswoche). Nach Spahn ist die Demokratie also der Migration ausgeliefert, nicht der Demagogie und dem Populismus der rechten Demokratiefeinde, deren Hetze die CDU gern übernimmt. Mir wird echt schlecht.

Lange war das Wording: illegale Migration. Das ist eine genauso schlimme Formulierung. Die Protestbewegung reagierte. Kein Mensch ist illegal lautete deren Antwort. Kein Mensch ist irregulär indes taugt als Slogan nicht. Da vibriert nichts, es hat keinen Sound; irregulär ist ein genialer Schachzug der PR-Polit-Strategen.

Wer von irregulärer Migration spricht, macht im Umkehrschluss ein Zugeständnis. Nämlich dass es auch reguläre Migration gibt, also Migration überhaupt. Und die auch nach Deutschland. Lange war verpönt, das zu denken.

Wie ein Virus hat die Phrase irreguläre Migration die Sprache vergiftet und folglich auch das Denken starke gefühle

Regulär und irregulär stehen sich antagonistisch gegenüber. Wie gut und schlecht. Wie weiß und schwarz. Und auf Weiß und Schwarz läuft es raus, wie zu sehen ist, angesichts der Toten im Mittelmeer.

Irreguläre Migration heißt Migration ohne Regeln. Den Deutschen wird nachgesagt, dass sie Regellosigkeit nicht gut verkraften. Etwas Geregeltes ist kontrollierbar. Aber, Leute, Migration ist immer chaotisch (außer vielleicht bei Zugvögeln und Fischen). Die Gründe dafür: Krieg, Umweltzerstörung, Klimawandel, Armut, Terror. Aktuelle Beispiele: Ukraine, Bergkarabach, Gaza, Sudan, Pakistan, Subsahara, Honduras.

Wer Migration regeln will, muss die Lebensbedingungen in den Ländern verbessern, aus denen Menschen migrieren. In Sachen Frieden ist das schwer, solange Despoten ihr Standing durch Krieg und Terror stabilisieren und Waffenverkäufe und Waffenschmuggel so lukrativ sind. In Sachen Klimawandel indes könnten alle im Westen mehr tun. Der Klimawandel zerstört Lebensgrundlagen in Ländern, wo wenig CO2 verbraucht wird. Das Ergebnis: Flucht und Migration.

Was tatsächlich irregulär und also aus dem Rahmen fallend ist und reguliert werden müsste: dass die reichen Länder auf Kosten der armen das Klima zerstören. Für diesen Missstand hat noch niemand eine Phrase gesucht. Sprache ist eben immer das Aushängeschild des Denkens. Waltraud Schwab

Den Deutschen wird nachgesagt, dass sie Regellosigkeit nicht gut verkraften. Etwas Geregeltes ist kontrollierbar. Aber, Leute, Migration ist immer chaotisch

Load-Date: November 10, 2023

End of Document

Die selbst erfüllenden Prophezeiungen; Nadine Conti Provinzhauptstadt

taz, die tageszeitung

Dienstag 14. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 26-27

Length: 513 words

Byline: Nadine Conti

Body

Nadine Conti

Provinzhauptstadt

Meine Freundin Christiane (die in Wirklichkeit anders heißt, aber ich habe bald nicht mehr viele Freunde, wenn ich die hier dauernd mit Klarnamen in meinen Kolumnen missbrauche) war schon vorfreudig in den Keller gestieft und hatte die alten Bobbycars und sonstigen Spielsachen entstaubt, als sie von der neuen **Flüchtlingsunterkunft** in der Nachbarschaft erfuhr. Sie war enttäuscht, als dort dann vor allem junge Männer einzogen.

Ich nehme an, dass sie mit dieser Enttäuschung nicht allein ist, jedenfalls höre ich das verdächtig oft in Orts- und Bezirksräten, wenn man über Gemeinschaftsunterkünfte redet: Da ziehen Familien ein, sagt man, um die Gemüter zu beruhigen. Ich frage mich, woher man eigentlich all diese Familien nehmen möchte, wenn man gleichzeitig eine Migrationspolitik fährt, die den Weg hierher so schwierig und gefährlich macht, dass praktisch nur junge Männer durchkommen, während die Frauen, Kinder, Alten in den elenden Flüchtlingslagern der Anrainerstaaten zurück bleiben.

Irgendwie erinnert mich das ein bisschen an Tierdokumentationen: Da ist auch erst einmal das ganze Rudel in Aufruhr, wenn sich ein junges, ungebundenes Männchen blicken lässt. Und auch beim Menschen gibt es ja die eine oder andere Statistik, die darauf schließen lässt, dass die ihren Ruf als Unruhestifter möglicherweise nicht zu Unrecht haben: Unfälle, Ordnungswidrigkeiten, Verbrechen – überall liegen junge Männer weit vorn, ganz unabhängig von der Herkunftskultur.

Aber als Mutter zweier Söhne behagen mir solche plumpen Biologismen und all das Geschiele auf toxische Männlichkeit natürlich nicht sonderlich. Rein theoretisch wissen wir natürlich ja auch, was dagegen hilft: Soziale Einbindung, ein Ziel, ein Platz, eine Aufgabe.

Dann könnte das zum Tragen kommen, was Jungs (oder sagen wir mal männlich sozialisierte Personen) so hinreißend macht: die irre Energie und Kreativität, die sie mitbringen, oder die Nerdigkeit, mit der sie sich in Nischenthemen verbeißen und absurde Mengen an Detailwissen anhäufen können, zum Beispiel.

Die selbst erfüllenden Prophezeiungen Nadine Conti Provinzhauptstadt

Oder im Fall vieler Geflüchteter: Der Mut, die Zielstrebigkeit, die Anpassungsfähigkeit und das Durchhaltevermögen, das sie bis hierher getragen hat. Aber wir sperren sie natürlich lieber auf einen Haufen, blockieren den Familiennachzug, verdammen sie zu Ungewissheit und Untätigkeit und warten dann darauf, dass es schief geht. Herrje.

Das erinnert fatal an die Art und Weise wie über Kinder mit Migrationsgeschichte an Schulen geredet wird: Die sind auch vor allem ein Problem, selten wird gesehen, was diese Kinder alles mitbringen und alles können. Am Ende wird das Ganze dann zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Wer immer nur als Problemfall betrachtet wird, der wird auch einer.

Aber vielleicht gibt es ja doch noch Hoffnung. Christiane ist jedenfalls am Ende grummelnd nochmal in den Keller gestiegen und hat die alten Deutsch als Fremdsprache -Bücher vorgekramt und abgestaubt. Irgendwer muss ja , meint sie achselzuckend.

Unfälle, Ordnungswidrigkeiten, Verbrechen da führen junge Männer die Statistik an

Load-Date: November 13, 2023

End of Document

Krise, welche Krise?; Die Situation ähnelt der Flüchtlingskrise von 2015. Doch die Debatte über ukrainische Geflüchtete verläuft völlig anders. Der Grund dafür ist Rassismus

taz, die tageszeitung

Dienstag 21. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 1012 words

Byline: Daniel Bax

Highlight: Die Situation ähnelt der Flüchtlingskrise von 2015. Doch die Debatte über ukrainische Geflüchtete verläuft völlig anders. Der Grund dafür ist Rassismus

Body

debatte

Was für einen Unterschied die Herkunft geflüchteter Menschen doch macht! Deutschland sieht sich zum zweiten Mal in kurzer Zeit mit einer großen Fluchtbewegung konfrontiert. Doch es geht damit völlig anders um als beim letzten Mal. Bis vor einem Jahr lautete das Mantra noch, 2015 dürfe sich nicht wiederholen. Nun erleben wir mit der Massenflucht aus der Ukraine eine vergleichbare Krise wie zwischen 2014 und 2016, als Hunderttausende vor den Kriegen in Syrien, Irak und Afghanistan nach Europa flohen. Aber niemand kritisiert, Scholz habe die Grenzen geöffnet, oder zieht in Zweifel, dass ihre Aufnahme grundsätzlich zu schaffen ist. Niemand fordert eine Obergrenze für Geflüchtete aus der Ukraine. Nicht einmal von einer Flüchtlingskrise ist die Rede und das, obwohl allein aus der Ukraine schon jetzt mehr neue Flüchtlinge in Deutschland gezählt wurden als zwischen 2014 und 2016 zusammen.

Gewiss: Auch jetzt ächzen Städte und Kommunen unter dem Andrang so vieler Menschen, die Schutz und ein Dach über den Kopf brauchen. Auch jetzt lud die Regierung deshalb wieder zu einem Flüchtlingsgipfel, wo um Geld und die gerechte Verteilung von Geflüchteten gestritten wurde. Und auch jetzt regt sich mancherorts Unmut und rechter Protest. Aber im Vergleich zu 2015 verläuft die Debatte vernünftig, rational und gesittet ganz anders als zwischen 2014 und 2016, als Gewalt und Untergangsstimmung herrschten. Damals hetzte die rechtsradikale Pegida-Bewegung auf den Straßen gegen Bahnhofsklatscher und Invasoren. Mehr als Tausend Angriffe auf Flüchtlingsheime registrierten die Behörden 2015, im Jahr darauf nochmals genauso viele.

Namhafte Publizisten wie Rüdiger Safranski warfen der Regierung vor, Deutschland mit Flüchtlingen zu fluten. Der damalige Bundespräsident Joachim Gauck salbaderte, unsere Herzen seien zwar weit, doch unsere Möglichkeiten begrenzt. Und Zeit-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo entschuldigte sich quasi dafür, dass die Medien anfangs zu viel Mitgefühl gezeigt hätten.

Krise, welche Krise? Die Situation ähnelt der Flüchtlingskrise von 2015. Doch die Debatte über ukrainische Geflüchtete verläuft völlig anders. Der Grund dafür....

Jetzt, wo noch mehr Flüchtlinge als damals in Deutschland Zuflucht suchen, nur diesmal aus der Ukraine, sind diese Stimmen verstummt. Selbst der spärliche Rest der Pegida-Bewegung demonstrierte zum Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine nur noch für Frieden und hetzte nicht gegen die Menschen, die von dort flüchten.

Es ist nun nicht so, dass Menschen aus der Ukraine keinen Rassismus kennen würden. Vorbehalte gegen Ost-eu-ro-päe-r*in-nen haben in Deutschland eine lange Tradition. Noch im Jahr 2004 musste sich die damalige rot-grüne Bundesregierung von der CSU vorwerfen lassen, Schwarzarbeit, Prostitution und Menschenhandel begünstigt zu haben, weil sie die Visa-Vergabe für Ukrai-ne-r*in-nen erleichtert hatte. Seit 2017 dürfen ukrainische Bür-ge-r*in-nen sogar visumsfrei nach Europa reisen.

Die geopolitische Lage ist der Grund dafür, dass sich der Wind gedreht hat. Seit dem 24. Februar vergangenen Jahres gehört die Ukraine zu Europa, wenn man der offiziellen Rhetorik glauben mag. Auf Grundlage der Massenzustrom-Richtlinie der EU dürfen Flüchtlinge von dort seit dem 3. März 2022 frei nach Europa reisen. Dieser humanitären Willkommenskultur möchten sich nur wenige verschließen. Und anders als 2015, als die Hilfsbereitschaft in breiten Teilen der Bevölkerung nur anfangs sehr groß war, ist die positive Stimmung gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine auch nach einem Jahr noch fast immer ungetrübt.

Natürlich spielt es eine Rolle, dass vor allem Frauen und Kinder nach Deutschland kommen und sie vor einem Krieg in der Nähe fliehen. Aber der Hauptgrund, warum sie anders aufgenommen werden als viele Flüchtlinge vor ihnen, ist schlicht: Rassismus. Nirgendwo zeigt sich das so krass wie im Nachbarland Polen. 2015 wehrte sich Polen strikt dagegen, nur ein paar Tausend Flüchtlinge aufzunehmen, und wollte höchstens Christen Asyl gewähren. Noch im Herbst 2021 verhängte die Regierung an ihrer Ost-Grenze den Ausnahmezustand, weil dort ein paar Tausend Menschen aus dem Irak und Afghanistan campierten, die aus Belarus nach Europa gelangen wollten. Nun hat Polen in kurzer Zeit über 1,5 Millionen Menschen aus der Ukraine aufgenommen, so viel wie kein anderes Land in Europa. Polen kann also, wenn es will. Plötzlich ist es auch okay, dass Flüchtlinge einfach von dort aus weiterziehen, wohin sie wollen. Ukrainische Staats-bür-ge-r*in-nen dürfen sich frei in Europa bewegen und niederlassen. Selbst Ungarn, Tschechien oder Dänemark, die Flüchtlinge bisher mit Schikanen oder gar Stacheldraht abschreckten, nehmen jetzt Ukrai-ne-r*in-nen auf.

Im Rückblick lässt sich deshalb sagen, dass Europa 2015 nicht von einer Flüchtlingskrise erschüttert wurde, sondern von einer Rassismuskrise. Denn für die Fähigkeit, Flüchtlingen Schutz zu bieten, gibt es keine objektiven Grenzen. Doch Flüchtlinge aus der Ukraine werden heute gegen andere Flüchtlinge ausgespielt. Da kann Innenministerin Nancy Faeser noch so sehr betonen, es dürfe keine Flüchtlinge erster und zweiter Klasse geben. De facto gibt es sie, und die Bundesregierung sorgt dafür, dass es auch so bleibt. Während die Aufnahme von Flüchtlingen aus der Ukraine zeigt, wie unbürokratisch es gehen könnte, müssen Flüchtlinge aus anderen Ländern weiter langwierige Asylverfahren durchlaufen, werden mit Auflagen schikaniert und an Europas Grenzen systematisch davon abgehalten, hier Schutz zu suchen. Auf dem Mittelmeer sterben deshalb fast täglich Menschen. Deutschland trägt eine Mitschuld an diesen Zuständen. Verkehrsminister Volker Wissing will die Seenotrettung aus Deutschland sogar noch erschweren. Dieses selektive Mitgefühl ist ein Skandal. Ein Zwei-Klassen-Asyl widerspricht den Werten, für die Europa sich so gerne rühmt.

Ein Zwei-Klassen-Asyl widerspricht den Werten, für die Europa sich sonst so gerne rühmt

Daniel Bax

52, ist Autor, Journalist, Kommu-ni-ka-tionsmanager und Pressesprecher am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM. Zuletzt erschien von ihm das Buch Die Volks-verführer (Westend Verlag) über den aktuellen Rechts-populismus.

Load-Date: March 20, 2023

Krise, welche Krise? Die Situation ähnelt der Flüchtlingskrise von 2015. Doch die Debatte über ukrainische Geflüchtete verläuft völlig anders. Der Grund dafür....

End of Document

Abgeschoben nach Berlin; Als Spitzenkandidat war Joachim Stamp für das Wahldebakel der FDP in NRW verantwortlich. Jetzt wird der frühere Integrationsminister Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Migrationsabkommen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 01. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 582 words

Byline: Dinah Riese, Andreas Wyputta

Highlight: Als Spitzenkandidat war Joachim Stamp für das Wahldebakel der FDP in NRW verantwortlich. Jetzt wird der frühere Integrationsminister Sonderbeauftragter der Bundesregierung für **Migrationsabkommen**

Body

Von Dinah Riese und Andreas Wyputta

Meinungsverschiedenheiten und Streit in der Ampel sind schon fast so etwas wie das Markenzeichen dieser Koalition. Das gilt auch für jenen Posten, den am Mittwoch Nordrhein-Westfalens ehemaliger Integrationsminister Joachim Stamp (FDP) antritt: Er wird Deutschlands erster Sonderbevollmächtigter für **Migrationsabkommen**.

Ich freue mich darauf, gemeinsam mit vielen Fachleuten in den unterschiedlichen Ministerien daran zu arbeiten, die Migrationspolitik neu auszurichten, um mehr reguläre Migration zu ermöglichen, aber auch irreguläre Migration deutlich zu reduzieren, erklärte Stamp am Dienstag. Der Sonderbevollmächtigte ist im Koalitionsvertrag verankert und soll neue praxistaugliche und partnerschaftliche Vereinbarungen mit wesentlichen Herkunftsländern schließen, um sowohl Fachkräftemigration als auch Abschiebungen voranzubringen.

Die FDP drängt seit Koalitions-antritt auf die ebenfalls im Koalitionsvertrag vereinbarte Rückführungsoffensive und wollte den Beauftragten deswegen im für Abschiebungen zuständigen Bundesinnenministerium verortet sehen wo er jetzt gelandet ist. Die Grünen hingegen betonten seine Verantwortung, mehr legale Wege nach Deutschland zu schaffen, und hätten ihn lieber im Auswärtigen Amt angesiedelt.

Es geht uns um ein Gesamtkonzept: um wirtschaftliche Zusammenarbeit und Qualifizierung für den Arbeitsmarkt auf der einen Seite, aber auch konsequente Rückführungen auf der anderen Seite, sagte am Dienstag Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Dafür seien Migrationsabkommen ein wichtiger Baustein, und sie freue sich, mit Joachim Stamp einen der erfahrensten Köpfe für die Aufgabe gewonnen zu haben.

Abgeschoben nach Berlin Als Spitzenkandidat war Joachim Stamp für das Wahldebakel der FDP in NRW verantwortlich. Jetzt wird der frühere Integrationsminister So....

Stamps Aufgabe sei es, anderen Staaten partnerschaftlich und auf Augenhöhe zu begegnen, unterstreicht der Grünen-Abgeordnete Julian Pahlke. Das heißt: keine Deals, bei denen es nur um Abwehr von Flüchtenden gehe. Deutschland brauche Fachkräfte, aber auch Zugang zu Schutz für Flüchtende und von den Abkommen müssten auch die Partnerländer profitieren. Joachim Stamp ist nicht Rückführungsbeauftragter, das gibt sein Auftrag aus dem Koalitionsvertrag überhaupt nicht her, warnt ihn Pahlke schon heute.

Sein neues Amt maßgeblich verdanken dürfte Stamp FDP-Bundesparteichef Christian Lindner. Mit dem heutigen Bundesfinanzminister hat er schon zwischen 2012 und 2017 eng zusammengearbeitet, als Lindner Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion in NRW war und Stamp sein Stellvertreter. Nach Lindners Wechsel nach Berlin beerbte Stamp ihn 2017 als NRW-Landesparteichef. Ein Freund und feiner Kerl sei Stamp, lobte Lindner auf dem FDP-Landesparteitag im Januar, bei dem Stamp nicht mehr antrat.

Mit seinem Rückzug aus der nordrhein-westfälischen Landespolitik zog der 52-Jährige die Konsequenz aus dem Wahldebakel bei der Landtagswahl im Mai 2022. Mit ihm als Spitzenkandidat flog die FDP aus der Landesregierung. Als solcher warb er einerseits dafür, Fachkräften die Migration nach Deutschland zu erleichtern, sorgte als Minister aber auch dafür, dass NRW die höchste Abschiebequote aller Bundesländer hatte.

Scharfe Kritik an Stamps Berufung kommt deshalb vom Flüchtlingsrat NRW. Als Landesminister habe Stamp für einen restriktiven Kurs im Umgang mit Schutzsuchenden gestanden, sagte Geschäftsführerin Birgit Naujoks: Die Benennung seiner Personalie zeigt, dass Migrationspolitik auch zukünftig in erster Linie als Ordnungspolitik begriffen wird.

Joachim Stamp ist nicht Rückführungs-beauftragter

Load-Date: January 31, 2023

Gegen Entrechtung und Rassismus; Seit der Besetzung vor elf Jahren ist der Oranienplatz ein wichtiger Symbolort der Geflüchteten- und Migrant*innenbewegung. Zum Weltflüchtlingstag ruft Wir sind O-Platz zu einer Kundgebung und zu Solidarität auf

taz, die tageszeitung

Dienstag 20. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 647 words

Byline: Tobias Bachmann

Highlight: Seit der Besetzung vor elf Jahren ist der Oranienplatz ein wichtiger Symbolort der **Geflüchteten-** und **Migrant***innenbewegung. Zum Weltflüchtlingstag ruft Wir sind O-Platz zu einer Kundgebung und zu Solidarität auf

Body

Von Tobias Bachmann

Ich bin selbst **Asylsuchende**. Ich kämpfe zusammen mit den **Asylsuchenden** aber auch in Solidarität mit den Menschen, die von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit hier in Deutschland betroffen sind, sagt Napuli Langa. Mit ihrer Initiative Wir sind O-Platz veranstaltet sie seit Freitag das Sommerfest O-Platz lebt! You can't evict a movement! auf dem Kreuzberger Oranienplatz mit Aktionen, Diskussionen und Vernetzungsveranstaltungen.

Höhepunkt des Festes ist eine große Kundgebung am Dienstagabend ab 18 Uhr, zu der verschiedene Akteure der Geflüchteten- und Mi-gran-t*in-nen-be-we-gung zusammenkommen. Und dazu seien alle willkommen: Wir müssen jetzt solidarisch sein. Was in Griechenland passiert ist oder gerade im Sudan passiert, ist schlimm. Aber wir dürfen nicht auf politische Ereignisse warten. Wir müssen uns organisieren und für Bewegungsfreiheit, die Rechte zu leben, zu arbeiten und zu studieren für alle einsetzen, sagt Langa. Und nicht nur die, die direkt von Rassismus und Entrechtung betroffen sind. Auch weiße Menschen mit deutschem Pass leiden unter den Folgen von Krieg und Vertreibung, erklärt sie.

Neben Redebeiträgen von Gruppen wie International Women Space, No Border Assembly und Sudan Uprising wird es ein musikalisches Programm und eine offene Bühne für spontane Rede- und Musikbeiträge geben. Die Kundgebung soll ein Aufruf zur Solidarität und ein Zeichen des Widerstands gegen die Entrechtung von geflüchteten und asylsuchenden Menschen sein.

Warum gerade am O-Platz? Der Oranienplatz ist seit mehr als elf Jahren ein symbolischer Ort für die Geflüchteten- und Mi-gran-t*in-nen-be-we-gung in Deutschland. Im Jahr 2012 endete hier ein tagelanger Marsch geflüchteter Menschen. Aus Würzburg hatten sie sich auf den Weg nach Berlin gemacht, um gegen ihre Entrechtung durch die

Gegen Entrechtung und Rassismus Seit der Besetzung vor elf Jahren ist der Oranienplatz ein wichtiger Symbolort der Geflüchteten- und Migrant*innenbewegung. Zum

deutsche Asylpolitik zu protestieren. Bei ihrer Ankunft besetzten sie gemeinsam mit Un-ter-stüt-ze-r*in-nen den Oranienplatz und erhielten ihn für eineinhalb Jahre als Camp.

Ein politischer Kompromiss mit dem Versprechen beschleunigter und wohlwollender Asylverfahren für die Be-set-ze-r*in-nen führte zur Auflösung des Camps. Der Senat hielt seine Zusagen am Ende nicht ein politisch gab es dennoch Erfolge. Beispielsweise wurden Essengutscheine abgeschafft, die damals bundesweit in Unterkünften für Geflüchtete üblich waren, stattdessen gab es nun Bargeld.

Und auch die weiterhin aktive Geflüchteten- und Mi-gran-t*in-nen-be-we-gung in Deutschland ist durchaus ein Erfolg der symbolisch eng mit dem Oranienplatz verbunden ist: Die Bedeutung des O-Platzes für Menschen auf der Flucht kann nicht unterschätzt werden, denn er ist zu einem Ort der Solidarität, des Widerstands und der Hoffnung geworden , schreibt die Initiative. Zwar habe sich die Struktur der Proteste weiterentwickelt und es seien verschiedene Gruppen mit unterschiedlichen Schwerpunkten entstanden, jedoch hätten sie eines gemeinsam: Sie sind weiterhin präsent und kämpfen gegen die Entrechtung durch den zunehmend autoritäreren deutschen Staat, das europäische Grenzregime und die tägliche rassistische Gewalt.

Auch die Gruppe International Women Space ist aus der Besetzung des O-Platzes entstanden. Wir haben damals einen Safe Space für die Frauen in der Besetzung eingerichtet, einen eigenen Block , beschreibt Jennifer Kamau die Entstehung. Mittlerweile haben sie sich zu einer festen Organisation entwickelt. Wir geben Workshops, besuchen Frauen und Kinder in den Lagern in Brandenburg und versuchen die Perspektive der Frauen in die Öffentlichkeit zu tragen , so Kamau. Der O-Platz sei der Startpunkt gewesen, die Arbeit gehe jedoch weiter, bis die Ungerechtigkeiten der deutschen Asylpolitik überwunden sind, sagt sie.

Besonderer Anlass der bevorstehenden Kundgebung ist der seit 2001 jährlich am 20. Juni stattfindende World Refugee Day, ausgerufen von den Vereinten Nationen.

Load-Date: June 19, 2023

Keinen Deut besser geschützt; Die Gewalt des Regimes im Iran hat bisher keinen Einfluss auf Asylentscheidungen in Deutschland

taz, die tageszeitung

Freitag 06. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 439 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Die Gewalt des Regimes im Iran hat bisher keinen Einfluss auf Asylentscheidungen in Deutschland

Body

Von Dinah Riese

Zwei Menschen ließ das iranische Regime bereits hinrichten, die sich an den Protesten nach dem gewaltsamen Tod der Kurdin Jina Mahsa Amini im September beteiligt hatten. Viele weitere sind zum Tode verurteilt. Auf die Entscheidungen über Asylanträge von Ira-ne-r*in-nen hat das bisher keinen Einfluss. Das belegen Antworten der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraction, die der taz vorliegen.

Das Bundesinnenministerium (BMI) erklärt darin, auf Grundlage des neuen Lageberichts aus dem Auswärtigen Amt von Ende November überarbeite das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) derzeit seine internen Herkunftsleitsätze Iran. Um ein umfassendes Lagebild zu erhalten, beobachte das Bamf zudem fortlaufend die allgemeine Entwicklung im Land und wertet zusätzlich eigenständig Daten und Quellen aus, so das BMI.

Handlungsbedarf hat das Bamf daraus bisher offenbar keinen abgeleitet: Die bereinigte Schutzquote für Ira-ne-r*in-nen schwankte in den Monaten September, Oktober und November zwischen 39,3 und 42,3 Prozent. Sie lag damit sogar etwas niedriger als im Durchschnitt der ersten elf Monate des Jahres 2022 (44,7 Prozent).

In Anbetracht des Charakters des Regimes im Iran sind die aktuellen Schutzquoten viel zu gering, kritisiert Clara Bürger, fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraction im Bundestag. Bürger hatte die Kleine Anfrage gestellt, in der es neben Asylentscheidungen vor allem um die Bedrohungslage in Deutschland lebender Exil-Iraner*innen ging, über welche die taz diese Woche berichtete hatte.

Bürger zufolge habe das Bamf noch im Oktober 2022 in der Begründung eines ablehnenden Asylbescheids erklärt, geringfügigste Aktivitäten wie das Mithelfen bei Demonstrationen für eine kurdische Organisation im Iran seien kein Asylgrund, da sie keine verfolgungsrelevanten Eingriffe seitens des Regimes nach sich ziehen würden. Dass etwas, was im Iran für ein Todesurteil reicht, in Deutschland kein Asylgrund ist, kann man niemandem erklären, so Bürger.

Keinen Deut besser geschützt Die Gewalt des Regimes im Iran hat bisher keinen Einfluss auf
Asylentscheidungen in Deutschland

Dem BMI zufolge hat Bayern im Oktober noch eine Person in den Iran abgeschoben. Spätestens seit Beginn der Proteste im Iran ist deutlich geworden, dass jede Abschiebung in den Iran eine konkrete Lebensgefahr für die Betroffenen bedeutet, kritisiert Bürger. Zumindest vorübergehend wird es dazu nicht mehr kommen: Im Dezember einigten sich die Länder auf der Innenministerkonferenz darauf, vorerst keine Menschen mehr in den Iran abzuschieben mit Ausnahmen für Ge-fähr-de-r*in-nen und Tä-te-r*in-nen schwerer Straftaten. Ein formaler Abschiebestopp, wie ihn die SPD-Länder gefordert hatten, ist das allerdings nicht.

Load-Date: January 5, 2023

End of Document

Bloß nicht noch mal Baumärkte; In Hamburg lobt man sich für die schnelle Bereitstellung von Wohnraum für geflüchtete Menschen und sieht Lerneffekte aus 2015/16. Opposition und Flüchtlingshelfer kritisieren, dass Geflüchtete aus der Ukraine und aus anderen Ländern ungleich behandelt werden

taz, die tageszeitung

Montag 03. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 981 words

Byline: Mona Rouhandeh

Highlight: In Hamburg lobt man sich für die schnelle Bereitstellung von Wohnraum für geflüchtete Menschen und sieht Lerneffekte aus 2015/16. Opposition und Flüchtlingshelfer kritisieren, dass Geflüchtete aus der Ukraine und aus anderen Ländern ungleich behandelt werden

Body

Von Mona Rouhandeh

200 Geflüchtete aus der Ukraine ziehen am heutigen Montag in die alte Postbank-Zentrale im Hamburger Büroviertel City Nord. Sie sollen dort wohnen, bis es für sie eine längerfristige Unterkunft gibt. In nur drei Monaten hat es die Stadt geschafft, das leer stehende Bürogebäude so herzurichten, dass darin Menschen leben können.

Es wirkt, als laufe bei der Unterbringung Geflüchteter vieles reibungsloser als noch während der großen Fluchtbewegung der Jahre 2015/16, als Menschen monatelang in Messehallen, Tennishallen oder aufgegebenen Baumärkten ausharren mussten. Anfang des Jahres hatte das städtische Sozialunternehmen Fördern & Wohnen (F&W) einen der Mundsburg Tower -Wohntürme im innenstadtnahen Stadtteil Uhlenhorst mit 133 Wohnungen gekauft, um dort Geflüchtete unterzubringen. Auch zwei Hotels hat das Unternehmen erworben. Gleich nach dem Beginn des Ukrainekrieges hatte die Stadt unkompliziert Hotels zur Unterbringung von Kriegsflüchtlingsen angemietet.

Um aus einem alten Bürogebäude Wohnraum zu schaffen, brauche es vieles, erklärt Gabriele von Stritzky, Bereichsleiterin bei F&W, bei einem Pressetermin vor Ort: Fußböden müssen ausgetauscht und Jalousien an den Fenstern angebracht werden. Weil das Bürogebäude nicht über ausreichende Sanitärräume verfügt, wurden davor Duschcontainer aufgestellt.

Obwohl eine Woche vor dem Bezugstermin noch nicht alles fertig ist, zeigen sich von Stritzky und Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer (SPD) entspannt: Die Prozesse zur Unterbringung der Geflüchteten hätten sich

Bloß nicht noch mal Baumärkte In Hamburg lobt man sich für die schnelle Bereitstellung von Wohnraum für geflüchtete Menschen und sieht Lerneffekte aus 2015/16.

professionalisiert. Man habe aus der Erfahrung von 2015/16 viel gelernt. Wir sind viel besser vorbereitet und kennen die Stellschrauben und Knackpunkte , fügt Arne Nielsson, Sprecher der Geschäftsführung von F&W hinzu. Ich glaube, dass wir schneller geworden sind , sagt von Stritzky. Abläufe und Prozesse aus 2015/16 habe man ganz schnell wiederbeleben können. Die Vernetzung insgesamt sei besser: Zwischen F&W und der Sozialbehörde gebe es engmaschige Besprechungen . Die Hamburger Sozialbehörde sieht das ganz ähnlich: Strukturen von damals wurden nicht eingestampft , sagt der Sprecher der Behörde Wolfgang Arnhold.

Anders als in den Jahren 2015/ 2016 gab es keinen zeitlichen Vorlauf , sagt Arnhold. Er hebt hervor, dass die Stadt nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine sehr schnell habe reagieren müssen. Da aufgrund der Coronapandemie viele Hotels leer standen, boten sich diese als schnelle Lösung an.

Auch aus der Flüchtlingshilfe kommen lobende Worte, was die schnelle Reaktionsfähigkeit der Stadt betrifft: Da machen die eine gute Arbeit. Die Hallen haben sie schnell versucht, leer zu machen , sagt Manfred Ossenbeck vom Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen. Seit März werden keine Turnhallen mehr zur Unterbringung Geflüchteter benötigt.

Wenig Lob kommt dagegen von der Opposition. Nach 2015/16 habe man Unterkünfte für Asylsuchende erneut abgebaut, kritisiert Carola Ensslen, Fachsprecherin der Linksfraktion für Flucht und Migration. So kam es auch 2022/23 dazu, dass die Stadt zu Beginn des Angriffs auf die Ukraine erneut Menschen in Hallen und Zelten habe unterbringen müssen. Das sei zwar nachvollziehbar, denn irgendwie müssten die Menschen ja untergebracht werden, räumt sie ein. Dennoch sehe sie hier keine Verbesserung zu 2015/16. Ensslen bemängelt auch, dass viele Geflüchtete bereits seit 2015 durchgängig in öffentlichen Unterkünften leben. Für sie habe sich die Situation nicht gebessert.

Es kommt darauf an, wer kommt , sagt Ensslen dann und bringt damit die Kritik auf den Punkt, die auch Manfred Ossenbeck teilt. Er sieht große Defizite in der Gleichbehandlung Geflüchteter.

Ossenbeck erzählt vom Sommerfest der Bürgerschaft 2022, das stehe für ihn exemplarisch für die Ungleichbehandlung. Die Bürgerschaftspräsidentin Carola Veit lud damals nur geflüchtete Kinder aus der Ukraine ein. Die Geflüchteten aus anderen Staaten sorgen sich, dass sie hinten runterfallen, wenn es zum Beispiel um den Zugang zu Sprachkursen geht.

Ich will niemandem sein Bemühen absprechen , betont Ossenbeck. Dennoch beobachte er weiterhin eine Überforderung der Bürokratie. Das Amt für Migration sei weiterhin langsam in der Bearbeitung von Anträgen. Dort habe sich die Situation nicht verbessert. Außerdem hätten viele Geflüchtete weiterhin das Problem, dass ihre Abschlüsse nicht anerkannt würden, auch jene aus der Ukraine.

Ossenbeck lobt viele Arbeitgeber, die sich im Vergleich zu 2015 entspannter zeigten und Menschen auch ohne die Anerkennung ihrer Abschlüsse einstellen. Die Arbeitgeber lernten schneller als die Regierung, meint er.

In die neu geschaffene Unterkunft in der City Nord ziehen ebenfalls ausschließlich Geflüchtete aus der Ukraine. Auch ein Zeichen der Ungleichbehandlung? Schließlich kommen täglich etwa gleich viele Geflüchtete aus anderen Staaten in Hamburg an.

Die Sozialbehörde erklärt die Belegpraxis mit rechtlichen Gegebenheiten: Die Interimsstandorte seien einfach ausgestattet und hätten keine Küchen, erklärt Sprecher Arnhold. Menschen mit anerkanntem Schutzstatus hätten hingegen das Recht in einer Folgeunterbringung zu leben, wo sie die Möglichkeit der Selbstversorgung durch Küchen haben. Es gehe in der City Nord nur um das Allernötigste. Als Maßnahme zur Gefahrenabwehr gemäß dem Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung können wir schnell Wohnflächen bereitstellen, sodass Menschen ein Dach über dem Kopf erhalten.

Insgesamt 900 Menschen sollen im Laufe der Zeit in der City Nord unterkommen. Die restlichen 600 Plätze sollen als Reserve für den Notfall frei bleiben. So plant es die Stadt. Es soll nicht erneut dazu kommen, dass Menschen in Turnhallen oder Baumärkten leben müssen.

Bloß nicht noch mal Baumärkte In Hamburg lobt man sich für die schnelle Bereitstellung von Wohnraum für geflüchtete Menschen und sieht Lerneffekte aus 2015/16.

Bei der Unterbringung mache die Stadt einen guten Job , heißt es aus der Geflüchtetenhilfe. Die Probleme fingen danach an: im Amt für Migration, bei Sprachkursen und auf dem Arbeitsmarkt

Load-Date: April 2, 2023

End of Document

Immer schon unterwegs; Alles ein bisschen anders als gedacht: Der Soziologe Hein de Haas dekonstruiert in seinem neuen Buch verbreitete Annahmen zum Thema Migration

taz, die tageszeitung

Samstag 16. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITISCHES BUCH; S. 13

Length: 834 words

Byline: Julian Sadeghi

Highlight: Alles ein bisschen anders als gedacht: Der Soziologe Hein de Haas dekonstruiert in seinem neuen Buch verbreitete Annahmen zum Thema **Migration**

Body

Von Julian Sadeghi

In den letzten Monaten konnte der Eindruck entstehen, Deutschlands drängendstes Problem sei die Einwanderung. Die Gemeinden klagten, sie hätten ihre Kapazitätsgrenze erreicht, der Kanzler verkündete im Spiegel populistisch Abschiebungen im großen Stil, unterdessen sind weiter tagtäglich **Migranten** bei der Überquerung von Mittelmeer oder Ärmelkanal in Lebensgefahr. Es ist eine nicht nur faktische, sondern auch taktische Gemengelage, in der Politik, Presse und NGOs um die Deutungshoheit ringen, aber selten auf der Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen agieren, schreibt der niederländische **Migrationsforscher** Hein de Haas.

Sein Buch **Migration**. 22 populäre Mythen und was hinter ihnen steckt will falsche Prämissen erkennen und durch Fakten ersetzen. Es geht dem Soziologen um dringend notwendige Versachlichung: Wir waren immer schon unterwegs, seien aber nicht in der Lage, die **Migration** als ganz normalen Prozess zu verstehen. De Haas in 22 Kapitel unterteiltes Werk ist ein gut geschriebener, fundierter Beitrag.

Betrachte man etwa die oft als Allheilmittel gegen Migration gepriesene Entwicklungshilfe, zeige sich, dass diese entgegen allen Versprechungen der Bekämpfung von Fluchtursachen überhaupt nicht dazu geeignet sei. Denn die Forschung zeigt: Mit dem Grad der Entwicklung steigen auch die Fähigkeit und die Ambitionen innerhalb der Bevölkerung, zu migrieren. Erst wenn ein sich entwickelnder Staat ein deutlich erhöhtes Wohlstandsniveau erreicht hat, bleiben seine Bürger lieber dort, wo sie sind. Tatsächlich, so de Haas, ist die Migration selbst die effektivste Form der Entwicklungshilfe; die von Migranten direkt an ihre Familien in der Heimat überwiesenen Beträge übersteigen staatliche Entwicklungszahlungen um das Doppelte und sind weniger der Korruptionsgefahr ausgesetzt.

Immer schon unterwegs Alles ein bisschen anders als gedacht: Der Soziologe Hein de Haas dekonstruiert in seinem neuen Buch verbreitete Annahmen zum Thema Migrat....

De Haas ist seit Jahrzehnten wissenschaftlich mit dem Thema Migration befasst, seine eigenen Feldstudien bereichern die abstrakten Ausführungen. So beobachtet er seit 1994 ein früher rein landwirtschaftlich geprägtes Tal im Süden Marokkos. Ab den 1960er Jahren migrierten viele Be-woh-ne-r*in-nen in Wellen nach Europa, heute hat knapp die Hälfte der Familien im Tal Angehörige hier und in der Folge ein deutlich erhöhtes Haushaltseinkommen. Das einst verschlafene Oasenstädtchen ist laut de Haas mittlerweile ein geschäftiges regionales Wirtschaftszentrum .

Ein weiterer Mythos, den der Migrationsforscher zu entkräften sucht, ist der des vermeintlich klaren politischen Koordinatensystems: Linke sind für, Rechte gegen Migration. Das stimmt so nicht, schreibt de Haas und weist auf die Binnenpluralität innerhalb der politischen Lager hin: Die Konservativen halten etwa das Kirchenasyl hoch, die linken Gewerkschaften gerieren sich traditionell als Schutzmacht einheimischer Arbeiter vor billigen ausländischen Arbeitskräften.

Die Parteien, rechts wie links, zeigten keine so gravierenden migrationspolitischen Unterschiede, wie man glaube. Genauso bestechend wie andere Kapitel wirken de Haas Ausführungen dazu jedoch nicht. Seine empirischen Forschungsergebnisse ergeben, dass sich progressive und konservative Parteien westlicher Staaten beim Thema Migration vor allem rhetorisch unterscheiden. Die tatsächliche Migrationspolitik hat sich demnach unabhängig von der Regierungsmehrheit immer weiter liberalisiert. Doch seine Empirie reicht nur bis ins Jahr 2012. Man hätte gern erfahren, ob sich dieser Befund auch für das letzte, jedenfalls gefühlt migrationspolitisch stark umkämpfte Jahrzehnt noch bewahrheitet.

Beim Thema Klimaflucht tritt der Niederländer der populären These einer bevorstehenden Massenmigration entgegen. Diese sei aus naturwissenschaftlichen und soziologischen Gründen nicht haltbar. Seine zahlreichen Ausführungen hierzu klingen zwar meist schlüssig, sind aber teilweise auch in sich widersprüchlich.

So schreibt er, dass auch der Klimaschutz selbst Menschen vertreibe, ganz so, als folge daraus, dass der Klimawandel gerade nicht die Fluchtursache sei. Sein Beispiel: China begegne dem Klimawandel durch den Bau von Stauseen. Der Staat verdränge dadurch, also durch Klimaschutz selbst, Millionen von Menschen.

Man fragt sich: Was soll das anderes als mittelbare Klimaflucht sein? Die Tatsache, dass Menschen teils auch aus sekundären Gründen fliehen müssen und nicht wegen des Klimawandels an sich, erscheint als Argument gegen die Gefahr von Klimafluchtbewegungen arg haarspalterisch.

De Haas gefällt sich stilistisch auch in anderen Kapiteln teilweise etwas zu gut in der Rolle des Oberhaupts der migrationswissenschaftlichen Rationalität; die Lektüre des Werks lohnt dennoch: Die Kapitel sind kompakt und lassen sich isoliert ebenso gut lesen. Das Buch taugt so auch als Nachschlagewerk.

Die Parteien, rechts wie links, zeigten keine so gravierenden migrations-politischen Unterschiede, wie man glaube

Hein de Haas: 22 populäre Mythen und was wirklich hinter ihnen steckt . Übersetzt von Jürgen Neubauer. S. Fischer, Frankfurt/Main, 512 Seiten, 28 Euro

Load-Date: December 15, 2023